

Bayerisches Staatsministerium  
des Innern



# VERFASSUNGS SCHUTZ BERICHT 2008

---

VERFASSUNGSSCHUTZ  
BERICHT

BAYERN

20  
08

Bayerisches  
Staatsministerium  
des Innern



Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2008 informiert über den Umfang verfassungsfeindlicher Entwicklungen sowie über Organisationen und Gruppierungen, die Aktivitäten gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland entfalten. Die Informationspflicht folgt aus dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der wehrhaften Demokratie und ist in Art. 15 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes verankert. Nur der informierte und über extremistische Bestrebungen aufgeklärte Bürger ist in der Lage, Entwicklungen in Politik und Gesellschaft sowie die dazu getroffenen staatlichen Maßnahmen und Entscheidungen richtig zu beurteilen.

Auch dieses Jahr bilden der islamistische Extremismus und insbesondere seine Terrornetzwerke einen Schwerpunkt des Berichts. Obwohl keine konkreten Anschlagplanungen bekannt geworden sind, müssen wir unverändert davon ausgehen, dass jederzeit Anschläge in Deutschland möglich sind. Ein gewandeltes Bedrohungsszenario stellt die Sicherheitsbehörden dabei vor neue Herausforderungen: Identitätsprobleme der zweiten und dritten Einwanderergeneration sind idealer Nährboden für islamistische Fanatiker. Auch islamische Konvertiten geraten immer wieder unter derartige Einflüsse. Anschlagplanungen werden daher auch unmittelbar gegen die eigene Gesellschaft gerichtet. Hinzu kommt die zentrale Bedeutung des Internets bei der Radikalisierung und Indoktrination dieser „home grown“-Terroristen. Video- und Audiobotschaften beziehen sich immer wieder auf Deutschland als mögliches Angriffsziel. Bildungs- und Betreuungsangebote islamistischer Organisationen, die sich bemühen, Einfluss auf Jugendliche zu gewinnen, und so einen Nährboden für mögliche Terrorakte schaffen, müssen wir besonders im Auge behalten.

Rechtsextremistische Parteien sind in Bayern nach wie vor ohne Rückhalt in der Bevölkerung und bei Wahlen erfolglos. Auch wenn die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten abgenommen hat, bedarf die gewaltbereite rechtsextremistische Szene dennoch ständiger Aufmerksamkeit, um neue Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen. Um die bereits vorhandenen und erfolgreichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus weiter zu intensivieren, hat die Bayerische Staatsregierung Anfang des Jahres 2009 ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus beschlossen. Sie macht damit deutlich, dass die Bekämpfung von Rechtsextremismus auch in Zukunft ein zentrales Anliegen bayerischer Politik ist.

Die Partei DIE LINKE. ist unverändert linksextremistisch ausgerichtet. Es gibt daher keinen Grund, ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz einzustellen. Der Widerstand im linksextremistischen Spektrum gegen die bestehende staatliche Ordnung zeigt sich insbesondere auch in der Zunahme linksextremistisch motivierter Gewalttaten, die sich vorrangig gegen Polizeibeamte richten.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bayerischen Sicherheitsbehörden, insbesondere des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz und der bayerischen Polizei, gilt unser besonderer Dank. Durch ihren Einsatz haben sie auch im Jahr 2008 einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Bürger in Bayern und zum Erhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Deutschland geleistet.

München, im März 2009



Joachim Herrmann  
Staatsminister



Dr. Bernd Weiß  
Staatssekretär

**1. Abschnitt**

Verfassungsschutz in Bayern	11
1. Gesetzliche Grundlagen .....	12
2. Aufgaben des Verfassungsschutzes .....	12
3. Informationsbeschaffung .....	13
4. Kontrolle .....	14
5. Präventionsarbeit .....	15
6. Info- und Beratungstelefone .....	18

**2. Abschnitt**

## Entwicklung des politischen Extremismus im Jahr 2008

1. Ausländerextremismus .....	19
2. Rechtsextremismus .....	21
3. Linksextremismus .....	24
4. Scientology-Organisation .....	25
5. Grafische Darstellungen .....	27

**3. Abschnitt**

## Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1. Allgemeines .....	29
1.1 Merkmale des Ausländerextremismus .....	29
1.2 Entwicklung in Bayern .....	29
1.3 Gewalttaten .....	31
2. Islamischer Extremismus (= Islamismus) .....	31
2.1 Ideologische Grundlagen des Islamismus .....	31
2.2 Salafismus .....	33
2.3 Rolle des Internets .....	36
2.4 Islamistische Bildungs- und Jugendarbeit .....	40
3. Islamistische Gruppierungen .....	43
3.1 Milli-Görüs-Bewegung .....	43
3.1.1 Die Verfassungsfeindlichkeit der Milli-Görüs-Ideologie ...	44

3.1.2	Saadet-Partisi (SP) in der Türkei .....	45
3.1.3	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) als Auslandsorganisation der Milli-Görüs-Bewegung .....	47
3.1.4	„Milli Gazete“ als publizistisches Sprachrohr .....	52
3.1.5	Internet und Fernsehen als Kommunikationsmittel .....	53
3.2	Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat) .....	54
3.3	Hizb ut-Tahrir .....	55
3.4	Tablighi Jamaat (TJ) .....	56
3.5	Hizb Allah (Partei Gottes) .....	58
3.6	Die Muslimbruderschaft (MB) und ihre regionalen Strömungen .....	60
3.6.1	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) .....	62
3.6.2	Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS) .....	64
3.6.3	En Nahda .....	66
3.7	Islamistische Szene Neu-Ulm/Ulm - Verbotenes Multi-Kultur-Haus Ulm e.V. (MKH) .....	66
4.	Islamistischer Terrorismus .....	69
4.1	Überblick .....	69
4.2	Tätertypen des Jihad .....	70
4.3	Das Terrornetzwerk um al-Qaida .....	71
4.3.1	Internationales Netzwerk und lokale Terrorgruppen .....	71
4.3.2	Botschaften al-Qaidas .....	74
4.4	Terroranschläge und Anschlagplanungen .....	75
4.4.1	Deutschland .....	75
4.4.2	Europa .....	76
4.4.3	Irak .....	77
4.4.4	Afghanistan .....	77
4.4.5	Indien .....	78
4.5	Bewertung .....	79
5.	Sonstige ausländerextremistische Gruppierungen .....	80
5.1	Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL), ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) bzw. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) .....	80
5.1.1	Allgemeines .....	80
5.1.2	Aktivitäten und Exekutivmaßnahmen .....	85
5.1.3	Bewertung .....	87
5.2	Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) .....	88

5.3	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) .....	90
5.4	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) ..	91
5.5	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF) .....	91
5.6	Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)/Volksmudjahidin Iran (MEK) .....	93
6.	Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse .....	96

#### 4. Abschnitt

### Rechtsextremismus

1.	Allgemeines .....	101
1.1	Merkmale des Rechtsextremismus .....	101
1.2	Entwicklung der Organisationen .....	102
1.3	Rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten - Gefährdungsanalyse .....	103
1.3.1	Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten .....	103
1.3.2	Sonstige Straftaten .....	105
1.4	Nutzung des Internets .....	106
2.	Parteien, Organisationen und Verlage .....	107
2.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) .....	107
2.1.1	Ideologisch-politischer Standort .....	107
2.1.1.1	Ideologie .....	107
2.1.1.2	Vier-Säulen-Strategie .....	112
2.1.2	Organisation .....	113
2.1.3	Teilnahme an Wahlen in Bayern .....	114
2.1.3.1	Kommunalwahlen .....	114
2.1.3.2	Landtags- und Bezirkstagswahlen .....	115
2.1.4	Bündnisbestrebungen .....	118
2.1.5	Sonstige Aktivitäten .....	119
2.1.5.1	Parteitage .....	119
2.1.5.2	Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund .....	121
2.1.6	Junge Nationaldemokraten (JN) .....	124

2.1.7	Bürgerinitiativen Ausländerstopp .....	125
2.1.7.1	„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ Nürnberg .....	125
2.1.7.2	„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ München .....	126
2.2	Deutsche Volksunion (DVU) .....	127
2.2.1	Ideologisch-politischer Standort .....	127
2.2.2	Organisation und Entwicklung .....	130
2.2.3	Veranstaltungen .....	131
2.2.4	Teilnahme an Wahlen .....	131
2.3	Bürgerbewegung Pro München - patriotisch und sozial e.V. ....	132
2.4	Nation Europa Verlag GmbH .....	133
2.5	Sonstige Organisationen .....	134
3.	Neonazismus .....	134
3.1	Allgemeines .....	134
3.2	Neonazi-Kameradschaften .....	135
3.2.1	Anti-Antifa Nürnberg (AAN) .....	136
3.2.2	Kameradschaftsbund Hochfranken (KBH) .....	137
3.3	Autonomer Nationalismus .....	137
3.3.1	Freie Nationalisten München (FNM) .....	139
3.3.2	Kameradschaft Augsburg - Nationales Augsburg .....	140
3.3.3	Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg .....	140
3.4	Sonstige neonazistische Organisationen .....	141
3.4.1	Sache des Volkes (SdV) .....	141
3.4.2	Heimattreue Deutsche Jugend e.V. (HDJ) .....	141
3.5	Aktivitäten zum 21. Todestag von Rudolf Heß .....	142
4.	Rechtsextremistische Jugend-Szenen .....	143
4.1	Überblick .....	143
4.2	Rechtsextremistische Skinheads .....	144
4.3	Rechtsextremistisch beeinflusste Subkulturen .....	145
4.4	Strukturen .....	145
4.5	Anziehungskraft für Jugendliche .....	147
4.6	Rechtsextremistische Musik .....	148
5.	Revisionismus .....	150
5.1	Ziele .....	150
5.2	Entwicklung und Träger der Revisionismus-Kampagne ...	150
6.	Exekutivmaßnahmen und Strafverfahren .....	150
6.1	Vereinsverbote .....	150
6.2	Strafverfahren .....	151

7.	Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse .....	153
----	---	-----

## 5. Abschnitt

### Linksextremismus

1.	Allgemeines .....	155
1.1	Merkmale des Linksextremismus .....	155
1.2	Entwicklung der Organisationen .....	156
2.	Organisierte linksextremistische Parteien und Gruppierungen .....	157
2.1	DIE LINKE. ....	157
2.1.1	Ideologische Ausrichtung .....	160
2.1.2	Organisation .....	165
2.1.3	Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften ....	165
2.1.4	Linksjugend [‘solid] .....	168
2.1.5	Die Linke. Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband (DIE LINKE.SDS) .....	170
2.1.6	DIE LINKE. Bayern .....	172
2.1.7	Teilnahme an Wahlen .....	174
2.1.8	Kommunistischer Internationalismus .....	177
2.1.9	Zusammenarbeit mit anderen Linksextremisten .....	177
2.2	Deutsche Kommunistische Partei (DKP) .....	180
2.2.1	Ideologische Ausrichtung .....	180
2.2.2	Organisation .....	181
2.2.3	Teilnahme an Wahlen .....	182
2.2.4	Umfeld der DKP .....	183
2.2.4.1	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) .....	183
2.2.4.2	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) .....	185
2.3	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) ....	186
2.4	Münchener Bündnis gegen Krieg und Rassismus .....	187
2.5	Sonstige orthodoxe Kommunisten und andere revolutionäre Marxisten .....	189
3.	Gewaltorientierte Linksextremisten .....	190
3.1	Autonome Gruppen .....	190
3.1.1	Ideologische Ausrichtung und Aktionsformen .....	190



3.1.2	Strukturen und Publikationen .....	191
3.1.3	Strategiedebatte - Fortsetzung der Gewaltdiskussion ....	194
3.1.4	Antifaschismus .....	194
3.1.5	Anti-Globalisierung - Klimadebatte .....	197
3.1.6	Antimilitarismus - Antiimperialismus .....	198
3.1.7	Sozialabbau .....	200
3.1.8	Weitere Aktionen .....	201
3.2	Antideutsche Strukturen .....	202
3.3	Linksextremistisch motivierte Straftaten .....	203
3.3.1	Gewalttaten .....	203
3.3.2	Sonstige Straftaten .....	207
4.	Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse .....	208

## 6. Abschnitt

### Scientology-Organisation (SO)

1.	Zur Geschichte der SO .....	210
2.	Ideologie und Ziele der SO .....	210
3.	Organisations- und Kommandostruktur der SO .....	212
3.1	Weltweite Kommandostruktur der SO .....	212
3.2	Organisation der SO in Deutschland .....	213
3.2.1	„Church“-Sektor .....	213
3.2.2	WISE-Sektor .....	216
3.2.3	ABLE-Sektor .....	217
3.2.4	Besonders aktive Tarnorganisationen der SO .....	217
3.2.4.1	Applied Scholastics .....	217
3.2.4.2	NARCONON .....	219
3.2.4.3	Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM) .....	220
3.2.5	Office of Special Affairs (OSA) .....	220
3.2.6	Sonstige öffentlichkeitswirksame Aktivitäten .....	221
4.	Mitglieder der SO .....	222
5.	Beobachtung durch den Verfassungsschutz .....	222
6.	Bewertung .....	223
7.	Vertrauliches Telefon und Informationsangebot im Internet .....	224

**7. Abschnitt****Spionageabwehr**

1.	Ausgangslage .....	225
2.	Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage .....	226
3.	Informations- und Kommunikationstechnik als Mittel der Spionage .....	228
4.	Proliferation .....	229
5.	Wirtschaftsschutz - Beratung durch den Verfassungsschutz .....	230
6.	Ausblick .....	231

**8. Abschnitt****Organisierte Kriminalität**

1.	Ausgangslage .....	233
2.	Methodik und Beobachtungsschwerpunkte .....	233
3.	Zusätzlicher Erkenntnisgewinn durch die Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Bereich der OK .....	235
4.	Ergebnisse der OK-Beobachtung .....	236
4.1	Italienische Mafia .....	236
4.2	Beobachtung der OK aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten .....	238
4.3	OK-Gruppierungen aus den Balkanstaaten und der Türkei	240
4.4	OK-Gruppierungen aus Asien .....	242
4.5	Rockerkriminalität in Bayern .....	245
5.	Ausblick .....	247

**Anhang**

Bayerisches Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) .....	249
Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz (PKGG) .....	262
Sachwortregister .....	264

## 1. Abschnitt

# Verfassungsschutz in Bayern

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach ihrer Verfassung eine wertgebundene, wachsame und wehrhafte Demokratie. Der Staat kann gegen Bestrebungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen, die in der Verfassung vorgesehenen Abwehrmittel einsetzen, z.B. durch ein Partei- oder Vereinsverbot. Dies setzt voraus, dass er solche Bestrebungen oder Aktivitäten, die als „extremistisch“ oder als „verfassungsfeindlich“ bezeichnet werden - diese Begriffe sind gleichbedeutend -, rechtzeitig erkennen kann. Hier setzt die Aufgabe des Verfassungsschutzes ein. Er dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie dem Schutz des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes.

*Wehrhafte  
Demokratie*

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist unter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eine Ordnung zu verstehen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.

*Freiheitliche  
demokratische  
Grundordnung*

Zu den grundlegenden Prinzipien dieser freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören mindestens:

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

## 1. Gesetzliche Grundlagen

### Rechtliche Grundlagen

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich genau festgelegt. Das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz beschreibt die von Bund und Ländern auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben. Es ist zugleich Rechtsgrundlage für die Arbeit des Bundesamts für Verfassungsschutz. Neben diesem Bundesgesetz bestehen in allen Ländern eigene Verfassungsschutzgesetze. In Bayern regelt das im **Anhang** abgedruckte Bayerische Verfassungsschutzgesetz die Aufgaben und Befugnisse des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, das seinen Sitz in München hat und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet ist. Für das Landesamt wurden im Haushaltsplan 2008 insgesamt 437 Stellen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst ausgewiesen; das Haushaltsvolumen 2008 betrug 24,3 Millionen Euro.

## 2. Aufgaben des Verfassungsschutzes

### Beobachtungsauftrag

Nach dem Bayerischen Verfassungsschutzgesetz hat das Landesamt für Verfassungsschutz im Wesentlichen den Auftrag der Beobachtung von

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
- sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht (Sabotage und Spionage),
- Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), gerichtet sind und
- Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität.

Darüber hinaus wirkt das Landesamt für Verfassungsschutz u.a. bei Sicherheitsüberprüfungen aus Gründen des Geheimschutzes und des Sabotageschutzes mit. Rechtsgrundlage hierfür ist das Bayerische Sicherheitsüberprüfungsgesetz. Das Landesamt ist fernerhin beteiligt bei der Überprüfung von Mitarbeitern in Flughäfen und Kernkraftwer-

ken nach dem Luftsicherheitsgesetz bzw. Atomgesetz sowie bei einbürgerungs- und ausländerrechtlichen Entscheidungen.

Im Mittelpunkt der Beobachtung stehen Aktivitäten von extremistischen Organisationen. Dazu müssen zwangsläufig auch die Mitglieder und Unterstützer erfasst werden. Aber auch die Beobachtung von Einzelpersonen ist zulässig.

Der Verfassungsschutz beobachtet verfassungsfeindliche Bestrebungen im Inland. Er informiert die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Beobachtung, vor allem über mögliche Gefahren. Er versetzt die zuständigen staatlichen Stellen des Bundes und der Länder in die Lage, verfassungsfeindlichen Kräften rechtzeitig und angemessen zu begegnen.

Im Gegensatz zum Verfassungsschutz beschafft der Bundesnachrichtendienst (BND) Informationen über das Ausland, die für die Bundesrepublik Deutschland außen- und sicherheitspolitisch von Interesse sind. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) nimmt Verfassungsschutzaufgaben im Bereich der Bundeswehr wahr.

*Abgrenzung zu  
BND und MAD*

### 3. Informationsbeschaffung

Zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags ist der Verfassungsschutz verpflichtet, Informationen zu beschaffen, auszuwerten und zu speichern. Diese Nachrichten werden zum weit überwiegenden Teil aus offenen Quellen gewonnen (z.B. aus Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Programmen, Broschüren und sonstigem Material extremistischer Organisationen sowie bei deren öffentlichen Veranstaltungen). Einen Teil der Informationen erhält der Verfassungsschutz durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel. Zu diesen Mitteln gehören im Wesentlichen:

*Nachrichtendienstliche Mittel*

- der Einsatz von V-Leuten (Dabei handelt es sich um Personen, die der Verfassungsschutzbehörde selbst nicht angehören, aber aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dem jeweiligen Beobachtungsobjekt „Szene-Erkenntnisse“ gegen Bezahlung liefern.),
- das Beobachten verdächtiger Personen (Observation) sowie
- verdeckte Bild- und Tonaufzeichnungen.

Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Öffnen von Briefen, Abhören von Telefongesprächen) sind besonders strengen rechtsstaatlichen Anforderungen unterworfen. Sie sind in einem eigenen Gesetz geregelt, das nach dem Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses „Artikel 10-Gesetz“ (G10) genannt wird. Ein Ver-

*Brief- und  
Telefonkontrolle*

fahren mit mehreren voneinander unabhängigen Kontrollinstanzen stellt sicher, dass in dieses Grundrecht nur eingegriffen wird, wenn die im Gesetz genannten besonderen Gründe vorliegen. Ähnliches gilt für die seit Beginn des Jahres 2003 eingeführten Auskunftspflichten von Post- und Telekommunikationsdienstleistern sowie für die Verwendung des so genannten IMSI-Catchers zur Feststellung unbekannter Mobiltelefonnummern. Besonders strenge rechtsstaatliche Sicherungen gelten auch für den Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes, also für den Einsatz von Abhörgeräten oder versteckten Kameras in Wohnungen und Büros sowie für den verdeckten Zugriff auf informationstechnische Systeme.

### *Keine polizeilichen Befugnisse*

Dem Verfassungsschutz stehen keine polizeilichen Befugnisse zu. Polizeibehörden und Verfassungsschutz sind voneinander getrennt. Deshalb dürfen die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes keinerlei Zwangsmaßnahmen (wie z.B. Festnahmen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen usw.) durchführen. Verfassungsschutzbehörden dürfen auch keiner polizeilichen Dienststelle angegliedert werden. Dies steht aber einer informationellen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung nicht entgegen. Im Gegenteil sind diese unabdingbare Voraussetzungen für eine effiziente Arbeit der Sicherheitsbehörden.

Erscheint aufgrund der dem Verfassungsschutz vorliegenden Informationen ein sicherheitsrechtliches Eingreifen erforderlich, so wird die zuständige Sicherheitsbehörde unterrichtet. Diese entscheidet dann selbstständig, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

## 4. Kontrolle

### *Vielfältige Kontrollen*

Die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden unterliegt einer vielfältigen Kontrolle. Dazu gehört die allgemeine parlamentarische Kontrolle, die durch die Berichtspflicht des verantwortlichen Ministers gegenüber dem Landtag im Rahmen von aktuellen Stunden, Anfragen von Abgeordneten, Petitionen usw. ausgeübt wird. Eine besondere Kommission des Bayerischen Landtags, das Parlamentarische Kontrollgremium, überwacht die Arbeit des Verfassungsschutzes. Die G10-Kommission überprüft die Maßnahmen zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs - deren Zahl im Jahr 2008 wie schon in der Vergangenheit im unteren zweistelligen Bereich lag -, die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Auskunftspflichten von Post- und Telekommunikationsdienstleistern sowie des Einsatzes des so genannten IMSI-Catchers. Die Verwaltungskontrolle obliegt dem Innenminister im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht, ferner dem Bayerischen Landesbeauftragten

für den Datenschutz und dem Bayerischen Obersten Rechnungshof. Diese Kontrollen werden ergänzt durch eine mögliche gerichtliche Nachprüfung belastender Einzelmaßnahmen sowie durch die Öffentlichkeit in Form von Presse, Funk und Fernsehen.

## 5. Präventionsarbeit

Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf Dauer nicht ohne die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus gesichert werden. Die Tätigkeit des Verfassungsschutzes gewährleistet, dass Regierung und Parlament, aber auch die Bürger über Aktivitäten und Absichten verfassungsfeindlicher Organisationen informiert werden. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes klärt das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz durch zielgruppenorientierte Fachvorträge und die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen über aktuelle extremistische Entwicklungen auf; im Jahr 2008 lagen hierbei die Schwerpunkte bei den Themen „Rechtsextremismus“ und „Islamismus“. Die Fachvorträge dienen vor allem der Sensibilisierung von Multiplikatoren und werden hauptsächlich von Schulen und Universitäten, Bildungsakademien, Kommunen, Trägern politischer Bildung und Jugendarbeit, demokratischen Bürgerinitiativen und politischen Parteien und Stiftungen nachgefragt. Von Medienvertretern

*Aufklärungsarbeit*

*Fachvorträge*



war ein verstärktes Interesse an Hintergrundgesprächen zu aktuellen Entwicklungen im Bereich „Islamismus“ zu verzeichnen. Im Bereich „Rechtsextremismus“ arbeitete das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz u.a. mit der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus und mit der Projektstelle gegen Rechtsextremismus - Bayerisches Bündnis für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde schützen - zusammen. Das Landesamt beteiligte sich auch an Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen anderer Behörden; Hauptbedarfs-träger ist hier die Bayerische Polizei.

### Programm zum Wirtschaftsschutz

Zum Wirtschaftsschutz hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ein Sensibilisierungsprogramm erarbeitet, das präventiv zur Verhinderung der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage beitragen soll. Allen in Bayern ansässigen Unternehmen wird damit ein breites Spektrum an Informations- und Beratungsmöglichkeiten angeboten. Im Bereich der Hochschulen wird besonders auch auf die Gefahren der Wissenschaftsspionage hingewiesen. Fragen zum Wirtschaftsschutz - insbesondere bei Verdacht des Informationsverlusts - beantwortet das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz; Hinweise werden vertraulich behandelt.

### Informations- materialien

Der Verfassungsschutzbericht sowie weitere Publikationen zu den Aufgabenfeldern des Verfassungsschutzes ermöglichen es jedem Bürger, sich selbst ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen. Die Broschüre „Hellhörig bei braunen Tönen“ informiert über rechtsextremistische Jugend-Szenen in Bayern.





Das in gedruckter Form vorhandene Informationsmaterial wird kostenlos zur Verfügung gestellt und kann beim Bayerischen Staatsministerium des Innern - Sachgebiet ID6 -, Odeonsplatz 3, 80539 München (Telefax: 0 89 / 2 19 21 28 42) angefordert oder direkt unter der Internet-Adresse

*Internet-  
Angebote*

<http://www.innenministerium.bayern.de/service/publikationen/>  
(> Thema „Verfassungsschutz“)

„online“ bestellt werden.

Zusätzlich sind die Materialien, insbesondere der jährlich erscheinende Verfassungsschutzbericht, die Broschüre „Hellhörig bei braunen Tönen“ und auch Informationen zur Scientology-Organisation (SO), im Internet unter folgender Adresse abrufbar und können als PDF-Datei heruntergeladen werden:

<http://www.innenministerium.bayern.de/sicherheit/verfassungsschutz>

Das Internet-Angebot des Bayerischen Staatsministeriums des Innern wird durch die unter der Adresse

<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>

erreichbare Homepage des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz ergänzt.

Das am 12. Januar 2009 von der Bayerischen Staatsregierung beschlossene „Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ setzt neben repressiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus vor allem auch bei der Prävention einen Schwerpunkt. Als institutionelle Komponente wird eine zentrale Informationsstelle gegen Extremismus im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz mit einem umfassenden Angebot an Information, Aufklärung und Beratung errichtet. Der neuen Informationsstelle werden neben Mitarbeitern des Verfassungsschutzes auch Polizeibeamte angehören.

*Handlungskonzept  
gegen Rechts-  
extremismus*

Ziel der Informationsstelle ist es neben der Sensibilisierung der Öffentlichkeit auch, die Vernetzung staatlicher und gesellschaftlicher Initiativen in Bayern zu intensivieren. Hinzu kommt die Präventionsabsicht, das rechtsextremistische Personenpotenzial sowohl durch das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten als auch durch gezielte Beratung von Institutionen mit Blick auf gefährdete Kinder und Jugendliche zu reduzieren bzw. Rekrutierungsversuche durch rechtsextremistische Organisationen zu erschweren. Der thematische Schwerpunkt wird auf der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus liegen.

*Neue Informations-  
stelle*

Zur Kommunikation wird die Informationsstelle sowohl ein Beratungstelefon für alle Bürgerinnen und Bürger einrichten als auch ein ressortübergreifendes Internet-Portal unter der Adresse

<http://www.rechtsextremismus.bayern.de>

aufbauen und betreiben. Im Internet werden wichtige Informationen und Angebote für alle Interessierten, Organisationen und Kommunen zu finden sein. Dazu werden Info-Broschüren für Schüler und Eltern, Hinweise an Kommunen zu eigenen Beratungsangeboten oder auch Profile für die Anforderung von Referenten der Informationsstelle zu Fachvorträgen oder Podiumsdiskussionen gehören.

## 6. Info- und Beratungstelefone

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ist telefonisch rund um die Uhr unter der Nummer

0 89 / 31 20 10 erreichbar.

### *Kontakttelefone*

Speziell für Hinweise zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist dort unter der Nummer

0 89 / 31 20 14 80 ein Kontakttelefon eingerichtet.

Im Rahmen der von Bund und Ländern erarbeiteten Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten besteht ein Beratungs- und Hinweistelefon. Das Telefon, das ebenso der Aufklärung rechtsextremistischer Aktivitäten in Bayern dienen soll, ist für Bürger und aussteigewillige Extremisten - nicht nur Rechtsextremisten - unter der Nummer

0 18 02 00 07 86 zu erreichen.

Für Opfer und Aussteiger der Scientology-Organisation (SO) sowie für Angehörige von SO-Mitgliedern unterhält das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ein „vertrauliches Telefon“. Das Amt nimmt Informationen und Hinweise unter der Nummer

0 89 / 31 20 12 96 entgegen.

In allen Fragen des Wirtschaftsschutzes steht das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz unter der Telefonnummer

0 89 / 31 20 15 00 (Info-Telefon Wirtschaftsschutz)

als Ansprechpartner zur Verfügung.

Das Beratungstelefon der zentralen Informationsstelle gegen Extremismus ist unter der Nummer

0 89 / 21 92 21 92 zu erreichen.

## 2. Abschnitt

# Entwicklung des politischen Extremismus im Jahr 2008

## 1. Ausländerextremismus

Der Islamismus, insbesondere der islamistische Terrorismus, stellt weiterhin die größte Bedrohung der Inneren Sicherheit dar. Dabei gehen die Gefahren nicht nur von islamistischen Terroristen in entsprechenden Staaten wie Afghanistan oder Pakistan aus. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass vermehrt kleinere Zellen sowie Einzelpersonen unmittelbar in Deutschland Anschlagplanungen gegen die eigene soziale Gesellschaft entwickeln. Ursachen für diesen „home grown“-Terrorismus werden u.a. in Identitätsproblemen der so genannten zweiten oder dritten Einwanderergeneration gesehen. Diese bilden einen idealen Nährboden für islamistische Fanatiker, die zudem über das kaum kontrollierbare Medium Internet weltweit Einfluss nehmen können. In diesem Strudel werden auch immer wieder islamische Konvertiten mitgerissen, die aufgrund ihrer „Unauffälligkeit“ als besonders leicht einsetzbar gelten.

*„home grown“-  
Terrorismus*

Die Bundesanwaltschaft hat am 2. September u.a. wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung und wegen Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens Anklage gegen drei Männer erhoben. Diese sollen als Mitglieder der „Islamischen Jihad Union“ (IJU) in Terror-Ausbildungslagern der IJU in Pakistan geschult worden sein. Den Männern wird vorgeworfen, dass sie mehrere Bomben bauen und diese gleichzeitig an unterschiedlichen Orten in Deutschland, z.B. an der US-Flugbasis Ramstein, zur Explosion bringen wollten. Bei dieser als „Sauerland-Gruppe“ bekannten Gruppierung handelt es sich um „home grown“-Terroristen, die in Deutschland aufgewachsen und radikalisiert worden sind.

*„Sauerland-  
Gruppe“*

Eine wesentliche Rolle, insbesondere bei der Radikalisierung und Indoktrination der „home grown“-Terroristen, spielt das Internet. Zentrale Schritte von der Radikalisierung bis hin zur Selbstrekrutierung, von der ideologischen Schulung bis zur Planung von Anschlägen, können mittels des im Internet zur Verfügung gestellten Materials vollzogen werden. Es ist zu erwarten, dass die mit Hilfe des Internets geschulten

*Radikalisierung  
via Internet*

„Global Islamic  
Media Front“  
(GIMF)

und operativ unabhängigen Einzelpersonen oder Gruppen im Bereich des islamistischen Terrorismus zunehmen werden, zumal al-Qaida als eine handlungslegitimierende und -leitende Ideologie zu verstehen ist, die jeder als „Markenzeichen“ in Anspruch nehmen kann. Internet-Veröffentlichungen wie die auf der Seite der „Global Islamic Media Front“ (GIMF) erschienene Anleitung „39 Möglichkeiten den Jihad zu unterstützen“ geben konkrete Anleitung von der geistigen Vorbereitung über die logistische Unterstützung der Mudjahidin bis hin zum eigenen „Märtyrer-Tod“.

Über das Internet veröffentlichte die IJU im Jahr 2008 auch mehrere Botschaften des aus dem Saarland stammenden deutschen Konvertiten Eric Breininger. Dieser gilt als Kontaktperson zu einem Mitglied der „Sauerland-Gruppe“. Im Jahr 2007 war Breininger über Ägypten nach Pakistan ausgereist, wo er mutmaßlich eine terroristische Ausbildung absolvierte. In den Videobotschaften ruft Breininger die Muslime dazu auf, in den Jihad zu ziehen. Eine im Oktober veröffentlichte Videobotschaft Breiningers mit dem Titel „Aufruf vom Hindukusch“ machte erneut deutlich, dass Deutschland aufgrund seines Engagements in Afghanistan im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus steht.

Salafismus

Innerhalb islamistischer Strömungen in Deutschland gewinnt salafistisches Gedankengut zunehmend an Bedeutung und Attraktivität. Diese Entwicklung ist zwischenzeitlich auch in Bayern festzustellen, denn hier verdichten sich die Hinweise auf eine zunehmende, sich in Netzwerken organisierende Anhängerschaft salafistischer Ideologie. Diesen Netzwerken werden nach groben Schätzungen etwa 100 Personen zugeordnet. Die Staatsanwaltschaft München I führt ein Ermittlungsverfahren gegen mehrere Personen aus der salafistischen Szene Deutschlands durch.

Bildungs- und  
Jugendarbeit

Die Bildungs- und Jugendarbeit ist ein wesentlicher Baustein zum Erhalt und zur Fortentwicklung jeder Organisation. So wendet sich eine Vielzahl islamischer Einrichtungen in Deutschland mit alters- und zielgruppenorientierten Bildungs- und Betreuungsangeboten an Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Die Angebote sind nur teilweise extremistischer Natur. Eine Gefahr liegt jedoch darin, dass vor allem islamistische Organisationen dieser Arbeit hohe Bedeutung beimessen. Sie wollen der Jugend eine moralische Orientierung geben, die ihrer Ansicht nach in der westlichen Gesellschaft nicht gewährleistet ist. In Deutschland hat sich zwischenzeitlich ein umfangreiches und weit verzweigtes privatautonomes islamistisches Bildungs- und Schulsystem entwickelt hat. Die Gefahren dieser Entwicklung sind erheblich; Bildungs- und

Sozialarbeit islamistischer Träger kann von einer gemäßigt religiösen zu einer islamistischen Geisteshaltung führen und somit erheblich zur Radikalisierung von Muslimen in Deutschland beitragen.

## 2. Rechtsextremismus

Rechtsextremisten in Bayern konzentrierten ihre Aktivitäten stark auf die Kandidatur und den Wahlkampf bei den Kommunalwahlen am 2. März sowie den Landtags- und Bezirkstagswahlen am 28. September. Dabei wurde die NPD nicht nur durch die DVU im Rahmen des „Deutschland-Pakts“ unterstützt, sondern auch durch Neonazi-Kameradschaften wie die „Freien Nationalisten München“ (FNM) und rechtsextremistische Skinheads. Die Wahlkampfunterstützung dieser nicht parteigebundenen „Freien Kräfte“ aus der rechtsextremistischen Szene beinhaltete vor allem Plakatierungsaktionen, die Präsenz an Info-Ständen sowie die Verteilung von Wahlkampfmitteln.

*Wahlkampf  
der NPD*

Während die NPD bei den Kommunalwahlen durch ihre Tarnlisten „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ in München und Nürnberg insgesamt drei Stadtratsmandate errang, blieb die Partei bei den Landtags- und Bezirkstagswahlen in Bayern weiter auf dem Niveau einer Splitterpartei stehen. So erzielte sie bei der Landtagswahl ein Gesamtstimmenergebnis von 1,2 % und scheiterte damit erneut bei dem Versuch, vom Wähler in Bayern als „soziale Protestpartei“ oder „nationale Opposition“ wahrgenommen zu werden. Die NPD erreichte mit ihrer völkisch-nationalistischen Programmatik, die eindeutig menschen- und demokratiefeindliche Ziele beinhaltet, keineswegs die „Mitte der Gesellschaft“. Gleichwohl erzielte sie in einigen Stimmkreisen Ergebnisse zwischen 2 und 3 %. Insgesamt wird die NPD durch das Überwinden der 1 %-Hürde bei der Landtagswahl in Bayern von der staatlichen Teilfinanzierung politischer Parteien finanziell profitieren.

*Wahlergebnisse*

Die NPD war auch 2008 wichtiger Kristallisationspunkt des rechtsextremistischen Spektrums in Bayern. Allerdings musste die Partei bei ihrem Versuch, das rechtsextremistische Lager zu einen und sich selbst an die Spitze der „Volksfront von rechts“ zu stellen, erhebliche Rückschläge hinnehmen. So wandte sich der jüngere und aktionistischere Flügel des bayerischen NPD-Landesverbands auf dem Parteitag am 9. November offen gegen den Vorsitzenden Ralf Ollert. Dabei wurde der Gegenkandidat Uwe Meenen vor allem von Kräften unterstützt, die früher neonazistischen Kameradschaften und der rechtsextremistischen Skinhead-Szene angehört haben. Ob die Machtprobe im Landesverband

*„Volksfront  
von rechts“*

aufgrund persönlicher Rivalitäten oder ideologischer bzw. strategischer Konflikte erfolgte, blieb auf dem Parteitag unklar. Als das Ergebnis feststand - Ollert wurde in seinem Amt als Parteivorsitzender bestätigt - kündigten einige Funktionäre ihren sofortigen Parteiaustritt an, so auch der Vorsitzende des NPD-Bezirksverbands Mittelfranken und ehemalige Führungskader der verbotenen Neonazi-Kameradschaft Fränkische Aktionsfront (F.A.F.) Matthias Fischer.

*NPD mit  
finanziellen  
Schwierigkeiten*

Auch auf Bundesebene gibt es in Reihen der NPD derzeit erhebliche Spannungen. Die Veruntreuung von Parteigeldern durch den ehemaligen Bundesschatzmeister und Vertrauten des Parteichefs Udo Voigt, Erwin Kemna, sowie die damit verbundene Finanzkrise sorgten für erhebliche Unruhe. Ob Voigt weiter Parteivorsitzender bleibt, wird sich auf dem Sonderparteitag der NPD im Frühjahr 2009 zeigen; es gibt bereits die Ankündigung einer Gegenkandidatur.

Der Bedeutungsverlust der DVU hält weiter an. Sichtbarer Ausdruck dafür ist - neben dem Mitgliederrückgang - vor allem der Verzicht von Dr. Gerhard Frey, weiter an der Spitze der rechtsextremistischen Partei zu stehen. Auf dem Bundesparteitag am 11. Januar 2009 wurde der bisherige Bundesorganisationsleiter Matthias Faust in das Amt des DVU-Bundesvorsitzenden gewählt. Die Zukunft der finanziell von Dr. Frey abhängigen Partei ist damit ebenso ungewiss wie die Auswirkungen auf den „Deutschland-Pakt“, ein bis Ende 2009 vereinbartes Wahlbündnis der DVU mit der NPD. Bei der Landtagswahl 2009 in Thüringen wird die DVU entgegen der Absprachen zu Gunsten der NPD auf eine eigene Kandidatur verzichten.

*Immobilienwerbung  
durch Rechtsextremisten*

Mediale Aufmerksamkeit fand erneut das Kaufinteresse von Rechtsextremisten an verschiedenen Immobilien in Bayern. Die Interessenten, die in der Regel als Privatpersonen auftraten, betonten bei ihrer Kaufankündigung teilweise lautstark die Bedeutung lokaler Verankerung für rechtsextremistische Partei-, Bildungs- und Schulungsarbeit. In einigen Fällen gab es Hinweise dafür, dass das behauptete Kaufinteresse aus unterschiedlichen, in der Regel finanziellen Gründen nur vorgetäuscht war. Dem rechtsextremistischen „Störtebeker-Netz“ zufolge, das Beiträge der rechtsextremistischen Szene im Internet veröffentlicht, gilt es in der Immobilienbranche inzwischen „längst als Geheimtipp, schwer verkäuflichen Objekten die Aura des Verkaufs an ‚Nazis‘ anzudichten“, um auf diese Weise die betroffenen Gemeinden „zum Kauf von vollkommen überbewerteten ... Immobilien zu nötigen“. In anderen Fällen ist dagegen eine tatsächliche Kaufabsicht zur Nutzung der propagierten politischen Ziele nicht auszuschließen (vgl. auch Nummer 2.1.5.2 des 4. Abschnitts,

wo Beurteilungskriterien zusammengestellt sind, die für bzw. gegen eine tatsächliche Kaufabsicht von Rechtsextremisten sprechen).

Am 12. Januar 2009 beschloss der Ministerrat in Bayern die Errichtung einer zentralen Informationsstelle gegen Extremismus. Eine wichtige Aufgabe dieser Zentralstelle wird auch darin bestehen, betroffene Kommunen und Bürger mit dem Ziel zu beraten, rechtsextremistische Strukturen vor Ort zu verhindern (vgl. auch Nummer 5 des 1. Abschnitts, in dem die Aufgaben und Ziele der Präventionsstelle skizziert werden).

*Zentrale Informationsstelle gegen Extremismus*

Im Bereich der Neonazi-Szene und des Spektrums subkulturell geprägter Rechtsextremisten, das vor allem rechtsextremistische Skinheads umfasst, findet weiterhin eine intensive Zusammenarbeit statt. Dabei dominieren in den so genannten Misch-Szenen die neonazistischen Positionen gegenüber den eher diffusen rechtsextremistischen Orientierungen der subkulturellen Szene. Die NPD wirkt weiterhin als Kristallisationspunkt innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Bayern. Die marginalen Wahlergebnisse im Jahr 2008 haben indessen den Einfluss auf die Neonazi- und rechtsextremistische Skinhead-Szene insgesamt eher geschwächt als gestärkt.

*Zusammenarbeit von Neonazis und Skinheads*

Die Zahl neonazistisch orientierter Personen in Bayern liegt weiterhin bei 400; die Zahl der rechtsextremistischen Jugend-Szenen zuzurechnenden Personen ist mit 700 ebenfalls unverändert geblieben. Somit gibt es in Bayern rund 1.100 gewaltbereite Rechtsextremisten. Darunter befindet sich eine steigende Zahl an Personen, die sich selbst als „Autonome Nationalisten“ bezeichnen bzw. zumindest teilweise deren Elemente wie Outfit und Parolen übernehmen (vgl. auch Nummer 3.3 des 4. Abschnitts). Das Phänomen „Autonome Nationalisten“ findet bei Polizei und Verfassungsschutz nicht zuletzt wegen der Frage der Gewaltbereitschaft dieser „erlebnisorientierten“ Jugend-Szene besondere Berücksichtigung. Gewalttätige Übergriffe von „Autonomen Nationalisten“, wie am 1. Mai in Hamburg, waren in Bayern bisher nicht zu beobachten.

*Gewaltpotenzial*

*Autonome Nationalisten*

Besondere Aufmerksamkeit erregte der Angriff auf den Polizeidirektor Alois Mannichl, der am 13. Dezember vor seinem Haus in Fürstzell, Landkreis Passau, mit einem Messer niedergestochen und schwer verletzt wurde. Zwar sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft noch nicht abgeschlossen, es besteht jedoch aufgrund der Aussagen des Opfers der Verdacht, dass es sich um eine rechtsextremistisch motivierte Gewalttat handelt. Der Polizeibeamte war vor und selbst nach der Tat wegen seines engagierten Auftretens als polizeilicher Einsatzleiter im Zusammenhang mit Veranstaltungen von Rechtsextremisten im Internet von Szene-Angehörigen diskreditiert und zum Feindbild erklärt worden.

*Hinweistelefon*

Das im Februar 2001 vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz eingerichtete Hinweistelefon (0 18 02 00 07 86) wurde seither von etwa 450 Personen genutzt. Meist handelte es sich bei den Anrufern um Bürger, die Hinweise auf rechtsextremistische Bestrebungen gaben. In einigen Fällen bekundeten Rechtsextremisten ihren Willen zum Ausstieg. Darüber hinaus hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz insgesamt über 120 Personen angesprochen, von denen etwa die Hälfte inzwischen aus der rechtsextremistischen Szene ausgestiegen ist und etwa ein Dutzend als potenzielle Aussteiger bezeichnet werden können.

### 3. Linksextremismus

*Hohe Gewaltbereitschaft*

Der gewaltbereite Linksextremismus stellt nach wie vor eine Gefahr für die Innere Sicherheit dar. Das linksextremistische Gewaltpotenzial wird zu 80 % von Gruppen und Einzeltätern aus dem autonomen und anarchistischen Spektrum gestellt. Im Jahr 2008 gab es eine massive Steigerung der linksextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten in Bayern. Die Zahl der Gewalttaten ist von 76 Delikten im Jahr 2007 auf 109 erheblich angestiegen. Opfer waren in weit mehr als der Hälfte der Fälle (66 Fälle) Polizeibeamte, die zum Schutz von Veranstaltungen (z.B. der Münchner Sicherheitskonferenz und von rechtsextremistischen Aufzügen) eingesetzt waren. Bei den sonstigen linksextremistisch motivierten Straftaten in Bayern war ebenfalls eine außergewöhnliche Steigerung auf 252 Taten (2007: 95) zu verzeichnen. Die alljährlichen Aktionen gegen die Münchner Sicherheitskonferenz zeigen, dass die eigentlichen Angriffsziele der Autonomen der demokratische Staat und seine Repräsentanten sind. Das herausragende Agitations- und Aktionsfeld der Autonomen waren im Jahr 2008 die Wahlkämpfe für die Kommunal- und Landtagswahl in Bayern. Die angestiegenen linksextremistischen Straftaten stehen im Zusammenhang mit den von Rechtsextremisten in dieser Zeit durchgeführten Wahlkampfveranstaltungen und Werbeaktionen. Darüber hinaus bleibt der „Antifaschismus“ ein Schwerpunkt autonomer Aktivitäten, d.h. der „Kampf“ gegen tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten; in diesem Zusammenhang wurden 51 Gewalttaten verübt.

*Bundesparteitag der Partei DIE LINKE.*

Die Partei DIE LINKE. stellt die größte linksextremistische Organisation dar. Auf dem Bundesparteitag am 24. und 25. Mai in Cottbus wurden Prof. Dr. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine in ihren Ämtern als gleichberechtigte Parteivorsitzende bestätigt. Auch Bundesgeschäftsführer Dr. Dietmar Bartsch und Bundesschatzmeister Dr. Karl Holluba erhielten



erneut das Vertrauen der Delegierten. Fast alle Personen, die bereits in der Vergangenheit in Führungspositionen der Linkspartei.PDS vertreten waren, befinden sich auch weiterhin im 44-köpfigen Parteivorstand. Die Wahl von vier Angehörigen kommunistischer Gruppierungen in den Vorstand zeigt, dass die Partei noch immer nicht auf Kommunisten im Führungskader verzichten will. Repräsentanten der Partei beschäftigten sich erneut mit der „Systemfrage“ und dokumentierten damit letztlich ihre Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

*„Systemfrage“*

Bei den Landtagswahlen am 27. Januar in Hessen und Niedersachsen gelang es der Partei erstmals, in die Landesparlamente zweier westdeutscher Flächenländer einzuziehen. In Hessen errang DIE LINKE. einen Stimmenanteil von 5,1 %, in Niedersachsen von 7,1 %. Damit ist die Partei im Hessischen Landtag mit sechs, im Niedersächsischen Landtag mit elf Abgeordneten vertreten. Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 24. Februar erzielte die Partei einen Zweitstimmenanteil von 6,4 % und zog damit erstmals mit acht Abgeordneten in das Landesparlament ein. Bei den Kommunalwahlen in Bayern am 2. März konnte die Partei DIE LINKE. insgesamt 42 Mandate für sich gewinnen, davon sind 29 Stadtrats-, drei Gemeinderats- und zehn Kreistagsitze. Bei der Wahl zum Bayerischen Landtag am 28. September verfehlte die Partei DIE LINKE. mit einem Gesamtstimmenanteil von 4,4 % den Einzug in das Parlament. Bei den gleichzeitig durchgeführten Wahlen zu den sieben Bezirkstagen konnte sie sich fünf Mandate sichern.

*Teilnahme an Wahlen*

#### 4. **Scientology-Organisation**

Die Scientology-Organisation (SO) startete im Februar eine bundesweite Informationskampagne über die angebliche weltweite Anerkennung der SO als Religionsgemeinschaft. In Flugblättern bezieht sich die SO erneut auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom April 2007 und interpretiert dieses bewusst falsch. Entgegen der Darstellung der SO hat dieses Urteil keine Auswirkung auf die Rechtslage in Deutschland, wo die SO nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt ist. Die Anerkennung als Religionsgemeinschaft hängt vom Religionsverfassungsrecht jedes einzelnen Staates ab. Nach deutschem Religionsverfassungsrecht muss sich eine Organisation im Schwerpunkt mit religiösen oder weltanschaulichen Fragen befassen. Überwiegen dagegen kommerzielle Interessen oder wendet eine Organisation nur geistige oder psychologische Techniken an, kann sich die Organisation nicht auf die Grundrechte der Religionsfreiheit berufen. Dementspre-

*Keine Religionsgemeinschaft*

*Kinder und Jugendliche*

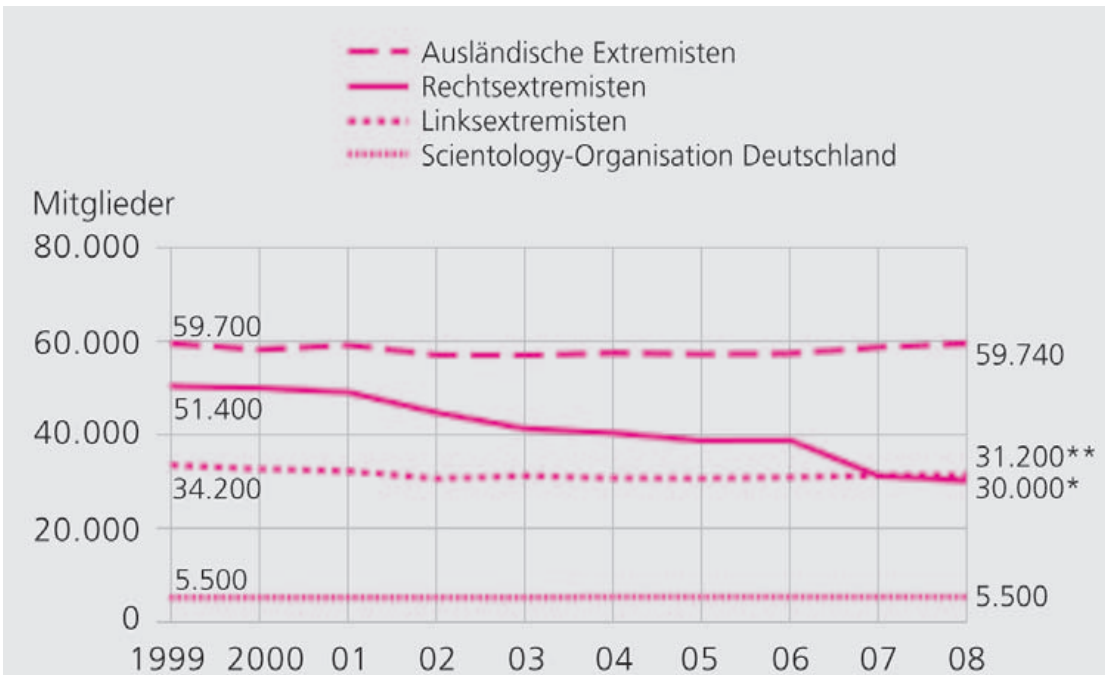
chend hat bisher kein deutsches Gericht die SO als Religionsgemeinschaft angesehen.

Im Jahr 2008 lag ein besonders Augenmerk des Verfassungsschutzes auf der Vereinnahmung von Kindern und Jugendlichen durch die SO. Im Sinn der Maßnahmenkataloge der Bayerischen Staatsregierung gegen die SO konnte aufgrund von Erkenntnissen des Verfassungsschutzes die Ausbildung von Auszubildenden in zwei Unternehmen, die von bekennenden Scientologen geführt werden, beendet werden. In einem Fall untersagte die zuständige Industrie- und Handelskammer die Ausbildung wegen fehlender persönlicher Eignung, im anderen Fall verzichtete das Unternehmen nach Einleitung eines entsprechenden Verfahrens durch die zuständige Industrie- und Handelskammer letztendlich auf die weitere Ausbildung.

Die Gefährdung des Wohls der Kinder war Anfang des Jahres Grund für die Schließung der von Scientologen betriebenen Kindertagesstätte „Kinderhäusl e.V.“ in München. Die SO nutzt überdies den Schülernachhilfemarkt nach wie vor, um die Studiertechnologie Hubbards weiterverbreiten und letztendlich neue Mitglieder rekrutieren zu wollen.

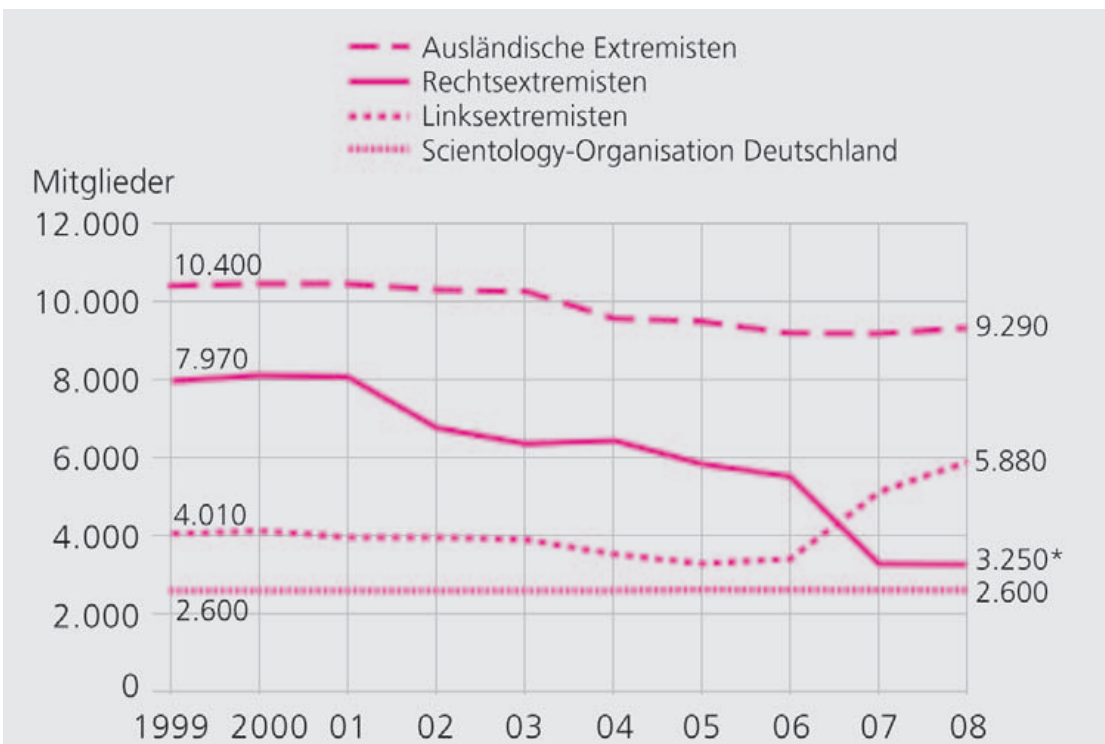
Die SO verfolgt weiterhin das Ziel, eine weltweite scientologische Gesellschaft nach eigenen, den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie Gewaltenteilung, Rechtsstaatsprinzip und Demokratieprinzip missachtenden Regeln zu schaffen und zu regieren.

5. Grafische Darstellungen



\* Zur Partei „Die Republikaner“ (REP) liegen keine hinreichend gewichtigen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mehr vor, so dass ihre Mitglieder insgesamt nicht mehr dem Rechtsextremismus zugeordnet werden können (Grafik ab 2007 ohne REP).  
 \*\* Die Kurve beruht auf Zahlen des Bundesamts für Verfassungsschutz, das von den Mitgliedern der Partei DIE LINKE, nur die der Kommunistischen Plattform (KPF) erfasst. DIE LINKE hatte im Jahr 2008 insgesamt 76.100 Mitglieder, davon 900 in der KPF.

Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen in **Deutschland**

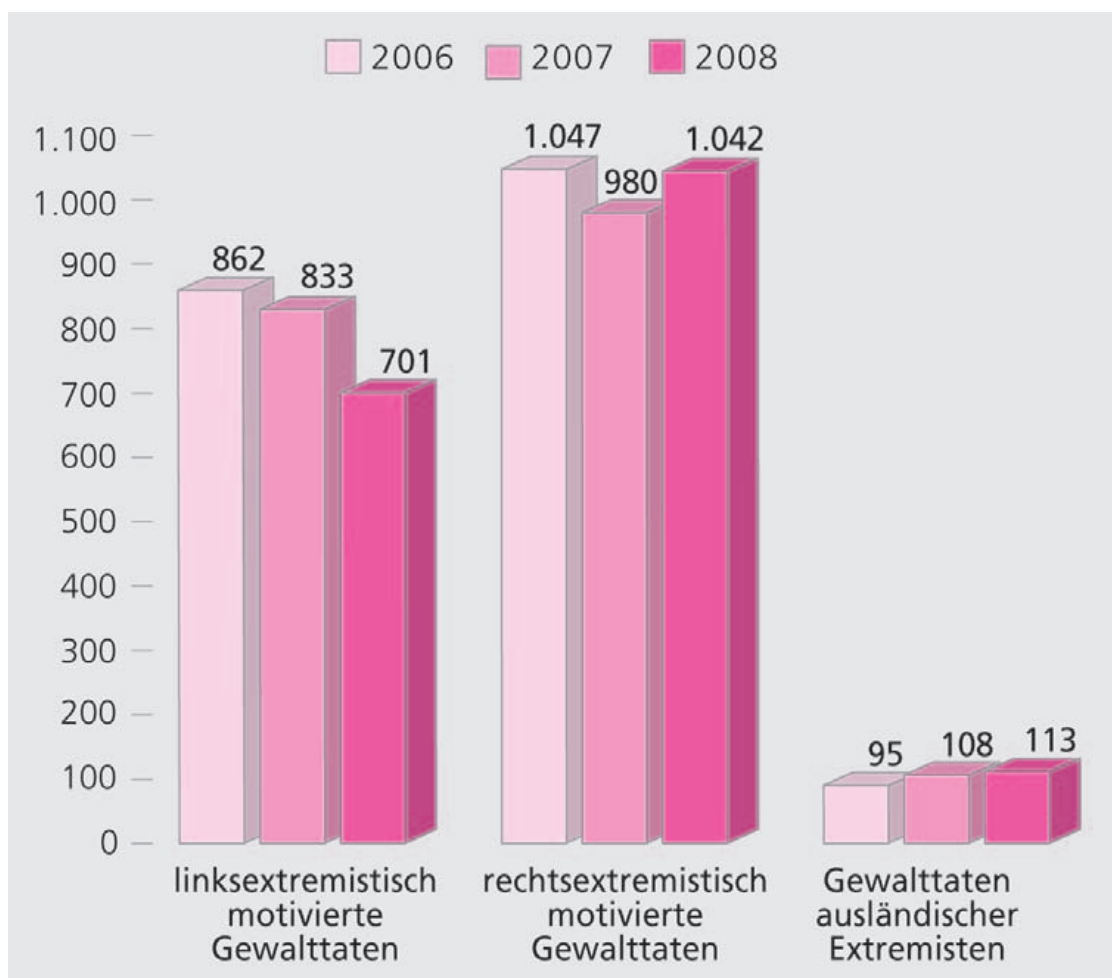


\* Zur Partei „Die Republikaner“ (REP) liegen keine hinreichend gewichtigen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mehr vor, so dass ihre Mitglieder insgesamt nicht mehr dem Rechtsextremismus zugeordnet werden können (Grafik ab 2007 ohne REP).

Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen in **Bayern**

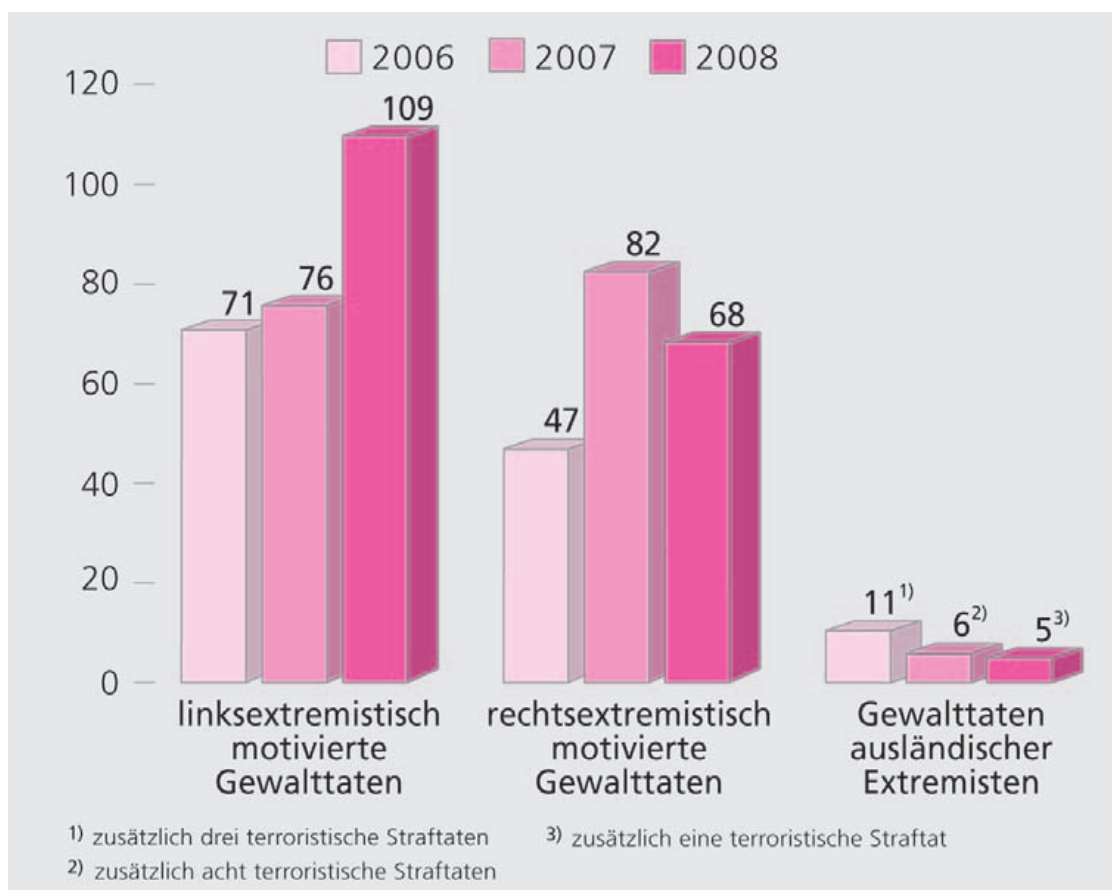
Entwicklung  
extremistisch  
motivierter  
Gewalttaten in  
**Deutschland**

(Zahlen ohne  
terroristische  
Straftaten)



Entwicklung  
extremistisch  
motivierter  
Gewalttaten in  
**Bayern**

(terroristische  
Straftaten  
vgl. Fußnoten)



### 3. Abschnitt

## Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

### 1. Allgemeines

#### 1.1 Merkmale des Ausländerextremismus

Ausländergruppen und ausländische Einzelpersonen werden als extremistisch bewertet und vom Verfassungsschutz beobachtet, wenn sich ihre politischen Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand Bayerns bzw. des Bundes richten. Dazu gehören insbesondere die Organisationen, die sich auch in Deutschland die Errichtung eines islamischen Gottesstaats zum Ziel gesetzt haben und damit wesentliche Grundsätze unserer freiheitlichen Verfassung beseitigen wollen. Der Beobachtung unterliegen ferner Bestrebungen in Deutschland, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind, oder eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse in ihrem Heimatland beabsichtigen und dadurch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

*Einstufung als extremistisch*

#### 1.2 Entwicklung in Bayern

	Links-extremisten		Extreme Nationalisten		Islamische Extremisten		<b>Gesamtzahl Mitglieder</b>	
Kurden	1.800	(1.800)	-	(-)	30	(50)	1.830	(1.850)
Türken	280	(280)	1.250	(1.250)	4.930	(4.900)	6.460	(6.430)
Sonstige*	280	(310)	50	(50)	670	(520)	1.000	(880)
<b>Gesamtzahl</b>	<b>2.360</b>	<b>(2.390)</b>	<b>1.300</b>	<b>(1.300)</b>	<b>5.630</b>	<b>(5.470)</b>	<b>9.290</b>	<b>(9.160)</b>

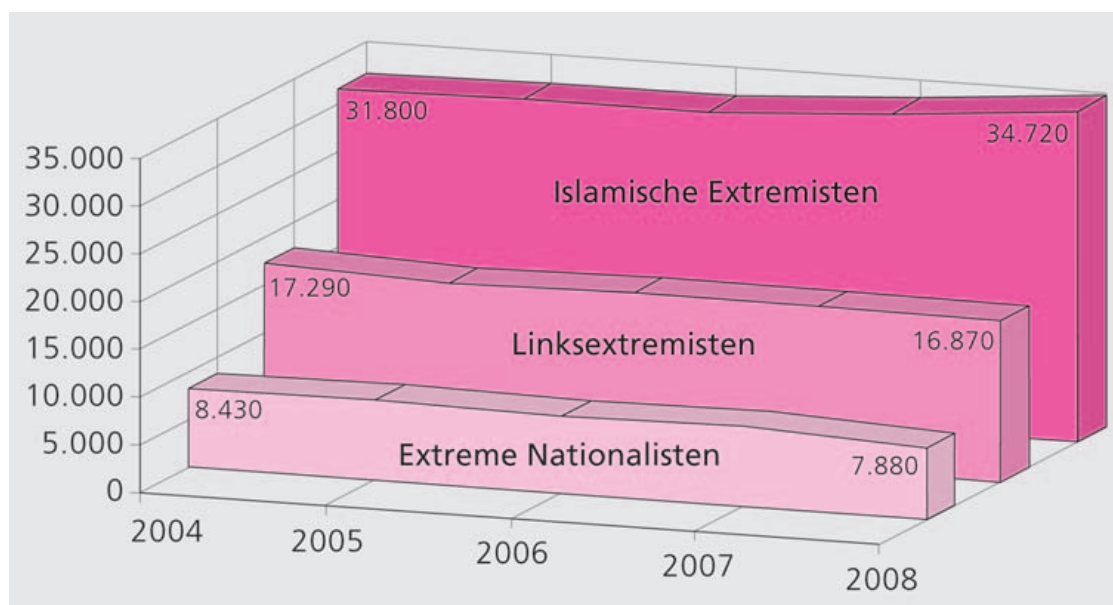
Mitgliederstärke extremistischer Ausländerorganisationen in **Bayern**

(in Klammern die Vergleichszahlen des Vorjahrs)

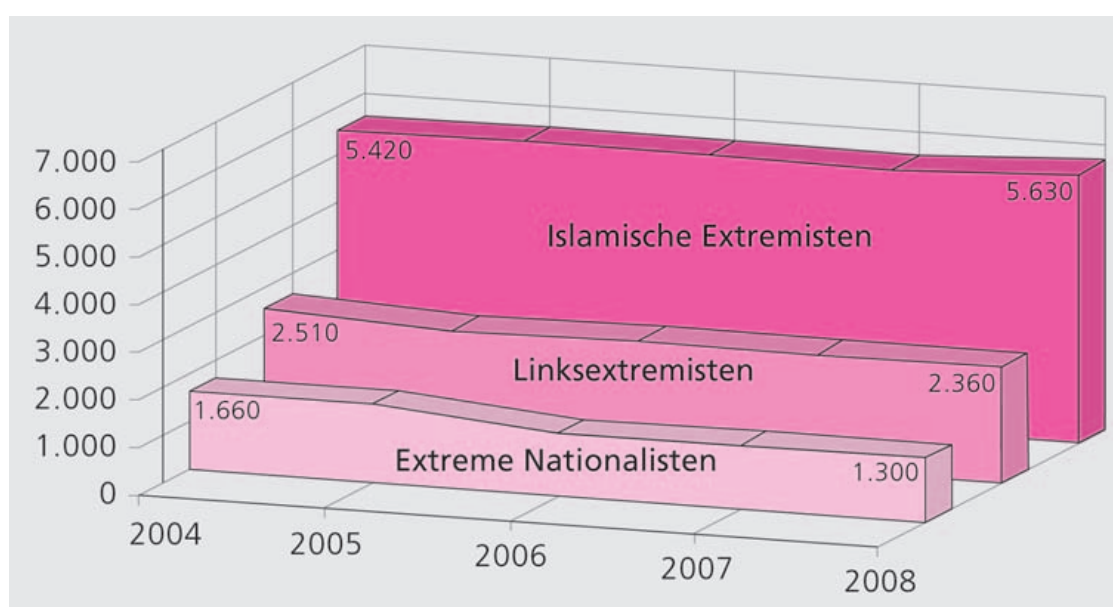
\* Araber, Pakistani, Afghanen, Iraner, Bosnier u.a.

Die Gesamtzahl der Mitglieder extremistischer Ausländervereinigungen in Bayern blieb mit 9.290 gegenüber 9.160 im Vorjahr annähernd gleich. Wie in den Vorjahren stellten die Organisationen extremistischer Türken (einschließlich kurdischer Volkszugehöriger) etwa 90 % aller aus-

### Ausländische Extremisten in Deutschland



### Ausländische Extremisten in Bayern



ländischen Extremisten in Bayern. Über die Hälfte aller ausländischen Extremisten ist dem Islamismus zuzurechnen. Eine isolierte Betrachtung der Mitgliederzahlen der Organisationen verdeutlicht die Bedrohungslage nicht ausreichend. Insbesondere im Bereich des Terrorismus treten im Inland Einzelpersonen ohne erkannten Bezug zu einer Organisation oder Anhänger von Splittergruppen ausländischer Organisationen mit Verbindungen zum islamistischen Terrorismus auf. Ihre Gesamtzahl kann nur geschätzt werden. In Bayern werden etwa 50 Personen Verbindungen zu terroristisch orientierten Netzwerken zugeschrieben. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass eine weit größere Zahl islamischer Extremisten - rund 500 Personen - Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele befürwortet, dabei aber vorrangig auf ihre jeweiligen Heimatländer und nicht auf Deutschland abzielt.

### Gewaltpotenzial in Bayern

### 1.3 Gewalttaten

In Deutschland betrug die Zahl der Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „politisch motivierte Ausländerkriminalität“ (ohne Terrorismusdelikte) 113 gegenüber 108 im Jahr 2007. In Bayern blieb die Zahl der ausländischen Extremisten zuzurechnenden Gewaltdelikte mit fünf im Jahr 2008 gegenüber sechs im Jahr 2007 etwa gleich. Bei einem der Gewaltdelikte handelt es sich um die Verschleppung und massive Einschüchterung eines zum Christentum konvertierten türkischen Journalisten in Fürth.

Die Zahl von acht Terrorismusdelikten im Jahr 2007 ist im Jahr 2008 wieder auf ein Terrorismusdelikt in Bayern gesunken. Dabei leitete der Generalbundesanwalt gegen sieben Personen ein Ermittlungsverfahren ein und beauftragte das Bayerische Landeskriminalamt mit den Ermittlungen. Den Verdächtigen wird Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung und die Planung von Sprengstoffanschlägen in Europa vorgeworfen.

## 2. Islamischer Extremismus (= Islamismus)

### 2.1 Ideologische Grundlagen des Islamismus

Der Islam als Religion und seine Ausübung werden nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Der Beobachtung unterliegen jedoch religiös-politisch motivierte Gruppierungen und Einzelpersonen, die die unter Nummer 1.1 dieses Abschnitts dargelegten verfassungsfeindlichen Ziele verfolgen.

*Gesetzlicher  
Beobachtungs-  
auftrag*

Die im Bundesgebiet aktiven islamistischen Gruppierungen wollen die in ihren Heimatländern bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen durch ein auf dem Koran und der Scharia (islamisches Rechtssystem) basierendes Gesellschaftssystem ersetzen. Überwiegend streben sie sogar die Errichtung eines anti-laizistischen Gottesstaats auf der ganzen Welt an. Sie gehen davon aus, dass durch die Scharia eine alle Lebensbereiche umfassende islamische Gesellschaftsordnung vorgegeben sei, die es überall zu verwirklichen gelte. Nach ihrer Überzeugung entsprechen die gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Islamismus wegen ihres göttlichen Ursprungs als einziges gesellschaftliches System in allen Aspekten vollständig der menschlichen Natur. Die Trennung von Staat und Religion (Laizismus) in westlichen Staaten wird daher nicht nur als „un-islamisch“ abgelehnt, sondern teilweise auch aktiv bekämpft. Der Islamismus ist geprägt von Intoleranz gegenüber Andersgläubigen, teilweise sogar gegen friedliche, moderate Muslime. Aufgrund seines

### *Absolutheitsanspruch*

Absolutheitsanspruchs fordert er einen aktiven Kampf gegen alle „Ungläubigen“ und für die weltweite Islamisierung, falls nötig durch Unterwerfung aller Nichtmuslime. Westliche Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen werden abgelehnt, sofern sie nicht im Einklang mit der von den Islamisten vorgenommenen Auslegung des Korans und der Scharia stehen. Dies bedeutet die Ächtung des demokratischen Prinzips der Volkssouveränität und der Chancengleichheit der Parteien. Ferner gibt es keine Gewaltenteilung, keine demokratische Legislative, keine Kontrolle der obersten Staatsgewalt. Auch die Menschenrechte nach westlichem Verständnis werden nur anerkannt, sofern sie nicht im Widerspruch zur Scharia stehen. Die Gleichheit der Menschen wird verneint, nur Muslime genießen volle Rechte.

### *Ablehnung von Integration*

Islamistische Gruppen wenden sich infolgedessen gegen eine echte Integration. Sie versuchen, vor allem junge Menschen zu beeinflussen und sie zu einer Ablehnung unserer demokratischen Ordnung und unserer freiheitlichen Gesellschaft zu bewegen. Dazu dienen die privaten Koranschulen extremistischer Organisationen wie auch die Pflicht für Frauen und Mädchen, Kopftücher zu tragen, was zur bewussten Abgrenzung von westlichen Lebensgewohnheiten beiträgt (vgl. auch Nummer 2.4 dieses Abschnitts). Islamistische Terrorgruppen stehen weit mehr im öffentlichen Interesse als nicht-gewaltbereite islamistische Gruppen. Dennoch sind auch diese eine Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung, da sie - trotz anderslautender Bekenntnisse - eine wirkliche Integration ablehnen und damit zur Bildung von Parallelgesellschaften entscheidend beitragen.

### *Haltung zur Gewalt*

Die Haltung zur Gewalt ist differenziert zu sehen. Gewalt wird nicht von allen Organisationen grundsätzlich abgelehnt, sondern eher von taktischen Überlegungen abhängig gemacht. Nach Ansicht mancher islamistischer Theoretiker schließt der „Jihad“ (wörtlich: Innerer Kampf, Anstrengung; auch bekannt als „Heiliger Krieg“) als Instrument zur Verwirklichung der islamischen Gesellschaftsordnung alle zum Sieg verhelenden Mittel ein. So befürwortet ein Teil der islamistischen Gruppierungen vor allem aus dem arabischen Raum Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Die im Bundesgebiet mitgliederstärkste islamistische Gruppierung, die türkische Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG), setzt dagegen auf politische Aktivitäten zur Veränderung der gesellschaftlichen Ordnungen in der Türkei und in Deutschland (vgl. auch Nummer 3.1 dieses Abschnitts).

Innerhalb des islamistischen Spektrums manifestieren sich verschiedene Strömungen, salafistische und nicht-salafistische. Unter der nicht-sala-



fistischen Strömung finden sich sunnitische Organisationen wie die Muslimbruderschaft (MB) mit ihren nationalen Ablegern, wie etwa die palästinensische Hamas, oder schiitische Organisationen wie die Hizb Allah. Innerhalb dieser Strömung finden sich sowohl legalistische, nationale wie auch gewaltorientierte Organisationen. Unter der salafistischen Strömung lassen sich einerseits gewaltfreie missionarische (da'wa) Netzwerke (Puristischer und Mainstream-Salafismus), andererseits gewaltorientierte Organisationen wie al-Qaida und deren Ableger (Jihadistischer Salafismus) unterscheiden.

## 2.2 Salafismus

Innerhalb islamistischer Strömungen in Deutschland gewinnt salafistisches Gedankengut zunehmend an Bedeutung und Attraktivität. Gerade für junge Muslime der dritten Generation und deutsche Konvertiten auf Identitätssuche bietet der Salafismus eine neue Projektionsfläche fernab der Religiosität der Elterngeneration bzw. der Regeln der eigenen Gesellschaft an. Konvertiten und „wiedergeborene“ Muslime ohne tiefgründige Kenntnis der islamischen Religion fühlen sich als fester Bestandteil einer neuen salafistischen Solidargemeinschaft, die einfache aber strenge Regeln, ein einfaches dualistisches Weltbild und als Ersatzfamilie einen intensiven spirituellen und sozialen Zusammenhalt bietet.

*Solidargemeinschaft*

Der Sammelbegriff „Salafismus“ bezeichnet eine vom saudi-arabischen Wahhabismus geprägte islamische Bewegung, die sich in strenger, doktrinärer Form am Leitbild der frühen Muslime (salaf al-salih = fromme Vorfahren, Ahnen) orientiert.

Ideologisch gehen die Salafisten von einem negativen Bild der islamischen Welt in der Gegenwart aus. Die Ursachen hierfür werden in der Entfernung der Muslime von den ursprünglichen Lehren des Islam, in der Spaltung der islamischen Gemeinschaft (umma) in zahlreiche Rechtsschulen und Sekten, sowie in der seit Jahrhunderten verkrusteten und blinden Nachahmungsmethodologie in der theologischen Praxis gesehen.

*Ideologie*

Um dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken, streben die Salafisten eine Reinigung des Islam von jeglichem fremden kulturellen und sozialen Einfluss an. Zu den Wesenszügen der salafistischen Islamauffassung zählt das im Vergleich zum Mehrheitsislam sehr rigorose Verständnis von der Einheit und Einzigkeit Gottes (tauhid). Nicht-Salafisten werden deshalb oft mit dem Vorwurf belegt, Götzendienst (shirk) zu betreiben oder un-islamische Neuerungen (bida') einzuführen. Dem puristischen „Welt- und Gesellschaftsbild“ ist zudem eine dualistische

### Dualistische Weltsicht

Weltsicht inhärent, die zwischen „wahrhaft gläubigen“ Muslimen und Ungläubigen (kuffar) unterscheidet. Das daraus abgeleitete Loyalitätsprinzip (al-wala' wal-bara') verlangt von den salafistischen Anhängern, dass sie sich loyal zu den „wahrhaft Gläubigen“ verhalten und sich von allen anderen lossagen sollen.

Als Höherwertigkeitsideologie richtet sich der Salafismus zwar auch gegen nicht-islamische, jüdische und christliche Glaubensvorstellungen, besonders in der Kritik steht jedoch das schiitische und mystische Islamverständnis. Am Dialog mit Andersgläubigen sind die Salafisten nur insofern interessiert, wie er den Interessen ihrer Mission (da'wa) dienlich ist.

### Ablehnung von weltlichen Gesetzen und Herrschafts- systemen

Die Welt wird ausschließlich durch das Prisma der Scharia gesehen. „Menschengemachte“ Gesetze und Herrschaftssysteme wie die Demokratie werden kategorisch als un-islamisch abgelehnt. Die (Wieder)-Errichtung einer „idealen“ muslimischen Gesellschaft wie zu Lebzeiten des Propheten und der Salaf kann nach Auffassung der Salafisten nur auf der Grundlage einer wortwörtlichen Auslegung von Koran und Sunna als die einzig zulässigen juristischen Quellen erreicht werden.

Trotz seiner homogenen Ideologie in seinen zentralen Orientierungen ist der heutige Salafismus eine polymorphe Bewegung, die über keine bzw. wenige festgefügt und formalen Organisationsstrukturen verfügt. Grundsätzlich werden drei Haupttendenzen festgestellt, die sich weniger in ihrer Zielsetzung als viel mehr in ihrem methodischen Ansatz sowie in der Wahl der Mittel unterscheiden.

### Salafistische Hauptströmungen

Während sich der weltabgewandte puristische und der politische Mainstream-Salafismus sich der gewaltfreien Mission (da'wa) verschrieben haben, sieht der revolutionäre Jihad-Salafismus in der Gewalt das einzige Mittel zur Lösung der Probleme der islamischen Welt.

- Bei **puristischen Salafisten**, die in der wissenschaftlichen Literatur auch „apolitische Salafisten“ genannt werden, handelt es sich um Gelehrte und deren Anhänger, die in erster Linie eine gesellschaftliche Umgestaltung über die Veränderung des Alltagsverhaltens der Individuen erreichen wollen. Primär sehen die puristischen Salafisten ihre Aufgabe darin, den Islam von allen fremden Einflüssen durch die Da'wa-Arbeit zu reinigen. Die Einmischung in politische Angelegenheiten wird bei dieser älteren Generation von salafistischen Gelehrten als unerlaubte Neuerung angesehen, die zwangsweise zur Spaltung der Gemeinschaft (umma) führen würde. Das Streben nach einem „puristischen“ Islam trägt in sich isolationistische Züge, die einen Dialog mit Andersdenkenden und Nicht-Muslimen verhindern.

Dieser Flügel orientiert sich an der Islaminterpretation der saudischen Religionsgelehrten.

- Die **Mainstream-Salafisten**, auch politische Salafisten genannt, haben ein verstärktes Interesse an gesellschaftspolitischen Aspekten und politischer Einflussnahme. Sie sind junge Gelehrte, die stark vom Aktivismus der Ideologie der Muslimbruderschaft (MB - vgl. auch Nummer 3.6 dieses Abschnitts) beeinflusst worden sind und den Anspruch erheben, die Probleme der Gegenwart und insbesondere die internationale Politik besser zu verstehen als ihre älteren puristischen Lehrer.
- Die **jihadistischen Salafisten** sind politisierte Salafisten, die mit den „Puristen“ die Vision einer idealen islamischen Gemeinschaft nach dem Vorbild der „salaf“ und die vollständige Anwendung der Scharia teilen, diese aber nicht nur durch Mission (da‘wa), sondern in erster Linie mit gewaltsamen Mitteln (jihad) verwirklichen will. Der Kriegsschauplatz im Afghanistan der 1980er Jahre bot die idealen Bedingungen für die Entwicklung des „Jihad-Salafismus“. Von dort aus verbreitete sich eine neue globale Gefahr in die ganze Welt in Form der aktuell größten islamistischen Terrororganisationen in den Krisengebieten der islamischen Welt, wie al-Qaida und ihre regionalen Zweige im Irak, auf der arabischen Halbinsel, im Jemen und in Nordafrika, sowie Gruppierungen wie Ansar as-Sunna (Irak) und Fatah al-Islam (Libanon).

Gemeinsam sind allen drei Tendenzen die salafistischen Glaubensgrundsätze. Unterschiede bestehen in der Methode, mit der diese Grundsätze umgesetzt bzw. der gegenwärtige gesellschaftspolitische Kontext interpretiert wird. Die Mehrheit der Salafisten lehnt bis heute Gewalt, besonders terroristische Gewalt, zur Verbreitung ihrer Religion und Ideologie ab, propagiert jedoch eine intolerante Haltung gegenüber Andersgläubigen, die die mögliche Hinwendung zum Jihad-Salafismus begünstigen kann. Zwischen den gewaltfreien salafistischen Tendenzen und der gewaltorientierten jihadistischen Tendenz bestehen Grauzonen und zum Teil fließende Grenzen. Während der Mainstream- und der Jihad-Salafismus als solche verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, bleibt bei den Puristischen Salafisten im Einzelfall zu beobachten, ob die Grenze zur politischen Bestrebung überschritten wird.

*Haltung zur  
Gewalt*

In den frühen 1960er Jahren war der heutige Salafismus noch eine Randerscheinung, die hauptsächlich auf dem Gebiet der arabischen Halbinsel verbreitet war. Infolge des durch Saudi-Arabien unterstützten außerordentlichen Missionierungseifers entwickelte sich der Salafismus innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer transnationalen Bewegung. Von ent-

*Historische  
Entwicklung*

scheidender Bedeutung für die Entwicklung dieser Bewegung sind zum einen der Afghanistan-Krieg (1979) und die Stationierung von amerikanischen Bodentruppen im Zuge des Golfkriegs (1991) auf dem Territorium von Saudi-Arabien, die sich als Katalysatoren für die internationale Verbreitung und Radikalisierung der salafistischen Bewegung auswirkten.

### *Entwicklung in Europa*

Anfang der 1990er Jahre fasste diese globale Bewegung auch in einzelnen Staaten Westeuropas Fuß und stellt seitdem eine ernstzunehmende Konkurrenz für die bis zu diesem Zeitpunkt in Europa agierenden islamistischen Akteure wie z.B. die Muslimbruderschaft und Milli-Görüs-Bewegung dar. Der Salafismus ist aufgrund der verstärkten Aktivitäten salafistischer Netzwerke die am schnellsten wachsende Bewegung unter jungen, auch konvertierten, Muslimen in Europa und dient bisweilen als intellektuelles Sprungbrett zum globalen Jihad.

### *Salafistisches Lehr- und Bildungsnetz*

Für den deutschsprachigen Kreis hat sich mittlerweile ein weites salafistisches Lehr- und Bildungsnetz gebildet. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang beispielsweise die überregionalen Grundlagenseminare „Lerne den Islam“, die bundesweit von Predigern salafistischer Netzwerke angeboten werden und insbesondere junge Teilnehmer ansprechen. Neben Schulungsmaßnahmen vor Ort besteht aber auch ein Trend zur Virtualisierung der Fortbildung über das Internet. Dabei spielt die Kommunikationsplattform Paltalk eine zentrale Rolle, da hier prominente Angehörige des salafistischen Gelehrtennetzwerks, wie der Leipziger Imam Hassan Dabbagh, als Online-Imame auftreten. Zusätzlich ermöglichen Live-Übertragungen über das Internet, Seminaerauszüge oder „Fernuniversitäten“ die Schulung vor dem Bildschirm.

Auch in Bayern verdichten sich die Hinweise auf eine zunehmende, sich in Netzwerken organisierende Anhängerschaft salafistischer Ideologie. Die missionarische Vortragstätigkeit prominenter salafistischer Prediger hat sich in 2008 intensiviert und die Zahl bayerischer Teilnehmer an den Islamseminaren ist deutlich gestiegen. Diesen Netzwerken werden in Bayern nach groben Schätzungen etwa 100 Personen zugerechnet.

Die Staatsanwaltschaft München I führt derzeit ein Ermittlungsverfahren gegen mehrere Personen aus der salafistischen Szene Deutschlands (vgl. auch Nummer 3.7 dieses Abschnitts).

## **2.3 Rolle des Internets**

### *Propaganda, Kommunikation, Steuerung*

Sowohl nicht gewaltbereite Islamisten als auch islamistische Terroristen nutzen das Internet in professioneller Weise als wesentliches Propaganda-, Kommunikations- und Steuerungsmedium. Inzwischen sorgen

mehrere tausend einschlägige Terrorsiten für eine Verbreitung der Jihad-Ideologie. Internet-Auftritte von islamischen Extremisten und von islamistischen Organisationen mit zahlreichen und eindeutigen Verweisen bzw. Links auf Internet-Angebote mit terroristischen Inhalten zeigen deutlich, wie leicht, fließend und damit gefährlich über das offene Medium des World Wide Web der Übergang vom Islamisten zum islamistischen Terroristen ist.

Ein anschauliches Beispiel für die zentrale Bedeutung des Internets ist die jüngere Entwicklung al-Qaidas. Mit Hilfe des Internets hat sich al-Qaida immer weiter weg von einer Organisation bewegt und den Charakter einer weltweiten Bewegung angenommen. Die Grenze zwischen al-Qaida-Sympathisanten, die mit Propaganda, Know-how sowie ideologischer Schulung im Netz auftreten, und den Aktivisten des Terrors verschwimmt zunehmend. In jedem Land der Welt können sich Sympathisanten mit Hilfe des zur Verfügung gestellten Lehrmaterials, wie etwa der „Enzyklopädie des Jihad“, ausbilden, um im Namen al-Qaidas am Kampf teilzunehmen. Das Internet gewährleistet die Existenz, Überlebensfähigkeit und Weiterentwicklung al-Qaidas.

*Zentrale Bedeutung  
für al-Qaida*

In Videoproduktionen der al-Qaida-Medienstelle as-Sahab werden neu entstandene Organisationen offiziell durch die Führung Kern-al-Qaidas legitimiert. Diese von Anhängern und Sympathisanten geforderte Praxis belegt den weiterhin hohen ideologischen Einfluss des obersten Führers der al-Qaida, Usama Bin Ladin, und dessen Stellvertreters Dr. Ayman al-Zawahiri.

Islamisten und islamistische Terroristen finden im Internet ideale Bedingungen, da die spontane Bildung interaktiver und ideologisch gleich gesinnter Internet-Gemeinden kein großes Fachwissen erfordert und ein schnelles Agieren sowie eine große Reichweite im Web ermöglicht. Hier werden Meinungen ausgetauscht, Verlautbarungen und einschlägige Schriften verbreitet, Audio- und Videobotschaften eingestellt oder neu verlinkt und somit einem breiten Publikum von Sympathisanten zur Verfügung gestellt. Neben der zunehmenden Verwendung von neuen Techniken, wie z.B. Podcasting, Weblogs, PalTalk und Chat, sorgt eine neue Generation von islamistischen IT-Fachleuten für professionell aufbereitete und getarnte Internet-Auftritte. So sind islamistische Internet-Angebote, insbesondere im Bereich des Jihadismus, besonders dynamisch. Die Homepages ändern häufig ihr Erscheinungsbild und sind teilweise nur über einen kurzen Zeitraum abrufbar. Ein Großteil der Internet-Seiten ist in arabischer Sprache abgefasst; teilweise werden englisch-, französisch- und auch deutschsprachige Fassungen präsen-

*Große Reichweite*

tiert. Einige Internet-Angebote gehen mit so genannten Weblogs einher, die es erlauben, eigene Beiträge einzubringen und so interaktive Netzgemeinden zu bilden. In den meist passwortgeschützten Diskussionsforen bilden sich abgeschottete Gruppen ideologisch Gleichgesinnter, in denen religiöse Schulung ebenso stattfindet wie Radikalisierung und Rekrutierung für terroristische Aktivitäten.

### „Online-Universität“

Während bisher die Vermittlung einschlägigen Fachwissens zu den Themen Waffenkunde, Bombenbau, konspirative Kommunikation und Guerillakampf vorwiegend über den Austausch von selbst erstellten Handbüchern und Anleitungen im Internet erfolgte, konnte 2007 erstmals eine Art Online-Universität festgestellt werden. Das zugangsbeschränkte militant-islamistische Internet-Forum „al-Ekhlaas“ (die Wahrhaftigkeit) bot einen Elektrotechnik-Kurs für Jihadisten an. Der Unterricht erfolgt über foreninterne Privatpost zwischen Lehrer und Schülern sowie über zum Download bereitgestellte Powerpoint-Präsentationen. Die terroristische Ausbildung mittels „Fernstudium“ stellt eine neue Entwicklung dar, die zunehmend als Ergänzung oder auch Ersatz für die immer mehr unter Druck geratenden Ausbildungslager in Afghanistan und Pakistan dient.

### „home grown“-Terrorismus

Das Internet leistet so gerade auch dem „home grown“-Terrorismus wesentlichen Vorschub. Zentrale Schritte von der Radikalisierung bis hin zur Selbstrekrutierung, von der ideologischen Schulung bis zur Planung von Anschlägen, können mittels des im Internet zur Verfügung gestellten Materials vollzogen werden. Es ist zu erwarten, dass die mit Hilfe des Internets geschulten und operativ unabhängigen Einzelpersonen oder Gruppen im Bereich des islamistischen Terrorismus zunehmen werden, zumal al-Qaida als eine handlungslegitimierende und -leitende Ideologie zu verstehen ist, die jeder als „Markenzeichen“ in Anspruch nehmen kann. Internet-Veröffentlichungen, wie die auf der Seite der „Global Islamic Media Front“ (GIMF) erschienene Anleitung „39 Möglichkeiten den Jihad zu unterstützen“, geben konkrete Anleitung von der geistigen Vorbereitung über die logistische Unterstützung der Mudjahidin bis hin zum eigenen „Märtyrer-Tod“.

Al-Qaida versucht verstärkt, die Muslime in westlichen Ländern, insbesondere re-islamisierte junge Männer der zweiten und dritten Einwanderergeneration sowie Konvertiten, durch ihre Internet-Verlautbarungen zu erreichen. Eine besondere Rolle in Deutschland spielen hierbei die Seiten der GIMF. Sie wendet sich nicht primär an die Bevölkerung im arabischen Raum, sondern hat die weltweite Verbreitung ihrer Propaganda zum Ziel. Seit Mai 2006 gibt es auch eine deutschsprachige

GIMF-Homepage. Hier werden regelmäßig deutsche Übersetzungen von Verlautbarungen, Tatbekennungen und sonstigen Informationen von Mudjahidin-Gruppen im Irak und in Afghanistan eingestellt. Beispielsweise waren im März 2007 Deutschland und Österreich über eine Videobotschaft mit Terroranschlägen bedroht worden, falls sie ihre Soldaten nicht aus Afghanistan abziehen würden. Der Verantwortliche der deutschsprachigen GIMF war daraufhin im September 2007 in Wien festgenommen worden, was die GIMF auf ihrer Homepage am 17. September 2007 kommentierte:

*Global Islamic  
Media Front  
(GIMF)*

*„An die Kuffar, die uns versuchen zu bekämpfen, sagen wir Folgendes: Ihr könnt machen, was ihr wollt, macht so viele Festnahmen, wie ihr wollt, ..., ihr werdet euer Ziel nie erreichen, wir werden immer weiter machen, bis wir den Sieg erlangen oder das Märtyrertum.“*

Die Festnahme ihrer mutmaßlichen Führungsspitze führte allerdings nicht zu einer erkennbaren Schwächung; die GIMF ist unverändert aktiv. Dies zeigte auch ein zweites Drohvideo nach der Festnahme Ende November 2007. Nach nachrichtendienstlichen Aufklärungsmaßnahmen konnte Ende 2007 einer der Administratoren des GIMF-Netzwerks in Weiden i.d.OPf. identifiziert werden.

Mit diesen Erkenntnissen und in Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden mit dem Bundeskriminalamt konnten weitere Aktivisten der GIMF in Deutschland ermittelt werden. Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts nach § 129b StGB (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland) wurden am 25. November in einer bundesweiten Durchsuchungsaktion insgesamt zwölf Objekte von Aktivisten der GIMF u.a. in Augsburg und Weiden i.d.OPf. durchsucht.

Ein wesentliches Element terroristischer Aktivitäten ist die konspirative Kommunikation. Das jihadistische Online-Magazin „al-Mujahid al-Tiqani“ (der technische Mudjahid), das sich mit technischen Fragen im Zusammenhang mit der Rechnernutzung befasst, stellte in einem ausführlichen Artikel neben den am häufigsten verwendeten Methoden der elektronischen Verschlüsselung auch die Steganographie vor. Dabei handelt es sich um ein Verfahren, bei dem verschlüsselte Informationen in den Farbschichten von Bilddokumenten verborgen übermittelt werden.

*Konspirative  
Kommunikation*

Seit März 2007 wird im Internet eine Hackingsoftware unter dem Titel „al-Jihad al-Elektruni“ (der elektronische Jihad) angeboten. Die Software dient der Generierung von „Denial of Services“-Attacken. Bei einem derartigen Angriff wird der Zielcomputer bzw. ein Server mit einer so

*„Elektronischer Jihad“*

hohen Anzahl von Anfragen beschickt, dass er die Anfrageflut nicht mehr bewältigen kann und vom Netz genommen werden muss. Der Betreiber der Internet-Seite, auf der die Software angeboten wird, benennt auch Ziele, vorwiegend Internet-Seiten mit aus seiner Sicht anti-islamischem Inhalt, und ruft zum „elektronischen Krieg“ gegen diese Seiten auf. In der Praxis des „elektronischen Jihad“ überwiegen anlassbezogene Angriffe gegen Internet-Seiten, wie z.B. gegen die dänische Zeitung Jyllands-Posten wegen der Mohammed-Karikaturen. Generell nimmt die Bedeutung des „Cyber Jihad“ in islamistischen Kreisen zu, da man auf diesem Feld mit relativ geringen Mitteln und fast ohne persönliches Risiko in hoch technisierten Gesellschaften großen Schaden anrichten kann.

## 2.4 Islamistische Bildungs- und Jugendarbeit

Die Bildungs- und Jugendarbeit ist ein wesentlicher Baustein zum Erhalt und zur Fortentwicklung jeder Organisation. So wendet sich eine Vielzahl islamischer Einrichtungen in Deutschland mit alters- und zielgruppenorientierten Bildungs- und Betreuungsangeboten an Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Die Angebote sind nur teilweise extremistischer Natur. Eine Gefahr liegt jedoch darin, dass vor allem islamistische Organisationen dieser Arbeit hohe Bedeutung beimessen. Sie wollen der Jugend eine moralische Orientierung geben, die ihrer Ansicht nach in der westlichen Gesellschaft nicht gewährleistet ist.

*Korankurse*

Eine besondere Rolle bei der Bildungsarbeit islamistischer Organisationen nimmt die religiöse Fortbildung und somit der Koranunterricht ein. In nahezu allen Moscheevereinen werden Korankurse angeboten. Der Unterricht findet nach Geschlechtern getrennt in der Regel am Wochenende statt. Zusätzlich bieten die Vereine während der Ferien besondere Kurse im In- und Ausland an. Parallel zu den Korankursen werden gelegentlich auch Arabischkurse angeboten, die die Rezitation und das inhaltliche Verständnis des Korans ermöglichen sollen. Dabei schaffen sich extremistische Organisationen Möglichkeiten, in die als religiöse „islamische“ Bildung präsentierten Angebote islamistische, auf politische Inhalte ausgelegte Positionen einfließen zu lassen und prägend auf Kinder und Jugendliche einzuwirken. Kennzeichnend für eine islamistische, also auf politische Inhalte ausgelegte Bildungsarbeit, sind vor allem:

*Merkmale islamistischer Bildungsarbeit*

- die Ausschließlichkeit, mit der die spezielle religiös-politische Lesart der Organisation vertreten wird,
- die Deutung des Islams als ordnungspolitisches System,



- der abwertende Umgang mit Andersgläubigen und andersdenkenden Muslimen sowie
- die ablehnende Haltung gegenüber demokratischen Freiheitsrechten.

Als Anbieter von Korankursen treten im Bereich der islamistischen Organisationen insbesondere die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) sowie die mitgliederstärkste Organisation von Anhängern der sunnitisch-extremistischen Muslimbruderschaft (MB), die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD), auf. Die IGMG versucht, mit einem breiten Angebot in der Jugend- und Bildungsarbeit wie etwa der Veranstaltung von Sommerkorankursen, junge Türken in Deutschland an die Organisation und an ihre islamistische Ideologie zu binden. Durch diese Angebote sollen Kinder und Jugendliche aus dem „Sumpf der westlichen Lebensweise“ herausgehalten und nach „islamischen“ Wertmaßstäben erzogen werden. Neben den traditionellen Schulungen in Wochenend- und Sommerkorankursen für Kinder setzt die IGMG aber inzwischen auch gezielt auf attraktive Veranstaltungen für Jugendliche und Studenten (vgl. auch Nummer 3.1 dieses Abschnitts). Die IGD bemühte sich in den letzten Jahren verstärkt um Attraktivität für die in Deutschland aufgewachsenen Muslime arabischer Herkunft. Diese sollen u.a. über den Aus- und Aufbau von Bildungseinrichtungen in Islamischen Zentren der IGD erreicht werden (vgl. auch Nummer 3.6.1 dieses Abschnitts). Neben der herkömmlichen Bildungs- und Jugendarbeit haben islamistische Jugendorganisationen aber auch die Sog- und Identifikationswirkung von Musik auf muslimische Jugendliche entdeckt. So demonstriert ein Teil der in Deutschland geborenen oder aufgewachsenen jungen Muslime vor allem durch Rap-Musik ein neues „islamisches Bewusstsein“. Inhalt und Form der Musik sind ebenso wie die Darstellung gewollt politisch und gesellschaftlich provokant gehalten. Themen sind beispielsweise die „ungerechtfertigt negative“ Darstellung des Islam in den deutschen Medien, die „Kopftuchdebatte“ oder der „Krieg gegen den Terror“. Die Texte rufen dabei zu einem Bekenntnis für eine „islamische Identität“ auf. Die „Gesellschaftskritik“, die wesentlicher Bestandteil der Rap-Musik ist, wird dabei religiös-politisch untermauert. Zum Teil bieten islamistische Jugendorganisationen diesen deutschsprachigen Bands gezielt eine Plattform für Auftritte. Ein weiteres wichtiges Idol junger Muslime weltweit ist der ägyptische „Fernsehprediger“ Amr Khaled. Durch seine regelmäßigen Auftritte im saudi-arabischen Satellitensender „Iqra“ genießt er hohe Popularität bei seinem überwiegend jugendlichen Zielpublikum. In der öffentlichen Wahrnehmung gilt Khaled als „unpolitischer“, aber der ägyptischen Muslimbruderschaft nahestehender Prediger, der sich vor allem alltäglicher Probleme junger

*Bildungsarbeit von IGMG und IGD*

*„Pop-Islamismus“*

*„Fernsehprediger“*

Muslime annimmt. Die Popularität Khaleds machen sich auch extremistische Organisationen zu Nutze, indem sie ihn zu ihren Veranstaltungen einladen.

### *Erwachsenenbildung*

Neben dem Engagement im Jugendbereich spielt aber auch die Erwachsenenbildung eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Verbreitung islamistischer Ideologie. In diesem Zusammenhang ist u.a. auf vielfältige Ausbildungsangebote für Multiplikatoren (Lehrer, Dozenten) hinzuweisen. Beispielhaft dafür steht das Anfang 2001 in Frankfurt am Main gegründete Islamologische Institut, das mittlerweile seinen Hauptsitz nach Wien verlegt hat. Es steht dem Gedankengut der Muslimbruderschaft (vgl. auch Nummer 3.6 dieses Abschnitts) nahe und geht von einem islamistischen Weltbild aus, das mit einem säkularen Staat unvereinbar ist. Der Leiter des Instituts propagiert diese Haltung auch in einem von ihm verfassten Lehrbuch, das im Unterricht eingesetzt wird. Darin wird Religion als „islamische Lebensweise, die alle Bereiche und Ebenen der Lebensgestaltung, nämlich die religiöse, kulturelle, politische, wirtschaftliche, soziale, wissenschaftliche ... umfasst“ definiert. Ein eindeutiges Bekenntnis zu Menschenrechten und Grundgesetz ist somit fragwürdig. Kurse des Instituts, meist Wochenendseminare, finden an mehreren Orten statt, u.a. auch in München. Die Absolventen sollen dafür qualifiziert werden, in öffentlichen Schulen sowie in islamischen Gemeinden und Moscheen in deutscher Sprache islamischen Religionsunterricht zu erteilen. Das Islamologische Institut profitiert davon, dass im deutschsprachigen Raum ein Mangel an akademisch ausgebildeten Religionslehrern herrscht. Es versucht, durch seine Schulungsangebote diese Lücke auszufüllen und junge Multiplikatoren ideologisch und fachlich auszubilden.

### *Bildung via Internet*

Auch das Internet spielt bei der Vermittlung islamistischer Lehrinhalte eine wachsende Rolle. So ist eine große Anzahl einschlägiger Internet-Seiten zu verzeichnen, die zum Teil miteinander verlinkt sind und Schulungen in Form von Audio- oder Video-Dateien zum Herunterladen anbieten. Teilweise werden auch Islamseminare live via Internet übertragen.

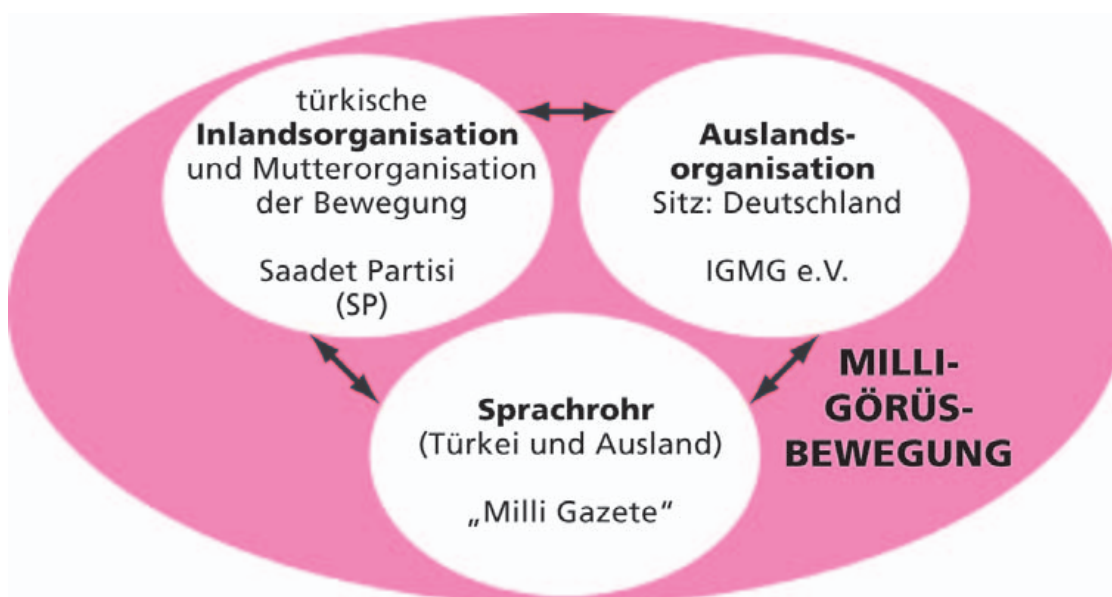
Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich in Deutschland zwischenzeitlich ein umfangreiches und weit verzweigtes privatautonomes islamistisches Bildungs- und Schulsystem entwickelt hat. Die Gefahren dieser Entwicklung sind erheblich; Bildungs- und Sozialarbeit islamistischer Träger kann von einer gemäßigt religiösen zu einer islamistischen Geisteshaltung führen und somit erheblich zur Radikalisierung von Muslimen in Deutschland beitragen.

### 3. Islamistische Gruppierungen

#### 3.1 Milli-Görüs-Bewegung

„Führer“ der Milli-Görüs-Bewegung:	Prof. Dr. Necmettin Erbakan	
Vorsitzender des europäischen Zweigs (IGMG):	Osman Döring, genannt Yavuz Celik Karahan	
Entstehung der Bewegung (Türkei):	ca. 1970	
Entwicklung in Europa:	Gründung 1985 in Köln als „Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa e.V.“ (AMGT); 1995 Aufteilung in die beiden unabhängigen juristischen Personen „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) und „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft“ (EMUG)	
	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	26.000	4.800
Sitz der IGMG:	Kerpen	
Sprachrohr der Milli-Görüs-Bewegung:	„Milli Gazete“ (Nationale Zeitung)	
Publikation der IGMG:	„IGMG Perspektive“	

Die Milli-Görüs-Bewegung ist ein Sammelbecken von Anhängern des türkischen Politikers Prof. Dr. Necmettin Erbakan, der von 1996 bis 1997 Ministerpräsident in der Türkei war. Sie will seit Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre - trotz gegenteiliger Bekundungen - zunächst die laizistische Staatsordnung in der Türkei durch eine islamische Staats- und Gesellschaftsordnung mit dem Koran und der uneinge-



schränkten Gültigkeit der Scharia als Grundlagen des Staates und des gesellschaftlichen Zusammenlebens ablösen. Ihr erklärtes Fernziel ist darüber hinaus die weltweite Einführung einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung nach dem Vorbild des alten osmanischen Reichs unter Führung der Türkei.

### Zuzurechnende Institutionen

Die Ideologie und die Ziele der Milli-Görüs-Bewegung erschließen sich durch die Gesamtschau der Äußerungen und Aktivitäten der ihr zuzurechnenden Institutionen.

Dies sind im Wesentlichen

- die Saadet Partisi (SP - Glückseligkeitspartei) in der Türkei,
- die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) als Repräsentantin im Ausland,
- die „Milli Gazete“ als publizistisches Sprachrohr.

### 3.1.1 Die Verfassungsfeindlichkeit der Milli-Görüs-Ideologie

### Ideologische Wurzeln

Die ideologischen Wurzeln der IGMG sind auf die Ideen des Begründers der Milli-Görüs-Bewegung, Prof. Dr. Erbakan, zurückzuführen. Zentrale Bedeutung in Prof. Dr. Erbakans politischem Denken haben die von ihm geprägten Schlüsselbegriffe „Milli Görüs“ (Nationale Sicht) und „Adil Düzen“ (Gerechte Ordnung). Nach der von Prof. Dr. Erbakan entwickelten Ideologie ist die Welt in die auf dem Wort Gottes fußende religiös-islamische Ordnung („Adil Düzen“) einerseits und die westliche Ordnung der Gewalt und Unterdrückung („Batil Düzen“ = Nichtige Ordnung) andererseits aufgeteilt; der letzteren („Batil Düzen“) spricht Prof. Dr. Erbakan jede Existenzberechtigung ab. Es gelte, ein solches System durch eine „Gerechte Ordnung“ zu ersetzen, wofür die Ausrichtung an islamischen Grundsätzen statt an von Menschen geschaffenen und damit „willkürlichen Regeln“ erforderlich sei. Die „Gerechte Ordnung“ soll alle Lebensbereiche erfassen und zunächst in der Türkei und danach in der ganzen Welt verwirklicht werden. Zu den klassischen Feindbildern gehört außer der westlichen Welt auch der Staat Israel - meist als „Zionisten“ umschrieben - ferner Kommunismus, Imperialismus, Kapitalismus und Christentum. Insgesamt ist das „Adil-Düzen-Konzept“ mit den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar:

- Die Einführung einer islamischen Gesellschaftsordnung würde den Grundsatz der Gewaltenteilung, das Rechtsstaatsprinzip, die Unabhängigkeit der Richter und das Demokratieprinzip beseitigen.

- Die propagierte Vormachtstellung sowohl des politischen Islam als auch der Türkei würde zu einer verfassungsmäßig nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlung anderer Religionen, Ethnien und des weiblichen Geschlechts führen sowie die im Grundgesetz und der Europäischen Menschenrechtskonvention konkretisierten Menschenrechte verletzen.
- Der in der Milli-Görüs-Bewegung vertretene Antisemitismus führt zu einer ausgrenzenden Benachteiligung des jüdischen Volkes und der jüdischen Religion und verletzt die Menschenrechte sowie den Gleichbehandlungsgrundsatz.
- Die Bestrebung, die gesamte Welt unter islamische Führung zu stellen, würde die republikanische Ordnung Deutschlands ebenso beseitigen wie den Grundsatz der Gewaltenteilung und des Demokratieprinzips einschließlich der Wahlgrundsätze.
- Die Bildung einer Opposition, die nicht den Ansprüchen des Islams in der politischen Sichtweise der Milli-Görüs-Bewegung genügt, wäre in einem derartigen Staat ausgeschlossen.
- Die Ausrichtung der Milli-Görüs-Bewegung auf eine sultansähnliche türkische Führerfigur zeigt nationalistisch-diktatorische Züge und widerspricht der republikanischen Struktur Deutschlands sowie dem Demokratieprinzip.
- Das Streben nach einer „Großtürkei“ als bestimmende Macht auch in Europa und der Welt zielt auf die Beseitigung national-staatlicher Grenzen und widerspricht damit dem in der Verfassung verankerten Grundsatz der Völkerverständigung.

*Beispiele für  
Verfassungsfeind-  
lichkeit*

### 3.1.2 Saadet-Partisi (SP) in der Türkei

In der Türkei sind die Anhänger der islamistischen Milli-Görüs-Bewegung seit 2001 in der Saadet-Partisi (SP - Glückseligkeitspartei) organisiert, nachdem die Vorgänger-Parteien Refah Partisi (RP - Wohlfahrtspartei) und Fazilet Partisi (FP - Tugendpartei) wegen „anti-laizistischer Aktivitäten“, also wegen Aktivitäten, die Trennung von Staat und Religion rückgängig zu machen, verboten worden waren. Die SP ist faktisch die heimatliche Mutterpartei der gesamten Milli-Görüs-Bewegung.

*Heimatliche  
Mutterpartei*



Trotz eines gegen Prof. Dr. Erbakan erlassenen Politikverbots, das ihm die Ausübung einer Parteifunktion verwehrt, gilt er weiterhin als „Führer“

### Wahlkampf

mit weit reichendem Einfluss auf Partei und Bewegung. Wahlkampfauftritte im Vorfeld der türkischen Parlamentswahlen am 22. Juni 2007 verdeutlichten, dass Prof. Dr. Erbakan nach wie vor als Führungsfigur innerhalb der SP fungiert und er unverändert an seinen ideologischen Standpunkten festhält.

Nach einem Bericht der „Milli Gazete“ vom 15. Juni 2007 kritisierte Prof. Dr. Erbakan in einer Rede vor Kandidaten der SP die türkische Regierung, die sich dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ergeben habe. Er stellte dies als Folge eines neuen, im Jahre 1990 eingeleiteten 20. Kreuzzugs durch den nach dem Zusammenbruch Russlands einzigen „rassistischen Imperialismus“ des Westens dar. Prof. Dr. Erbakan nahm ferner Bezug auf die Besetzung Afghanistans und des Iraks durch die USA und kündigte den Beginn des „Nationalen Befreiungskampfs“ (Milli Kurtulus Harekati) an:

*„Der historische Punkt, an dem wir uns befinden, ist ein wichtiger Punkt. Und die Wahlen am 22. Juli 2007 werden aus diesem Grund genauso wichtig sein wie die Schlacht von Canakkale (Anmerkung: Dardanellen 1915), sogar noch wichtiger. Zur Befreiung Istanbuls, der islamischen Welt und der Menschheit starten wir den Nationalen Befreiungskampf.“*

Alle Parteien - außer der SP selbst - hätten die „ehrenhafteste Nation der Geschichte“ und dieses „Land, dem Gott (Allah) die größten Gaben geschenkt hat“, versklavt und ausgebeutet. Er rief kämpferisch dazu auf, der SP als einziger Partei, die für eine „Gerechte Ordnung“ eintrete, die Stimme zu geben:

*„Der Sieg gehört denen, die daran glauben, und der Sieg ist nahe. Gesegnet sei euer Jihad.“*

Ob der Begriff „Jihad“ in diesem Zusammenhang im Sinn eines militärischen Kampfs (kleiner Jihad) gemeint sein soll, kann dahinstehen. In jedem Fall handelt es sich nicht nur um das innere Bemühen (großer Jihad), sondern um eine aktive politische Bestrebung. Dies lässt sich bereits durch Äußerungen von Prof. Dr. Erbakan Ende der 1980er Jahre gegen Israel und die Juden aufzeigen. Er vertrat in einem Vortrag mit dem Titel „Grundthemen und Jihad“ die Auffassung, der Zionismus sei eine Mentalität, die jeden zum Sklaven der Juden machen möchte. Ein bewusster Muslim trete entweder in die Jihad-Armee ein oder er werde zum jüdischen Soldaten. Der Anhänger von „Milli Görüs“ sei verpflichtet, für die Islamherrschaft zu kämpfen: „Wer sich von der Armee trennt, für den gilt das Urteil des Schwertes.“

### Weltweiter Anspruch

Der weltweite Anspruch der „Milli Görüs“ innerhalb der SP zeigte sich nicht zuletzt bei den diesjährigen Feierlichkeiten zur Übergabe des

SP-Parteivorsitzes. In seiner Abschiedsrede wies Recai Kutan auf das Blutvergießen und die Tränen in der islamischen Welt, insbesondere in Afghanistan und Palästina hin, die lediglich durch die „Milli Görüs“ beendet werden könnten. Der neue SP-Vorsitzende, Prof. Dr. Numan Kurtulmus, verdeutlichte während einer späteren Parteisitzung nochmals, dass die SP ein neues Zeitalter nicht nur für die islamische Welt, sondern für die gesamte Menschheit einleiten werde. Alle westlichen Zivilisationen heutzutage seien modernes Sklaventum, das es abzuschaffen gelte.

### 3.1.3 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) als Auslandsorganisation der Milli-Görüs-Bewegung

#### Organisation

Die IGMG bildet die Auslandsorganisation der Milli-Görüs-Bewegung. Der Sitz der IGMG-Zentrale befindet sich in Kerpen/Nordrhein-Westfalen.

Der Zentrale sind mehr als 30 „Gebiete“ nachgeordnet, davon etwa die Hälfte allein in Deutschland. Weitere „Gebiete“ befinden sich in europäischen Ländern (u.a. in Österreich, Frankreich und Belgien), aber auch in Kanada und Australien. Unterhalb der „Gebietsebene“ sind die „Ortsvereine“ angesiedelt. Auch hier zeigt sich, dass sich die Bestrebungen der IGMG vor allem auf Europa und hier insbesondere auf Deutschland als größte türkische Exklave konzentrieren. So befinden sich von den insgesamt rund 700 „Ortsvereinen“ etwa 500 in Deutschland. In Bayern sind etwa 70 „Ortsvereine“ aktiv, mit regionalen Schwerpunkten in Nürnberg und München. Die Struktur belegt den hierarchischen Aufbau.

Das Bemühen der IGMG um gesellschaftliche Akzeptanz führte in der Vergangenheit bei mehreren Ortsvereinen zur Annahme von neutralen Bezeichnungen. Solche Vereine geben sich Satzungen, die formal keine Rückschlüsse auf die IGMG mehr zulassen. Die Zugehörigkeit zur IGMG lässt sich aber aufgrund von internen Mitgliedslisten oder durch bekannt gewordene persönliche Mitgliedschaften führender Funktionäre herstellen. Die so nachgewiesenen extremistischen Bezüge sind im Rahmen von Verwaltungsverfahren im Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht, bei Zuverlässigkeitsüberprüfungen und bei der Prüfung der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit der entsprechenden Organisationen von Belang und werden gegenüber

*Organisation*



Emblem  
der IGMG

den zuständigen Behörden durch Erkenntnismitteilungen des Verfassungsschutzes eingebracht.

Ein Beispielsfall für formal nach außen hin vollzogene Distanzierungsbemühungen ist die Islamische Gemeinde Penzberg e.V. (IGP). Dieser 1994 gegründete Verein erschien noch für den Zeitraum 2003/2004 auf Mitgliedslisten der IGMG, die bei einer polizeilichen Durchsuchung der Münchner IGMG-Moschee aufgefunden wurden. Zwar hat der Vereinsvorsitzende der IGP inzwischen Schreiben vorgelegt, mit denen er um Streichung des Vereins aus dem IGMG-Register bittet und seine persönliche Mitgliedschaft ab März 2006 kündigt. Trotzdem wurde auch im Berichtsjahr in der IGP für eine IGMG-Veranstaltung in Ingolstadt geworben.

### **Verbindungen zur Milli-Görüs-Bewegung in der Türkei**

Die IGMG-Führung, vertreten durch den Generalsekretär Oguz Ücüncü, ist nach eigener Darstellung nach außen bemüht, sich von der Milli-Görüs-Bewegung und deren ideologischen Führer Prof. Dr. Necmettin Erbakan zu distanzieren sowie den Verband als bloße Religionsgemeinschaft und verfassungstreue Organisation darzustellen. Diese Außendarstellung ist jedoch wenig überzeugend.

#### *Enge Bindung*

Die enge Verbindung zur Milli-Görüs-Bewegung in der Türkei, die bereits in der Beibehaltung des Begriffs „Milli Görüs“ im Namen der IGMG zum Ausdruck kommt, wird u.a. in engen und dauerhaften Kontakten deutlich, die nach wie vor zwischen der IGMG und dieser Bewegung in der Türkei bzw. der von ihr getragenen SP bestehen. Dies zeigt sich nicht nur in der allgemeinen Zielsetzung der IGMG, die Milli-Görüs-Bewegung als solche zu stärken und zu unterstützen, sondern auch in der Teilnahme hoher Funktionäre der SP an Veranstaltungen der IGMG und umgekehrt, in dem Inhalt der Redebeiträge von SP-Funktionären bei Veranstaltungen der IGMG und in der häufigen Zuschaltung von Prof. Dr. Erbakan zu IGMG-Veranstaltungen, bei denen für die Milli-Görüs-Bewegung geworben wird.

#### *Beispiele*

Beispielhaft sind in diesem Zusammenhang zu nennen:

- Im März 2007 trafen sich die Gründungsmitglieder der „Milli Görüs“ in Europa in Rotterdam/Niederlande zum „Tag der Vertragstreue“. Neben dem Vorsitzenden der SP in Istanbul, Osman Yumakogullari, der zeitweise Generalvorsitzender der „Milli Görüs“ in Europa war, nahmen der gegenwärtige IGMG-Generalvorsitzende Yavuz Celik Karahan und der damalige IGMG-Funktionär Hasan Damar an der Veranstaltung teil.



- Im April 2007 wurde eine neue IGMG-Moschee in Mühldorf a. Inn eröffnet. Die Einweihungsfeier besuchten etwa 300 Personen. Neben hochrangigen Funktionären der IGMG, wie etwa dem damaligen südbayerischen Gebietsvorsitzenden Abdussamed Temel, waren auch der stellvertretende Vorsitzende der SP und ehemalige türkische Justizminister Sevket Kazan anwesend. Zu einer Veranstaltung der IGMG-Zweigstelle in Nürnberg im Juli 2008 wurde auch ein Funktionär der SP eingeladen.
- Die IGMG unterstützte 2007 massiv den Wahlkampf der SP und dokumentierte damit ihre politische Ausrichtung an der türkischen Milli-Görüs-Bewegung. Zur Vorbereitung der Wahlen fanden Mitte April 2007 Veranstaltungen der Milli-Görüs-Bewegung mit den IGMG-Gebietsvorsitzenden in der Türkei statt: Am 12. und 13. April 2007 traf Prof. Dr. Erbakan die IGMG-Gebietsvorsitzenden aus Europa in einem Hotel in Ankara zu Einzelgesprächen. Bei einer Gemeinschaftsveranstaltung sprach auch Dr. Arif Ersoy. Dr. Ersoy gilt als Architekt des Konzepts der „Gerechten Ordnung“, einer zentralen ideologischen Säule der Milli-Görüs-Bewegung. Unter dem Titel „Wir werden die Saadet-Fahne ganz nach oben ziehen“ berichtete die Europaausgabe der „Milli Gazete“ am 16. April 2007 über die monatliche Provinzratsitzung der SP in Istanbul. An der Sitzung nahmen auch IGMG-Funktionäre aus Deutschland teil. *Wahlkampfunterstützung*
- Im April 2007 besuchte die Vorsitzende der IGMG-Frauenorganisation, Zehra Dizman, mit Mitgliedern ihres Führungsrats Prof. Dr. Erbakan in der Türkei. Anschließend traf sich die Delegation mit der Vorsitzenden der Frauenorganisation der SP.
- An einer Feier der IGMG in Bremen im Jahr 2008 nahmen Funktionäre des Verbands und Prof. Dr. Numan Kurtulmus (SP) teil. Prof. Dr. Necmettin Erbakan wurde der Veranstaltung per Telefon live zugeschaltet.
- Etwa 25.000 Menschen besuchten nach Darstellung der IGMG am 31. Mai den Tag der Brüderlichkeit und Solidarität in der belgischen Stadt Hasselt. Am 2. Juni berichtete die türkische Tageszeitung „Milli Gazete“ über diese Veranstaltung. Demnach wurde im Verlauf des Programms unter Beifall eine Botschaft von Prof. Dr. Erbakan vorgelesen. Die Besucher, die ihre Tränen nicht zurückhalten konnten, skandierten laut „Milli Gazete“ Slogans wie „Mücahid Erbakan“ (Glaubenskämpfer Erbakan). Dies lässt sich als weiterer Beleg für die Führungsrolle des Milli-Görüs-Führers und die Verinnerlichung dessen strikten islamistischen Kurses bei der IGMG bewerten. *Tag der Brüderlichkeit und Solidarität*

- Der Vorsitzende der SP, Prof. Dr. Numan Kurtulmus, hat im November eine Delegation der IGMG empfangen. Leiter der Delegation war der IGMG-Generalvorsitzende Osman Döring, der über die Aktivitäten der IGMG Bericht erstattete.
- Die Jugendorganisation des Frauenverbands der IGMG in Baden-Württemberg organisierte im Jahr 2008 eine Kulturreise in die Türkei. Während der Reise bestand für die Teilnehmerinnen Gelegenheit zu einem Besuch bei Prof. Dr. Necmettin Erbakan, beim Fernsehsender TV5 und der Zeitung „Milli Gazete“.
- Einem Bericht der „Milli Gazete“ vom 19. Mai zufolge besuchten 30 Jugendliche der IGMG-Jugendorganisation Freiburg die Zentrale der SP in Ankara und das Haus des Milli-Görüs-Führers Prof. Dr. Erbakan. Während der Reise fand ein Seminar zum Thema „Grundvoraussetzung für Glückseligkeit“ mit dem Inhalt „Wie soll ein Anhänger der Milli Görüs sein“ statt.

### **Umsetzung der Milli-Görüs-Ideologie durch die IGMG**

Dass innerhalb der IGMG die verfassungsfeindliche Milli-Görüs-Ideologie vertreten wird, wurde in der Vergangenheit mehrfach offenkundig.

#### *Durchsuchungsaktion*

Durchsuchungen in den Jahren 2004 und 2005 in der IGMG-Zentrale Südbayern in München hatten aufgezeigt, dass die Organisation der Ideologie Prof. Dr. Erbakans und der SP treu ergeben ist. Es wurden Veröffentlichungen von Prof. Dr. Erbakan festgestellt. In anderen dort beschlagnahmten Büchern wird die Feindschaft gegen Juden, Freimaurer und Christen sowie die Ablehnung des Westens und der Demokratie sichtbar. Weitere beschlagnahmte Publikationen betonen die Bedeutung des Jihad und die Allgemeingültigkeit des Islam. Neben einem umfangreichen Buchsortiment wurden auch Videokassetten zur Verbreitung vorrätig gehalten. Beispielhaft ist hier der auf Kinder zugeschnittene Zeichentrickfilm „Kücük Mücahid“ (Der kleine Glaubenskämpfer) zu nennen, der Kindern den bewaffneten Guerillakampf gegen „Besatzer“ vermittelt. Insgesamt zeigte die Auswertung des beschlagnahmten Materials, dass sich die Milli-Görüs-Bewegung im Kampf gegen eine schon lange geplante, bis heute andauernde jüdische Weltverschwörung sieht. Die wurde auch beim Europatreffen der IGMG im Jahr 2006 deutlich. Dort wurde am Verkaufsstand des IGMG-Bücherclubs u.a. das antisemitische Propaganda-Video „Zehras blaue Augen“ verkauft. Presseberichten aus dem Jahr 2007 zufolge bezweifeln nach Einschätzung des IGMG-Generalsekretärs Oguz Ücuncü viele Imame, dass der Holocaust stattgefunden hat.

Der IGMG-Generalvorsitzende Osman Döring äußerte in seiner Rede auf dem europaweiten Tag der Brüderlichkeit und Solidarität in der belgischen Stadt Hasselt am 31. Mai:

*„Denn wir sind Milli-Görüs-Mitglieder. (...) Zu unseren Grundprinzipien gehört unsere muslimische Identität. Eine Bewegung, die der islamischen Identität keinen Vorrang einräumt, wird nicht in der Lage sein, die Muslime zu vertreten. (...) Es ist unsere Pflicht, dem Islam im europäischen Raum nicht länger die Rolle des Gastes zuzuweisen, sondern die Rolle des Gastgebers anzunehmen.“*

Hier weist bereits die Verwendung des Begriffs „Gastgeber“ darauf hin, dass die IGMG den von der Milli-Görüs-Bewegung verfolgten Führungsanspruch verinnerlicht hat, weil sie sich nicht nur als gleichberechtigten Bestandteil der Gesellschaft sehen will. Zudem dokumentiert der IGMG-Generalvorsitzende in seiner Rede die Identität von IGMG und Milli-Görüs-Bewegung.

*Führungsanspruch*

### Jugend- und Bildungsarbeit

Die Jugendarbeit gehört nach wie vor zu den Schwerpunktaufgaben der IGMG. Mit ihrem breiten Angebot in der Jugend- und Sozialarbeit versucht die IGMG junge Muslime in Deutschland an die Organisation zu binden. Im Jahr 2008 bot die IGMG in 76 Ortsvereinen Bildungsmaßnahmen an; es ist geplant, diese auf 115 Ortsvereine auszubauen. Die IGMG ist damit weiterhin bemüht, die Infrastruktur für ihre Bildungsarbeit auszubauen. Anfang Juli feierte der IGMG-Ortsverein Nürnberg die Eröffnung des neuen Bildungsvereins „Kalem - Egitim Merkezi“. Auf der Einladung wurde mit dem Besuch des stellvertretenden Generalvorsitzenden der SP, Ömer Vehbi Hatipoglu, geworben.



Darüber hinaus führte die IGMG auch 2008 wieder Sommerkorankurse durch mit dem Ziel, den Kindern und Jugendlichen eine alternative Freizeitgestaltung in den Sommerferien zu bieten.

*Sommerkoran-  
kurse*

### Ausblick

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg bestätigt in einem am 22. Juli veröffentlichten Urteil die weiterhin enge Verbindung der IGMG mit der türkischen Milli-Görüs-Bewegung und erklärt, dass deren Ziele auch der IGMG zuzurechnen seien. Andererseits ging das Gericht davon aus, dass sich die IGMG und deren junges Führungspersonal in

einem Wandlungsprozess gegenüber Prof. Dr. Necmettin Erbakan sowie in der Akzeptanz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung befänden.

### Angeblicher Reformprozess

Derzeit stellt sich die Organisation als inhomogen dar, bei der klare verbindliche Reformbewegungen von Gewicht nicht deutlich abgrenzbar sind. Ob ein intern als solcher wahrnehmbarer Prozess tatsächlich verfolgt oder nur dargestellt wird, ob sich einzelne Reformer überhaupt unter dem fortbestehenden Dach der IGMG durchsetzen können und ob eine mögliche reformerische Linie nicht auch weiterhin verfassungsfeindliche Tendenzen erkennen lassen wird, ist derzeit noch offen und bleibt zu beobachten.

#### 3.1.4 „Milli Gazete“ als publizistisches Sprachrohr



Die türkischsprachige Zeitschrift „Milli Gazete“ ist eine formal eigenständige Publikation, die jedoch inhaltlich den Lesern die Ideologie von „Milli Görüs“ vermittelt; das Blatt verfügt auch über eine Homepage im Internet. Die Tageszeitung erscheint in einer Türkei- sowie in einer Europa- bzw. Deutschlandausgabe.

### Ziel der Berichterstattung

Am 12. Januar 1973 startete die „Milli Gazete“ ihre Berichterstattung mit dem Ziel, „eine Stimme für die Milli Görüs zu bilden“. Damit definierte sie ihre Rolle im Rahmen der politischen Zielrichtung der Bestrebung der „Milli Görüs“. In ihrer Jubiläumsausgabe vom 12./13. Januar betonte sie, dieser Pflicht seit 35 Jahren nachzukommen:

*„Die Milli Görüs ist viel mehr als der Slogan einer politischen Partei. Sie legt uns dar, warum wir auf diesem Boden leben. ... du musst als Diener Gottes deine Pflichten erfüllen. Dies fängt mit dem Jihad an. Dieser fasst alle Bemühungen zusammen, wonach alle Gebote und Verbote Gottes befolgt werden. Das Hauptziel des Jihad ist die Bildung einer gerechten Welt. Wenn die Milli Görüs von einer ‚Neuen Welt‘ spricht, meint sie dieses Ziel. Die Milli Gazete ist die Vorkämpferin der Ideologie unserer Ahnen, die uns diesen Boden anvertraut haben. Sie haben 600 Jahre lang die Basis für ein Leben in einer gerechten Welt geschaffen. Früher waren wir großartig. Daher sagen wir: ‚Wieder eine Großtürkei.‘.“*

In der Europaausgabe der „Milli Gazete“ nimmt die Berichterstattung über die IGMG, die SP wie überhaupt das Thema „Milli Görüs“ breiten Raum ein. Regelmäßig und umfänglich wird in der „Milli Gazete“ auch über lokale, regionale und bundesweite Veranstaltungen der IGMG berichtet. Des Weiteren werden dort auch Annoncen der IGMG veröffentlicht. Auch die Glückwunsch- und Kondolenzanzeigen machen

deutlich, dass die „Milli Gazete“ eine wichtige Kommunikationsplattform für die IGMG und die gesamte Milli-Görüs-Bewegung ist. Weder die Homepage der IGMG noch die verbandseigene Zeitschrift „IGMG Perspektive“ oder andere IGMG-Publikationen bieten eine derartige Fülle von Informationen über die verschiedenen IGMG-Veranstaltungen. Die Europaausgabe der „Milli Gazete“ stellt damit die Hauptinformationsquelle über das Vereinsleben der IGMG dar. Ferner wird innerhalb der IGMG und auch auf ihren Veranstaltungen für das Abonnement der „Milli Gazete“ geworben. Die IGMG nutzt und fördert damit ein Medium, das entschieden für politische Inhalte auf der ideologischen Linie Prof. Dr. Necmettin Erbakans und der SP eintritt und wiederholt Verschwörungstheorien aufgreift sowie anti-semitische und anti-israelische Aussagen trifft.

*Kommunikationsplattform der IGMG*

### 3.1.5 Internet und Fernsehen als Kommunikationsmittel

Seit Jahren ist die IGMG im Internet unter *www.igmg.de* durch eine deutschsprachige Internet-Seite vertreten, die laufend aktualisiert wird. Der Verzicht auf extremistisches Gedankengut auf dieser Homepage entspricht der Zielsetzung, sich in Deutschland als bloße Religionsgemeinschaft und als verfassungstreue Organisation darzustellen.

Anders verhält es sich auf der Internet-Seite *www.milligorusforum.com*, die seit Dezember 2005 Inhalte der Milli-Görüs-Bewegung verbreitet. Diese von der IGMG unabhängige Internet-Seite zeigt exemplarisch das extremistische Potenzial der Milli-Görüs-Bewegung. Sie enthält ein türkischsprachiges Forum für registrierte Mitglieder. Bei den Nutzern handelt es sich überwiegend um männliche Jugendliche, die sich zum Teil extremistisch äußern.

*Internet-Forum*

Im Milli-Görüs-Forum wird immer wieder mit drastischen Bildern getöteter Kinder auf die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Palästina hingewiesen und als Problemlösung sogar der terroristische Widerstand propagiert. Darüber hinaus wird mit Bildern in Tschetschenien gefallenen Märtyrern gedacht. Teilnehmer des Forums sehen den Islam in einem weltweiten Abwehrkampf gegen die Ungläubigen. Die Lösung für diese Probleme biete die Milli-Görüs-Bewegung, insbesondere ihr Führer Prof. Dr. Erbakan.

Mit dem türkischen Fernsehsender „TV 5“ verfügt die Milli-Görüs-Bewegung über eine weitere Medienplattform. Die Bedeutung des Senders ist mit derjenigen der „Milli Gazete“ im Printmedienbereich vergleichbar.

*„TV 5“*



### 3.2 Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)

	Deutschland	Bayern
Anhänger:	800	60
früherer Vorsitzender:	Metin Kaplan	
Gründung:	1984	
Sitz:	Köln	
Publizistisches Sprachrohr:	„Barika-I Hakikat“ (Aufleuchten der Wahrheit) - erscheint derzeit nicht -	
	In Deutschland seit 12. Dezember 2001 verboten	

Der „Kalifatsstaat“ (Hilafet Devleti) war eine am Führerprinzip orientierte, streng hierarchisch gegliederte Organisation. Das Endziel dieses „Staates ohne Staatsgebiet“ war die Weltherrschaft des Islam unter dem Kalifat seines Anführers Metin Kaplan. Als erste Stufe auf dem Weg zu diesem Ziel erstrebte der „Kalifatsstaat“ den gewaltsamen Sturz des laizistischen Regierungssystems in der Türkei. Er lehnte Demokratie und jede Trennung von Politik und Religion strikt ab. Damit richtete er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung und gefährdete die Innere Sicherheit in Deutschland. Das



Emblem des Kalifatsstaats

Bundesministerium des Innern verbot deshalb am 12. Dezember 2001 die Vereinigung „Kalifatsstaat“ mit 17 ihrer Teilorganisationen, darunter alle vier bayerischen Verbände. Am 19. September 2002 wurden weitere 16 Teilorganisationen des „Kalifatsstaats“ vom Bundesministerium des Innern verboten. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte am 27. November 2002 die Verbote.

Der als „Kalif von Köln“ bekannt gewordene Islamistenführer und frühere Vorsitzende des „Kalifatsstaats“ Metin Kaplan, der wegen Mordaufrufs eine vierjährige Gefängnisstrafe in Deutschland verbüßt hatte, wurde 2004 in die Türkei abgeschoben. Dort wurde er am 20. Juni 2005 wegen Landesverrats und versuchter Terroranschläge zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Diese Entscheidung wurde am 15. Oktober 2008 in der Berufungsinstanz bestätigt.

Auch nach dem Verbot des „Kalifatsstaats“ waren weiterhin Aktivitäten aus den Reihen der Anhänger festgestellt worden, die in Folge zu verschiedenen Ermittlungsverfahren und Exekutivmaßnahmen geführt hatten.

Das Verbotsverfahren und die staatlichen Exekutivmaßnahmen haben die Organisationsstruktur zwar geschwächt, gleichwohl sind die Anhän-

*Nachfolgeaktivitäten*

ger weiterhin in Deutschland präsent, wobei die Aktivitäten der Anhänger in Bayern nahezu zum Erliegen gekommen sind. Allerdings wird das Gedankengut des „Kalifatsstaats“ weiterhin verbreitet. So ist die offizielle Internet-Seite des „Kalifatsstaats“, die über einen Server in den Niederlanden betrieben wird, abrufbar. Neben Schriften und Büchern Kaplans, Video- und Audiodokumenten sind hier auch Ausgaben der deutschsprachigen Publikation „Der Islam als Alternative“ (DIA) im Volltext eingestellt.

### 3.3 Hizb ut-Tahrir

	Deutschland	Bayern
Anhänger:	150	Einzelpersonen
Gründung:	1953 in Palästina	
Europazentrale:	Großbritannien	
Publizistische Sprachrohre:	„explizit“; „al-Khilafah“; „al-Waie“	
Politisches Betätigungsverbot in Deutschland seit	15. Januar 2003	

Die „Partei der islamischen Befreiung“ - Hizb ut-Tahrir - wurde von dem Religionsgelehrten Taqi Din an-Nabhani, einem Mitglied der Muslimbruderschaft (MB), gegründet. Sie hat sich weltweit verbreitet; ab 1995 gewann sie in Zentralasien, insbesondere in den ehemaligen Sowjetrepubliken, zahlreiche Mitglieder.

Anhänger der Hizb ut-Tahrir versuchten von Beginn an, militärische Institutionen und Einrichtungen in arabischen Ländern zu unterwandern und Mitglieder aus den Reihen des Militärs zu rekrutieren. In den Jahren 1968 und 1969 scheiterten Putschversuche in Amman/Jordanien und in Bagdad/Irak. Ebenso schlugen Bestrebungen zur Machtübernahme 1974 in Kairo/Ägypten und 1976 in Damaskus/Syrien fehl. Inzwischen ist die Hizb ut-Tahrir in der gesamten arabischen Welt und Zentralasien verboten. In der Türkei wurde im September 2008 ein Offizier der türkischen Armee verhaftet, da dieser im Verdacht stand, Anhänger der Hizb ut-Tahrir zu sein. In diesem Zusammenhang kam es anschließend zur Verhaftung von weiteren fünf Personen.

Das Ziel der Hizb ut-Tahrir ist die Errichtung eines „rechtgeleiteten“ weltumspannenden Kalifats, das die Länder und Völker der Muslime in einem einzigen Staat eint und die Botschaft des Islam in die gesamte Welt trägt. Weitere erklärte Ziele sind die Wiedereinführung der Scharia als Strukturprinzip der islamischen Ordnung, die Auslöschung des Staates Israel und die Befreiung der muslimischen Welt von westlichen

*Weltweite  
Verbreitung*



Signet der  
Hizb ut-Tahrir

Einflüssen. Unausweichlich sei dabei ein „Kampf der Kulturen“, insbesondere zwischen Islam und Christentum. Ein Dialog zwischen den Kulturen, geprägt vom Prinzip der Gleichheit und Toleranz, sei mit dem Islam unvereinbar. Der Kampf sei sowohl auf ideologischer, wirtschaftlicher und politischer als auch auf militärischer Ebene zu führen. Der militärische Kampf gegen die Ungläubigen sei im Sinn eines „aktiven Jihads“ für jeden Muslim verpflichtend.

### Betätigungsverbot

Die Gliederung der Hizb ut-Tahrir in Europa orientiert sich an den Grenzen der Nationalstaaten. Innerhalb der einzelnen Regionen operiert die Hizb ut-Tahrir in voneinander unabhängigen Gruppen, überwiegend in Universitätsstädten. Das Bundesministerium des Innern verbot am 15. Januar 2003 die Betätigung der Hizb ut-Tahrir, da sich die Gruppierung gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtete und Gewalt zur Durchsetzung politischer Belange befürwortete. Das Verbot wurde 2006 vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt.

Trotz des Verbots ist davon auszugehen, dass die Organisation ihre Aktivitäten in Deutschland in bekannt konspirativer Weise fortgesetzt hat und Propaganda sowie Mitgliederwerbung betreibt. Öffentlich wahrzunehmen ist die Organisation durch Verbreitung von Propaganda im Internet. Hierzu bedient sie sich in erster Linie im europäischen Ausland befindlicher Server. Öffentliche Auftritte von Führungsfunktionären der Hizb ut-Tahrir waren in der jüngeren Vergangenheit in Deutschland jedoch nicht mehr festzustellen.

In Bayern waren nur wenige Anhänger von Hizb ut-Tahrir ansässig. Bekannt wurden Gruppen in Erlangen und München. Einige Aktivisten verließen aufgrund der restriktiven Handhabung des Ausländerrechts Bayern.

### 3.4 Tablighi Jamaat (TJ)

Deutschland	Bayern
Anhänger: 400	140
Gründung: 1927 bei Delhi (Indien)	

### Islam indischer Prägung

Die Tablighi Jamaat (Gemeinschaft der Verkündigung und Mission) wurde von dem Religionsgelehrten Mawlana Muhammad Ilyas als pietistische Missionierungsbewegung gegründet. Seit ihren Ursprüngen ist sie eng mit der Islamischen Hochschule von Deoband/Indien verbunden. Die Gemeinschaft vertritt eine archaische Form des Islam indischer Prägung.

Ziel der TJ ist die Islamisierung der Gesellschaft, um dadurch die Etablierung eines islamischen Staates zu erreichen. Sie hat den Charakter



einer internationalen islamischen Massenbewegung, deren Anhänger sich nicht einer festen Gruppierung zugehörig fühlen, sondern sich als konsequente Muslime mit missionarischem Auftrag ansehen. Ihre Anhänger vertreten eine wörtliche Auslegung des Korans und der Sunna, die Ausgrenzung der Frau und eine Abgrenzungspolitik gegenüber Nicht-Muslimen. Diese Bestrebungen wirken in nicht-muslimischen Gesellschaften zwangsläufig desintegrierend, so dass eine dauerhafte und ernsthafte Hinwendung zu westlichen Gesellschaftsordnungen, Wertvorstellungen und Integrationsmodellen nicht möglich ist. Das Tragen von traditioneller Gebetskleidung und die bis in Details verbindlichen Verhaltensregeln im Alltag sollen die absolute Hinwendung zum Propheten Mohammed ausdrücken.

*Internationale  
islamische  
Massenbewegung*

Charakteristisch für die Anhänger der TJ ist eine missionarische Reisetätigkeit, bei der sie Moscheen in ganz Europa aufsuchen. Die Missionierung dient der Rekrutierung neuer Mitglieder. Zur Ausbildung der Anhänger gehört eine vier Monate dauernde Schulung, die vornehmlich in Koranschulen in Pakistan absolviert wird. Die wenigsten Missionare verfügen über eine theologische Ausbildung.

*„Missionierungs-  
reisen“*

Zur Missionierung nutzen ihre Anhänger auch Moscheen, die keinen unmittelbaren Bezug zu TJ haben. Dazu dienen Veranstaltungen, bei denen die Anhänger über Tage oder Wochen hinweg beten, den Koran studieren und indoktriniert werden. Direkte Aufrufe zum „Jihad“ werden dabei vermieden, jedoch wird der ideologische Nährboden für den gewaltbereiten Extremismus bereitet. Für Kinder und Jugendliche werden auch Koranschulungen durchgeführt. Durch die gemeinsame ideologische Basis mit militanten Gruppierungen besteht die Gefahr, dass die weltweiten Strukturen der Bewegung von terroristischen Netzwerken genutzt werden. Von Einzelpersonen, die die Schulung der TJ durchlaufen haben, ist bekannt, dass sie sich terroristischen Gruppierungen angeschlossen haben.

Vom 16. bis 18. Mai fand im Kulturzentrum der „Islamischen Gemeinde Saarland e.V.“ in Saarbrücken das Deutschlandtreffen der TJ statt, an dem sich insgesamt mehr als 1.000 Personen aus Deutschland - darunter auch Teilnehmer aus Bayern -, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Pakistan und Indien beteiligten. Die Veranstaltung begann mit einer Predigt des innerhalb der TJ angesehenen und hochrangigen Führers („Amir“) Sheik Abdul Mohammad Wahab aus Pakistan. Neben Gebeten und Predigten war die Berichterstattung der Gebietsverantwortlichen zu den durchgeführten Missionierungsaktivitäten von besonderer Bedeutung. Dabei berichteten die Verantwortlichen der zwölf deutschen TJ-Kreise nach einem festgelegten Schema über ihren Ver-

*Deutschland-  
treffen*

antwortungsbereich, u.a. über die jeweils von dortigen Angehörigen durchgeführten Missionsreisen und -besuche. Auch die Verantwortlichen der TJ-Bezirke Pappenheim und München trugen ihre Berichte vor. In seiner Predigt am 18. Mai betonte Wahab die Stärke der TJ in Europa, insbesondere in Italien und Spanien. Die Arbeit der TJ müsse die gleiche wie die der Insekten in einem Baum sein. Man müsse ihn aushöhlen; dann sähe der Baum zwar von außen immer noch stark aus, bei einem Sturm würde er aber fallen.

### TJ-Führung

Im Gegensatz zu früheren Veranstaltungen konnten den öffentlichen Äußerungen der TJ-Führer keine extremistischen Aussagen entnommen werden. Das Deutschlandtreffen beweist erneut die Führungsrolle der in Pakistan und Indien ansässigen Gelehrten. In einem bürokratischen Verfahren müssen die Gebietsverantwortlichen Rechenschaft über ihre Aktivitäten ablegen. Zugleich wird seitens der TJ-Führung wegen unzureichender Erfolge Druck ausgeübt.

In Bayern sind mindestens zwei Moscheen in München und Pappenheim fest den TJ-Strukturen zuzurechnen. Zahlreiche weitere bayerische Moscheen waren Ziel der TJ-Missionierungsaktivitäten.

Bayern geht konsequent gegen Aktivisten der TJ vor. Jüngstes Beispiel hierfür ist der Fall eines führenden TJ-Aktivisten aus Erlangen, der am 28. Juni unter dem Druck der bevorstehenden Abschiebung nach Tunesien ausgereist ist, nachdem Rechtsmittel gegen die Ausweisung erfolglos geblieben waren. In einem anderen Fall hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mit Urteil vom 5. März entschieden, dass ein TJ-Anhänger keinen Anspruch auf Einbürgerung habe. Nach Auffassung des Gerichts rechtfertigen tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme, dass die TJ Bestrebungen verfolgt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Die Bewegung TJ ziele auf die Islamisierung der Gesellschaft und damit auf die Etablierung eines islamischen Gottesstaats ab.

### Gerichtsurteil

## 3.5 Hizb Allah (Partei Gottes)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	900	Einzelpersonen
Gründung:	1982 im Libanon	
Publikation:	„al-Intiqad“ (Die Kritik)	
Fernsehsender:	„al-Manar“ (Der Leuchtturm)	
Betätigungsverbot in Deutschland	seit 11. November 2008	

Die Hizb Allah (auch: Hisbollah/Hizbollah) ist eine auf Initiative des Irans gegründete schiitische Partei, die seit 1992 im libanesischen Parlament vertreten ist. Sie wird vom Iran finanziell, materiell und ideologisch unterstützt. Das langfristige Ziel der Hizb Allah ist die Zerstörung des Staates Israel und die „Herrschaft des Islam“ über Jerusalem.

*Unterstützung  
durch den Iran*

Die Hizb Allah ist einerseits eine politische Partei, die vor allem aufgrund ihres sozialen Engagements auf die Unterstützung der ärmeren Bevölkerungsschichten zählen kann. Andererseits verfügt sie aber nach wie vor über militärische Einheiten, die insbesondere im Süden des Landes unabhängig von der libanesischen Staatsgewalt agieren. Eine Entwaffnung dieser Miliz gemäß der UN-Resolution 1559 aus 2004 gelang bisher nicht und wurde vom politischen Flügel vehement abgelehnt. Im Mai wurde der Hizb Allah durch das libanesisches Kabinett offiziell „das Recht zum Widerstand“ gegen Israel“ zugestanden. Die schiitische Miliz kann daher ungehindert den Ausbau der Verteidigungsanlagen nördlich der UN-Pufferzone zur Grenze Israels betreiben. Seit Beendigung des Libanonkriegs im Sommer 2006 wird sowohl von der israelischen Seite, wie auch von der Hizb Allah selbst, über eine enorme Aufrüstung der Hizb Allah berichtet.



Signet der  
Hizb Allah

Am 14. Februar fand in Beirut die Trauerfeier für Imad Mughniyah alias Imad Hajj, Gründungsmitglied und einer der wichtigsten Führer der Hizb Allah, statt; er war am 12. Februar bei einem Autobombenanschlag in der syrischen Hauptstadt Damaskus ums Leben gekommen. In den 1980er und 1990er Jahren war Mughniyah in zahlreiche paramilitärische Operationen der Hizb Allah vorwiegend gegen US-amerikanische und israelische Ziele verwickelt.

Bereits kurz nach Bekanntgabe des Todes von Mughniyah machte die Hizb Allah Israel für den Anschlag verantwortlich. Während der Trauerfeier wurde eine Videobotschaft des Hizb-Allah-Führers Nasrallah abgespielt. In dieser Rede drohte Nasrallah offen mit Angriffen auf israelische Einrichtungen. Er betonte, dass sich das Kampfgebiet bisher auf das libanesisches Gebiet beschränkt habe. Jetzt hätten sie („die Zionisten“) den Krieg ins Ausland getragen, nun werde die Hizb Allah den Krieg ebenfalls im Ausland weiterführen. Eine Umsetzung dieser Drohung hat bisher nicht stattgefunden.

*Drohungen*

Die Drohungen von Nasrallah wurden von den in Bayern lebenden Hizb-Allah-Sympathisanten intensiv diskutiert. Einigkeit herrschte in der Schuldzuweisung für den Anschlag gegen Israel, aber auch gegen die USA sowie in der Forderung, dass diese für den Anschlag zur

Rechenschaft gezogen werden müssten. Dies sollte aber in der Region geschehen.

### *Betätigungsverbot gegen TV-Sender al-Manar*

Am 11. November hat das Bundesministerium des Innern gegen den libanesischen, von der Hizb Allah beeinflussten, TV-Sender al-Manar, ein Betätigungsverbot erlassen. Damit kann jede organisierte Unterstützung des Senders strafrechtlich verfolgt werden. Begründet wurde das Betätigungsverbot u.a. anhand der Programminhalte, die von aggressivster Hass- und Hetzpropaganda gegen Angehörige des jüdischen Glaubens, den Staat Israel sowie die USA geprägt sind. Dem Staat Israel wird in den Filmbeiträgen das Existenzrecht abgesprochen und es wird zu seiner Vernichtung durch Vertreibung und Tötung der jüdischen Bevölkerung aufgerufen.

Bereits 2004 wurde die Ausstrahlung von al-Manar über europäische Satelliten-Anbieter verboten. Al-Manar sendet jedoch über das ägyptische Satellitensystem Nilesat sowie über sein arabisches Pendant Arabsat und ist somit auch in Deutschland weiterhin zu empfangen. Darüber hinaus kann al-Manar über das Internet abgerufen werden.

### 3.6 Die Muslimbruderschaft (MB) und ihre regionalen Strömungen

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	1.250	200
Gründung:	1928 in Ägypten	
Publikation:	„Risalat ul-Ikhwan“	

### *Sunnitisch-extremistische Ideologie*

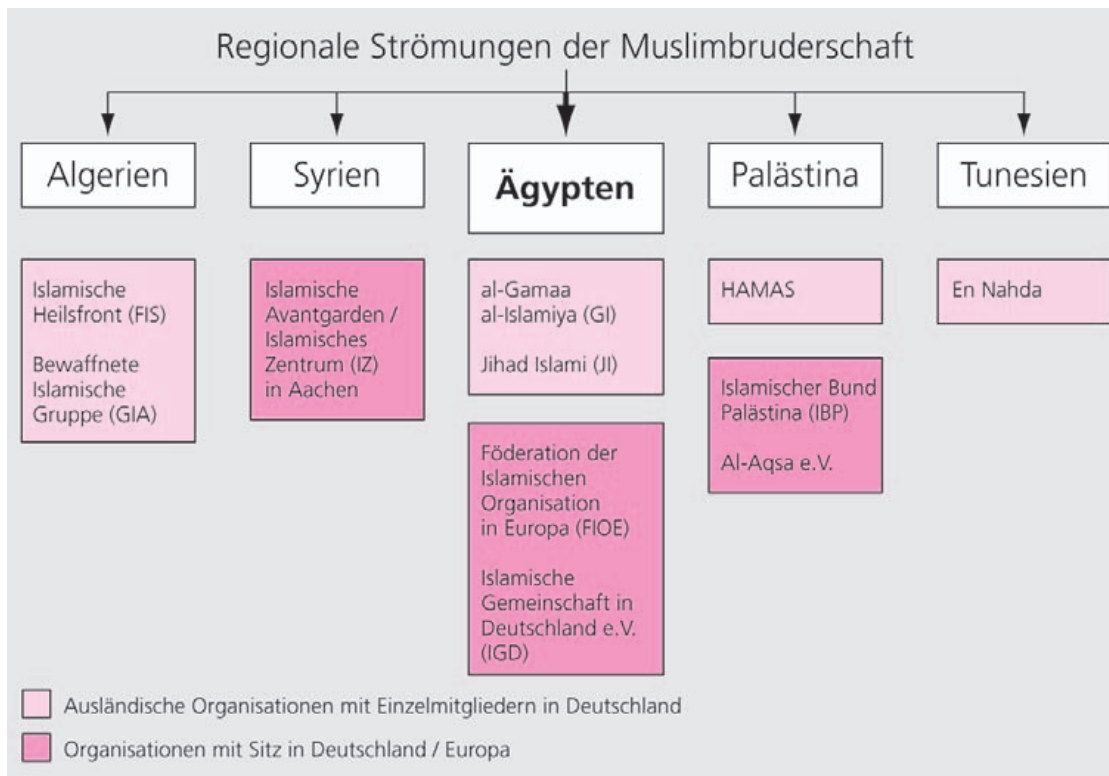
Die von Hassan al-Banna in Ismailija/Ägypten gegründete sunnitisch-extremistische MB ist eine multinationale Organisation, bei der eine Unterteilung in nationale Sektionen erkennbar ist. Das von der MB angestrebte Herrschaftssystem weist deutliche Züge eines totalitären Herrschaftssystems auf, das die Selbstbestimmung des Volkes sowie die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit der Menschen nicht garantiert. Die Grundideologie der MB ist auf die Errichtung islamischer Gottesstaaten auf der Grundlage von Koran und Sunna ausgerichtet. Dieses Fernziel eint alle Strömungen innerhalb der MB. Ein Großteil der



Emblem  
der MB

ideologischen Grundsätze der MB ist somit unvereinbar mit den im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats und einer auf der Menschenwürde basierenden politischen Ordnung. Die Ideologie der MB ist in der gesamten muslimischen Welt verbreitet und hat zur Herausbildung zahl-

reicher militanter islamistischer Organisationen geführt (vgl. nachfolgendes Schaubild).



In ihrem Ursprungsland Ägypten ist die MB verboten; sie wird jedoch inzwischen geduldet. Sie verdankt ihren Einfluss vor allem ihrem sozialen Engagement.

2004 trat Mohamed Mahdi Akef die Nachfolge des verstorbenen Führers des ägyptischen Zweigs der MB, Ma'moun al-Hudeibi an. Akef hatte Mitte der 1980er Jahre das der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) zugehörige Islamische Zentrum München (IZM) geleitet. Er war in seiner Jugend mit dem MB-Gründer Hassan al-Banna befreundet. Später wurde er wegen eines geplanten Anschlags auf den ägyptischen Präsidenten zum Tode verurteilt und schließlich nach 20 Jahren Gefängnis begnadigt. Schon von Deutschland aus baute er seinen Einfluss auf den internationalen Zweig der MB aus. In seiner Person zeigt sich die personelle und ideologische Kontinuität der MB.

Offiziell haben sich die meisten Zweige der MB von der Gewalt abgewandt. Aber Aussagen Mahdi Akefs und Selbstmordattentate der palästinensischen Sektion der MB „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS) zeigen indes, dass die MB Gewalt weiterhin als legitimes politisches Mittel betrachtet.

*Haltung zur Gewalt*

Als Dachverband MB-naher Organisationen in Europa fungiert die „Föderation der Islamischen Organisationen in Europa“ (FIOE) mit Sitz

*MB in Europa*

in Brüssel. Sie wurde 1989 gegründet. Eine weitere einflussreiche und eng mit der MB verflochtene Organisation ist der „Europäische Fatwa-Rat“ (ECFR) mit Sitz in Dublin/Irland. Dessen Vorsitzender Yusuf al-Qaradawi ist als Sympathisant der MB bekannt.

Die MB tritt in Deutschland nicht offen in Erscheinung. Personell ist sie mit der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) verflochten, die als deutsche Zentrale des ägyptischen Zweigs der MB gilt. Anhänger des syrischen Zweigs der MB gründeten Anfang der 1980er Jahre die „Islamischen Avantgarden“ mit organisatorischem Schwerpunkt im „Islamischen Zentrum“ in Aachen.

### 3.6.1 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	600	120
Gründung:	1960 in Deutschland	
Sitz:	München	
Präsident:	Ibrahim Farouk el-Zayat	
Publikation:	„al-Islam“ (nur noch als Internet-Ausgabe)	

*Einfluss der MB auf die IGD*

Die IGD gilt als deutsche Zentrale des ägyptischen Zweigs der MB. Sie hat ihren Sitz im Islamischen Zentrum München (IZM) und ist Mitglied in der FIOE, dem europäischen Dachverband MB-naher Verbände (vgl. auch Nummer 3.6 dieses Abschnitts).



Logo der IGD

Die IGD versucht durch politisches Engagement in Deutschland, die Verwirklichung ihrer Ideologie zu erreichen. Ihr Ziel ist dabei nicht die Integration, sondern die Veränderung der Gesellschaft den eigenen Vorstellungen entsprechend. Diese Vorstellungen sind von den ideologischen Grundsätzen der MB geprägt, wobei die Anhänger der IGD bemüht sind, dies in öffentlichen Verlautbarungen nicht zum Ausdruck zu bringen.

Seit 2002 ist Ibrahim Farouk el-Zayat Präsident der IGD. Gegen ihn und führende Mitglieder der MB hat das ägyptische Militärgericht im Februar 2007 ein Verfahren wegen „terroristischer Methoden und Geldwäsche“ eröffnet. Neben dem IGD-Präsidenten el-Zayat wurde auch sein Amtsvorgänger Ghaleb Himmat angeklagt. Am 15. April wurde el-Zayat in Abwesenheit von einem ägyptischen Militärgericht zu einer Haftstrafe von zehn Jahren verurteilt.

Um die langfristigen Ziele besser durchsetzen zu können, wurde unter Beteiligung der IGD ein „Imam-Rat“ in Deutschland eingerichtet. Dieser unterhält Kontakte zu dem der MB nahe stehenden „Europäischen Fatwa-Rat“ (vgl. auch Nummer 3.6 dieses Abschnitts). Aufgabe des deutschen „Imam-Rats“ ist es, die Vereinbarkeit der deutschen Rechtsordnung mit Koran und Sunna zu prüfen.

„Imam-Rat“

Der IGD sind mehrere formell eigenständige Islamische Zentren (IZ) in Deutschland nachgeordnet. In Bayern sind dies die Islamischen Zentren in München und Nürnberg und deren angegliederten Moscheen. Darüber hinaus verfügt die IGD über ein weit verzweigtes Netz an Kooperationspartnern in verschiedenen Städten Deutschlands, darunter in Bayern die „Islamische Gemeinde Erlangen e.V.“ (IGE). Die IGE betreffend hat es das Verwaltungsgericht Ansbach im noch nicht rechtskräftigen Urteil vom 3. September als erwiesen angesehen, dass zwischen der IGD und der IGE strukturelle Verbindungen bestanden. Aktuell bestehende Anzeichen, dass sich die IGE in einem „Abnabelungsprozess“ von der IGD befindet, hat das Gericht im Hinblick auf die langjährige Verstrickung der IGE mit der IGD als derzeit nicht ausreichend angesehen, um von einer echten Abwendung ausgehen zu können. Im Übrigen ist das Gericht der Auffassung gefolgt, wonach die IGD eine Organisation ist, deren Bestrebungen sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, weil sie die Ideologie der sunnitisch-extremistischen Muslimbruderschaft (MB) vertritt, deren Ziel die Errichtung eines islamischen Gottesstaats ist.

Vereinsstruktur

Das um die IGD bestehende Netzwerk ist wenig transparent, was vor allem mit den Bemühungen der IGD um Verselbständigung der ihr nachgeordneten Islamischen Zentren zusammenhängt. Damit entstehen Vereinsstrukturen, die nur schwer kontrollierbar sind. Darüber hinaus ermöglichen die Umstrukturierungsmaßnahmen, die tatsächliche Anbindung an die IGD nach außen hin zu verschleiern. Ferner bietet dieses Vorgehen den neu gegründeten selbstständigen Vereinen die Möglichkeit, für sich die Gemeinnützigkeit zu beantragen, die die IGD 1999 verloren hat.

Als Beispiel kann hier die Neugründung des Vereins „Islamisches Zentrum München e.V.“ (IZM) angeführt werden. Das IZM existiert zwar seit 1973, war jedoch bisher nur Teil der IGD und kein eingetragener Verein. Seit Juli 2007 firmiert das IZM nunmehr als selbstständiger Verein; die vereinsrechtliche Eintragung beim Amtsgericht München erfolgte am 13. März 2008. Erster Vorsitzender des neu gegründeten Vereins ist der deutsche Konvertit Ahmad von Denffer, der jahrelang Funktionär der IGD und des bisherigen IZM war.

IZM

*Bildungsarbeit*

Ein wesentliches Betätigungsfeld der IGD ist die „Erziehung und Bildung“ junger Menschen, um auf diesem Weg die Gesellschaft ihren ideologischen Zielen entsprechend zu reformieren. So bemühte sich die IGD in den letzten Jahren gezielt um die in Deutschland aufgewachsenen Muslime arabischer Herkunft. Diese sollen u.a. über den Aus- und Aufbau von Bildungseinrichtungen in Islamischen Zentren der IGD erreicht werden. Zu diesem Zweck betrieb die IGD u.a. die „Deutsch-Islamische Schule“ in München, der ein Kindergarten angegliedert war. Die Regierung von Oberbayern hat Anfang August 2005 entschieden, keine Genehmigung für den Weiterbetrieb der „Deutsch-Islamischen Schule“ zu erteilen, da die Verfassungstreue des Schulträgers nicht mehr gewährleistet war. Die Schule und auch der angegliederte Kindergarten stellten ihren Betrieb ein. Damit wurde der IGD eine wichtige Plattform zur Verbreitung ihrer Ideologie genommen. Allerdings veranstalten die Islamischen Zentren München und Nürnberg auch weiterhin regelmäßig Wochenend-Korankurse für Kinder und Jugendliche. Im Umfeld des IZM sind darüber hinaus Aktivitäten feststellbar, die darauf hindeuten, dass ein neuer Verein für die Kinder- und Jugendbetreuung geschaffen werden soll.

Außerdem bestehen im IZM mehrere Jugendgruppen. Eine dieser Jugendgruppen wird von der „Muslimischen Jugend in Deutschland e.V.“ (MJD), einer der IGD nahestehenden Organisation, als offizieller Lokalkreis geführt.

### 3.6.2 Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 300	Einzelpersonen

*Kampf um Palästina*

Seit der Gründung Israels im Jahr 1948 engagierten sich Anhänger der Muslimbruderschaft (MB) im Kampf für die Zurückgewinnung ganz Palästinas und die Etablierung einer „islamischen Herrschaft“. Nach der Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens durch Israel im Jahr 1967 begann der palästinensische Zweig der MB in den besetzten Gebieten eine soziale Infrastruktur aufzubauen, was ihm rasche Popularität bei der Bevölkerung einbrachte. Am bewaffneten Kampf beteiligte er sich zunächst nicht. Erst als Reaktion auf den Ausbruch des ersten Palästinenseraufstands (Intifada) im Dezember 1987 wurde Anfang 1988 die HAMAS gegründet und der bewaffnete Kampf gegen



Israel aufgenommen. Die HAMAS will Israel zerstören und auf dem gesamten Gebiet Palästinas einen „islamischen“ Staat errichten. Sie lehnt den israelisch-palästinensischen Friedensprozess und das Existenzrecht Israels ab und ist für eine Vielzahl terroristischer Aktionen verant-



wortlich, darunter zahlreiche Selbstmordattentate. Im Juni 2002 wurde deshalb der militärische Arm der HAMAS in die EU-Liste terroristischer Organisationen aufgenommen. 2003 beschlossen die EU-Außenminister, auch die Gesamtorganisation als terroristisch einzustufen.

Die HAMAS betreibt diverse Wohltätigkeitseinrichtungen in Palästina und finanziert diese auch durch weltweite Spendensammlungen. Auch in Deutschland führten die inzwischen verbotenen Vereine „Al-Aqsa e.V.“ und „Yatim-Kinderhilfe e.V.“ Spendensammlungen durch. Die israelischen Behörden erklärten im Jahre 2008 u.a. auch die britische Organisation „Muslim Aid“ als ungesetzliche Vereinigung; diese steht in Verbindung mit dem in München ansässigen Verein „Muslime helfen e.V.“.

*Spendensammlungen*

Am 19. Juni stimmte Israel unter ägyptischer Vermittlung einer Waffenruhe mit der HAMAS zu. Diese war bis 19. Dezember befristet und wurde von Seiten der HAMAS nicht verlängert. Mit Ablauf der Waffenruhe setzten sich die militärischen Auseinandersetzungen fort. Mit der am 3. Januar 2009 gestarteten Bodenoffensive hat Israel seine Militäraktion erheblich ausgeweitet, was weltweit zu Protestaktionen gegen Israel führte. Bei den Demonstrationen war eine zunehmend anti-israelische Grundstimmung zu erkennen. In Bayern verliefen die Protestaktionen allerdings weitgehend ohne größere Störungen.

Verantwortliche der HAMAS hatten als Reaktion auf die israelischen Angriffe erstmals eine weltweite Fortführung des Kampfs gegen Israel erklärt. Terroristische Aktionen außerhalb der Nahost-Region waren seither allerdings nicht zu verzeichnen.

Die HAMAS hat durch den Krieg bislang keine Anhänger verloren, vielmehr ist eine zunehmende Solidarisierung sowohl in der arabischen Welt als auch bei den deutschlandweiten Demonstrationen erkennbar. Trotz der Krisensituation sind derzeit keine konkreten Anhaltspunkte für eine verstärkte Gefährdungssituation durch HAMAS-Anhänger in Bayern vorhanden. Aktivitäten emotionalisierter Einzeltäter können jedoch nicht ausgeschlossen werden, insbesondere da nach der Öffnung der Grenzen zum Gazastreifen konkrete Berichterstattungen über das Ausmaß der Zerstörung zu erwarten sind.

*Zunehmende Solidarisierung*

### 3.6.3 En Nahda

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:		80
Wirkungsbereich:	Oppositionsbewegung in Tunesien (seit 1991 in Tunesien verboten)	
Führung:	Rachid Ghannouchi/Großbritannien	

#### Oppositions- bewegung

Die En Nahda (Wiedergeburt) ist der tunesische Zweig der Muslimbruderschaft (MB). Nach der Ideologie der MB ist es das Ziel der En Nahda, in Tunesien einen Staat islamistischer Prägung aufzubauen. Nach wie vor ist die En Nahda die wichtigste Oppositionsbewegung Tunesiens.



Emblem der  
En Nahda

Seit 1991 wird die in Tunesien verbotene Organisation von Rachid Ghannouchi geleitet, der in seinem Heimatland zu lebenslanger Haft verurteilt ist. Ghannouchi lebt in Großbritannien und gibt sich nach außen als gemäßiger, demokratischer Politiker. Gegenüber seinen Anhängern äußert er sich jedoch militant und spricht davon, die amerikanischen Eroberer und die mit ihnen verbündeten arabischen Regierungen verjagen zu wollen.

Staatspräsident Ben Ali hat im November anlässlich des 21. Jahrestags seiner Machtübernahme die letzten wenigen, noch inhaftierten En Nahda Mitglieder begnadigt und aus den tunesischen Gefängnissen entlassen. Unter ihnen sollen sich auch mehrere Führungsmitglieder befinden, die in den 1990er Jahren zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Möglicherweise steht die Amnestie auch im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen im März 2009.

#### Exilorganisation

Die En Nahda präsentiert sich professionell im Internet und nimmt Stellung zu aktuellen politischen Ereignissen. Dies deutet darauf hin, dass die Organisationsstrukturen der En Nahda im Exil unverändert fortbestehen.

Bei den in Bayern lebenden En Nahda-Anhängern sind keine festen Strukturen erkennbar. Allerdings engagieren sich viele von ihnen sowohl im Islamischen Zentrum München der Islamischen Gemeinschaft Deutschland e.V. (vgl. auch Nummer 3.6.1 dieses Abschnitts) als auch in einigen tunesischen Vereinen.

### 3.7 Islamistische Szene Neu-Ulm/Ulm - Verbotenes Multi-Kultur-Haus Ulm e.V. (MKH)

Die Region Neu-Ulm/Ulm entwickelte sich in der Vergangenheit zunehmend zur Anlaufstelle islamischer Extremisten. Seit Ende der 1990er

Jahre sind kontinuierlich Verbindungen der islamistischen Szene aus der Region Neu-Ulm/Ulm zum internationalen islamistischen Terrorismus zu verzeichnen. Vor allem im „Multi-Kultur-Haus“ (MKH) in Neu-Ulm wurden Personen radikalisiert und für den kriegerischen Jihad rekrutiert. Am 28. Dezember 2005 wurde deshalb das MKH vom Bayerischen Staatsministerium des Innern verboten, das Vereinsvermögen beschlagnahmt und ein zugehöriges Grundstück eingezogen. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bestätigte am 24. Januar 2007 das Verbot des MKH. Das Gericht kam in seiner Entscheidung zu dem Ergebnis, dass sich die Tätigkeit des Vereins gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richtete. Es stellte ferner fest, dass der Verein für seine Besucher und Mitglieder eine Fülle von Publikationen bereit gehalten habe, die massive Hetzparolen gegen die Demokratie, den Rechtsstaat und die Menschenwürde von „Ungläubigen“ enthielten. Das Gericht ließ gegen das Urteil keine Revision zu; das Verbot ist damit bestandskräftig.

*Vereinsverbot*

Im MKH nahm der aus Ägypten stammende Arzt Dr. Yehia Yousif eine Schlüsselrolle ein. Er betätigte sich dort seit 2001 verstärkt und avancierte zum informellen und charismatischen Führer. Er trat im MKH regelmäßig als Imam und Koranlehrer in Erscheinung und unterrichtete in dieser Eigenschaft junge Muslime und deutsche Konvertiten. In diesem Zusammenhang forderte er auch offen zur Teilnahme am bewaffneten Jihad auf. Dr. Yousif wurde im Dezember 2004 aus Deutschland ausgewiesen und befindet sich nach einem Aufenthalt in Ägypten nunmehr in Saudi-Arabien.

*Dr. Yehia Yousif*

Die Schließung des MKH im Dezember 2005 sowie die Ausreise des charismatischen Führers Dr. Yehia Yousif aus Deutschland verunsicherten und schwächten jedoch die örtliche islamistische Szene nachhaltig. Das „Islamische Informationszentrum“ (IIZ) in Ulm konnte in den beiden folgenden Jahren nicht die Bedeutung des MKH als Moschee, Schulungs- und Indoktrinierungszentrum für die islamistische Szene erreichen. Vereinzelt bemühten sich Islamisten nach dem MKH-Verbot, im Raum Neu-Ulm/Ulm wieder ähnliche islamistische Strukturen zu errichten. Diese Bemühungen scheiterten jedoch bislang zumeist an fehlenden Finanzmitteln oder an persönlichen Differenzen. Erschwerend kam hinzu, dass weitere Führungspersönlichkeiten entweder Deutschland verlassen bzw. sich aus Furcht vor strafrechtlicher Verfolgung vom MKH-Spektrum distanziert haben. Vier Tage nach der Vereitelung der versuchten Terroranschläge am 4. September 2007 in Deutschland haben Mitglieder des IIZ in einer außerordentlichen Sitzung ihren Verein auf-

*Nachfolgeaktivitäten*

gelöst, um offenbar einem Verbot des IIZ durch das baden-württembergische Innenministerium zuvorzukommen.

### Salafistische Szene

Die Bedeutung der islamistischen Szene in der Region Neu-Ulm/Ulm spiegelt sich auch in einem polizeilichen Ermittlungsverfahren wider. Die Analyse früherer Strafverfahren rund um das Personenumfeld des ehemaligen MKH führte Mitte des Jahres 2007 zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gegen mehrere Personen der salafistischen Szene Deutschlands. Den insgesamt zehn Beschuldigten wird vorgeworfen, sich seit September 2005, ausgehend von Neu-Ulm und dem ehemaligen MKH, mit der Zielsetzung zusammengefunden zu haben, Muslime und Neu-Muslime, insbesondere auch zum Islam konvertierte Deutsche, im Sinn einer äußerst strengen Form des Islam zu radikalieren. Zur Erreichung ihrer Ziele bedienten sich die Beschuldigten in strafrechtlich relevanter Art und Weise sowohl radikaler Literatur, Audio- und Videomedien als auch Islamseminare, Internet-Auftritte und einschlägige Diskussionsforen. Die Beschuldigten stehen in Verdacht, schwerpunktmäßig Straftaten wie Volksverhetzung und Anwerbung zu einem fremden Wehrdienst begangen zu haben. Getragen werden die Aktivitäten der Beschuldigten von der radikalen Ablehnung freiheitlich orientierter Lebensweisen sowie der Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Intoleranz und Gewalt gegen „Ungläubige“ sowie der Tod im Jihad sind ein wesentlicher Bestandteil der Ideologie der Beschuldigten.

### Durchsuchungs- aktion

Im Rahmen dieses Ermittlungsverfahrens fanden am 23. April in 16 Privatwohnungen, Moscheen und Verlagsräumlichkeiten in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen Durchsuchungsmaßnahmen statt. Bei der bundesweiten Razzia wurden zahlreiche Unterlagen und Gegenstände beschlagnahmt. Die Auswertung der umfangreichen Asservate ist noch nicht abgeschlossen.

Wenn auch die straffen Strukturen eines MKH im Raum Neu-Ulm/Ulm seit 2005 nicht mehr vorhanden sind und bis dato keine adäquaten Alternativen für das radikal-islamistische Spektrum existieren, sind in dieser Region dennoch Personen aus dem Umfeld des ehemaligen MKH aktiv. Diese Personen, darunter Araber und deutsche Konvertiten, weisen eine gewaltorientierte islamistische Einstellung auf und unterhalten teilweise rege Verbindungen zu terrorverdächtigen Personen und Strukturen im In- und Ausland. Auch bei den vereitelten Terroranschlägen 2007 von Angehörigen der „Islamischen Jihad Union“ (IJU) waren Bezüge in die Region Neu-Ulm/Ulm festzustellen. So wohnte einer der drei

am 4. September 2007 im Sauerland festgenommenen Tatverdächtigen seit Jahren in Ulm und besuchte von 2003 bis 2005 regelmäßig das MKH. Auch ein weiterer Hauptbeschuldigter, der seit Dezember 2007 in der Türkei und seit November in Deutschland inhaftiert ist, stammt aus Ulm und war ebenfalls dem Umfeld des MKH zuzurechnen.

Die gewaltorientierte islamistische Szene in der Region Neu-Ulm/Ulm ist derzeit zwar unstrukturiert und geschwächt, jedoch unverändert gefährlich.

## 4. Islamistischer Terrorismus

### 4.1 Überblick

Der islamistische Terrorismus gefährdet die Innere Sicherheit der westlichen Staaten und damit auch Deutschlands stärker als jede andere extremistische Bestrebung. Trotz internationaler polizeilicher und militärischer Maßnahmen sind die islamistischen Terrornetzwerke unverändert handlungsfähig. Die Aktivitäten Terrorverdächtiger werden weiterhin intensiv beobachtet.

*Größte  
Bedrohung*

In der jüngsten Vergangenheit waren die vereitelten Anschläge von Aktivisten der „Islamischen Jihad Union“ (IJU) - so genannte Sauerland-Attentäter - im September 2007 das schwerwiegendste Beispiel dafür, dass islamistische Terroristen auch Ziele in Deutschland angreifen. Auch die vermutete Einreise des Konvertiten Eric Breininger im September 2008, der Deutschland mit Videobotschaften mutmaßlich aus dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gedroht hatte, hat die Bedrohungslage erneut sehr deutlich gemacht. Ein Beweis für die unverminderte Schlagkraft islamistischer Kreise war bereits im ersten Halbjahr 2008 aus deutschem Blickwinkel das Selbstmordattentat des bis April 2007 in Bayern wohnhaften türkischen Staatsangehörigen Cüneyt Ciftci.

*Deutschland als  
Angriffsziel*

Terrororganisationen betrachten Deutschland als logistische Basis zur finanziellen Unterstützung ihrer Aktivitäten in ihren Heimatländern. In ausländischen Regionen mit überwiegend muslimischer Bevölkerung stützen sich separatistische und nationalistische Bestrebungen vielfach auf ein zweites ideologisches Standbein, nämlich die Verbreitung des Islam und die Errichtung islamischer Gottesstaaten. Dadurch erhalten diese Bestrebungen auch einen islamistischen Charakter und finden damit weltweit Unterstützung durch islamistische Extremisten und Terroristen. Diese Vermengung von Islamismus, Separatismus und Nationa-

*Separatistische und  
nationalistische  
Bestrebungen*

lismus ist bei Anschlägen in Tschetschenien, in Südostasien und - mit Einschränkungen - auch in Palästina festzustellen.

#### 4.2 Tätertypen des Jihad

Wesensmerkmal des islamistischen Terrorismus ist die gemeinsame Ideologie des Jihadismus (vgl. auch Nummer 4.3.1 dieses Abschnitts). Dagegen sind strukturelle und organisatorische Verbindungen zum al-Qaida-Netzwerk nicht unbedingt zwingend, wie die unterschiedlichen Hintergründe von Anschlägen, Gruppierungen und Tätern zeigen.

#### *Al-Qaida-Terroristen*

Als eindeutige **al-Qaida-Terroristen** gelten die Täter der Anschläge vom 11. September 2001 in den USA. Sie waren von al-Qaida ausgewählt und ausgebildet, reisten mit einem genauen Auftrag von al-Qaida - einer damals klar strukturierten Organisation - in das Zielland USA ein und verübten dort die Anschläge.

Demgegenüber wurden die in Europa in den letzten Jahren durchgeführten bzw. geplanten Anschläge nicht von einer einzigen übergeordnete Organisation geplant und angeordnet. Vielmehr agiert eine Vielzahl kleiner Gruppierungen, die entweder in Kontakt zu relevanten Personen im Ausland stehen, oder die sich über das Internet radikalisieren.

#### *„home grown“-Terrorismus*

Dabei trat insbesondere nach den Anschlägen in London im Sommer 2005 der Tätertypus des **„home grown“-Terroristen** in den Vordergrund. Mit dieser Bezeichnung beschreibt man autonome, informelle Gruppen von radikalisierten und gewaltbereiten Muslimen, die entweder einen Migrationshintergrund aufweisen (so genannte zweite oder dritte Einwanderergeneration) oder bei denen es sich um radikalisierte Konvertiten handelt, die aus unterschiedlichen Gründen das westliche Wertesystem ablehnen.

Für Deutschland wurde diese Tätertypologie insbesondere durch die im September 2007 in Nordrhein-Westfalen festgenommenen Aktivisten der „Islamischen Jihad Union“ (IJU) deutlich. Sie hatten eine Ausbildung in einem Lager der IJU in Pakistan erhalten. Demgegenüber stehen die beiden so genannten Kofferbomber, deren Anschläge auf zwei Regionalzüge im Sommer 2006 scheiterten. Diese kamen bereits islamistisch beeinflusst zu Studienzwecken nach Deutschland, konnten sich hier nicht integrieren und radikalisierten sich unter dem Einfluss ihrer sozialen Situation bzw. durch Einflüsse von außen, insbesondere durch den weltweiten Protest gegen die im September 2005 veröffentlichten Mohammed-Karikaturen.

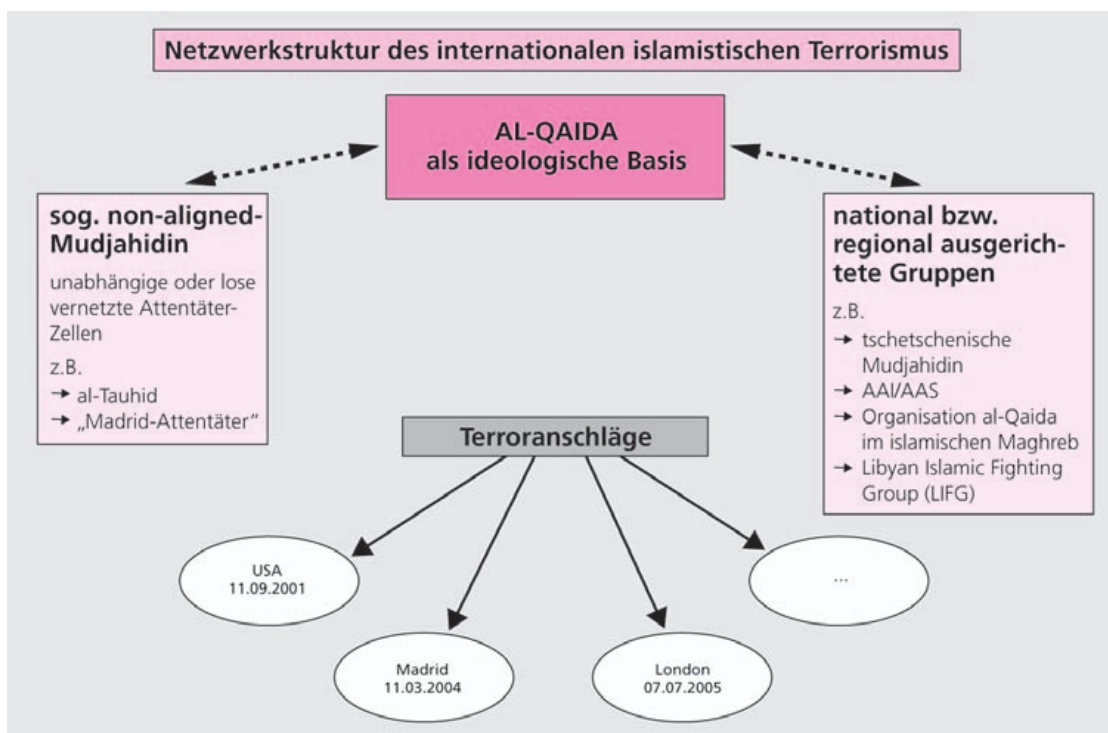
Trotz systematischer Analysen verschiedenster nationaler und internationaler Anschläge bzw. Anschlagplanungen können keine Aussagen über zukünftige Täterprofile getroffen werden. Zwar lassen sich im Nachhinein oftmals Brüche in der jeweiligen Biographie bzw. Besuche bei Islamseminaren oder die Teilnahme an der Hadj (Pilgerfahrt nach Mekka) als einigendes Element feststellen. Diese Merkmale treffen jedoch auch auf eine Vielzahl anderer Personen zu, ohne dass diese jemals jihadistische Terroraktionen ausführen. Bedeutsam ist auch der Einfluss charismatischer Persönlichkeiten, die eine zentrale Rolle in einem kommunikativen Netzwerk innehaben. Diese sind entweder durch persönliche Gespräche oder über das Internet mit ausschlaggebend für den eigentlichen Radikalisierungsprozess.

### 4.3 Das Terrornetzwerk um al-Qaida

#### 4.3.1 Internationales Netzwerk und lokale Terrorgruppen

Das Netzwerk arabischer Mudjahidin besteht aus teils unabhängig voneinander operierenden Organisationen und Zellen. Eine besondere Führungsrolle innerhalb dieses Netzwerks nimmt die al-Qaida ein.

*Führungsrolle der al-Qaida*



Die Ideologie von al-Qaida ist vom „Jihadismus“ geprägt. Ihr Weltbild teilt die Menschheit in Muslime und Ungläubige. Pflicht der Muslime sei es, die Ungläubigen, wenn sie sich ihnen nicht anschließen, im bewaffneten Kampf zu besiegen. Zu den Ungläubigen zählen insbesondere Christen und Juden. Auch die Regierungen zahlreicher islamischer Staa-

*Jihad-Ideologie*

ten sind wegen ihrer Weigerung, die USA und Israel zu bekämpfen und eine „muslimische“ Ordnung einzuführen, in den Augen von al-Qaida bloße Marionetten der USA.

### *Lokale Terrorgruppen*

Weltweit sind etwa 10.000 ausgebildete und kriegserfahrene Afghanistankämpfer in ihre Heimat- oder Zufluchtsländer zurückgekehrt, wo sie sich teilweise lokalen islamistischen Gruppen angeschlossen haben. Sie genießen dort hohes Ansehen und können als Multiplikatoren fungieren. Diese lokalen terroristischen Gruppierungen (dargestellt im rechten Bereich des auf der Seite 71 abgedruckten Schaubilds) streben in ihren jeweiligen Heimatländern durch bewaffneten Kampf die Beseitigung der dortigen - aus Sicht der Täter westlich-dekadenten - Gesellschaftsordnung und die Errichtung eines islamistischen Gottesstaats an. Häufig ist die Ideologie, das islamistische Sendungsbewusstsein, das einzige Bindeglied der weltweit autark operierenden Gruppierungen und Zellen. Al-Qaida ist ihre „ideologische“ Basis. Dieser Umstand erleichtert auch personelle Verflechtungen. Attentäter-Zellen im Sinn von al-Qaida bedürfen größtenteils nicht des zentralen Kommandos und bekommen nachträglich den „Segen“ für ihre oft langfristig geplanten Anschläge (etwa über Audio- oder Videobotschaften, die über das Internet oder über arabische Sender verbreitet werden). Die Legitimation für ihre Aktivitäten liefern islamistische Ideologen, häufig selbst ernannte Prediger, deren persönliche Autorität weder durch ihren Tod noch durch ihr Wirken aus dem Untergrund, wie z.B. bei Usama Bin Ladin, beeinträchtigt wird. Kampfplätze, auf denen Mudjahidin ihr Kriegswissen erproben können, sind hauptsächlich der Irak und Afghanistan, jedoch auch Tschetschenien und Kaschmir. Der Palästina-Konflikt mit seiner großen medialen Präsenz dient hauptsächlich der Agitation und Mobilisierung.

### *Al-Qaida als ideologische Basis*

Die Zerschlagung der afghanischen Zentrale und die Verhaftung oder Tötung zahlreicher Mitglieder aus der alten Führungsriege haben zwar den Kern von al-Qaida vorübergehend geschwächt, das flexible Netzwerk jedoch nicht besiegt. Einerseits gibt es eine Vielzahl kleinerer Organisationen, die mit al-Qaida teilweise eher lose verbunden sind und nur bei besonderen Ereignissen öffentliches Interesse erfahren. Dies gilt etwa für die „Islamische Jihad Union“ (IJU), die die am 4. September 2007 in Nordrhein-Westfalen festgenommenen Aktivisten ausbildete und mit Terroraufträgen nach Deutschland schickte. Daneben gibt es auch große schlagkräftige Organisationen, die eng in das al-Qaida-Netzwerk eingebunden sind.

Unter den Mudjahidin, die sich in den 1990er Jahren in Afghanistan aufhielten und in Trainingslagern militärisch ausgebildet wurden, befanden sich auch kurdische Islamisten, die 2001 an der Gründung der



Ansar al-Islam - AAI - (Unterstützer des Islam) beteiligt waren. Sie knüpften Kontakte zu al-Qaida, die auch nach der Rückkehr aus Afghanistan bestehen blieben. Der AAI gelang es, 2001 ein Taliban-ähnliches Regime in einem kleinen Teil des irakischen Kurdengebiets zu errichten. Nach der US-Intervention in Afghanistan nahm die AAI Kämpfer von Usama Bin Ladin auf und unterstützte sie. Inzwischen ist die AAI durch ihr Zusammenwirken mit al-Qaida im Irak Bestandteil des internationalen Terrornetzwerks. Sie ist für eine Vielzahl von Terroranschlägen im Irak mit Hunderten von Toten und Verletzten verantwortlich. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stufte sie deshalb am 24. Februar 2003 als terroristische Vereinigung ein.

*Ansar al-Islam  
(AAI)*

In Europa gibt es Anhänger der AAI in Skandinavien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und in den Niederlanden. In Bayern sind u.a. in München, Nürnberg und Augsburg etwa 40 Anhänger bekannt, die die Organisation durch Beschaffung von Geld unterstützen; deutschlandweit umfasst die Gruppierung etwa 100 Anhänger. Seit Kriegsende reisten auch mehrere Mitglieder aus Bayern in den Irak; ein Teil von ihnen ist zwischenzeitlich wieder nach Bayern zurückgekehrt. Insgesamt sind die Aktivitäten der AAI-Anhänger in Bayern allerdings stark zurückgegangen, da die Szene durch zahlreiche Maßnahmen der Sicherheitsbehörden erheblich geschwächt wurde. Beispielsweise hat das Oberlandesgericht Stuttgart nach über zweijähriger Verhandlungsdauer drei Anhänger der AAI - einer davon aus dem Raum Augsburg - am 15. Juli zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die drei Iraker wurden u.a. für schuldig befunden, ein Attentat auf den früheren irakischen Ministerpräsidenten Dr. Ijad Allawi bei dessen Deutschlandbesuch im Dezember 2004 geplant zu haben.

*AAI-Anhänger  
in Bayern*

Die ausdrückliche Erwähnung des Maghreb-Gebiets im Namen der „Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQIM), der früheren „Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat“ - GSPC - (Sala-fiyya-Gruppe für Predigt und Kampf), signalisiert den Anspruch auf alleinige Vertretung der al-Qaida in der Region Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen. In Algerien haben Attentate gegen Regierungseinrichtungen und Sicherheitspersonal seit dem Anschluss der früheren GSPC an die al-Qaida bereits 2007 deutlich zugenommen. Ein weiterer Anstieg der Anschlagszahlen ist 2008 zu verzeichnen, der Wirkungsbereich wurde auf mehrere Nachbarstaaten ausgedehnt. Darüber hinaus verübt die AQIM nun gezielt Attentate auf westliche Ausländer und bekannte sich erstmals auch zu Entführungen. Das Motiv dürfte hierbei auch in den möglichen Lösegeldforderungen liegen. Strukturelle Verbindungen nach bzw. in Deutschland sind bisher nicht erkennbar.

*Organisation  
al-Qaida im  
islamischen  
Maghreb*

### 4.3.2 Botschaften al-Qaidas

Im Jahr 2008 meldeten sich hochrangige Repräsentanten der al-Qaida in zahlreichen Audio- und Videobotschaften zu Wort. Beispielsweise wurde am 19. September im Internet eine Videobotschaft der Medienproduktionsstelle der al-Qaida, as-Sahab, mit dem Titel „Die Ernte aus sieben Jahren der Kreuzzüge“ veröffentlicht. Mit dem Video, in dem zahlreiche Anführer der al-Qaida sowie ein mutmaßlicher Selbstmordattentäter des 11. September 2001 auftreten, soll ein umfassender Rückblick und eine Bewertung des schon sieben Jahre andauernden „neuen Kreuzzugs“ gegen die islamische Welt vorgenommen werden. Bedeutsam ist die Einbindung zahlreicher Anführer der al-Qaida in eine durch den Vizechef von al-Qaida, Dr. Ayman al-Zawahiri, moderierte und äußerst sorgfältig komponierte Gesamtbotschaft und die Interpretation von Ereignissen an aktuellen Schauplätzen der bewaffneten Auseinandersetzung im Sinn der Ideologie al-Qaidas. Das Hervorheben der Bedeutung jihadistischer Medienarbeit bestätigt den Eindruck, dass al-Qaida der Propagandaarbeit wesentliche Bedeutung beimisst.

*Botschaft  
al-Zawahiris*

Bereits am 16. Mai war in diversen jihadistischen Internet-Foren eine Audiobotschaft von Usama Bin Ladin verbreitet worden. Die Botschaft mit dem Titel „An die westlichen Völker. Die Gründe des Konflikts - anlässlich des 60. Jahrestags der Gründung des israelischen Besatzungsstaats“ wurde ebenfalls von as-Sahab, der Medienproduktionsstelle al-Qaidas, hergestellt. Bin Ladin beschuldigt die „Völker des Westens“, für den Nahost-Konflikt verantwortlich zu sein und die „Besatzungspolitik Israels“ zu unterstützen. Er stellt heraus, dass die „Befreiung Palästinas“ ein zentrales Anliegen seiner Organisation sei. Der Jihad sei Pflicht und das einzige Mittel zur Erreichung dieses Ziels.

*Botschaft  
Bin Ladins*

Bisher konnte nicht festgestellt werden, dass die Botschaften al-Qaidas zu vermehrten Anschlagplanungen in Deutschland führen. Im Januar 2009 häuften sich allerdings die Deutschlandbezüge in Botschaften. Ein Video der Medienproduktionsstelle as-Sahab mit dem Titel „Das Rettungspaket für Deutschland - von Al Hafidh Abu Talha der Deutsche - Oktober 2008“ ist die erste al-Qaida zuzurechnende Videobotschaft mit ausschließlichem Deutschlandbezug. Bei dem Sprecher handelt es sich um den in Marokko geborenen Bakkay Harrach, der die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und in Bonn wohnhaft war. Er war vor einiger Zeit in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet ausgereist. Harrach richtet in seiner Botschaft in deutscher Sprache direkte Drohungen gegen Deutschland und deutsche Interessen im Ausland. Dies gilt auch für eine etwa zeitgleiche Botschaft der mit al-Qaida kooperierenden „Islami-

*Vermehrt  
Deutschland-  
bezüge*

schen Jihad Union“ (IJU). Auch darin droht einer der Sprecher in deutscher Sprache mit Angriffen auf die „Verbündeten der Besatzungsmächte“.

#### 4.4 Terroranschläge und Anschlagplanungen

##### 4.4.1 Deutschland

Rund ein Jahr nach der Verhaftung von drei Aktivisten einer Zelle der islamistischen terroristischen Vereinigung „Islamische Jihad Union“ (IJU) in Medebach-Oberschledorn/Nordrhein-Westfalen erhob die Bundesanwaltschaft am 2. September Anklage gegen die drei Terrorverdächtigen. Ihnen wird u.a. Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung und die Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens vorgeworfen. Einer der Angeklagten ist zudem wegen versuchten Mordes angeklagt.

*Anklage gegen  
„Sauerland-  
Gruppe“*

Die drei Männer waren am 4. September 2007 nach umfangreichen nachrichtendienstlichen Vorermittlungen in einer großangelegten Polizeiaktion festgenommen worden. Bei den polizeilichen Ermittlungen wurde deutlich, dass die Täter ernsthaft bemüht waren, mehrere vermutlich simultane Anschläge in Deutschland zu verüben und dabei möglichst hohen Personen- und Sachschaden anzurichten. Ein regionaler Schwerpunkt der Ermittlungen war neben dem Saarland und Hessen der Raum Ulm/Neu-Ulm. Kenntnisse zum Bau von Sprengvorrichtungen hatten die mutmaßlichen Attentäter insbesondere in den Ausbildungslagern der IJU in Pakistan erhalten.

Bei der IJU handelt es sich um eine in Usbekistan angesiedelte Organisation, die im März 2002 von ehemaligen Mitgliedern der „Islamischen Bewegung Usbekistan“ (IBU) gegründet worden ist. Die IJU gilt als unabhängige Gruppierung, jedoch mit engen Verbindungen zur al-Qaida. Die Gruppierung verfolgte zunächst regionale Ziele, hat jedoch ihre Aktivitäten auf den weltweiten Jihad erweitert. Ihre Handlungsfähigkeit hat sie mit Bombenanschlägen gegen die amerikanische und israelische Botschaft in Taschkent/Usbekistan am 30. Juli 2004 und weiteren Anschlägen gegen usbekische Staatseinrichtungen unter Beweis gestellt.

*Islamische  
Jihad Union*

Im Jahr 2008 veröffentlichte die IJU auch mehrere Internet-Botschaften mit dem deutschen Konvertiten Eric Breininger aus dem Saarland, der als Kontaktperson zu einem Angehörigen der so genannten Sauerland-Attentäter gilt. Im Jahr 2007 war Breininger über Ägypten nach Pakistan ausgereist, wo er mutmaßlich eine terroristische Ausbildung absolvierte. Sein Begleiter soll der ebenfalls aus dem Saarland stammende Houssain al-Malla sein.

*Internet-  
Botschaften*

*Eric Breininger  
und Houssain  
al-Malla*

In einer Videobotschaft vom 28. April rief Breininger, der sich zu dieser Zeit im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aufgehalten haben dürfte, die in Deutschland lebenden Muslime dazu auf, in den Jihad zu ziehen. Am 23. Mai folgte ein Interview, in dem er den Wunsch äußerte, im Jihad als Märtyrer zu sterben. Im September erlangten die Sicherheitsbehörden Hinweise, wonach Eric Breininger und Houssain al-Malla sich mit der Absicht auf dem Weg nach Deutschland befunden haben sollen, hier möglicherweise einen Anschlag zu begehen. Daraufhin wurde zu einer Öffentlichkeitsfahndung nach Breininger und al-Malla aufgerufen. Als Reaktion auf die Öffentlichkeitsfahndung wurde am 21. Oktober im Internet eine Videobotschaft von Breininger mit dem Titel „Aufruf vom Hindukusch“ veröffentlicht, in dem er einen Deutschlandaufenthalt dementierte und betonte, dass er sich weiterhin in Afghanistan aufhalte. Darüber hinaus erklärte Breininger, dass Deutschland so lange im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus stehen werde, bis die Bundesregierung ihr militärisches Engagement in islamischen Ländern beende.

Die deutschen Sicherheitsbehörden gingen im Jahr 2008 mit Festnahme- und Durchsuchungsaktionen gegen Aktivisten und Unterstützer der IJU vor. Ein aus dem Raum Ulm/Neu-Ulm stammender deutscher Terrorverdächtiger mit Bezug zur IJU, der bereits im November 2007 in der Türkei festgenommen worden war, wurde am 20. November nach Deutschland überstellt. Er steht im Verdacht, an den versuchten Terroranschlägen der so genannten Sauerland-Attentäter beteiligt gewesen zu sein.

#### 4.4.2 Europa

*Anschlags-  
planungen  
auf dänischen  
Karikaturisten*

Am 12. Februar wurden in Dänemark drei Personen festgenommen, die einen Anschlag auf den dänischen Karikaturisten Westergaard geplant haben sollen. Westergaard war einer der Zeichner der Mohammed-Karikaturen, deren Veröffentlichung in der Presse im Jahre 2005 zu weltweiten Protesten und Ausschreitungen geführt hatte. Aus Protest gegen die bekannt gewordenen Anschlagpläne veröffentlichten die führenden Tageszeitungen in Dänemark erneut eine Zeichnung Westergaards, die den Kopf des Propheten Mohammed mit einer angezündeten Bombe als Turban zeigt. Dies führte in Dänemark zu Demonstrationen und massiven gewaltsamen Ausschreitungen. Darüber hinaus kam es in zahlreichen muslimischen Ländern, darunter Pakistan, Afghanistan, Kuwait und Jordanien, zu Protestkundgebungen und Demonstrationen sowie zu Boykottaufrufen.

Islamkritische Veröffentlichungen, insbesondere von Karikaturen des Propheten Mohammed, sind nicht nur dazu geeignet, die Herausgeber zu gefährden, sondern können als Begründung für Anschläge in den jeweiligen Ländern dienen, wie die gescheiterten Kofferbomberanschläge auf Regionalzüge in Deutschland im Juli 2006 gezeigt haben.

#### 4.4.3 Irak

Seit Juni 2007 zeichnet sich landesweit eine leichte Verbesserung der Sicherheitslage im Irak ab. Trotzdem bleibt der Irak der Staat mit der höchsten Gefährdung und dem höchsten Anschlagrisiko für alle vor Ort befindlichen westlichen Kräfte. Aufgrund der Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte Richter und Staatsanwälte durch Deutschland, stehen auch deutsche Einrichtungen im Zielspektrum islamistischer Terroristen.

*Deutsche  
Einrichtungen als  
Angriffsziel*

Im Fokus der Attacken stehen auch Mitglieder der neu gebildeten Stammesmilizen und Bürgerwehren. Hintergrund sind der Zusammenschluss einiger sunnitischer Stämme und damit verbunden deren Zusammenarbeit mit den Koalitionstruppen gegen „al-Qaida im Zweistromland“ bzw. den „Islamischen Staat Irak“. Dabei richten sich die Anschläge nicht nur gegen die Stammescheichs und führende Mitglieder, sondern auch gegen einfache Angehörige der Milizen und deren Kontrollpunkte. Auch Entführungen sind im Irak nach wie vor an der Tagesordnung, wobei verstärkt Iraker ins Visier von Entführern genommen werden. Gleichwohl bleiben auch Ausländer nach wie vor in hohem Maße gefährdet. Motive für die Entführung von Inländern sind jedoch weniger politische Ziele wie bei der Entführung von Ausländern, sondern häufig finanzielle Interessen sowie die anhaltenden interkonfessionellen Auseinandersetzungen.

#### 4.4.4 Afghanistan

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich weiter verschlechtert, zunehmend ist auch der bisher als relativ ruhig geltende Norden des Landes betroffen. Das Engagement Deutschlands in Afghanistan ist ein entscheidender Faktor dafür, dass deutsche Einrichtungen in Afghanistan und dort stationierte Bundeswehrsoldaten im unmittelbaren Zielspektrum islamistischer Terroristen stehen. Anschläge auf die in dieser Region stationierten Bundeswehrsoldaten nehmen stetig zu. Neben zahlreichen Anschlägen auf Bundeswehrpatrouillen, bei denen keine

*Angriffe auf  
Bundeswehr*

### Aktionen der Taliban

Personenschäden entstanden, wurden am 27. März und am 30. Juni jeweils drei deutsche Soldaten bei Anschlägen verletzt. Bei einem Selbstmordanschlag am 6. Juli auf ein Fahrzeug dreier deutscher Polizeibeamter in der Nähe von Kunduz wurden zwei der Beamten leicht verletzt. Am 6. August kamen bei einem weiteren Selbstmordanschlag in der Provinz Kunduz drei deutsche Soldaten ums Leben. Am 27. August wurden bei einer Bombenexplosion ein deutscher Soldat getötet und drei verletzt. Zwei deutsche Bundeswehrsoldaten wurden am 20. Oktober bei einem Selbstmordanschlag getötet. Bei einem Angriff auf einen Konvoi wurden am 16. November ein deutscher Soldat schwer und ein weiterer leicht verletzt. Am 17. November wurden bei einem Attentat vier deutsche Soldaten leicht verletzt. Zu fast allen Anschlägen bekannten sich die Taliban. Die recht weitreichende Handlungsfähigkeit der Taliban war auch durch den Anschlag auf das als sehr gut gesichert geltende und vornehmlich von westlichen Staatsangehörigen besuchte Hotel Serena in Kabul am 14. Januar deutlich geworden. Dabei sind mindestens fünf Personen ums Leben gekommen, sechs weitere wurden verletzt.

### Selbstmordanschlag des Cüneyt Ciftci

Am 3. März hat der bis April 2007 in Bayern wohnhafte türkische Staatsangehörige Cüneyt Ciftci in einem Militärlager in Afghanistan mit einem mit Sprengstoff beladenen Lastwagen einen Selbstmordanschlag begangen und dabei mehrere Menschen mit in den Tod gerissen. Damit handelt es sich bei dem Türken um den ersten islamistisch-terroristisch motivierten Selbstmordattentäter, der in Deutschland geboren, aufgewachsen und sozialisiert worden ist; er kann somit dem Spektrum „home grown“-Terrorismus zugeordnet werden. Der Anschlag wurde in einer am 6. März im Internet erschienenen Meldung der IJU bekannt gegeben. Seine Terrormission dokumentierte er mit einem Video. Ciftci hatte auch Kontakt zu einem der am 4. September 2007 im Sauerland festgenommenen IJU-Aktivisten. Er war seit Jahren Besucher der Milli-Görüs-Moschee in Ansbach (vgl. auch Nummer 3.1 dieses Abschnitts). Außerdem war er wiederholt mit radikal-islamistischen Aussagen und Einstellungen aufgefallen. Er unterhielt auch Kontakte zu Angehörigen der Tablighi Jamaat (TJ), die eine radikalisierte Form des streng gläubigen Islams indischer Prägung vertritt (vgl. auch Nummer 3.4 dieses Abschnitts).

#### 4.4.5 Indien

Die Anschläge am Abend des 26. November in Mumbai, bei denen Terroristen mit Schnellfeuergewehren, Handgranaten und Sprengsätzen

nahezu gleichzeitig mindestens sieben verschiedene Ziele angegriffen haben, unterscheiden sich in der Zielauswahl und in der Vorgehensweise grundlegend von allen bisher in Indien verübten Terroranschlägen. Erstmals wurden gezielt Anschlagsorte ausgewählt, an denen sich westliche Touristen und Geschäftsleute aufhielten. Der in Mumbai festgestellte Tathergang ist wegen der eingesetzten Tatmittel, der hohen Anzahl paralleler Anschläge sowie der Zielgerichtetheit und der intensiven Vorplanungen von einer neuen Bedrohungsqualität. Zu den Anschlägen bekannte sich die bis dahin nicht in Erscheinung getretene Gruppe „Deccan Mujahedeer“. An den Anschlägen beteiligte Mitglieder dieser Gruppe sollen von der in Pakistan agierenden islamistischen Terrorgruppe „Laskhar-e-Taiba“ intensiv auf diese Anschläge vorbereitet worden sein.

*Gezielte Angriffe auf Tourismuseinrichtungen*

Durch die Anschläge wurde in besonderem Maße der Tourismussektor getroffen. In der Folge sind auch deutsche Staatsangehörige, für die Indien ein beliebtes Reiseziel ist, gefährdet. Erneute Anschläge gegen westliche Staatsangehörige und touristische Ziele können nicht ausgeschlossen werden. Eine Erhöhung der Gefährdungssituation in Deutschland ist nicht erkennbar.

#### 4.5 Bewertung

Die Ereignisse im Berichtszeitraum haben erneut zwei Aspekte verdeutlicht. Zum einen ist Deutschland konkretes Anschlagziel islamistischer Terroristen; zum anderen besteht die besondere Gefährlichkeit des Terrornetzwerks al-Qaida noch stärker als bisher in seiner Eigenschaft als Inbegriff des „globalisierten Jihad“ für kampfbereite Islamisten. Diese Ideologie des „Jihadismus“ wird von lokalen Gruppierungen als Rechtfertigung für eigenständig und unabhängig geplante Terrorakte herangezogen. Moderne Medien - vor allem das Internet - werden intensiv für Propagandazwecke und Informationsaustausch genutzt.

*Deutschland als konkretes Anschlagziel*

Auf die Entwicklungen im internationalen Terrorismus haben die deutschen Sicherheitsbehörden vor allem mit einer Intensivierung der Zusammenarbeit reagiert. Islamistische Terrornetzwerke werden weiter die größte Bedrohung der Inneren Sicherheit darstellen. Die Gemeingefährlichkeit islamistischer Terroristen hat beispielsweise auch das Oberlandesgericht Düsseldorf mit seinem Urteil vom 9. Dezember deutlich gemacht. Es verurteilte einen der so genannten Kofferbomber wegen vielfachen Mordversuchs zu einer lebenslangen Haftstrafe.

*Urteil gegen „Kofferbomber“*

## 5. Sonstige ausländerextremistische Gruppierungen

### 5.1 Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL), ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) bzw. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

#### 5.1.1 Allgemeines

	Deutschland	Bayern
Anhänger:	11.500	1.800
Vorsitzender:	Zübeyir Aydar	
Kurd. Volksführer:	Abdullah Öcalan	
Leitung:	Führungsfunktionäre der „Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK) (in Abhängigkeit vom Vorsitzenden des KONGRA GEL, dem kurdischen Volksführer Abdullah Öcalan und dem Exekutivkomitee des KONGRA GEL)	
Gründung:	1978 in der Türkei	
Publikation:	„Serxwebun“ (Unabhängigkeit)	
In Deutschland seit 26. November 1993 verboten		

#### Vereinsrechtliches Betätigungsverbot

Der Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) ist identisch mit der mehrfach umbenannten, in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Die PKK hatte sich im April 2002 in Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) umbenannt. Weder bei dieser Umbenennung noch bei der Namensänderung am 15. November 2003 in KONGRA GEL gab es wesentliche Veränderungen in Organisation, Struktur und Ideologie. Das gegen die PKK erlassene vereinsrechtliche Betätigungsverbot aus dem Jahr 1993 erstreckt sich deshalb auch auf den KONGRA GEL. Die Tätigkeit der PKK einschließlich ihrer Teil- und Nebenorganisationen verstößt gemäß der Verbotsverfügung gegen Strafgesetze, richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gefährdet die Innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung sowie sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland.

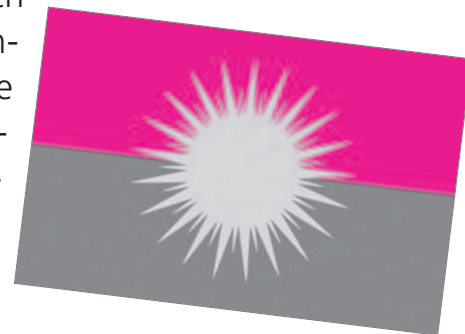
Der Rat der Europäischen Union hatte am 2. April 2004 den KONGRA GEL und seine Vorgängerorganisation KADEK - wie bereits früher die PKK - als Terrororganisation eingestuft. Am 3. April 2008 hat der Europäische Gerichtshof die Aufnahme der PKK und des KONGRA GEL in die EU-Liste terroristischer Organisationen für nichtig erklärt. Für das in Deutschland bestehende Betätigungsverbot hat das Urteil jedoch keine unmittelbaren Auswirkungen. Der Bundesgerichtshof hatte am 21. Okto-



ber 2004 festgestellt, dass die Führungsspitze des KONGRA GEL auch weiterhin als kriminelle Vereinigung einzustufen ist.

*Kriminelle  
Vereinigung*

Ursprünglich stand über zwei Jahrzehnte der aktive „revolutionäre Kampf“ für ein freies und unabhängiges Kurdistan im Mittelpunkt der PKK-Aktivitäten. Nach der Festnahme des damaligen PKK-Führers Abdullah Öcalan im Jahr 1999 kam es zu einer taktisch bedingten Mäßigung. Die Organisation verzichtete auf ihr ursprüngliches Ziel, durch bewaffneten Kampf einen eigenen kurdischen Staat durchzusetzen. Vorsitzender des KONGRA GEL ist der ehemalige Führungsfunktionär des KONGRA GEL-dominierten „Kurdischen Nationalkongresses“ (KNK) Zübeyir Aydar. In Deutschland bekennen sich etwa 10 % der rund 500.000 türkischen Staatsangehörigen kurdischer Volkszugehörigkeit zum KONGRA GEL.



KONGRA  
GEL-Flagge

Die hauptamtlichen Kader des KONGRA GEL in Deutschland leben äußerst konspirativ an häufig wechselnden Orten. Die KONGRA GEL-Anhängerschaft ist in zahlreichen, der „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) angegliederten örtlichen Vereinen organisiert. Diese Vereine, die sich nach außen als reine Kulturvereine darstellen, haben die Aufgabe, Ziele und Politik des KONGRA GEL unter den Anhängern zu verbreiten und zu fördern. Darüber hinaus bedient sich der KONGRA GEL zahlreicher vom Betätigungsverbot nicht erfasster Nebenorganisationen („Y-Gruppen“), die verschiedene Zielgruppen innerhalb der kurdischen Bevölkerung für den KONGRA GEL gewinnen sollen. Trotz des vereinsrechtlichen Betätigungsverbots gibt es somit weiterhin Aktivitäten der KONGRA GEL-Anhänger in Deutschland. Ein Nachweis, dass ihre Betätigung der Organisation zuzurechnen ist, lässt sich jedoch oft nur schwer führen. Offen wahrnehmbar sind Aktivitäten der kurdischstämmigen Bevölkerung insbesondere in der Kultur- und Brauchtumpflege, z.B. dem alljährlichen kurdischen Neujahrsfest Newroz, und bei der Wahrnehmung ihrer Rechte als kulturelle Minderheit. Sympathie für die PKK und ihre Nachfolgeorganisationen kann den Kurden zu einem gewissen Teil unterstellt werden. Eine Handhabe für behördliche Maßnahmen bietet sich aber nur, wenn die konkrete Unterstützung der PKK nachweisbar ist, d.h., wenn beispielsweise verbotene Symbole verwendet werden, Unterstützung durch Spengelder nachgewiesen werden kann oder klare organisatorische Strukturen aufgedeckt werden können. Auf die Aufdeckung solcher Aktivitäten ist auch das Augenmerk der Sicherheitsbehörden gerichtet. Auch wenn in diesem Jahr wieder Aktivitäten von KONGRA GEL-Anhänger festgestellt werden konnten, kann man nicht von einem Wiedererstar-

*Aktivitäten in  
Deutschland*

ken der PKK bzw. des KONGRA GEL ausgehen. Die den Sicherheitsbehörden möglichen Durchsuchungs- und Festnahmeaktionen tragen immer wieder zu einer nicht unerheblichen Verunsicherung, mitunter auch zu einer Schwächung der Organisation bei.

### Finanzierung

Der KONGRA GEL finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, dem Verkauf von Publikationen und den Einnahmen aus Veranstaltungen. Den größten Anteil der Einnahmen erbringt die jeweils von September bis Januar durchgeführte Spendenkampagne. Hierbei konnte die Organisation das in Deutschland und anderen europäischen Staaten erzielte Vorjahresergebnis, trotz diverser Strafverfolgungsmaßnahmen gegen die Spendenkampagne, deutlich übertreffen. Das Festlegen und Einsammeln der Spenden verlief weitgehend ohne Gewalt. Am 12. März wurden jedoch drei mutmaßliche KONGRA GEL-Anhänger wegen des Verdachts einer versuchten Spendengelderpressung festgenommen. Das Geld der Spendenkampagne soll - wie in den Vorjahren auch - für die finanzielle Unterstützung der „Volksverteidigungskräfte“ (HPG), der Guerillaeinheit des KONGRA GEL, sowie für den Unterhalt von Einrichtungen der Organisation in Europa verwendet werden. Es gibt Hinweise, dass der KONGRA GEL auch vom Rauschgifthandel profitiert, indem er beispielsweise kurdische Drogenhändler abschöpft. Der KONGRA GEL bemüht sich weiterhin, über den „Internationalen Kurdischen Arbeitgeberverband“ (KARSAZ) mit Niederlassungen in Frankfurt am Main und in Berlin das Wirtschaftspotenzial der in Europa lebenden Kurden zu kontrollieren.

Ein wichtiges Propagandamedium ist noch immer der in Dänemark sitzende KONGRA GEL-nahe Fernsehsender ROJ TV, der vom KONGRA GEL als Plattform zur Darstellung seiner politischen Ziele genutzt wird. Die Beiträge gleichen in wesentlichen Punkten der Berichterstattung seines Vorgängers MEDYA-TV.

### Vereinsrechtliches Verbot gegen ROJ TV

Am 19. Juni wurde gegen ROJ TV eine vereinsrechtliche Verbotserfügung vollzogen. Dabei wurde auch dem Sender in Dänemark eine Verbotserfügung zugestellt und damit die Ausstrahlung nach Deutschland untersagt. Ein Organisationsverbot wurde zudem gegen die in Wuppertal ansässige Firma „VIKO Fernseh Produktion GmbH“, als Teilorganisation von ROJ TV, verhängt. Das Unternehmen stellt Beiträge für ROJ TV her und ist faktisch dessen Deutschland-Repräsentanz. Die Verbotserfügung wurde damit begründet, dass der Satellitensender ROJ TV Propaganda für den KONGRA GEL betreibe und damit gegen deutsche Strafgesetze und den Gedanken der Völkerverständigung verstoße. Aufgrund der besonderen Stellung des Senders im Organisa-

tionsgefüge von PKK/KONGRA GEL kam es in der Folge deutschlandweit zu zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen.

Als weiteres Agitationsinstrument dient dem KONGRA GEL die türkischsprachige Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ (Neue Freie Politik), in der führende KONGRA GEL-Funktionäre regelmäßig Stellungnahmen publizieren. Die Zeitschrift wird allerdings nicht unmittelbar vom KONGRA GEL bzw. einer seiner Teil- oder Nebenorganisationen herausgegeben. Sie versucht, als Nachfolgepublikation der „Özgür Politika“ im Sinn des KONGRA GEL Einfluss auf die Politik im Mittleren Osten und besonders in den kurdischen Siedlungsgebieten zu nehmen.

*Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“*

Der KONGRA GEL ist indessen weiterhin mit einer eigenen Homepage im Internet präsent, deren Inhalte in deutscher, englischer, kurdischer und türkischer Sprache abgerufen werden können. Auch die „Volksverteidigungskräfte“ des KONGRA GEL unterhalten eine eigene Internet-Seite in türkischer und kurdischer Sprache mit aktuellen Informationen über die HPG.

*Internet-Präsenz*

Im April 2005 ist die Gründung der „neuen PKK“ verkündet worden, die sich als politische und vor allem ideologische Avantgarde betrachtet und sich durch eine besondere Nähe zu Abdullah Öcalan auszeichnet. Laut Satzung ist sie eine Teilorganisation des KONGRA GEL, ihre tatsächlichen Aufgaben und Ziele sind jedoch nach wie vor unklar. Die „neue PKK“ lehnt nach eigenen Angaben Gewalt grundsätzlich ab, behält sich aber weiterhin das Recht auf „legitime Selbstverteidigung“ vor. Gegenwärtig gibt es keine Anhaltspunkte für einen Strategiewechsel. In Bayern wurden bisher keine Aktivitäten der „neuen PKK“ festgestellt.

*„Neue PKK“*

Seit dem 16. Dezember 2007 ging die türkische Armee mit Luftangriffen gegen Stellungen der HPG im Nordirak vor. Vorausgegangen war eine Entscheidung des türkischen Parlaments vom 17. Oktober 2007, mit welcher der Regierung die Erlaubnis für grenzüberschreitende Militärschläge gegen die PKK-Guerilla erteilt worden war. Am 21. Februar erfolgte der Einmarsch der türkischen Armee mit Bodentruppen in den Nordirak. An der Offensive, die bis zum 29. Februar andauerte, waren rund 100.000 Soldaten beteiligt, unterstützt von Panzern, Artillerie, Kampfhubschraubern und Kampfflugzeugen. Damit ging diese Militäraktion weit über die Dimension jener gezielten Operationen hinaus, die die Türkei in den vergangenen Jahren immer wieder unternommen hat. Der KONGRA GEL und ihm nahestehende Organisationen haben sowohl mit Verlautbarungen als auch mit Kundgebungen

*Türkische Militäraktionen gegen PKK-Guerilla*

auf die Offensive reagiert. So protestierten Anhänger des KONGRA GEL in der Folge europaweit in Form von zahlreichen - zumeist friedlich verlaufenen - Versammlungen, Mahnwachen und Pressekonferenzen öffentlichkeitswirksam gegen die Bodenoffensive. Zu Zwischenfällen kam es in diesem Zusammenhang bei Kundgebungen in Dortmund und Kassel.

*Freiheitsfalken  
Kurdistan (TAK)*

Die „Freiheitsfalken Kurdistans“ („Teyrebazen Azadiya Kurdistan“ - TAK) waren erstmals im Juli 2004 bekannt geworden. Sie sind nach eigenen Angaben aus den „Volksverteidigungskräften“ (HPG) des KONGRA GEL hervorgegangen. In einer Erklärung vom 14. April 2006 stellten die TAK fest, dass sie sich von dem KONGRA GEL getrennt haben, da ihnen sowohl der KONGRA GEL als auch die „Volksverteidigungskräfte“ (HPG) als zu schwach erschienen seien. Seither verübten die TAK eine Serie von Sprengstoffanschlägen vor allem gegen touristische Ziele in der Türkei. Dabei wurden mehrere Personen getötet und zahlreiche verletzt. Die TAK warnten wiederholt vor Reisen in die türkischen Tourismuszentren und drohten mit weiteren Anschlägen. Auf ihrer Internet-Seite veröffentlichten die TAK eine Anleitung zur Herstellung von Sprengsätzen für Selbstmordattentäter. Darüber hinaus sind Ziele für Bombenanschläge und Sabotageakte in der Türkei aufgelistet. Im Februar 2008 erklärten die TAK in einer Verlautbarung, mit noch größerer Entschlossenheit zu neuen Aktionen bereit zu sein und bekannten sich im August zu einer Anschlagsserie in der Türkei. In der Verlautbarung wird deutlich, dass sich die TAK erneut von der aus ihrer Sicht zu passiven Haltung von KONGRA GEL und HPG distanzieren und dadurch ihre militante Ausrichtung unterstreichen. Erstmals wurden auch Drohungen gegen türkische Einrichtungen und Institutionen außerhalb der Türkei gerichtet.

*Militante  
Ausrichtung*

*Jugendorganisation  
KOMALEN-CIWAN*

Aus der Jugendorganisation KOMALEN-CIWAN, welche die Zeitschrift „CIWANEN AZAD“ („Freie Jugendliche“) herausgibt, rekrutiert sich ein Teil der Guerilla des KONGRA GEL. Dabei wurden in der Vergangenheit Jugendliche auch gegen den Willen ihrer Eltern zwangsverpflichtet und in Ausbildungslagern im benachbarten Ausland geschult, bevor sie zum Kampfeinsatz in die Türkei geschleust wurden. Aus einer weiteren Jugendorganisation des KONGRA GEL, der „Demokratischen Jugend“ (Demokratik Genclik - DEM-GENC) sollen die künftigen KOMALEN-CIWAN-Funktionäre gewonnen werden. In Bayern wurden bislang keine Aktivitäten der DEM-GENC festgestellt.

*Kampagne  
„Êdî Bese“*

Die seit dem 9. Oktober 2007 unter dem Motto „Êdî Bese“ („Es reicht!“) propagierte Aktionskampagne des KONGRA GEL wurde europaweit mit

zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen fortgesetzt, die zum Teil unfriedlich verliefen. Die Führungsspitze der Organisation hatte ab dem 18. Mai die „zweite Etappe“ der Kampagne ausgerufen. Ziel sind die Freiheit ÖCALANs und die Umsetzung eines Modells des so genannten Demokratischen Konföderalismus.

Bereits im Mai 2007 war im Rahmen der 5. Vollversammlung des KONGRA GEL im Nordirak die Änderung des bisherigen Organisationsnamens „Koma Komalen Kurdistan“ (KKK - Union der kurdischen Gemeinschaften) in „Koma Civaken Kurdistan“ (KCK - Gemeinschaft der Räte Kurdistans) beschlossen worden. Zum Vorsitzenden des KCK-Exekutivrats, der aus 30 Mitgliedern besteht, war der Führungsfunktionär Murat Karayilan gewählt worden. Im Mittelpunkt der KCK steht das von Abdullah Öcalan entwickelte Prinzip des Demokratischen Konföderalismus. Gemeint ist damit ein föderaler Verbund der kurdischen Siedlungsgebiete in der Türkei, Syrien, im Iran und Irak unter Achtung der bestehenden staatlichen Grenzen. Das Konzept, das eine neue gesellschaftliche Ordnung innerhalb aller kurdischen Siedlungsgebiete vorsieht, ist - mangels Akzeptanz durch die betroffenen Staaten - von einer Umsetzung weit entfernt. Zum Abschluss des Kongresses wurde Zübeyir Aydar von den Delegierten als Vorsitzender des KONGRA GEL wiedergewählt.

*Koma Civaken  
Kurdistan (KCK)*

Im Juli fand die 6. Generalversammlung des KONGRA GEL im Nordirak statt. Schwerpunkte der Konferenz sollen der Aufbau des Systems der „Koma Civaken Kurdistans“ (KCK), die Ausweitung des „Serhildans“ (Volkswiderstand) sowie die Stärkung der Guerillakräfte gewesen sein. Die Organisationsführung hat dabei keine Beschlüsse verkündet, die auf eine Abkehr des Friedenskurses in Europa hindeuten.

### 5.1.2 Aktivitäten und Exekutivmaßnahmen

Am 8. Juli wurde eine 13-köpfige deutsche Reisegruppe beim Aufstieg auf den Berg Ararat im Osten der Türkei von unbekanntem Personen überfallen. Die Täter, die sich als Anhänger der „Arbeiterpartei Kurdistans“ bezeichneten, wählten drei Männer aus der Reisegruppe als Geiseln und verließen den Tatort. Mit dieser Entführung sollte die deutsche Bundesregierung dazu bewegt werden, das am 19. Juni in Deutschland gegen den kurdischen Fernsehsender ROJ TV verhängte vereinsrechtliche Verbotserfügung aufzuheben sowie die politische Haltung der Bundesregierung zur PKK insgesamt zu überdenken. Die aus Bayern stammenden Entführten wurden am 20. Juli freigelassen.

*Entführung  
deutscher Reise-  
gruppe am  
Berg Ararat*

Durch einen auf der Internet-Seite der Nachrichtenagentur „Firat News“ am 16. Oktober veröffentlichten Bericht wurde verbreitet, dass Abdullah ÖCALAN angeblich durch türkisches Justizpersonal misshandelt worden sei. Seine Anwälte berichteten, dass ÖCALAN zur Durchsetzung einer Durchsuchung seiner Zelle körperlich angegriffen worden sei. Der angebliche Vorfall wurde auch vom organisationsnahen Fernsehsender ROJ TV sowie im Internet thematisiert. Als Reaktion auf die angeblich Misshandlung des inhaftierten Kurdenführers kam es in der Folge sowohl in Deutschland als auch im Ausland zu zahlreichen Protestkundgebungen. Neben störungsfrei verlaufenen Veranstaltungen - u.a. auch in München und Nürnberg - gab es in anderen Städten auch gewaltsame Übergriffe auf türkische Einrichtungen.



### Großes Mobilisierungspotenzial

Trotz des PKK-Verbots im Jahr 1993 führten KONGRA GEL-Anhänger erneut eine Reihe von Veranstaltungen mit teilweise mehreren zehntausend Teilnehmern durch, zu denen auch hunderte von Personen aus Bayern anreisten. Mehrfach kam es zu Verstößen gegen das Vereinsgesetz. Teilnehmerzahlen von bis zu 35.000 Personen pro Veranstaltung, z.B. beim Kurdistan-Festival am 6. September in Gelsenkirchen, zeigen, dass der KONGRA GEL nach wie vor in der Lage ist, eine große Anzahl von Kurden für die Bewegung in Deutschland zu mobilisieren.

### Festnahmen

Darüber hinaus wurden Führungsfunktionäre der Organisation aufgrund bestehender Haftbefehle festgenommen und wegen Mitgliedschaft bzw. Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt.

Wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ist ein ehemaliges Führungsmittglied der verbotenen PKK am 12. Januar vom Kammergericht Berlin zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt worden. Der 58-jährige Staatenlose soll für organisatorische, finanzielle und personelle Angelegenheiten der PKK zuständig gewesen sein. Er hatte in dem Prozess eingeräumt, Mitte der 1990er Jahre Regionsleiter der PKK in Bayern und Teilen von Baden-Württemberg gewesen zu sein. Nach jahrelanger Fahndung hatte sich der in der Türkei geborene Theaterregisseur im März 2007 den deutschen Behörden gestellt.

Wegen Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung wurde am 10. April ein führender Funktionär der PKK vom OLG Frankfurt am Main zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Der 52-jährige türki-

sche Staatsangehörige soll zwischen Juli 2005 und seiner Verhaftung im August 2006 als „Serit-Leiter Süd“ in weiten Teilen Süddeutschlands für die organisatorischen, finanziellen und propagandistischen Angelegenheiten der PKK verantwortlich gewesen sein.

Am 22. Juli wurde in Detmold ein 47-jähriger PKK-Aktivist festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, als Rädelsführer einer kriminellen Vereinigung von März bis 2007 Leiter des Sektors Süd und anschließend bis Juni 2008 Deutschland-Verantwortlicher der PKK gewesen zu sein.

Am 28. August hat die Bundesanwaltschaft vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main Anklage gegen zwei türkische Staatsangehörige kurdischer Abstammung erhoben. Den beiden Männern wird u.a. die Mitgliedschaft und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Der eine Beschuldigte soll von Juli 2004 bis März 2008 die PKK-Gebiete Nürnberg, Mainz, Darmstadt und Berlin geleitet haben. In seiner Funktion als Gebietsleiter Darmstadt soll er den zweiten Beschuldigten dabei unterstützt haben, einen aussteigewilligen Aktivist der PKK-Jugendorganisation „KOMALEN-CIWAN“ in Darmstadt in „Parteihaft“ zu nehmen, um von ihm unter Androhung körperlicher Gewalt Geld zu erpressen.

*Anklagen*

### 5.1.3 Bewertung

Aktuell sind keine konkreten Anhaltspunkte dafür erkennbar, dass PKK bzw. KONGRA GEL ihre bewährte Doppelstrategie, bestehend aus bewaffnetem Kampf in den kurdischen Siedlungsgebieten der Türkei und im Nordirak sowie einem weitgehend friedlichen Agieren in Westeuropa, mit dem Ziel, sich hier einen Rückzugsraum zu bewahren und für politische Akzeptanz zu werben, grundsätzlich ändern wollen.

In der Bundesrepublik Deutschland sowie in den übrigen Ländern Westeuropas überwiegt das Interesse der Organisation an einer Fortsetzung ihres seit Jahren propagierten „Friedenskurses“, weil sie keine zusätzlichen staatlichen Reaktionen herausfordern möchte. Der KONGRA GEL ist sich sehr wohl des Risikos bewusst, dass staatliche Repressionen seinen Handlungs- und Bewegungsspielraum weiter einschränken können. Die Organisation befindet sich dabei aber in einem ständigen Abwägungsprozess. Sollte sie zu der Einschätzung gelangen, dass sie durch ihr vermeintliches Wohlverhalten mehr Nachteile als Vorteile erlangt, ist damit zu rechnen, dass sie ihr Verhalten modifiziert. Dies kann sowohl anlassbezogen geschehen, aber auch in einen grundsätzlichen Strategiewechsel münden.

*Weiterhin  
„Friedenskurs“  
in Deutschland*

## 5.2 Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 650	120
Gründung: 1978 in der Türkei	
Die Organisation ist gespalten in:	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) mit ihren Untergliederungen DKHP (Partei) und DHKC (Militärischer Arm)</b></li> <li>• <b>Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol) mit ihren Untergliederungen THKP (Partei) und THKC (militärischer Arm)</b></li> </ul>	
Die Devrimci Sol ist in Deutschland seit 1983 verboten, ihre beiden Spaltergruppen seit 1998.	

### Revolutionäre Zielsetzung

Die von Dursun KARATAS und Bedri YAGAN im Jahr 1978 gegründete und 1983 in Deutschland verbotene revolutionär-marxistische Devrimci Sol versteht sich als eine an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus ausgerichtete Volksbewegung. Sie zählt zu den militantesten türkischen Extremistengruppen, die mit Hilfe einer bewaffneten Revolution auf die Zerschlagung des türkischen Staates zielen und in der Türkei terroristisch aktiv sind. Seit 1993 ist die Devrimci Sol in den „Karatas-Flügel“, aus dem die 1994 in Syrien gegründete Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) hervorging, und den „Yagan-Flügel“, aus dem sich die Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol) entwickelte, gespalten. Das Bundesministerium des Innern verfügte am 13. August 1998 gegen die DHKP-C ein Vereinsverbot und gegen die THKP-C Devrimci Sol, die in Deutschland nicht organisatorisch verankert ist, ein Betätigungsverbot. Beide Verbote gegen die Ersatzorganisationen der Devrimci Sol sind bestandskräftig. Mit Beschluss vom 2. Mai 2002 setzte die Europäische Union die DHKP-C auf die EU-Terrorliste.

### EU-Terrorliste

Die Agitation und der Kampf gegen den „Imperialismus“, gegen die NATO, die USA sowie die türkische Staats- und Gesellschaftsordnung sind zentrale Elemente der Ideologie der türkischen linksextremistischen Gruppierungen. Einige von ihnen, wie die DHKP-C und die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP - vgl. auch Nummer 5.4 dieses Abschnitts), sehen ihr Heimatland Türkei als Kampfgebiet an, in dem auch Terroranschläge zur Durchsetzung politischer Ziele als legitimes Mittel betrachtet werden.



Für Deutschland und Europa hat die DHKP-C seit 1999 einen Gewaltverzicht erklärt. Auf dem Gebiet der Türkei jedoch befürwortet die Organisation ausdrücklich terroristische Aktivitäten. So bekennt sich die DHKP-C in einer Internet-Erklärung zum Gedenken an ihre Gründung 1994 zum bewaffneten Kampf:

*Gewaltverzicht  
in Deutschland*

*„Das, was wir unter bewaffnetem Kampf verstehen, ist kein Kampf, der sich nur auf die Perspektive des Widerstands beschränkt, sondern ist ein bewaffneter Kampf, der auf die Macht zielt. In unserem Land ist es nicht möglich, auf parlamentarischem Wege zum Sozialismus zu gelangen. (...) Die Revolution kann nur mit einem Volkskrieg ... zum Sieg gelangen. (...) Der Weg zur Revolution der Türkei ist der Weg unserer Partei.“*

Die DHKP-C Europa verkündete am 11. August den Tod des Parteigründers und Generalvorsitzenden Dursun Karatas auf der Website ihres Nachrichtenkanals mit einer mehrseitigen Stellungnahme. Karatas erlag einem Krebsleiden, nachdem er rund 40 Jahre die Partei geführt hatte. Da er sich in den letzten Lebensjahren überwiegend im Benelux-Raum aufgehalten hat, verabschiedete sich am 12. August seine Anhänger-schaft mit einer Trauerfeier in Rotterdam von ihm. Ein Nachfolger für Karatas wurde noch nicht bekannt, auch die möglichen Auswirkungen seines Todes auf die Organisationspolitik können noch nicht eingeschätzt werden.

*Tod des  
Parteigründers*

Seit dem 17. März müssen sich fünf hochrangige Funktionäre der DHKP-C, unter ihnen der Gebietsverantwortliche für den Bereich Süddeutschland, wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland vor dem Oberlandesgericht Stuttgart verantworten. Die Angeklagten waren vor allem für die Beschaffung finanzieller Mittel durch Spendensammlungen und den Verkauf parteieigener Publikationen, aber auch für die Auswahl geeigneter Kuriere zum Transport von Geld, Waffen und Sprengstoff für den militärischen Widerstand in der Türkei verantwortlich. Dieser Terrorprozess, wie auch ein parallel in Italien stattfindender Prozess gegen DHKP-C-Funktionäre, wird von der Organisation sowie vom türkischen und deutschen linksextremistischen Spektrum als politische Kampagne gegen eine Migrantenorganisation verstanden.

*Prozess gegen  
Gebietsverant-  
wortlichen für  
Süddeutschland*

Im September 2008 eröffnete der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof ein Ermittlungsverfahren gegen drei hochrangige Führungsfunktionäre der DHKP-C, darunter die aktuelle Verantwortliche der DHKP-C in Deutschland, wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung nach § 129 StGB. Die Verdächtigen sind am 5. November festgenommen worden.

*Ermittlungsver-  
fahren gegen  
Deutschland-  
verantwortliche*

### 5.3 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 1.500	120
Gründung: 1972 in der Türkei	
Die Organisation ist gespalten in:	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Maoistische Kommunistische Partei (MKP)</b>, ehemals Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)</li> <li>• <b>Partizan-Flügel (TKP/ML)</b></li> </ul>	



Logo der TKP/ML

Die Entwicklung der TKP/ML ist seit dem Ende der 1970er Jahre durch eine Vielzahl von Fraktionsbildungen und Abspaltungen geprägt. Im Jahr 1994 spaltete sich das Ostanatolische Gebietskomitee (DABK) vom so genannten Partizan-Flügel der TKP/ML ab. Dies führte zur Bildung von zwei neuen unabhängig voneinander existierenden Organisationen, die sich beide als Nachfolgeorganisation der ursprünglichen TKP/ML sehen. Während der Partizan-Flügel nach wie vor die Bezeichnung TKP/ML verwendet, hat sich das DABK im Jahr 2002 in Maoistische Kommunistische Partei (MKP) umbenannt.

Beide Organisationen vertreten die Ideologie des Marxismus-Leninismus, ergänzt um die Ideen Mao Tse-tungs, befürworten den bewaffneten Kampf als Grundform ihres Handelns und propagieren den bewaffneten Bürgerkrieg mit anschließender Bildung einer Volksregierung. Mit der „Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ (TIKKO) auf Seiten der TKP/ML und der „Volksbefreiungsarmee“ (HKO) auf Seiten der MKP unterhalten beide Gruppierungen in der Türkei bewaffnete Guerillagruppen.

#### Organisation in Deutschland

In Deutschland organisierten sich die Anhänger der TKP/ML (Partizan-Flügel) in der 1976 gegründeten „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.“ (ATIF) und der Ende 1986 gebildeten „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa“ (ATIK). Beide Vereinigungen präsentieren sich als Massenorganisationen und tarnen ihre Verbindungen zur TKP/ML weitgehend. Die Anhänger der MKP sind seit Sommer 1997 in den beiden Basisorganisationen „Föderation für demokratische Rechte in Deutschland“ (ADHF) bzw. „Konföderation für demokratische Rechte in Europa“ (ADHK) organisiert.

Die TKP/ML trat 2008 in Süddeutschland nur bei einer großen Veranstaltung in Erscheinung, als sie sich an der Kundgebung der DHKP-C zum 1. Mai in Ulm beteiligte.

## 5.4 Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	600	40
Gründung:	1994 in der Türkei	
Publikation:	„Atilim“ (Angriff)	

Die in der Türkei verbotene terroristische MLKP entstand 1994 aus dem Zusammenschluss zweier türkischer linksextremistischer Organisationen. Wie die TKP/ML und die Devrimci Sol erstrebt sie die gewaltsame Zerschlagung des türkischen Staatsgefüges und die Errichtung einer kommunistischen Diktatur. Ihre Basisorganisation ist die „Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V.“ (AGIF) mit Sitz in Köln. Die örtlichen AGIF-Vereine in Deutschland sind zuständig für die politische Basisarbeit und bilden zusammen die AGIF. Der europäische Dachverband trägt den Namen „Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa“ (AvEG-Kon).



Aktivitäten der MLKP fanden hauptsächlich in der Türkei statt. In Bayern trat die MLKP-Zelle in Nürnberg im Jahr 2008 nicht mit Veranstaltungen in Erscheinung.

## 5.5 Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	7.500	1.250
Vorsitzender:	Sentürk Dogruyol	
Gründung:	1978	
Sitz:	Frankfurt am Main	
Publikation:	„Türk Federasyon Bülteni“	

Die nationalistische ADÜTDF vertritt eine extreme Variante des türkischen Nationalismus, und ist damit Teil der weltweit organisierten Ülkücü-(Idealisten-)Bewegung. Symbol der Bewegung ist ein mit fünf Fingern stilisierter Wolfskopf, weshalb die Anhänger der Bewegung auch als „Graue Wölfe“ bezeichnet werden.

„Graue Wölfe“

### Ülkücü-Bewegung

Die Ülkücü-Bewegung umfasst ein breites Spektrum ultranationalistischen und rassistischen Gedankenguts.

*Ideologie*

Zu den maßgeblichen Ideologie-Elementen der Ülkücü-Bewegung zählen:

- Panturkismus, mit der Zielvorstellung von einer weltweiten Vereinigung der Türken in einer an den Grenzen des osmanischen Reichs orientierten (Groß-)Türkei.
- Überlegenheit der türkischen Rasse gegenüber allen anderen Nationalitäten und Ethnien.
- In der Ülkücü-Ideologie bestehen zahlreiche Feindbilder und Verschwörungstheorien. Zentrale Feindbilder sind vor allem Amerikaner, Juden, Armenier und Kurden aber auch Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten, beispielsweise Homosexuelle. Im Zentrum der Verschwörungstheorien steht die jüdische Weltherrschaft.

Nachfolgende Positionen werden von den Ülkücü-Anhängern strikt abgelehnt und bekämpft:

- politische/kulturelle Zugeständnisse an Minderheiten in der Türkei,
- die Idee einer multikulturellen Gesellschaft,
- der EU-Beitritt der Türkei,
- die Idee von universellen Menschenrechten.

*MHP*

Als politischer Arm der Ülkücü-Bewegung in der Türkei fungiert die türkische „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP).

Das Gedankengut der Ülkücü-Bewegung richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, das friedliche Zusammenleben der Völker und ist mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar.

### **Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)**

Die Anhängerschaft der Ülkücü-Bewegung in Deutschland ist in so genannten Kultur- und Idealisten-Vereinen der ADÜTDF organisiert. Die ADÜTDF wurde 1978 in Frankfurt am Main durch den Zusammenschluss von zahlreichen türkischen Vereinen gegründet.

Die ADÜTDF gilt seit ihrer Gründung als Auslandsorganisation der MHP, dem politischen Arm der Ülkücü-Bewegung in der Türkei. Seit geraumer Zeit bemüht sich die Parteiführung der MHP unter Devlet Bahçeli, der Partei ein konservatives und europafreundliches Erscheinungsbild zu geben. Dies hat jedoch nicht die ungeteilte Zustimmung aller Mitglie-

der gefunden, weshalb sich ein Teil der „wahren Idealisten“ zurückgezogen hat. Dies spiegelte sich auch in den rückläufigen Mitgliederzahlen wider. In Bayern reduzierte sich die Anzahl der dem Verband zuzurechnenden Vereine von 30 auf 25. Im Kern sind die politischen Themen der MHP jedoch unverändert geblieben. So sind die Kurden und die PKK nach wie vor größtes Feindbild der MHP wie nachfolgende Internet-Veröffentlichung der MHP verdeutlicht:

*Rückläufige  
Mitgliederzahlen*

*„Brüder, Idealisten. Die Lösung ist nicht, die PKK zu vernichten. Die Lösung ist, alle Kurden zu vernichten. Durch die PKK existiert in den Köpfen der Kurden der Gedanke, einen eigenen Staat zu gründen. Sagt mir doch, würde es die PKK noch geben, wenn diese Hunde diese Organisation nicht unterstützen würden. Die Verantwortlichen des Terrors sind die Kurden. Also müssen die Kurden und das Kurdentum vernichtet werden.“*

In Deutschland gehören insgesamt etwa 150 Vereine mit rund 7.500 Mitgliedern der ADÜTDF an. In Bayern sind ihr - schwerpunktmäßig in München, Nürnberg und Augsburg - rund 25 Vereine zuzurechnen, die vor allem im kulturellen, religiösen und sportlichen Bereich aktiv sind.

*Vereinsstruktur in  
Deutschland*

Von der ADÜTDF gehen kaum öffentlichkeitswirksame Aktivitäten aus. Lediglich im Zusammenhang mit den türkisch-kurdischen Auseinandersetzungen im Grenzgebiet des Nordirak beteiligten sich auch Anhänger der ADÜTDF an pro-türkischen Demonstrationen.

Die ADÜTDF stellt sich in Deutschland als gesetzestreu dar und lehnt bereits seit einigen Jahren Gewalt ab. Dennoch gibt es weiterhin Anhaltspunkte für nationalistische und rassistische Einstellungen wie sie auch von der Ülkücü-Bewegung propagiert werden. Vereinzelt finden sich auch islamistische Ansätze.

## 5.6 Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)/Volksmudjahidin Iran (MEK)

<b>Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)</b>		
	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	900	200
Gründung:	1981 in Paris (in Deutschland vertreten seit 1994)	
Sitz:	Berlin	
Deutschlandvertreterin:	Dr. Bolourchi Massoumeh	
<b>Volksmudjahidin Iran (MEK)</b>		
Gründung:	1965 im Iran	
Leitung:	Massoud Radjavi	
Publikation:	„Mojahed“ (Glaubenskämpfer)	

### Iranische Oppositionsgruppe



Der goldene Löwe, Symbol des NWRI

Die „Volksmudjahidin Iran-Organisation“ (MEK) ist die bedeutendste und früher auch militanteste iranische Oppositionsgruppe. Ziel der MEK ist der Sturz des iranischen Regimes. Mit ihrem ehemals militärischen Arm „Nationale Befreiungsarmee“ (NLA) war sie für zahlreiche, ausschließlich im Iran verübte Anschläge verantwortlich. Nach dem Sturz des irakischen Regimes im Jahr 2003 schloss die NLA einen Waffenstillstand mit den US-Streitkräften. Die im Irak verbliebenen Kämpfer der NLA wurden im Lager „Ashraf“ unter US-Aufsicht gestellt und entwaffnet. Sie sind dort entsprechend der Vierten Genfer Konvention als „geschützte Personen“ anerkannt. Das UNO-Mandat, das die Anwesenheit von US-Streitkräften im Irak legitimiert, endete am 31. Dezember 2008.

Vor diesem aktuellen Hintergrund wurden von der MEK Politiker in Deutschland, u.a. auch in Bayern, angesprochen, um deren politische Unterstützung für die Lagerbewohner zu gewinnen.

Die MEK wurden 2002 in die Liste der als terroristisch eingestuften Organisationen der Europäischen Union aufgenommen. Am 26. Januar 2009 hat der Rat der Europäischen Union die aktuelle Fassung der EU-Terrorliste verabschiedet; darauf sind weder die MEK noch ihr militärischer Arm NLA gelistet. Nach Informationen von EU-Offiziellen gegenüber der Presse sei die Streichung nicht aus inhaltlichen Gründen erfolgt, sondern um früheren Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs hinsichtlich von Fehlern im Listungsverfahren Rechnung zu tragen.

Als politisches Sprachrohr der MEK mit einem Betätigungsfeld hauptsächlich in Europa und Nordamerika fungiert der NWRI. Der NWRI wurde 1981 in Paris als Exilorganisation der MEK gegründet. 1993 bildete der NWRI ein Exilparlament und rief die Generalsekretärin der MEK, Maryam Rajavi, zur „künftigen Präsidentin des Iran“ aus. Zu den Aufgaben des NWRI gehören umfangreiche Propaganda-Aktivitäten und Maßnahmen zur Finanzierung. Seit 1994 ist der NWRI auch in Deutschland vertreten. Im Umfeld des NWRI existieren zahlreiche Vereine, die eine ideologische Anbindung an den NWRI aufweisen und durch öffentlichkeitswirksame propagandistische Aktivitäten sowie durch Spendensammlungen wahrnehmbar sind.

Der NWRI ist bestrebt, sich als demokratische iranische Oppositionsbewegung darzustellen und politische Bedeutung zu erlangen. Hierzu setzt die Organisation auf lobbyistische Aktivitäten, durch die sie die öffentliche Meinung sowie gesellschaftliche und politische Entscheidungsträger zu beeinflussen versucht.

### Lobbyarbeit

### Streichung aus EU-Terrorliste

Wie schon in den vergangenen Jahren in anderen europäischen Ländern praktiziert, besuchte Maryam Radjavi im November 2008 erstmals Deutschland. In Berlin traf sie sich mit verschiedenen Abgeordneten, um von politischer Seite Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Ziele zu erhalten. Maryam Radjavi erhielt eine von vielen Abgeordneten unterzeichnete Erklärung, in der ihr politische Unterstützung zugesagt wurde. Aus dem gesamten Bundesgebiet waren Anhänger des NWRI angereist, um Maryam Radjavi in ihrer „Aktionswoche“ zu begleiten. Es gab keine Störungen.

*Deutschlandbesuch  
von Maryam  
Radjavi*

Um seine Anliegen in der Öffentlichkeit zu vermitteln, setzte der NWRI wie bereits in den Vorjahren auch auf die Durchführung von Demonstrationen, Kunst-, Musik- und Kulturveranstaltungen sowie auf Informations- und Propagandaveranstaltungen. Themenschwerpunkte der Veranstaltungen waren die Kritik an der Atompolitik des Iran, die Frage der Menschenrechte im Iran, Vollzug der Todesstrafe sowie die seit Jahren vorgebrachte Forderung nach Streichung der MEK aus der EU-Terrorliste.

Um die zum Teil mit großem Aufwand durchgeführten Aktionen zu finanzieren, zählte auch weiterhin die Beschaffung von Finanzmitteln zu einem wichtigen Betätigungsfeld des NWRI. Durch Sammelvereine wurden im gesamten Bundesgebiet Spendensammlungen angeblich für humanitäre Zwecke durchgeführt.

*Spenden-  
sammlungen*

## 6. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
<b>1. Afghanische, arabische und maghrebinische Gruppen</b>	
Terrornetzwerk um al-Qaida sunnitisch-extremistisch	
Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb sunnitisch-extremistisch	
Libyan Islamic Fighting Group (LIFG) sunnitisch-extremistisch	
Muslimbruderschaft (MB) sunnitisch-extremistisch	Risalat ul-Ikhwan - wöchentlich -
Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) sunnitisch-extremistisch	al-Islam - nur als Internet-Ausgabe -
Fatah al-Islam sunnitisch-extremistisch	
al-Gamaa al-Islamiya (GI) sunnitisch-extremistisch	
Jihad Islami (JI) sunnitisch-extremistisch	
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS) sunnitisch-extremistisch	
Islamische Heilsfront (FIS) sunnitisch-extremistisch	
Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) sunnitisch-extremistisch	
En Nahda sunnitisch-extremistisch	
Hizb ut-Tahrir (in Deutschland seit 15.01.2003 verboten) schiitisch-extremistisch	al-Khilafah (Das Kalifat) - unregelmäßig - al-Waie Explizit - vierteljährlich -
Hezb-i Islami Afghanistan (HIA) sunnitisch-extremistisch	
Ansar al-Islam sunnitisch-extremistisch	



Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
Tablighi Jamaat (TJ) sunnitisch-extremistisch	
al-Tauhid sunnitisch-extremistisch	
Hizb Allah (Partei Gottes) schiitisch-extremistisch	al-Intiqad (Die Kritik) - wöchentlich -
Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) marxistisch-leninistisch	
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) marxistisch-leninistisch	
Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando - (PFLP-GC) marxistisch-leninistisch	

## 2. Iranische Gruppen

Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) islamisch-extremistisch	
Arbeiterkommunistische Partei Iran (API) marxistisch	API-Brief - monatlich -
<b>Volksmudjahidin Iran (MEK)</b> islamisch-extremistisch	Mojahed (Glaubenskämpfer) - wöchentlich -
<b>Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)</b> Sitz: Berlin islamisch-extremistisch	

## 3. Kurdische Gruppen

<b>Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL)</b> vormals: Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) davor: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) marxistisch-leninistisch (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	Serxwebun (Unabhängigkeit) - monatlich -  Kurdistan Report - zweimonatlich -
--	--

Organisation,  
ideologische Ausrichtung

Publikationen  
(einschließlich Erscheinungsweise)

### **Teilorganisationen des KONGRA GEL:**

Volkverteidigungskräfte (HPG)  
vormals: Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)

Koordination der kurdischen demokratischen  
Gesellschaft in Europa (CDK)  
vormals: Kurdische Demokratische Volksunion (YDK)  
davor: Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)  
(in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)

Kurdischer Nationalkongress (KNK)

### **Nebenorganisationen des KONGRA GEL:**

Kurdistan-Komitee e.V., Köln  
(seit 26.11.1993 verboten)

Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB)  
(seit 02.03.1995 verboten)

Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kultur-  
vereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik  
Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan)  
(seit 26.11.1993 verboten)

Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ)

Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)

Haus der kurdischen Künstler e.V.  
vormals: HUNERKOM

Verband der stolzen Frauen (Koma Jinen Bilind - KJB)  
umfasst:

Freiheitspartei der Frauen Kurdistans (PAJK)  
vormals: Partei der Freien Frauen (PJA)  
davor: Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJK)  
Freie Frauenverbände (YJA)  
Frauenguerilla (YJA-STAR)

Union der Journalisten Kurdistans (YRK)

Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK)

Union zur Pflege der kurdischen Kultur und Kunst (YRWK)

Vereinigung der demokratischen Jugendlichen Kurdistans  
(KOMALEN-CIWAN)  
vormals: Bewegung der freien Jugend Kurdistans (TECAK)  
davor: Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK)

Demokratische Jugend (DEM-GENC)

Newaya Jin (Freie Frauen)  
- monatlich -  
vormals: Jina Serbilind (Die stolze Frau)

Welate Me (Unsere Heimat)

CIWANEN AZAD (Freie Jugendliche)  
bisher: ÖZGÜR GENÇLIK (Freie Jugend)  
vormals: Sterka Ciwan (Stern der Jugend)  
- zweimonatlich -

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)	Ronahi (Licht) - dreimonatlich -
Demokratische Aleviten-Föderation (FEDA) vormals: Föderation der Demokratischen Aleviten (DAV) davor: Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB)	Semah vormals: Zülfikar - monatlich -
Islamische Bewegung Kurdistans (KIH)	Baweri (Glaube)
Kurdischer Roter Halbmond (HSK)	Roja Kurdistane (Sonne Kurdistans)

### Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)

## 4. Türkische Gruppen

### 4.1 Linksextremisten

#### Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

	Isci-Köylü Kurtuluşu (Arbeiter-Bauern-Befreiung) - zweimonatlich -
Partizan-Flügel (TKP/ML)	Devrim Yolunda Isci Köylü (Arbeiter und Bauern auf dem Weg der Revolution) - vierzehntägig -
Maoistische Kommunistische Partei (MKP) vormals: DABK (Ostanatolisches Gebietskomitee)	Devrimci Demokrasi (Revolutionäre Demokratie)
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) Frontorganisation des Partizan-Flügels (TKP/ML)	
Volksbefreiungsarmee (HKO), militärischer Arm der MKP	

#### Basisorganisationen der TKP/ML:

Föderation der Arbeiter aus der Türkei  
in Deutschland e.V. (ATIF)  
Sitz: Duisburg (Partizan-Flügel)

Föderation für demokratische Rechte in  
Deutschland (ADHF)  
(DABK-Flügel)

Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)  
(Partizan-Flügel)

Mücadele (Kampf)  
- unregelmäßig -

Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK)  
(DABK-Flügel)

Organisation,  
ideologische Ausrichtung

Publikationen  
(einschließlich Erscheinungsweise)

**Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei  
(BP-KK/T)**

(Abspaltung von der TKP/ML)

Bolsevik Partizan  
(Bolschewistischer Partisan)  
- monatlich -

**Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)**

in Deutschland seit 09.02.1983 verboten;  
1993 in zwei Fraktionen (Karatas- bzw. Yagan-Flügel) zerfallen

Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)  
aus dem Karatas-Flügel der Devrimci Sol hervorgegangen  
(in Deutschland seit 13.08.1998 verboten)

Ekmek ve Adalet  
(Brot und Gerechtigkeit)  
- wöchentlich -  
Yürüyüs (Marsch)  
- wöchentlich -

Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol)  
aus dem Yagan-Flügel der Devrimci Sol hervorgegangen  
(in Deutschland seit 13.08.1998 verboten)

**Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)**

Yeniden Atilim (Neuer Vorstoß)  
- wöchentlich -

Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten (FESK)  
- militärischer Arm der MLKP -

**Basisorganisation der MLKP:**

Konföderation der unterdrückten Migranten in  
Europa (AvEG-Kon)

Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei  
in Deutschland e.V. (AGIF)

AGIF Bülteni  
- zweimonatlich -

**4.2 Extreme Nationalisten**

Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine  
in Europa e.V. (ADÜTDF)  
Sitz: Frankfurt am Main

Türk Federasyon Bülteni  
- monatlich -

**4.3 Islamische Extremisten**

**Milli Görüs-Bewegung**

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)  
Sitz: Kerpen

Publizistisches Sprachrohr:  
Milli Gazete

Verbandszeitschrift:  
IGMG Perspektive

**Hilafet Devleti (Kalifatsstaat)**

vormals: Verband der islamischen Vereine und  
Gemeinden e.V. (ICCB) mit Sitz in Köln  
(in Deutschland seit 12.12.2001 verboten)

## 4. Abschnitt

# Rechtsextremismus

## 1. Allgemeines

### 1.1 Merkmale des Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus weist keine gefestigte einheitliche Ideologie auf. Die Bestrebungen rechtsextremistischer Organisationen in Deutschland sind im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass sie die Grundlagen der Demokratie ablehnen und stattdessen - aus taktischen Gründen meist nicht offen erklärt - eine totalitäre Regierungsform unter Einschluss des Führerprinzips anstreben, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar ist. Bestimmende Merkmale des organisierten Rechtsextremismus sind vor allem

*Ablehnung der Grundlagen der Demokratie*

- die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des Einzelnen, die zu einer Aushöhlung der Grundrechte führt (völkischer Kollektivismus),
- ein den Gedanken der Völkerverständigung missachtender Nationalismus,
- die offene oder verdeckte Wiederbelebung rassistischer Thesen, u.a. des Antisemitismus, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind,
- immer wiederkehrende Versuche, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des Dritten Reichs zu rechtfertigen, die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime zu diffamieren und die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu verschweigen, zu verharmlosen oder sogar zu leugnen.

*Kollektivismus*

*Nationalismus*

*Rassismus*

*Relativierung des NS-Unrechts*

Hinzu kommt die allen Extremisten gemeinsame planmäßige Verunglimpfung der bestehenden Staatsform und ihrer Repräsentanten. Ziel dieser Angriffe ist es, die eigene Organisation und ihre Vertreter als die alleinigen Wahrer der Interessen von Staat und Bürgern darzustellen, was im Ergebnis auf die Ablehnung des Mehrparteienprinzips und des Rechts auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition hinausläuft.

*Verunglimpfung der Demokratie*

Diese Merkmale sind nicht gleichmäßig bei allen Rechtsextremisten zu beobachten. Manchmal sind nur Teilaspekte bestimmend; auch die Intensität und die Strategie des Kampfs gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind unterschiedlich.

### *Sozialpolitische Themen*

Seit einigen Jahren treten in der Propaganda von Rechtsextremisten sozial- und wirtschaftspolitische Themen in den Vordergrund. Durch Verknüpfung sozialer Problemfelder mit rechtsextremistischen Theorie-Elementen hoffen Rechtsextremisten, aus den Sorgen der Bevölkerung um ihre soziale Sicherheit und gesellschaftliche Positionierung Kapital schlagen zu können. Teile des rechtsextremistischen Spektrums propagieren einen von dezidiert antikapitalistischen Elementen geprägten „volksbezogenen Sozialismus“ mit dem Ziel, in sozialistisch orientierte Wählerschichten einzudringen.

### *Antisemitische Feindbilder*

Rechtsextremisten betonen seit einiger Zeit Gemeinsamkeiten mit anderen politischen Strömungen. Sie traten beispielsweise als Teil der Protestbewegungen gegen die US-amerikanische Intervention im Irak und gegen die Sozialreformen auf. In der globalen Auseinandersetzung mit dem Islamismus positionierten sie sich eindeutig antiwestlich und versuchten, den Konflikt zwischen der internationalen Staatengemeinschaft und dem Iran für ihre Ziele zu nutzen. Sie leugneten die Gefahren eines iranischen Atomprogramms und griffen stattdessen die USA, Israel und die Bundesregierung an. Übereinstimmungen zwischen Rechtsextremisten und Islamisten bestehen in einem antizionistisch-antisemitischen und antiwestlich-anti-amerikanischen Feindbild. Rechtsextremisten wie auch islamische Extremisten sehen in den USA gemeinsam den Feind, der aus imperialistisch-kapitalistischem Interesse die Widerstandskraft der Völker und Kulturen zu zerstören suche. Nutznießer - wenn nicht gar Betreiber dieses Prozesses - seien die Juden.

## 1.2 Entwicklung der Organisationen

### *Erneuter Mitgliederverlust bei der DVU*

Die NPD hatte bundesweit einen leichten Mitgliederrückgang zu verzeichnen; in Bayern blieb die Zahl der Mitglieder weitgehend unverändert (vgl. auch Nummer 2.1 dieses Abschnitts) - einen leichten Zuwachs gab es hier nur im Bereich der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“. Die DVU verlor in Bayern erneut Mitglieder, da sie den durch Überalterung bedingten Mitgliederschwund nicht aufhalten kann (vgl. auch Nummer 2.2 dieses Abschnitts). Bei erkannten Mehrfachmitgliedschaften wurde die Person nur bei einer Organisation mitgezählt.

	2006	2007	2008
Anzahl der Organisationen	40	40	40
<b>Mitgliederstärken</b>			
NPD mit JN und NHB*	950	1.020	1.050
Deutsche Volksunion (DVU)**	1.000	900	800
neonazistische Organisationen	190	250	250
sonstige Organisationen	300	300	300
	2.440	2.470	2.400
neonazistische Einzelaktivisten	160	150	150
rechtsextremistische Skinheads	750	700	700
Rechtsextremisten insgesamt	3.350	3.320	3.250

\* Nationaldemokratischer Hochschulbund  
 \*\* Die Zahlen umfassen die Mitglieder der Partei und des gleichnamigen Vereins.

Zahl und Mitgliederstärke rechtsextremistischer Organisationen in **Bayern**

### 1.3 Rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten - Gefährdungsanalyse

#### 1.3.1 Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten

Bundesweit waren von insgesamt 1.856 (2007: 1.921) extremistischen Gewalttaten 1.042 (2007: 980) rechtsextremistisch motiviert. In Bayern hat sich die Zahl dieser Delikte von 82 im Jahr 2007 auf 68 und damit um 17 % verringert. Von diesen Gewalttaten waren 20 (2007: 43) fremdenfeindlich und 45 (2007: 38) allgemein neonazistisch motiviert. Drei Gewaltdelikten lag eine antisemitische Motivation zugrunde (2007: eine). Von den allgemein neonazistisch motivierten Taten wurden 26 gegen politische Gegner, d.h. gegen die linksextremistische Szene, verübt (2007: 20).

*Rückgang der Gewalttaten in Bayern*

Bayern gehörte beim Vergleich der Häufigkeitszahlen der Jahre 2003 bis 2007 - bezogen auf jeweils 100.000 Einwohner - stets zu den drei am wenigsten belasteten Bundesländern.

Zu den 88 Tatverdächtigen der im Jahr 2008 begangenen rechtsextremistischen Gewaltdelikte gehören fünf Frauen. 49 der Tatverdächtigen sind erstmals straffällig geworden. 53 Tatverdächtige waren zur Tatzeit jünger als 21 Jahre.

Besonderes Aufsehen erregte am 13. Dezember ein Messerangriff auf den Passauer Polizeidirektor Alois Mannichl vor dessen Wohnhaus in Fürstzell, Landkreis Passau. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es besteht jedoch aufgrund der Aussagen des Opfers der Verdacht, dass es sich um eine rechtsextremistische Gewalttat handelt. Gezielte rechtsextremistisch motivierte Anschläge auf Polizisten oder andere Repräsentanten des Staates sind in den letzten Jahrzehnten in Bayern nicht verübt worden. Sollten die strafrechtlichen Ermittlungen bestätigen, dass der Angriff rechtsextremistisch motiviert war, bedeutet dies eine neue Qualität rechtsextremistischer Gewalt in Bayern und Deutschland.

Die größte Gewaltbereitschaft besteht nach wie vor bei den subkulturell geprägten Rechtsextremisten, vor allem bei den rechtsextremistischen Skinheads. 50 der 88 Tatverdächtigen der im Jahr 2008 begangenen Gewaltdelikte gehören der rechtsextremistischen Skinhead-Szene an. Diese begehen ihre Gewalttaten aber im Regelfall nicht aufgrund einer strategischen Zielsetzung, sondern spontan, in der Gruppe und häufig unter Alkoholeinfluss. Die Taten sind vielfach fremdenfeindlich motiviert.

Ein **Beispiel** einer „typischen“ Gewalttat aus dem rechtsextremistischen Skinhead-Spektrum war ein fremdenfeindlicher Vorfall am 26. Februar in München. Zwei erheblich alkoholisierte 20-jährige Skinheads schlugen auf offener Straße drei Jugendliche russischer Abstammung nieder, die sich auf russisch unterhalten hatten.

Die festgestellten Gewalttäter sind überwiegend nicht in politischen Gruppen oder Parteien organisiert. Räumliche Schwerpunkte für die im Jahr 2008 begangenen Gewalttaten waren die Stadtregionen München, Nürnberg und Regensburg. Insgesamt hat sich das Gewaltpotenzial in den letzten Jahren in Bayern nicht grundlegend verändert. Besondere Aufmerksamkeit richten die Sicherheitsbehörden bei der Gefährdungsanalyse der rechtsextremistisch motivierten Gewaltkriminalität auf die zunehmende Rolle des Internets, da auf rechtsextremistischen Internet-Seiten vermehrt Drohkulissen aufgebaut werden. Diese sollen einerseits politische Gegner einschüchtern und andererseits ein „Hass-Klima“ gegen das „System“ des demokratischen Verfassungsstaats und seiner Repräsentanten schüren.

Überdies wird die Entwicklung der Gewaltbereitschaft bei den Anhängern der „Autonomen Nationalisten“ (vgl. auch Nummer 3.3 dieses Abschnitts) verstärkt beobachtet. Auftreten und Vorgehen bei Demonstrationen entsprechen zunehmend dem der gewaltbereiten Autonomen aus der linksextremistischen Szene. Der Schwerpunkt des Phänomens der

*Gewaltbereitschaft  
bei Skinheads*

*Autonome  
Nationalisten*



„Autonomen Nationalisten“ liegt jedoch in anderen Bundesländern. In der Öffentlichkeit bekannt wurden sie durch extrem gewalttätige Auseinandersetzungen mit Polizei und Gegendemonstranten in Hamburg bei einer rechtsextremistischen „1. Mai-Demonstration“. Ein gezielter Anschlag auf bestimmte Personen in deren privaten Umfeld entspricht nicht der bisherigen Strategie „Autonomer Nationalisten“. Auch in Bayern gibt es rechtsextremistische Szenen, die sich als „Autonome Nationalisten“ bezeichnen bzw. einige ihrer typischen Merkmale aufweisen. Beispiele sind die „Freien Nationalisten München“, die aus den aufgelösten „Autonomen Nationalisten München“ hervorgegangen sind, die „Kameradschaft Augsburg - Nationales Augsburg“ und die „Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg“, die sich auch als „Autonome Nationalisten Regensburg“ bezeichnet. In bisherigen Verlautbarungen von Gruppen „Autonomer Nationalisten“ in Bayern bekunden diese, Gewalt abzulehnen. Der Verfassungsschutz wird weiterhin intensiv beobachten, ob sich mit steigender Sympathie für die „Autonomen Nationalisten“ im Bereich der „Freien Nationalisten“ - in der Regel Misch-Szenen aus Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads - die Akzeptanz von Gewalt zur Verfolgung politischer Ziele in der Szene erhöht.

*„Misch-Szenen“*

### 1.3.2 Sonstige Straftaten

Die Gesamtzahl der in Bayern bekannt gewordenen sonstigen neonazistischen, antisemitischen und rassistischen Straftaten beträgt 1.715 (2007: 1.771), darunter 214 (2007: 230) fremdenfeindlich motivierte Delikte. Dabei handelte es sich vielfach um Sachbeschädigung, Nötigung, Bedrohung, Volksverhetzung (262 Taten, 2007: 309) und insbesondere um das Verbreiten von Propagandamitteln bzw. Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (insgesamt 1.280 Delikte). So wurden Hakenkreuze auf Wände und Fahrzeuge gesprüht bzw. geritzt, Parolen wie „Heil Hitler“ und „Sieg Heil“ gerufen und zahlreiche antisemitische Pamphlete mit strafbaren Texten verbreitet. Des Öfteren verwendeten Neonazis auf dem Display ihres Mobiltelefons NS-Symbole als Standard-Einstellung. Wie auch im Jahr 2007 bedienten sich Rechtsextremisten wiederholt des Short-Message-Systems (SMS) der Mobilfunkbetreiber, um neonazistische Agitation an andere Handy-Besitzer zu übermitteln. Dabei wurden auch Grafiken, Filme und Lieder zu Propagandazwecken versandt.

*Leichter Rückgang der Straftaten*

Durch rechtsextremistisch motivierte Ausschreitungen und Schmiereereien entstanden Sachschäden von rund 280.160 Euro (2007: etwa 316.000 Euro).

Ein **Beispiel** für diese rechtsextremistischen Straftaten ist die bundesweite Versendung von Briefen mit antisemitischen Inhalten durch unbekannte Täter seit Ende des Jahres 2007. Die Schreiben wurden verschiedenen jüdischen bzw. sonstigen Einrichtungen zugestellt, u.a. auch den Israelitischen Kultusgemeinden in München und in Hof sowie an die „Hanns-Seidel-Stiftung e.V.“ in München. Die antisemitischen Parolen werden mit der Forderung nach einem sofortigen „Verbot aller jüdischen Einrichtungen in Deutschland“ verbunden.

#### 1.4 Nutzung des Internets

*Hohe Bedeutung des Internets*

Dem Internet kommt bei der Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts und der Koordinierung von Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene eine große Bedeutung zu. Der Zugriff auf das Internet bietet Rechtsextremisten eine geeignete Plattform zur Information und Kommunikation sowie zur Mobilisierung der Szene. Zunehmend werden die neuen technischen Möglichkeiten der „Web 2.0-Generation“, etwa in Form von „Weblogs“, genutzt. In Internet-Portalen findet ein reger Austausch zwischen Nutzern rechtsextremistischer „Internet-Communities“ statt. Angeboten werden u.a. Verlautbarungen zu aktuellen Themen, Hinweise auf Veranstaltungen der Szene und des politischen Gegners sowie entsprechendes Propagandamaterial.

Die Zahl der von Deutschen betriebenen Homepages mit rechtsextremistischen Inhalten blieb in den vergangenen Jahren mit durchschnittlich 1.000 konstant. Homepage-Betreiber aus dem Bereich des Rechtsextremismus weichen zum Teil auf ausländische Speicherplatzanbieter aus, die sich Appellen staatlicher und privater Einrichtungen verschließen und keine Selbstkontrolle ausüben. Darunter befinden sich auch etliche Anbieter, die der rechtsextremistischen Szene angehören. Diese bieten den jeweiligen Seitenbetreibern die Möglichkeit, ihre Internet-Seiten anonym zu veröffentlichen.

*Technisch hochwertige Homepages*

Die Internet-Angebote rechtsextremistischer Parteien, beispielsweise der NPD, nehmen zum Teil zu aktuellen tagespolitischen Fragen Stellung und befinden sich auf hohem technischem Niveau. Rechtsextremistische Skinhead-Bands stellen auf ihren Homepages neben Fotos von Auftritten und Konzertberichten auch Lieder zum Download zur Verfügung. Im Online-Versandhandel entsprechender Anbieter findet sich eine umfangreiche Auswahl an szenetypischer Kleidung, Musik-CDs und anderen Szene-Artikeln. Auch Neonazis wie die „Freien Nationalisten München“ betreiben eigene Internet-Seiten, die als Mobilisierungs- und Informationsplattform sowie zur Verbreitung rechtsextre-

mistischer Propaganda dienen. Auf den Seiten werden zugleich die Verbindungen zu anderen „nationalen“ Gruppierungen erkennbar.

Zunehmend wird auf rechtsextremistischen Internet-Seiten, in Chatrooms oder Diskussionsforen, der „politische Gegner“ namentlich an den Pranger gestellt, beleidigt und diffamiert. Dazu zählen insbesondere „linke“ Aktivisten, etwa Angehörige der „Antifa“, aber auch Repräsentanten des Staates, beispielsweise Polizeibeamte. So wurde der am 13. Dezember durch eine Messerattacke in Fürstzell, Landkreis Passau, verletzte Polizeidirektor Alois Mannichl vor und selbst nach der Tat wegen seines engagierten Auftretens als polizeilicher Einsatzleiter im Zusammenhang mit Veranstaltungen von Rechtsextremisten im Internet diskreditiert und zum Feindbild erklärt.

*Diffamierung  
politischer Gegner*

Die Veröffentlichung persönlicher Daten dient dem Aufbau einer Drohkulisse und soll die Betroffenen einschüchtern; zugleich wird damit die Stimmung in der rechtsextremistischen Szene gegen die jeweiligen Personen geschürt. Teilweise werden - zumindest latent - Drohungen ausgesprochen. Konkrete Aufforderungen zu Straftaten sind dagegen - wohl vor allem aus Angst vor Strafverfolgung - nicht die Regel.

## 2. Parteien, Organisationen und Verlage

### 2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Deutschland	Bayern
Mitglieder: 7.000	950 (ohne JN, NHB)
Vorsitzender: Udo Voigt	Ralf Ollert
Gründung: 1964	
Sitz: Berlin	
Publikation: „Deutsche Stimme“ (DS)	

#### 2.1.1 Ideologisch-politischer Standort

##### 2.1.1.1 Ideologie

Neonazistische und nationalrevolutionäre Thesen sind fester Bestandteil des ideologischen Spektrums der NPD und haben deren Erscheinungsbild nachhaltig verändert. In dem von der Partei vertretenen Staats- und Menschenbild finden sich alle die den organisierten Rechtsextremismus bestimmenden Merkmale wieder (vgl. auch Nummer 1.1 dieses Abschnitts). Für die NPD resultiert die Würde des Einzelnen nicht aus dem

*Erscheinungsbild  
der NPD*

freien Willen des Individuums, sondern sie ist von biologisch-genetischer Teilhabe an der „Volksgemeinschaft“ abhängig. Dies steht in krassem Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

### Völkischer Kollektivismus

Mit ihrer Forderung nach Schaffung einer „Volksgemeinschaft“ verwendet die NPD einen zentralen Begriff des Nationalsozialismus, der darunter insbesondere eine Schicksalsgemeinschaft verstand, in der die Interessen des Einzelnen bedingungslos der Gemeinschaft der Volksgenossen untergeordnet wurden und das Wohl der so definierten „Volksgemeinschaft“ allen anderen Interessen vorging:

*„Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. (...) Der Staat hat dabei über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen.“*

(Parteiprogramm, Abschnitt 3)

Als Gegenmodell zur Globalisierung fordert die NPD eine raumorientierte Volkswirtschaft. Unter der Überschrift: „Globalisierungswahnsinn“ wird in der „Deutschen Stimme“ dazu Folgendes ausgeführt:

*„Nein, es gibt nur eine Lösung, und diese heißt: Die Globalisierung durch eine raumorientierte Volkswirtschaft stoppen, Wiederherstellung des Zusammenhangs und der Bindungskräfte zwischen Volk, Wirtschaft und Kapital, Aufhebung der internationalen Kapitalfreiheit, Wiedereinführung einer natürlichen Balance zwischen der nationalen Wirtschaftsgemeinschaft als raumgebundener sozialer und vielseitiger Leistungsgemeinschaft einerseits und einem begrenzten Handel im Rahmen einer gutnachbarschaftlichen Verkehrsgemeinschaft zwischen freien, vielseitigen, sozioökonomisch und ökologisch lebensfähigen Nationen und Regionen andererseits.“*

(Deutsche Stimme, April 2008, Seite 25)

### Rassismus und Nationalismus

Eine mit der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes unvereinbare, rassistisch und nationalistisch geprägte Fremdenfeindlichkeit ist elementarer Bestandteil der Partei-Ideologie vom „lebensrichtigen Menschenbild“, das sich insbesondere gegen „Fremdbestimmung“ und „Überfremdung“ wendet:

*„Im Zusammenspiel von Großkapital, Regierung und Gewerkschaften wurden Millionen von Ausländern wie Sklaven der Neuzeit nach Deutschland geholt. Diese Politik wird durch eine menschen- und völkerverachtende Integration fortgesetzt. Ausländer und Deutsche werden gleichermaßen ihrer Heimat entfremdet und entwurzelt, ihnen droht der Verlust ihrer Identität, ... In zahlreichen Städten bilden sich Ausländerghettos, in denen die deutsche Restbevölkerung zur Minderheit im eigenen Land wird. (...) Ein grundlegender politischer Wandel muß die menschenfeindliche Integrationspolitik beenden sowie die deutsche Volkssubstanz erhalten.“*

(Parteiprogramm, Abschnitt 8)

Daraus resultierend fordert die NPD die Rückführung der in Deutschland lebenden Ausländer in ihre Herkunftsländer. Wegen eines im Wahlkampf zur Landtags- und Bezirkstagswahl in Bayern verwendeten Plakats der NPD mit dem Aufdruck „Guten Heimflug“ wurde ein Strafverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung (§ 130 StGB) eingeleitet.

Rückführung von  
Ausländern

In der NPD-Publikation „Jetzt reicht's!“ werden unter der Überschrift „Die Überfremdung Stoppen! - Was wir wollen“ die konkreten Forderungen der NPD zum Thema Ausländer dargestellt:

„- Schaffung eines nationalen Arbeitsplatzsicherungsgesetzes. Arbeitsämter und Arbeitsvermittlungsstellen dürfen nur dann Arbeit für eine begrenzte Zeit an Ausländer vergeben, wenn keine gleichqualifizierten deutschen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

- Strikte Anwendung des Ausländergesetzes zur Aufenthaltsbeschränkung. Ausländer ohne Arbeitserlaubnis oder Sonderaufenthaltsgenehmigung haben Deutschland nach längstens dreimonatigem Aufenthalt zu verlassen.

- Ersatzlose Streichung des einklagbaren Rechtes auf Asyl. Wir Nationaldemokraten fordern die ersatzlose Streichung des Asylrechtsartikels. Das weltweit einzigartige einklagbare Recht auf Asyl hat nicht nur zu einem unvorstellbaren Mißbrauch geführt, sondern auch zu einer Belastung der Volkswirtschaft und des Steuerzahlers in Milliardenhöhe.

- Kriminelle Ausländer müssen unverzüglich abgeschoben werden. Anstatt durch De-facto-Bleiberechte und ‚Härtefall‘-Regelungen immer neue Schlupflöcher der Zuwanderung zu schaffen, muß jede weitere Zuwanderung nach Deutschland unterbunden werden.“



Im Zusammenhang mit der Kommentierung aktueller Ereignisse wird der Rassismusgedanke in der NPD deutlich. Das NPD-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Gansel schrieb über die Wahl Barack Obamas zum Präsidenten der USA in einem Artikel mit dem Titel „Afrika erobert das Weiße Haus“ auf der Internet-Seite der NPD:

Antiamerikanismus

„Das weiße, von europäischen Auswanderern getragene Amerika befindet sich durch Einwanderung und Rassenmischung in Auflösung und hat mit dem Afrika-Sprößling seinen symbolischen Totengräber ins Präsidentenamt gewählt. (...) Schon das weiße Amerika war eine kulturelle Zumutung für die Welt und zwang freien Völkern mit Waffengewalt ihr multirassisches und damit rassenvernichtendes Gesellschaftsmodell auf; ein nicht-weißes Amerika ist jedoch eine Kriegserklärung an alle Menschen, die eine organisch gewachsene Gemeinschaftsordnung aus Sprache und Kultur, Geschichte und Abstammung für die Essenz des Menschlichen halten.“

In dem zuvor genannten Artikel werden rassistisches und antisemitisches Gedankengut gekoppelt, um Ressentiments gegen Juden zu för-

## Antisemitismus

dern. Dabei wird das antisemitische Vorurteil des „volkszersetzenden“ jüdischen Charakters verwendet:

*„In dem Beitrag ‚Der Obama-Macher‘ - gemeint ist der Jude David Axelrod - wird daran erinnert, daß Juden und Neger in den sechziger Jahren eine revolutionäre Koalition gegen das Establishment schmiedeten. (...) Die alte Selbstbehauptungsstrategie des Judentums, Inländervorrechte durch Minderheitenrechte zu ersetzen und ethno-kulturelle Unterschiede zwischen dem Eigenen und dem Fremden zu verwischen, deckt sich mit den Interessen aller Minderheiten, Mischlinge und Entwurzelten im Schmelztiegel Amerika.“*

## Revisionismus

Für die NPD gehören revisionistische Thesen nach wie vor zum Bestandteil ihrer Ideologie. Sie fordert:

*„Ein Ende der einseitigen Vergangenheitsbewältigung. Wir Deutschen sind kein Volk von Verbrechern. (...) Kein Ersatz der Freiheit von Forschung und Lehre durch ein staatlich verordnetes, von politischer Justiz überwacht Geschichtsbild zu Lasten Deutschlands.“*  
(Parteiprogramm, Abschnitt 11)

## Ablehnung des „Systems“

Die internationale Finanzmarktkrise nutzt die NPD zur Agitation gegen „das System“ und prognostiziert das Ende des vermeintlichen US-amerikanischen Hegemonieanspruchs in der Welt. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD und Fraktionsvorsitzende der NPD im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, hatte in seiner Rede am 16. Oktober vor dem Sächsischen Landtag zur Finanzkrise seine grundsätzliche Ablehnung des Staats- und Gesellschaftssystems der Bundesrepublik geäußert:

*„Man braucht nur wenig Ursachenforschung zu betreiben, um festzustellen, dass das Jahr 2008 wohl zum Todesdatum der neoliberalen Deregulierungspolitik der etablierten Parteienkaste wird. Quer durch die Bank haben die Globalisierungsparteien ... über Jahre eine verhängnisvolle Deregulierungspolitik betrieben. (...) Das System hat keine Fehler, das System ist der Fehler!“*

Das politische System in Deutschland wird häufig als „Regime“ diffamiert; seine Repräsentanten seien Betrüger und Versager. Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt schreibt in seiner monatlichen Kolumne zum Thema „Wie lange wird es noch so weitergehen?“:

*„Die etablierten Versagerparteien freuen sich darum über jeden Nichtwähler. (...) Die geschilderten Entwicklungen sind keineswegs Zufälle, sie sind die Folge katastrophaler Fehlentscheidungen unfähiger Politiker. Die Realität der BRD spiegelt vielmehr die Folgen der Herrschaft der anti-sozialen Kapitalisten wider.“*

(Deutsche Stimme, Januar 2008, Seite 2)



In einem Solidaritätsappell schreibt Voigt unter der Überschrift „Rechnung des Systems“:

*„Deutschland muß wieder das Land der Deutschen werden. (...) Wenn der Staat zu solch kriminellen Methoden greift, zeigt er damit einmal mehr, daß er uns gegenüber nichts anderes in der Hand hat. Mit diesen Maßnahmen führt das liberalkapitalistische BRD-System zugleich seine Behauptung ad absurdum, eine freiheitliche Demokratie mit Gleichberechtigung und Chancengleichheit zu sein.“*

(Deutsche Stimme, Februar 2008, Seite 6)

Diese diffamierende Polemik zeigt deutlich, dass die NPD die Prinzipien des Mehrparteiensystems und der Chancengleichheit der Parteien trotz ihres formalen Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnt. Darüber hinaus offenbart die Diktion der NPD, insbesondere der häufige Gebrauch der Begriffe „System“, „System-Parteien“ oder „Systempolitiker“, die bereits von der NSDAP zur Diffamierung der Weimarer Republik instrumentalisiert wurden, eine Wesensverwandtschaft mit der Ideologie der NSDAP. NPD und Junge Nationaldemokraten (JN) betrachten die Wertordnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in der bestehenden Form als „überholt und handlungsunfähig“ und wollen sie deshalb beseitigen.

*Wesensverwandtschaft mit der NS-Terminologie*

Durch die Öffnung der NPD Mitte der 1990er Jahre für Neonazis und rechtsextremistische Skinheads wurden auch verschiedene inhaltliche Strömungen in die Partei integriert. Der orthodoxe Parteiflügel vertritt dabei die inhaltliche Ausrichtung des Deutsch-Nationalismus und steht so in der Tradition der 1960er Jahre. Dagegen propagiert der neonazistische Flügel dezidiert einen „völkischen Sozialismus“ und vertritt dabei wesentliche nationalsozialistische Programminhalte. In den letzten Jahren gab es eine tendenzielle Abkehr von früheren Positionen und zugleich die verstärkte Hinwendung zu neonazistischen und nationalrevolutionären Thesen.

*„Völkischer Sozialismus“*

Zugleich hat die NPD ihre Agitation zur „sozialen Frage“ kontinuierlich erweitert. Sie erklärte dieses Thema zum Dreh- und Angelpunkt nationaler Politik. Sie tritt nach außen als „soziale Protestpartei“ auf und schürt so Ängste der Bevölkerung vor sozialen Reformen, Arbeitslosigkeit und einer „multikulturellen Gesellschaft“. Damit soll eine Krisenstimmung geschaffen werden, die den Angriff gegen den sozialen Rechtsstaat und die freiheitliche Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland rechtfertigen soll. Im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Bayern 2008 wurden Themengebiete wie die „Förderung der deutschen Familien und Kinder“ sowie die „Einführung eines bayerischen Rentenfonds für erziehende Mütter“ angesprochen.

*Anschein einer „sozialen Protestpartei“*

### 2.1.1.2 Vier-Säulen-Strategie

#### *Politische Machtergreifung als Ziel*

Um dem Ziel der politischen Machtergreifung näher zu kommen, hat die Partei zur Verfolgung ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen 1997 ein auf zunächst drei „strategische Säulen“ gestütztes Konzept entwickelt, nämlich

- „Kampf um die Köpfe“,
- „Kampf um die Straße“,
- „Kampf um die Parlamente“.

Der „Kampf um die Köpfe“ verfolgt das Ziel, die „Weiterentwicklung der völkisch-nationalen Programmatik“ nicht allein am Schreibtisch zu erledigen, sondern diese „Schlacht um die Köpfe“ als integralen Bestandteil der täglichen politischen Arbeit zu begreifen.

Die zweite Säule, der „Kampf um die Straße“, setzt im Kern auf die Mobilisierung der Massen. Zu den Erscheinungsformen zählen nicht nur die zahlreichen Aufmärsche und Demonstrationen, sondern auch andere Veranstaltungen wie Parteitage oder „Kulturveranstaltungen“.

#### *Aktiver „Kampf um die Straße“*

Die Umsetzung dieser Strategie findet beispielsweise in der Stadt Gräfenberg, Landkreis Forchheim, statt. Das dortige Kriegerdenkmal auf dem Michelsberg ist seit 1999 Ziel rechtsextremistischer Demonstrationen. Jährlich fanden dort im November revisionistisch ausgerichtete „Heldengedenken“ statt, an denen sich durchschnittlich etwa 100 Angehörige der rechtsextremistischen Szene (NPD bzw. JN, Neonazis und rechtsextremistische Skinheads) beteiligten. Seit Dezember 2006 nahm die rechtsextremistische Szene um Matthias Fischer, dem seinerzeitigen Vorsitzenden des NPD-Bezirksverbands Mittelfranken, die seit Jahren bestehende Sperrung des Kriegerdenkmals zum Anlass, mit Ausnahme der Monate Juni 2007, September und Dezember 2008 mindestens einmal monatlich Versammlungen in Gräfenberg durchzuführen. Bis Ende 2008 fanden knapp 30 von NPD und JN durchgeführten Veranstaltungen statt.

Bei der dritten Säule, dem „Kampf um die Parlamente“, geht es der NPD um Erfolge als politische Wahlpartei auf allen Ebenen. Ziel ist die Gewinnung von Macht und Einfluss sowie die Gewährung finanzieller Zuwendungen.

#### *„Kampf um den organisierten Willen“*

Mit dem im Herbst 2004 noch als vierte Säule eingefügten „Kampf um den organisierten Willen“ erstrebt die NPD eine Bündelung aller nationalen Kräfte, ohne dabei programmatische Inhalte zu definieren. Im Grunde handelt es sich um eine Aktionseinheit von NPD und Teilen des rechtsextremistischen Lagers. Die NPD bezieht hierin auch die DVU mit ein.



### 2.1.2 Organisation

Die Partei mit Sitz in Berlin zählt bundesweit annähernd 7.000 (2007: 7.200) Mitglieder. Sie gliedert sich in 16 Landesverbände, die wiederum in Bezirks- und Kreisverbände unterteilt sind. Bundesvorsitzender ist seit März 1996 Udo Voigt; seine Stellvertreter sind Sascha Roßmüller, Holger Apfel und Jürgen Rieger. Redaktion und Anzeigenabteilung des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ (DS) befinden sich in Riesa/Sachsen. Dem aus derzeit 18 Personen bestehenden Bundesvorstand gehören mehrere ehemalige Aktivisten verbotener neonazistischer Gruppierungen an. Darüber hinaus betrachtet die NPD Skinheads als natürliche Bündnispartner.

*Leichter Rückgang  
der Mitgliederzahl*

Dem Landesverband Bayern mit derzeitiger Adresse in Bamberg gehören - wie auch im Jahr 2007 - rund 950 Mitglieder an, darunter zahlreiche Angehörige der Neonazi- und Skinhead-Szene. Er gliedert sich in sieben Bezirks- und rund 35 Kreisverbände, von denen aber rund ein Drittel nicht aktiv ist. Der Landesverband wird von Ralf Ollert geleitet. Sein Stellvertreter ist Sascha Roßmüller, ein ehemaliger Aktivist des 1993 verbotenen neonazistischen Nationalen Blocks (NB). Der erst im November gewählte zweite Stellvertreter Walter Baur, stellvertretender Vorsitzender des DVU-Landesverbands Bayern, schied noch vor Jahresende aus dem Vorstand aus. Nach wie vor sind im bayerischen Landesvorstand neben Anhängern der orthodoxen Linie der NPD auch Funktionäre mit einer überwiegend neonazistisch ausgerichteten Ideologie vertreten; ebenso bestehen Verbindungen zur Skinhead-Szene. Vorstandsmitglieder mit einer überwiegend neonazistisch ausgerichteten Ideologie haben jedoch gegenüber den Mitgliedern, die die orthodoxe Linie vertreten, kein Übergewicht.

*Landesverband  
Bayern*

Die NPD verfügt mittlerweile über das umfassendste Angebot aller rechtsextremistischen Parteien im Internet. Ihre Homepage enthält mehrere Diskussionsforen sowie ein eigenes Archiv, über das alle bislang von der NPD veröffentlichten Texte abrufbar sind. Die NPD-Landesverbände verfügen über eigene Internet-Seiten. Über eine Linkliste sind Angebote von Untergliederungen der NPD und ihrer Jugendorganisation JN zugänglich.

*Nutzung des  
Internets*

NPD und JN unterhalten Verbindungen zu nationalistischen Personen und Organisationen im westeuropäischen Ausland, insbesondere nach Spanien, Österreich und Italien. Allerdings ist die NPD ihrem Ziel der Bildung einer nationalistischen nordeuropäischen Allianz nicht näher gekommen.

*Auslandskontakte*

### 2.1.3 Teilnahme an Wahlen in Bayern

Den wesentlichen Schwerpunkt der organisierten rechtsextremistischen Szene bildeten die Aktivitäten im Vorfeld der Kommunalwahlen am 2. März und der Landtags- und Bezirkstagswahlen am 28. September in Bayern, bei denen im Rahmen der Wahlwerbung versucht wurde, sich an aktuelle politische Themen „anzuhängen“ oder „Themen der Mitte“ aufzugreifen, um so die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Tatsächlich konnten Rechtsextremisten nur bei den Kommunalwahlen in Nürnberg und München „erfolgreich“ antreten; die dortigen Tarnlisten der NPD errangen unter der Bezeichnung „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) insgesamt drei Stadtratsmandate. Bei den Landtagswahlen erzielte die NPD für sie enttäuschende 1,2 % der Wählerstimmen. Die NPD ist damit bei den nächsten Landtagswahlen wieder auf die Sammlung einer ausreichenden Zahl von Unterstützungsunterschriften angewiesen. Damit bestätigte sich erneut, dass in Bayern die Chancen organisierter Rechtsextremisten, bei Wahlen größere Erfolge zu erzielen, gering sind.

#### 2.1.3.1 Kommunalwahlen



Bei den Kommunalwahlen am 2. März hat die NPD mangels Erfolgsaussichten lediglich in Fürth und Pappenheim versucht, unter ihrem Parteinamen anzutreten. In beiden Orten wurde die erforderliche Anzahl an Unterstützungsunterschriften verfehlt. Die Bürgerinitiativen, die als Tarnlisten der NPD anzusehen sind, konnten in Nürnberg und München Erfolge für sich verbuchen. Die BIA-Nürnberg erreichte ein weiteres Mandat und

weist nun zwei Vertreter im Stadtrat auf. Die BIA-München errang erstmals einen Sitz im Stadtparlament (vgl. auch Nummer 2.1.7 dieses Abschnitts).

Am 6. Februar hatte der Landesverband Bayern gemeinsam mit der BIA-München in einer Münchner Gaststätte ein Politisches Aschermittwochstreffen veranstaltet. Die NPD hatte bundesweit ihre Mitglieder und Sympathisanten zur Teilnahme aufgerufen und bezeichnete die Veranstaltung zugleich als „Wahlkampfauftakt“ für die Kommunalwahl in München. Vor bis zu 350 Personen des rechtsextremistischen Spektrums traten der Parteivorsitzende Udo Voigt, der NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert sowie der Spitzenkandidat der BIA-München, Karl Richter, als Redner auf. Ursprünglich hatte die NPD versucht, die Stadthalle in Eggenfelden, Landkreis Rottal-Inn, für das Treffen anzumieten. Im Rechtsstreit über

*Wahlkampf mit „Themen der Mitte“*

*Bürgerinitiativen Ausländerstopp*

die Nutzung der Halle vor dem Verwaltungsgericht Regensburg unterlag sie jedoch und wich deshalb auf die Räumlichkeiten in München aus.

### 2.1.3.2 Landtags- und Bezirkstagswahlen

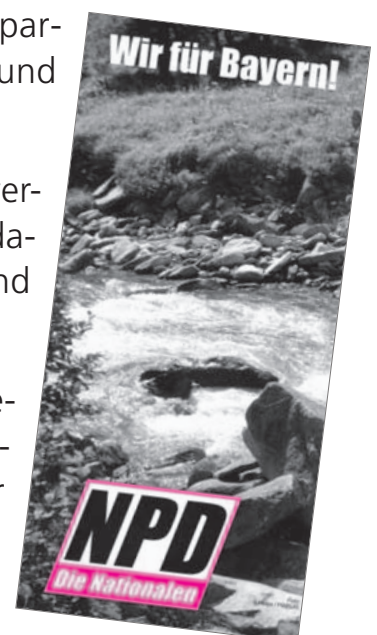
Bei der Wahl zum 16. Bayerischen Landtag am 28. September erreichte die NPD einen Gesamtstimmenanteil in Höhe von 1,2 % (123.399 Wählerstimmen). Über 2 % erzielte die Partei in den Stimmkreisen Nürnberg-West (2,4 %), Tirschenreuth (2,4 %), Kronach - Lichtenfels (2,5 %), Wunsiedel i. Fichtelgebirge (2,6 %), Straubing (2,7 %) und Weiden i.d. Opf. (2,8 %). Dabei handelt es sich um Orte, an denen die NPD mit „bekannteren“ Aktivisten präsent ist. In München hingegen erreichte die NPD trotz ihres BIA-Vertreters im Stadtrat, Karl Richter, sowie zahlreicher Veranstaltungen in keinem Stimmkreis die 1 %-Marke.

Das von der NPD selbst gesteckte Ziel, die 5 %-Hürde zu überwinden, wurde deutlich verfehlt. Da die Partei auch nicht 1,25 % der Gesamtstimmen erreichte, benötigt sie für die Kandidatur bei der nächsten Landtagswahl erneut die erforderlichen Unterstützungsunterschriften. Dagegen ist die Tatsache, dass es dem bayerischen Landesverband erstmals seit 1972 gelungen ist, „flächendeckend“ Kandidaten für die bayerischen Landtags- und Bezirkstagswahlen aufzustellen, als parteiinterner Erfolg zu bewerten. Außer in der Person des DVU-Funktionärs Walter Baur erhielt die NPD bei ihrem Landtagswahlkampf von der DVU keine Unterstützung.

Für den struktur- und finanzschwachen Landesverband war es insbesondere von Bedeutung, die 1 %-Hürde zu überwinden; dadurch partizipiert die Partei an der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung und erhält finanzielle Mittel des Staates.

Als Reaktion auf das Wahlergebnis äußerte der damalige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Uwe Meenen, dass es der NPD damit gelungen sei, „aus dem Stand die 1 %-Hürde zu nehmen und somit den Grundstock zu neuen Erfolgen zu legen“.

Der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Sascha Roßmüller betonte, die NPD habe trotz kaum vorhandener finanzieller Mittel gezeigt, nicht mehr dem „Null-Komma-Ghetto“ anzugehören. Er räumte jedoch ein, in der „Nichtwählermobilisierung“ hinter den Erwartungen geblieben zu sein. Insgesamt war in der Partei Ernüchterung über das Wahlergebnis festzustellen.



Schon auf dem Landesparteitag am 23. September 2007 in Gremsdorf, Landkreis Erlangen-Höchstadt, hatte die NPD ihr Landtagswahlprogramm unter dem Titel „Heimat statt Globalisierung“ vorgestellt. Eine Kandidatenaufstellung zur Landtagswahl fand bei diesem Parteitag nicht statt, da die Kandidaten für die Wahlkreislisten unmittelbar von den sieben Bezirksverbänden zu benennen waren.

Spitzenkandidaten auf den Wahlkreislisten waren u. a. in Niederbayern der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Sascha Roßmüller, in Oberbayern der für die NPD-Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) in den Münchner Stadtrat gewählte Karl Richter, in Mittelfranken der NPD-Landesvorsitzende und Nürnberger BIA-Stadtrat Ralf Ollert sowie in Schwaben der stellvertretende DVU-Landesvorsitzende Walter Baur. Die Listen der NPD wurden zugelassen, weil die erforderlichen Unterstützungsunterschriften vorlagen. In allen 91 bayerischen Stimmkreisen kandidierten Direktkandidaten.

Das in Gremsdorf verabschiedete Wahlprogramm beinhaltet die wesentlichen Wahlkampfthemen der NPD sowie deren kommunal- und landespolitischen Politikziele. So werden beispielsweise „getrennte Schulklassen für Deutsche und Ausländer“ sowie der „Abzug aller Besatzungstruppen aus Bayern“ gefordert.

Im Wahlkampf wurde einerseits der Versuch der NPD deutlich, sich mit aktuellen - häufig sozial- und wirtschaftspolitischen - Themen als Protestpartei zu profilieren („Jetzt reicht's! Wehrt Euch! Soziale Gerechtigkeit durchsetzen!“, „Arbeit und Mittelstand schützen“, „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ mit der Forderung nach Abschaffung von Hartz IV und eine bessere Gesundheitspolitik für Deutsche, „Gesunde Ernährung statt ‚Gen-Food‘!“). Andererseits vertrat die Partei eindeutig nationalistische und fremdenfeindliche Positionen. Dabei spielte auch das Wahlthema „Islamisierung Deutschlands“ eine wichtige Rolle. Die NPD wendet sich dabei gegen jede Integration von Ausländern und den hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Ziel der Partei ist die Entrechtung und Abschiebung von Millionen Menschen in ihre „Heimatländer“ - selbst wenn sie einen deutschen Pass besitzen und noch nie außerhalb Deutschlands gelebt haben.

Das im Wahlkampf verwendete Plakat mit dem Aufdruck „Guten Heimflug“ wurde bayernweit verbreitet. Gegen die Verantwortlichen des Wahlplakats wurden strafrecht-

*Direktkandidaten  
in allen Stimm-  
kreisen*

*Landtagswahl-  
programm*



liche Ermittlungen eingeleitet. Das Amtsgericht Viechtach stellte fest, dass „die Verbreitung bzw. das öffentliche Aushängen des genannten Plakats“ den Tatbestand der Volksverhetzung erfülle. Das Plakat wurde zeitweise auch auf der Internet-Seite des bayerischen Landesverbands bereitgestellt.

*Volksverhetzendes  
Wahlplakat*

In einem ebenfalls im Internet veröffentlichten Flugblatt mit dem Titel „Das passiert, wenn die NPD regiert ... Ein Maßnahmenkatalog“ heißt es:

*„Mit sofortiger Wirkung tritt das neue Staatsbürgerschaftsrecht in Kraft. Einen deutschen Paß erhalten ab sofort nur noch Personen, deren Eltern Deutsche sind (...) Am heutigen Tag sind weitere Gesetze des Maßnahmenpaktes der Bundesregierung zur Ausländerrückführung in Kraft getreten. In der BRD lebende Ausländer wurden aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem ausgegliedert und dürfen in der BRD ab sofort keinen Grund und Boden mehr erwerben.“*



Der Bundesorganisationsleiter der NPD, Jens Pühse, hatte für seine Partei unter dem Motto „Sozial geht nur national - heraus zum 1. Mai“ eine Versammlung in Nürnberg angemeldet. Sie sollte die zentrale Kundgebung der NPD zum 1. Mai und gleichzeitig Auftaktveranstaltung für die Landtagswahl sein. An der Kundgebung nahmen etwa 1.500 Personen aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum teil. NPD und „Freie Nationalisten“ verbuchten die Veranstaltung als Erfolg.

*„Sozial geht nur  
national“*

Als Redner traten in Nürnberg der Parteivorsitzende Udo Voigt, sein Stellvertreter Sascha Roßmüller, der NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert und der JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer auf. Daneben kamen der rechtsextremistische Liedermacher Jörg Hähnel, Beisitzer im NPD-Bundesvorstand, und Oliver Podjaski, Mitglied der hessischen Skinhead-Band HAUPTKAMPFLINIE, zu Wort. Der Parteivorsitzende prangerte als Hauptursache der sozialen Missstände die Politik der Globalisierung und der multikulturellen Überfremdung an, die von allen im Bundestag vertretenen Parteien, von der CSU bis zur „PDS“, betrieben werde. Dazu führte er aus:

*„Von sozialer Marktwirtschaft ist hierzulande nichts mehr übrig geblieben. Wir erleben den Kapitalismus pur. In der BRD wird abgezockt, was das Zeug hält: ...“*

Sascha Roßmüller ging auf einige - seiner Meinung nach - grundsätzliche Probleme der Landespolitik ein. Er verwies auf die besonders hohe Inflationsrate im Freistaat und das Desaster bei der Bayerischen Landesbank, das insbesondere den Mittelstand gefährde. An die Kundgebungsteilnehmer richtete er den Appell, nicht zu vergessen, „national“ zu wählen.

Auch bei weiteren NPD-Wahlkampfveranstaltungen im August und September trat die „Parteiprominenz“ mit dem Ziel der Mobilisierung eigener Anhänger und Sympathisanten auf, u. a. der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs. Die Veranstaltungen wurden in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

**Bezirkstagswahlen** An den Bezirkstagswahlen beteiligte sich die NPD mit insgesamt 94 Bewerbern, die mit den Landtagskandidaten zum Teil übereinstimmten. Die Partei erreichte keinen Sitz in einem der sieben Bezirkstage.

Als Resümee ist festzuhalten, dass die NPD in Bayern offenkundig kein Wählerpotenzial für „Themen der Mitte“ findet. Die Partei scheiterte erneut bei dem Versuch, als „soziale Protestpartei“ oder „nationale Opposition“ wahrgenommen zu werden. Ein signifikanter Anstieg des rechtsextremistischen Wählerpotenzials war nicht zu verzeichnen.

#### 2.1.4 Bündnisbestrebungen

Die NPD bemüht sich seit längerer Zeit erfolgreich um Absprachen mit anderen rechtsextremistischen Parteien, um ihre Chancen bei Wahlen zu steigern. Mit dem Konzept einer „Volksfront von rechts“ verfolgt die Partei Bündnisbestrebungen in zwei unterschiedliche Richtungen: Zum einen intensiviert sie ihre bündnispolitische Orientierung zur Neonazi-Szene; zum anderen strebt sie eine Kooperation mit den „derzeitigen nationalen Parteien in der BRD“ an, da aufgrund der Zersplitterung dieser Parteien keine in der Lage sei, „wirksamen politischen Einfluss und gestalterische Macht zu entfalten“. Ziel der Bündnispolitik ist die „Konzentration aller nationalen Kräfte“ bzw. die Einheit des „nationalen Lagers“.

**„Volksfront von rechts“**



Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt und der ehemalige DVU-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard Frey vereinbarten am 15. Januar 2005 in einem „Deutschland-Pakt“ ihre weitere Zusammenarbeit für die Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen bis 2009. Schon bei vergangenen Wahlen hatte der Verzicht auf Konkurrenzmandate zu Erfolgen von DVU bzw. NPD beigetragen.

**„Deutschland-Pakt“**

Zwischenzeitlich bereiten DVU und NPD Korrekturen ihres vereinbarten „Deutschland-Pakts“ vor. Die DVU wird - entgegen ursprünglicher Wahlabsprachen - auf eine Kandidatur bei der Landtagswahl in Thüringen am 30. August zugunsten des Bündnispartners verzichten. Voigt steht zum „Deutschland-Pakt“ und hält seine Vier-Säulen-Strategie für richtig. Für die Europawahl 2009 gibt es derzeit keine Anhaltspunkte für Änderungen der Absprache zwischen NPD und DVU.

Seit 2004 war bundesweit eine verstärkte Annäherung zwischen der NPD und den „Freien Nationalisten“ erkennbar. Dem NPD-Bundesvorstand gehören inzwischen bekannte Neonazis wie Jürgen Rieger, Sascha Roßmüller und Thorsten Heise an. Allerdings erfährt die von der NPD propagierte „Volksfront“ bei den „Freien Nationalisten“ nicht nur Zustimmung. Bei diesen ist die Zusammenarbeit vielfach rein taktisch motiviert und oft von Eigeninteressen geprägt. Zumindest in Bayern dürfte der Einfluss der „Freien Nationalisten“ in der NPD nach den angekündigten Austritten von Neonazis wie Matthias Fischer in Folge der Ereignisse auf dem Landesparteitag am 9. November in Simbach, Landkreis Dingolfing-Landau, schwinden.

*Annäherung an  
die Neonazi-Szene*

Die NPD nutzt die Anziehungskraft der Skinheads gezielt für ihre Wahlkampfveranstaltungen und Rekrutierungsmaßnahmen. Sie hat den hohen Stellenwert der rechtsextremistischen Skinhead-Musik erkannt und ist bestrebt, bei eigenen Skinhead-Konzerten jugendliche Besucher für NPD-Aktivitäten zu mobilisieren und letztlich für die Ziele der Partei zu gewinnen. Daher bieten die NPD bzw. deren Aktivisten, die wie Norman Bordin enge Verbindungen zur Skinhead-Szene besitzen, rechtsextremistischen Skinhead-Bands ein Forum für Auftritte. Die Parteimitgliedschaft führender Neonazis erleichterte der NPD die Mobilisierung und Integration von Skinheads in den Großräumen München und Nürnberg sowie in Oberfranken. Ob dies nach den angekündigten Austritten von Neonazis wie Matthias Fischer in Folge der Ereignisse auf dem Landesparteitag so bleiben wird, ist abzuwarten. Rechtsextremistische Liedermacher treten mitunter bei Skinhead-Treffen, häufiger aber bei Veranstaltungen rechtsextremistischer Parteien wie der NPD auf. Dabei steht die Verherrlichung der ihnen vorschwebenden „deutschen Ideale“ im Vordergrund: Kameradschaft, Frau als Mutter in der Familie, Gehorsam, Heldentum, Tapferkeit, Solidarität, Treue und Ordnungssinn. Darüber hinaus werden in den Liedern auch die angeblich positiven Seiten des NS-Regimes betont. Zwei bekannte Liedermacher in der bayerischen Szene sind Michael und Annett Müller. Beide treten bundesweit bei Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene auf.

*Kontakte zu  
Skinheads*

## 2.1.5 Sonstige Aktivitäten

### 2.1.5.1 Parteitage

Am 24. und 25. Mai veranstaltete die NPD unter dem Motto „Sozial geht nur national“ ihren 32. ordentlichen Bundesparteitag in der Konzert- und Kongresshalle in Bamberg. Bundesweit waren dazu etwa 230 Delegierte sowie rund 200 Gäste angereist. Im Mittelpunkt des Partei-

*Bundesparteitag  
in Bamberg*

tags standen die Rechenschaftsberichte der Funktionäre sowie die Neuwahl des Parteivorstands. Breiten Raum nahm die Diskussion um Bundesschatzmeister Erwin Kemna ein, der sich zu diesem Zeitpunkt in Untersuchungshaft befand und inzwischen vom Landgericht Münster wegen der Veruntreuung von Parteigeldern zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt worden ist.

*Bestätigung von  
Udo Voigt als  
Bundsvorsitzender*

Bei der Neuwahl des Parteivorstands wurde Udo Voigt mit 199 von 221 Delegiertenstimmen und ohne Gegenkandidat in seinem Amt bestätigt. Zu den stellvertretenden Bundsvorsitzenden wurden Sascha Roßmüller, Holger Apfel und Jürgen Rieger gewählt. Überraschend war die Wahl von Jürgen Rieger, der für die „Freien Kräfte“ im rechtsextremistischen Lager steht. Bei einer Demonstration zum 1. Mai in Hamburg, bei der es zu massiven Ausschreitungen kam, war er Seite an Seite mit den „Freien Kräften“ marschiert.

Den Zugang zur Konzerthalle hatte sich die NPD in einer verwaltungsgerichtlichen Auseinandersetzung erstritten. Die Stadt Bamberg wurde verpflichtet, der Partei den Saal zur Verfügung zu stellen. Eine Beschwerde der Stadt gegen die Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Bayreuth beim Bayerischen Verwaltungsgeschichtshof war nicht erfolgreich.

*Ausschluss der  
Presse*

Im Vorfeld des Parteitags hatte die NPD mehrere Reporter der ARD von der Veranstaltung ausgeschlossen und begründete dies mit „antifaschistischer Propaganda“ der Journalisten. Auch während der Veranstaltung machten die Parteitagsteilnehmer kein Geheimnis aus ihrer Ablehnung gegenüber Medienvertretern, die die NPD als „System-Presse“ diffamiert.

*Landesparteitag  
in Simbach*

Am 9. November fand im niederbayerischen Simbach der 42. ordentliche Landesparteitag des bayerischen Landesverbands der NPD statt. An der Versammlung nahmen etwa 200 Personen teil. Von insgesamt 154 gemeldeten Delegierten waren 143 bei der Eröffnung durch den Landesvorsitzenden anwesend. Im Mittelpunkt stand die Neuwahl des Landesvorstands. Nach einer kontroversen Sach- und Personaldiskussion wurde Ralf Ollert in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt; er setzte sich gegen Uwe Meenen durch.

Bereits vor dem Landesparteitag war zu erkennen, dass verschiedene Funktionäre um Matthias Fischer, Vorsitzender des NPD-Bezirksverbands Mittelfranken und Vorsitzender des Landesverbands der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), versuchten, eine Mehrheit in der Abstimmung gegen Ollert zu organisieren. Damit sollte einerseits eine Stärkung des jüngeren und aktionistischeren Flügels erreicht werden, der



sich mehrheitlich aus früheren Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads zusammensetzt und die Meinung vertritt, dass mit der orthodoxen Haltung „keine revolutionäre nationale Politik“ durchgesetzt werden könne. Andererseits sollte der Landesvorsitzende die Quittung für das schlechte Abschneiden bei der Landtagswahl erhalten, wo die Erwartungen der aktiven „Basis“ enttäuscht wurden.

Nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl zum Landesvorsitzendem verließen Matthias Fischer sowie weitere Delegierte aus Protest die Veranstaltung. Zugleich erklärte Fischer seinen Austritt aus der NPD und gab seinen Mitgliedsausweis zurück. Seinem Beispiel folgten mehrere Funktionäre und Mitglieder.

*Parteiaustritt von  
Matthias Fischer*

Die Delegierten stimmten einem Initiativantrag des Kreisverbands Straubing zu, die Anzahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden auf zwei Personen zu begrenzen. Bei den anschließenden Wahlen zum stellvertretenden Vorsitzenden sowie zu den Beisitzern befanden sich nur noch 106 Delegierte im Saal. Sascha Roßmüller wurde, wie bereits in den vergangenen Jahren, als Stellvertreter von Ollert bestätigt. Uwe Meenen verzichtete auf eine Kandidatur. An seiner Stelle wurde Walter Baur, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des DVU-Landesverbands Bayern und jetziger Funktionär im NPD-Bezirksverband Schwaben, gewählt.

Im Laufe des Parteitags wurden die Resolutionen „Saubere Landwirtschaft statt Genhofer! Ein klares NEIN zur grünen Gentechnik!“ sowie „Bayern darf nicht zum Orient werden!“ verabschiedet.

Ralf Ollert zeigte sich über das auf dem Landesparteitag erreichte Ergebnis erleichtert, da es ihm trotz der Konkurrenzkandidatur von Meenen gelang, sein Amt als Landesvorsitzender zu verteidigen. In seiner Schlussrede stimmte er die Mitglieder auf das aufgabenreiche Wahljahr 2009 („Superwahljahr“) ein.

*Wiederwahl von  
Ralf Ollert*

Der eingeladene Bundesvorsitzende Udo Voigt forderte in einem Redebeitrag die Einsatzbereitschaft der Partei ein und bezeichnete die soziale Frage als eine nationale Aufgabe, die in Deutschland mit einem Ausländer-Rückführungsprogramm angegangen werden müsse.

### 2.1.5.2 Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund

Rechtsextremisten sehen den Immobilienbesitz grundsätzlich als geeignetes Mittel an, um regionale Strukturen und Anlaufstellen zu schaffen.

### *Immobilien als lokale Verankerung*

Immobilien dienen als Rückzugsort und/oder Basis für weitere Expansionen von und für Neonazis. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass insbesondere die NPD zur Verbreitung ihrer Basis die lokale Verankerung, die Präsenz vor Ort, sucht. Es werden Räumlichkeiten gesucht, in denen Schulungen und Veranstaltungen durchgeführt werden können und in denen sich Parteimitglieder und andere Rechtsextremisten ungestört treffen können. Dort durchgeführte Veranstaltungen - auch Konzerte - haben eine ideologisierende Funktion und dienen der Rekrutierung neuer Mitglieder.

Trotz finanzieller Engpässe besteht ein echtes Erwerbsinteresse an geeigneten Immobilien.

### *Verhinderung des Erwerbs durch gemeindliches Vorkaufsrecht*

Die NPD hat daneben insbesondere erkannt, dass im Fall von angekündigten Immobilienkaufabsichten durch Rechtsextremisten regelmäßig öffentlicher und politischer Druck auf die entsprechenden Kommunen ausgeübt wird, ein Vorkaufsrecht auszuüben, um die Ansiedlung der Partei oder von Parteifunktionären zu verhindern. Dieses Szenario wird bewusst initiiert, um bei Ausübung eines Vorkaufsrechts an dem Verkaufserlös in Form einer „Vermittlungsprovision“ zu partizipieren. Medienwirksam wird in diesen Fällen verschiedentlich von angeblichen Kaufinteressenten angekündigt, auf dem neu erworbenen Grundstück Schulungs- und Veranstaltungszentren einzurichten. Die Gemeinden sollen dabei veranlasst werden, von dem ihnen zustehenden Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. Neben dem finanziellen Interesse an der „Vermittlungsprovision“ profitiert die NPD auch an dem hierdurch erzeugten Medieninteresse. Gerade im Vorfeld von Wahlen nutzt die NPD offensichtlich die hierdurch eröffnete Möglichkeit erhöhter Medienpräsenz.

In diesem Zusammenhang stellt sich häufig die Frage, echte Kaufabsichten von so genannten Scheinkäufen abzugrenzen.

### *Kriterien für Scheingeschäfte*

#### **Beurteilungskriterien, die für ein Scheingeschäft sprechen:**

- der Verkäufer befindet sich in finanziellen Schwierigkeiten bzw. das Objekt ist auf dem freien Markt nahezu unverkäuflich,
- zwischen Kaufpreis und tatsächlichem Wert liegt eine hohe Diskrepanz,
- Käufer und/oder Verkäufer sind dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen,
- die Rechtsextremisten begleiten die Kaufverhandlungen durch Propaganda und bringen weitere „Geldgeber“ ins Spiel,

- die Öffentlichkeit wurde vom Verkäufer oder Käufer gezielt informiert,
- der Käufer verfügt offensichtlich nicht über die notwendigen finanziellen Mittel und/oder die Vertragsgestaltung bevorzugt eine der beiden Parteien in unüblicher Weise,
- es bestand schon vorher ein Mietverhältnis oder eine Verbindung zwischen Verkäufer und Käufer.

**Beurteilungskriterien, die für ernsthafte Kaufabsichten sprechen können:**

*Kriterien für Kaufabsichten*

- das Geschäft wird ohne Öffentlichkeit und ohne Nennung der NPD zu marktüblichen Konditionen realisiert,
- der Käufer kann nicht mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht werden,
- das Objekt ist für eine Nutzung durch Rechtsextremisten geeignet und kann auch entsprechend bewirtschaftet werden.

Bei den seit 2005 bekannt gewordenen Aktivitäten namhafter NPD-Funktionäre auf dem Immobilienmarkt handelte es sich wohl überwiegend um Scheingeschäfte, da die NPD aufgrund ihrer mehr als angespannten Finanzsituation nicht in der Lage war, Liegenschaften im Wert von mehreren hunderttausend Euro, geschweige denn im Millionenbereich, aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

Eine Sonderrolle nimmt allerdings der in Hamburg ansässige Rechtsanwalt Jürgen Rieger ein. Rieger, stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD, ist bereits Eigentümer mehrerer Immobilien. So kaufte er beispielsweise 2003 im thüringischen Pöbneck das „Schützenhaus“, das der NPD als Veranstaltungsstätte diente. Im Jahr 2004 erwarb er im Namen der „Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Ltd.“ den „Heisenhof“ in Dörverden/Niedersachsen, einen Anlaufpunkt der gesamten rechtsextremistischen Szene. Ein Erwerbsinteresse der NPD kann insoweit nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

*Rolle des Jürgen Rieger*

Insbesondere die Aktivitäten in Warmensteinach, Landkreis Bayreuth, sorgten für mediale Aufmerksamkeit. Nachdem der Gemeinde im September der notarielle Kaufvertrag über den Verkauf des Gasthofs Puchtler sowie weiterer Grundstücke im Gemeindebereich zum Preis von insgesamt 1,84 Millionen Euro an die von Jürgen Rieger vertretene „Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Ltd.“ vorgelegt wurde, hat die Gemeinde beschlossen, das ihr zustehende Vorkaufsrecht für den

*Gasthof Puchtler in Warmensteinach*

Gasthof auszuüben. Der Verkäufer hat gegen den entsprechenden Bescheid der Gemeinde Klage erhoben; hierüber wurde noch nicht entschieden.

Anhand der bekannt gewordenen Informationen kann generell nicht zuverlässig beurteilt werden, ob das Scheingeschäft von der Parteiführung geplant war oder die handelnden Personen unabhängig aktiv wurden und der NPD-Vorstand dies nur duldete. In Jena bot die NPD einen „Service“ für Immobilienbesitzer an, bei dem gegen Zahlung einer Spende an die Partei das Interesse der NPD an bestimmten Objekten öffentlich bekundet wird.

Eigentümer schwer verkäuflicher Immobilien sehen sich wegen der intensiven Medienberichterstattung gelegentlich veranlasst, die NPD - auch ohne deren Wissen - als vermeintlichen Käufer ins Spiel zu bringen. Die Motivation der Eigentümer ist dabei unterschiedlich. Sie reicht von offener Sympathie für die Ziele der Verfassungsfeinde bis zur bloßen Hoffnung, eine unverkäufliche Immobilie gut bezahlt verkaufen zu können.

Am 12. Januar 2009 beschloss der Ministerrat die Errichtung einer zentralen Informationsstelle gegen Extremismus. Eine wichtige Aufgabe dieser Zentralstelle wird auch darin bestehen, betroffene Kommunen in solchen Fällen zu beraten, um rechtsextremistische Strukturen vor Ort zu verhindern (vgl. auch Nummer 5 des 1. Abschnitts).

*Beratung durch zentrale Informationsstelle gegen Extremismus*

### 2.1.6 Junge Nationaldemokraten (JN)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	400	90
Vorsitzender:	Michael Schäfer	Matthias Fischer (bis Ende 2008)
Gründung:	1969	
Sitz:	Bernburg/Sachsen-Anhalt	

*Ideologische Ausrichtung an der NPD*

Mit den JN verfügt die NPD als einzige rechtsextremistische Partei über eine Jugendorganisation. Die JN bekennen sich in Ideologie und Zielsetzung zum Programm ihrer Mutterpartei. In ihrem beim Bundeskongress 2002 als „Perspektive für ein besseres Deutschland“ verabschiedeten „Manifest der nationalistischen Jugend“ stellen sie grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie das Mehrparteiensystem inhaltlich in Frage. Nachdem die strukturschwachen JN in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ihre frühere

Bedeutung weitgehend verloren hatten, sind sie nunmehr bestrebt, ihren Anspruch als „sozialrevolutionärer Flügel innerhalb der NPD“ zu bekräftigen und wieder mehr eigenständiges Profil zu gewinnen.

Am 27. April fand der Landeskongress der JN in Leinburg, Landkreis Nürnberger Land, statt. An der Veranstaltung nahmen etwa 45 Personen des rechtsextremistischen Spektrums teil. Zum neuen JN-Landesvorsitzenden wurde der ehemalige „Führer“ der verbotenen neonazistischen Fränkischen Aktionsfront (F.A.F.), Matthias Fischer, gewählt. Dieser formulierte als Ziel der JN in Bayern und Franken sowohl die Durchführung zahlreicher Aktivitäten auf der Straße als auch die verstärkte Schulung der „Köpfe“ zur Verhinderung einer Entradikalisierung der Partei.



*Landeskongress  
in Leinburg*

Fischer sprach auf dem Landesparteitag der NPD am 9. November seinen Parteiaustritt aus, nachdem die von ihm mit initiierte Abwahl des Parteivorsitzenden Ralf Ollert gescheitert war. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen dies für die JN in Bayern haben wird. Seit dem Parteiaustritt Fischers ist das Amt des bayerischen Landesvorsitzenden nicht besetzt. Der Landesverband wird derzeit kommissarisch vom Bundesverband geleitet.

*Kommissarische  
Leitung durch  
Bundesverband*

## 2.1.7 Bürgerinitiativen Ausländerstopp

### 2.1.7.1 „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ Nürnberg

Die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ Nürnberg (BIA-Nürnberg) wurde im Juli 2001 anlässlich der Kommunalwahlen 2002 gegründet. Bei dieser Wahl erreichte der NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert als Spitzenkandidat mit einem Stimmenanteil von 2,3 % einen Sitz im Nürnberger Stadtrat. Bei der Kommunalwahl 2008 errang die BIA-Nürnberg bei den Wahlen zum Stadtrat 3,3 % der Stimmen. Neben Ralf Ollert zog auch der NPD-Funktionär Sebastian Schmaus in den Stadtrat ein. Der 25-jährige Schmaus entstammt der rechtsextremistischen Szene in Nürnberg und war Anhänger der seit Januar 2004 verbotenen neonazistischen Fränkischen Aktionsfront (F.A.F.).

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Nürnberg erreichte Ollert einen Stimmenanteil von 1,9 %. Für ihren Wahlkampf hatte die BIA-Nürnberg seit November 2007 an zahlreichen Info-Ständen in der Stadt geworben.



### 2.1.7.2 „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ München

Die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ München (BIA-München) wurde im September 2007 wegen Differenzen zwischen der Organisation „Pro München“ und der NPD gegründet. Die Gründungsmitglieder wählten aus ihrer Mitte den Münchner Publizisten und ehemaligen Chef des Parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen, Karl Richter, zum Vorsitzenden; dieser stellte sich zugleich als Spitzenkandidat der BIA-München sowie Kandidat für die Wahl des Oberbürgermeisters zur Verfügung. Richter formulierte für den Wahlkampf in München:

*„Wir sind nicht ausländerfeindlich, sondern inländerfreundlich. Deshalb möchte ich in München weder eine Großmoschee noch nichtdeutsche Parallelgesellschaften. München soll auch in Zukunft lebens- und liebenswert bleiben.“*

Neben der Forderung einer konsequenten Ausweisung illegal hier lebender und krimineller Ausländer stellte die BIA-München den Bau einer geplanten Großmoschee im Stadtteil Sendling in den Mittelpunkt ihrer Agitation.



Bei der Stadtratswahl in München erreichte sie mit 1,4 % der Stimmen ein Stadtratsmandat. Der Sitz fiel an Karl Richter. Nach der Wahl erklärte dieser auf der Internet-Seite der NPD, man habe das Wahlziel erreicht und werde nun „das Münchner Rathaus phantasievoll und lautstark nutzen“. Neben Flugblättern hatte die BIA-München im Wahlkampf auch eine so genannte Schulhof-CD an Info-Ständen verteilt. Außerdem warb sie mit einer eigenen Internet-Seite.

Sascha Roßmüller, stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender und Mitglied des bayerischen Landesvorstands, bezeichnete im Internet die Wahlergebnisse als Erfolge in Großstädten, die „bekanntlich nicht zu unseren Hochburgen zählen“. Nach den klaren Misserfolgen der NPD bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar propagierte die Partei das Ergebnis der ihr nahe stehenden Bürgerinitiativen als Achtungserfolg.

Die BIA-München wurde im Wahlkampf von der NPD unterstützt. Die „Deutsche Stimme“ berichtete in ihrer Ausgabe vom September 2007 wie folgt über die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“:

*„Der NPD-Parteivorstand entschied erst unlängst in München auf einen eigenen Wahlantritt zu verzichten und statt dessen die BiA mit Nachdruck zu unterstützen. (...) Bleibt nur die ‚Bürgerinitiative Ausländerstopp‘. Sie ist seit 2004 bereits im Nürnberger Stadtrat vertreten und will nun erstmals auch in der bayerischen*

*Unterstützung  
durch die NPD*

*Landeshauptstadt mit einem klaren Programm den Sprung ins Rathaus schaffen. Außer einem unmißverständlichen ‚Nein‘ zu den rot-grünen Moscheeplänen will sich die BiA auch für eine konsequente Ausweisung illegaler und krimineller Ausländer für ‚mehr Schutz und bessere Bildungschancen für einheimische Münchner Kinder‘ und für den Vorrang einheimischer Leistungsberechtigter bei der Vergabe von Sozialwohnungen starkmachen. (...) Die Zeit ist überreif dafür, daß den Etablierten auch im Münchner Rathaus endlich eine kräftige Brise von rechts ins Gesicht weht. (...) Es wäre ein Fanal, wenn ausgerechnet im rot-rosa-grünen Münchner Stadtrat im März 2008 der Einbruch gelänge.“*  
(Deutsche Stimme, September 2007, Seite 12)

Bei der Vereidigung der gewählten Stadträte der Stadt München am 2. Mai im Alten Rathaus hatte Karl Richter die Hand nicht, wie üblich, senkrecht nach oben gehalten, sondern den Unterarm schräg nach vorne oben gestreckt („Hitler-Gruß“). Daraufhin wurde er am 21. August vom Amtsgericht München wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86a StGB zu einer Geldstrafe in Höhe von 140 Tagessätzen zu je 40 Euro verurteilt. Presseberichten zufolge hat das Gericht in der Urteilsbegründung festgestellt, dass „kaum eine unerhörtere und schwerwiegendere Tatausführung vorstellbar“ sei. Als strafverschärfend war zu werten, dass Karl Richter die verbotene Geste bei der Vereidigung gezeigt habe, bei der es schließlich um die Beschwörung der Werte des Grundgesetzes gegangen sei - und das noch dazu an einem „historisch derart vorbelasteten Ort“. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

*„Hitler-Gruß“  
von Karl Richter*

## 2.2 Deutsche Volkunion (DVU)

### 2.2.1 Ideologisch-politischer Standort

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	6.000	800
Vorsitzender:	Dr. Gerhard Frey seit 11.01. 2009: Matthias Faust	Bruno Wetzel
Gründung:	1987	
Sitz:	München	
Publizistisches Sprachrohr:	„National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ)	

Die DVU bekennt sich in ihrem Programm formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, doch will sie einige für alle Menschen gültige Grundrechte - beispielsweise den Schutz der Familie - zu Bürgerrechten reduzieren, die ausschließlich Deutschen zustehen sollen.

*Extremistische  
Grundhaltung*

## DSZ-Verlag

Die rechtsextremistische Grundeinstellung der Partei wird in Äußerungen führender Funktionäre sowie im Inhalt der im Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) des früheren Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey erscheinenden „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) deutlich. Die wöchentliche Auflage der NZ beträgt rund 32.000 Exemplare. Als publizistisches Sprachrohr der DVU vertritt die NZ deren nationalistische, rassistische und revisionistische Grundhaltung. Die Beiträge sind geprägt von Vereinfachung, Schematisierung und dem Aufbau von Freund-Feind-Bildern.

## Rassismus und Nationalismus

Die rassistisch und nationalistisch geprägte Propaganda der Partei richtet sich insbesondere gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung und gegen die Europäische Union. In einem Artikel der NZ war zu lesen:

*„Für Milliardenengeschenke ans Ausland, U-Boote für Israel, Milliarden an Überzahlungen an die EU und die UNO, für Auslandseinsätze der Bundeswehr im Dienste des US-Imperialismus, für die soziale Alimentierung ganzer ausländischer Großfamilien und Heerscharen von Asylbetrügern aus alle Welt ist zwar immer genug ‚Staatsknete‘ vorhanden. Wenn es aber darum geht, einige Milliarden sinnvoll in deutscher Zukunftstechnologie anzulegen, sind die Staatskassen plötzlich leer.“*

(NZ vom 4. April, Seite 9)

## Fremdenfeindlichkeit

Ausländer werden häufig pauschal als Kriminelle oder Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert, die eine Gefahr für die Innere Sicherheit darstellen würden:



*„Es ist nun wirklich keine Schwarzmalerei, sich vorzustellen, was bei einer vollen Niederlassungsfreiheit - und die gilt nun einmal innerhalb der EU - passieren würde: Weitere Millionen Türken - Experten-Schätzungen schwanken zwischen 15 und 20 Millionen - würden nach Deutschland kommen und das ohnehin mehr und mehr empfindliche Sozialnetz überbelasten. Die Folgen liegen auf der Hand: Mehr Arbeitslose, mehr Ghettos, mehr Überfremdung, mehr Kriminalität, mehr Glaubenskämpfe, mehr sozialer Unfrieden.“*

(NZ vom 7. März, Seite 2)

*„Mit dem Geburtenrückgang rechtfertigen Polit-Versager dann ihre Überfremdungspolitik. In zahlreichen Vierteln unserer Großstädte sind Deutsche zur Minderheit im eigenen Land geworden. Überfremdungs-Ghettos sind soziale Brennpunkte. Die Anzahl ausländischer Sozialhilfeempfänger explodiert. In der ganzen Republik ist ein Klima der Verunsicherung entstanden. Die Menschen sind in Sorge wegen einer ständig steigenden Kriminalität. Viele Bürger trauen sich nachts überhaupt nicht mehr auf die Straße. Die jüngsten Fälle ausufernder Ausländer-Kriminalität sind fast schon logische Multikulti-Folgen.“*

(NZ vom 1. Februar, Seite 6)



Die DVU vermeidet offenen Antisemitismus, wobei sich ihre antisemitische und anti-israelische Grundhaltung vielfach hinter massiver Kritik an der Politik des Staates Israel verbirgt:

Latenter  
Antisemitismus

*„Bundeskanzlerin Angela Merkel gerät bekanntlich schon dann in sinnliche Verzückung, wenn sie nur den Namen ‚Israel‘ hört. Im krassen Gegensatz zu dieser Begeisterung für den Judenstaat stehen dessen politische Repräsentanten. Nicht nur, dass sie die menschenwürdige Entrechtung und Unterdrückung der Palästinenser zu verantworten haben, auch mieses persönliches Verhalten ist in Israel oft kein Hinderungsgrund, in höchste Staatsämter aufzusteigen.“*  
(NZ vom 15. August, Seite 5)

Wie bisher zählt die Kritik an der „extrem einseitigen Vergangenheitsbewältigung“ zu den Schwerpunkten der Programmatik:

Revisionismus

*„Die deutsche Hauptstadt Berlin ist bereits mit hunderten Mahnmalen, Gedenkstätten und -tafeln, Dokumentationsstätten und Museen gesegnet, die alle nur ein Thema haben: das Unrecht des vor über einem halben Jahrhundert untergegangenen Nationalsozialismus. Doch immer wieder findet man eine Opfergruppe, der noch nicht speziell gedacht worden ist, und eine Lücke im Berliner Stadtbild, wo ein entsprechendes Mahnmal installiert werden kann. (...) Merkwürdig bei diesem Gedenk-Marathon ist, dass die Millionen Deutschen, die der Siegerwillkür zum Opfer fielen, in Berlin und anderen deutschen Städten keiner Würdigung für wert befunden werden.“*  
(NZ vom 22. August, Seite 11)

Die Verbrechen der Nationalsozialisten werden zwar nicht ausdrücklich geleugnet, doch wird versucht, diese durch wiederholte Hinweise auf Verbrechen anderer Völker zu relativieren:

*„Für Millionen deutsche Soldaten stand am Ende des Zweiten Weltkrieges nicht die ‚Befreiung‘, sondern jahrelange Zwangsarbeit, Not und Hunger in den Konzentrationslagern der Sieger. Ob in Frankreich, in England, auf den Rheinwiesen, auf dem Balkan oder in den Weiten Sibiriens. (...) Unter bewusstem Bruch des Völkerrechts wurden sie als ‚menschliche Reparationen‘ ausgenutzt, wobei Millionen lange nach Kriegsende jämmerlich an Hunger, Kälte und Seuchen bei Schwerstarbeit und unmenschlicher Behandlung umgekommen sind.“*  
(NZ vom 4. Januar, Seite 11)

Nach wie vor ist die Partei bestrebt, die Gefahr durch rechtsextremistische Bestrebungen für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu relativieren.

Verharmlosung  
rechtsextremistischer  
Gewalt

*„Wo aber bleibt im Falle der alltäglichen Ausländergewalt die ‚Zivilcourage‘, die etablierte Politbonzen und Massenmedien gegen eine imaginäre ‚rechte Gefahr‘ ständig anmahnen und mit Abermillionen an Steuergeldern für Irrsinn-Projekte fördern wollen?“*  
(NZ vom 4. Juli, Seite 3)

### Diffamierung demokratischer Institutionen

Häufig werden demokratische Institutionen und ihre Repräsentanten diffamiert. Auf diese Weise soll das Vertrauen in diese Institutionen und den von ihnen getragenen Rechtsstaat untergraben werden. Die Wortwahl macht deutlich, dass es sich dabei nicht um Kritik an einzelnen Entscheidungen oder Entscheidungsträgern handelt, sondern am System der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie:



*„Wer sich beruflich und finanziell abgesichert fühlt, ist natürlich eher bereit, zu heiraten und eine Familie mit Kindern zu gründen. Dass dies in Deutschland endlich wieder gewährleistet ist, wäre vornehmste Aufgabe der herrschenden Politiker. Doch die haben vielfach nur das eigene Wohl im Auge.“*

(NZ vom 4 Juli, Seite 5)

*„Während sich Etablierte ein Schlaraffenland mit ungezählten Vergünstigungen geschaffen haben, verarmen immer mehr Deutsche.“*

(NZ vom 1. Februar, Seite 1)

### 2.2.2 Organisation und Entwicklung

#### Erneuter Mit- gliederrückgang

Bei der DVU setzte sich der Mitgliederrückgang auch 2008 fort. So liegt ihre Mitgliederzahl bundesweit bei rund 6.000 (2007: 7.000) In Bayern verlor die Partei erneut etwa 100 Mitglieder, so dass der derzeitige Mitgliederstand 800 Personen beträgt. Seit 1993 hat die Partei deutschlandweit 20.000 Mitglieder verloren. Die DVU hat keine Jugendorganisation und betreibt auch keine Jugendarbeit. Sie verfügt in fast allen Bundesländern nominell über Landesverbände, die jedoch öffentlich kaum in Erscheinung treten. Auf Bezirks-, Kreis- und Ortsebene ist die DVU organisatorisch ebenfalls kaum vertreten.

#### Neuwahl des Vorsitzenden beim Bundesparteitag in Calbe

Auf dem Bundesparteitag am 11. Januar 2009 in Calbe/Sachsen-Anhalt übernahm der 37-jährige Matthias Faust, ehemals Mitglied bei der NPD, das Amt des Bundesvorsitzenden von Dr. Gerhard Frey. Faust unterhält gute Kontakte zur NPD sowie zu dem Neonazi Christian Worch. Dr. Frey hatte nach 22 Jahren an der Spitze der Partei auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Ziel des 75-Jährigen sei es, die Führungsspitze zu verjüngen.

Bis zu seinem Verzicht hatte Dr. Frey einen geradezu absoluten Machtanspruch in der Partei vertreten. Im seinem Verlag erscheint die „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) als Werbeträger und publizistisches Sprachrohr der DVU.

Nach wie vor ist die DVU bei Dr. Frey verschuldet. Wie es nach dessen Amtsverzicht mit der - seit längerer Zeit an Bedeutung verlierenden -

Partei weitergeht, ist noch nicht absehbar. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach dem Bestand des zwischen NPD und DVU geschlossenen „Deutschland-Pakts“, dessen Fortschreibung im Jahr 2009 ansteht. Im Gegensatz zur NPD ist es der DVU nicht gelungen, durch das Wahlbündnis ihre Attraktivität in der rechtsextremistischen Szene oder die Mitgliederzahl zu erhöhen. Stattdessen setzte sich die Abwärtsentwicklung weiter fort.

*Ungewisse Zukunft  
der Partei*

### 2.2.3 Veranstaltungen

Im Jahr 2008 fand kein Bundes- oder Landesparteitag der DVU statt. In Mindelau/Mindelheim, Landkreis Unterallgäu, wurde am 19. April eine Vortragsveranstaltung durchgeführt, an der etwa 80 Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum teilnahmen. Als Organisator trat der DVU-Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben, Walter Baur, auf. Redner waren neben Baur der DVU-Funktionär Dr. Thomas Mehnert und Liane Hesselbarth, DVU-Fraktionsvorsitzende im brandenburgischen Landtag. Als Hauptrednerin referierte sie über die Themen „Die erfolgreiche Arbeit der DVU im Landtag“ und „Wie lange lassen sich die Deutschen noch belügen“. Als letzter Redner thematisierte Walter Baur die bevorstehende Landtagswahl in Bayern. Er lobte den „Deutschland-Pakt“ als Kernmodell für nationale Parteien. Deswegen kandidierte er als Spitzenkandidat für die NPD bei der Landtagswahl. Dabei hob er auch die „gute Zusammenarbeit beider Parteien“ im Regierungsbezirk Schwaben hervor. Zum Abschluss seiner Rede rief er die Anwesenden dazu auf, Unterstützungsunterschriften für die NPD zu leisten.

### 2.2.4 Teilnahme an Wahlen

Nach den Wahlerfolgen in Brandenburg und Sachsen im Jahr 2004 beschlossen die damaligen Vorsitzenden von DVU und NPD, Dr. Gerhard Frey und Udo Voigt, dass beide Parteien auch bei der folgenden Bundestagswahl und der Europawahl 2009 kooperieren werden und künftig möglichst nur eine „nationale Liste“ aufgestellt werden solle. Am 15. Januar 2005 schrieben die Parteivorsitzenden in einer als „Deutschland-Pakt“ bezeichneten Vereinbarung ihre weitere Zusammenarbeit für die Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene bis 2009 fort.

*„Deutschland-Pakt“*

Bei der Bürgerschaftswahl am 24. Februar in Hamburg erreichte die DVU 0,8 % der Stimmen und erhält damit keine Wahlkampfkosten-erstattung. Mit einem derart schlechten Abschneiden hatte innerhalb der DVU niemand gerechnet; es wird u.a. darauf zurückgeführt, dass

*Bürgerschaftswahl  
in Hamburg*

der Spitzenkandidat, Matthias Faust, insbesondere bei den Hamburger Mitgliedern der NPD und den „Freien Nationalisten“ nicht unumstritten war und teils sogar auf offene Ablehnung stieß. Seit Januar 2009 ist Matthias Faust DVU-Bundesvorsitzender.

### Kommunalwahlen in Brandenburg

Bei den Kommunalwahlen in Brandenburg am 28. September erhielt die DVU 1,6 % der Wählerstimmen und ist in sieben Kreisen (Elbe-Els-ter, Märkisch-Oderland, Oberspreewald-Lausitz, Teltow-Fläming, Potsdam-Mittelmark, Prignitz) sowie in der Landeshauptstadt Potsdam mit ein bis zwei Abgeordneten vertreten.

NPD und DVU hatten sich - in Anlehnung an den „Deutschland-Pakt“ - die Landkreise Brandenburgs weitestgehend aufgeteilt, um nicht gegeneinander zu konkurrieren. Lediglich im Landkreis Oder-Spree traten Kandidaten aus beiden rechtsextremistischen Parteien an. Hier konnte die NPD mit einem Stimmenanteil von 4,6 % die DVU deutlich überflügeln und in den Kreistag einziehen.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Brandenburg wird die Konkurrenzsituation der beiden Parteien verschärfen. Tatsächlich dürfte das schlechtere Abschneiden der DVU mit ihrer mangelnden Präsenz vor Ort zusammenhängen. Sie ist noch mehr auf bundespolitisch motivierte „Protestwähler“ angewiesen als die NPD.

### 2.3 Bürgerbewegung Pro München - patriotisch und sozial e.V.

Bayern	
Anhänger:	50
Sprecher:	Stefan Werner, Rüdiger Schrembs
Gründung:	2006
Sitz:	München
Publikation:	„Bürgerbewegung Pro München - patriotisch & sozial“



### Rechtsextremis- tische Wahl- plattform

Die „Bürgerbewegung Pro München - patriotisch und sozial e.V.“ (Pro München) wurde Mitte Januar 2006 in München mit dem Ziel gegründet, an der Kommunalwahl 2008 in München teilzunehmen. An der Gründungsversammlung nahmen Personen aus dem Umfeld der NPD, der Deutschen Partei - Die Freiheitlichen (DP), der DVU und der Partei „Die Republikaner“ (REP) teil. In der Folgezeit zogen sich die NPD-Anhänger aus dieser zurück und gründeten die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ München (BIA-München) als eigene Wahlvereinigung.

Pro München macht in München lebende Ausländer und Randgruppen pauschal für städtische Probleme verantwortlich. Die Bürgerbewegung fordert in ihrem Programm zur Stadtratswahl die Ausweisung mehrfach straffällig gewordener Ausländer, die Beendigung der weiteren Zuwanderung in die Sozialsysteme und Bevorzugung von Randgruppen bei der Vergabe städtischer Mittel, die Ablehnung demonstrativer Moscheebauten in Konkurrenz zu christlichen Kirchen und die Verbesserung der Lebenssituation von alteingesessenen Münchnern in zunehmend überfremdeten Stadtteilen. Pro München verfehlte mit einem Anteil von 0,9 % der Stimmen den Einzug in den Stadtrat.

Programm zur  
Stadtratswahl

## 2.4 Nation Europa Verlag GmbH

Der Nation Europa Verlag in Coburg wurde 1953 gegründet. Ein Jahr später konstituierte sich der mit den politischen Interessen des Verlags eng verbundene Verein Nation-Europa-Freunde e.V.. Herausgeber der im Verlag erscheinenden Monatschrift „Nation & Europa - Deutsche Monatshefte“ sind die Rechtsextremisten Peter Dehoust und Harald Neubauer. Die Zeitschrift bietet Rechtsextremisten eine publizistische Plattform. Mit einer Auflage von etwa 18.000 Exemplaren gehört sie zu den wichtigsten rechtsextremistischen Theorieorganen.



„Nation & Europa“ (NE) verbreitet Beiträge, die in einer Gesamtschau eine revisionistische, rassistische und antisemitische Grundhaltung erkennen lassen.

Publizistische  
Plattform für  
Rechtsextremisten

*„Kritiker der jüngsten Vereinbarung befürchten, daß demnächst die jüdischen Gemeinden zahlreicher europäischer Städte von Deutschland gesonderte Wiedergutmachung verlangen werden. Da die Bundesregierung keinen Widerspruch erhebt, setzt sich mehr und mehr die Auffassung durch, daß die Deutschen eigentlich gegenüber allen Juden zur ‚Entschädigung‘ verpflichtet sind, auch wenn der Schaden durch Dritte verursacht wurde, oder gar nicht entstanden ist.“*  
(NE vom Oktober, Seite 44)

*„Was klarblickendere Zeitgenossen immer prophezeit haben, tritt nun ein: Die Zeitbombe der ‚multikulturellen Gesellschaft‘ detoniert vor unseren Augen. Der multikulturelle, der ethnische Bürgerkrieg auf deutschem Boden geht in seine heiße Phase. Niemand kann mehr seine Ohren davor verschließen, daß die Ausbrüche inländerfeindlicher Gewalt, die in Großstädten wie München seit Wochen die Schlagzeilen beherrschen, von einem unüberhörbaren rassistischen, antideutschen Unterton begleitet werden. Fast immer, wenn in diesen Wochen von neuen Pöbeleien in der U-Bahn, von Rangeleien mit ausländischen Halbwüchsigen berichtet wird, sind deutschfeindliche Provokationen im*

*Spiel: ‚Scheiß-Deutscher‘, ‚deutsche Hure‘. Auch an Schulen, an denen einheimische Kinder mittlerweile in die Minderheit geraten sind, gehört dieses Vokabular längst zum häßlichen Repertoire des alltäglichen Terrors, denen Rest-Deutsche an den Brennpunkten der Überfremdung ausgesetzt sind.“*  
(NE vom März, Seite 42)

*„Die Geschädigten pflanzen sich mit ihren psychischen Schäden fort, stempeln Kinder und Kindeskiner zu Spätopfern. Wer das für absurd hält, braucht sich nur das spiegelbildliche Übertragungsmuster deutscher ‚Vergangenheitsbewältigung‘ anzuschauen: Hier wurde Täterschuld längst in eine Kollektivhaftung der Nachgeborenen umgewandelt. Dazu gehört, daß Deutsche auch in zweiter und dritter Generation zahlen - und andere in zweiter und dritter Generation kassieren. Möglicherweise noch darüber hinaus. Bis zum Jüngsten Tag.“*  
(NE vom Januar, Seite 53)

## 2.5 Sonstige Organisationen

### Sonstige rechtsextremistische Organisationen

Weitere teils regional, teils bundesweit tätige sonstige rechtsextremistische Organisationen sind vielfach nur publizistisch aktiv. Etwaige Aktivitäten beschränken sich im Allgemeinen auf interne Veranstaltungen, die kaum Außenwirkung entfalten. Zu nennen sind hier insbesondere die Gruppierungen

- Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)
- Deutsches Kolleg (DK)
- Freundeskreis Ulrich von Hutten
- Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP).

Weitere rechtsextremistische Organisationen sind unter Nummer 7 dieses Abschnitts aufgeführt.

## 3. Neonazismus

### 3.1 Allgemeines

Der Neonazismus ist eine besonders menschenverachtende Erscheinungsform des Rechtsextremismus. Er umfasst alle Aktivitäten und Bestrebungen, die ein offenes Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus darstellen. Ziel der Neonazis ist die Errichtung eines vom Führerprinzip bestimmten autoritären bzw. totalitären Staates.

### Agitations-schwerpunkte

Neonazis greifen inzwischen aber auch tagespolitische Themen auf („Moderne Neonazis“). Schwerpunktthemen waren im Berichtsjahr die angebliche staatliche Verfolgung des „nationalen Lagers“, die „Überfremdung durch Ausländer“ und verstärkt sozial- und wirtschaftspoliti-

sche Themen, wie die Folgen von „Hartz IV“ und die globale Finanzkrise. Der neonazistische Kameradschaftsbund Hochfranken bemerkt dazu:

*„Nicht die Krise des Finanzsystems ist das Problem, sondern das System selbst ist das Problem, das überwunden werden muss!“.*

Nach den Verboten zahlreicher neonazistischer Organisationen in den 1990er Jahren setzte eine Ideologie- und Strategiedebatte ein, aus der das Konzept strukturloser Zusammenschlüsse hervorging. Durch lokale „Kameradschaften“ ohne Mitgliederlisten, Vorstandspositionen und rechtlichen Strukturen sollten staatliche Gegenmaßnahmen erschwert und Verbote verhindert werden. Selbst bezeichnen sich Neonazis als „Freie Nationalisten“ oder „Freie Kräfte“. Die Vernetzung regionaler Neonazi-Gruppierungen erfolgt heute weitgehend über moderne Kommunikationsmittel wie das Internet.

Die Gewinner dieser Neuausrichtung des „nationalen Lagers“ sind auch die NPD und die JN bzw. deren aus der neonazistischen Szene stammende Führungskader. Im Zuge einer „Volksfront von Rechts“, der Zusammenarbeit von Neonazis und NPD, sind zahlreiche „Freie Nationalisten“ der NPD beigetreten. In ihren Reihen rufen sie dazu auf, die NPD als „parteilichen Arm“ der „nationalen Bewegung“ zu unterstützen. So sind neonazistische und nationalrevolutionäre Ideologie-Elemente integraler Bestandteil des ideologischen Spektrums der NPD geworden.

*Ideologische Durchdringung der NPD*

Der NPD-Landesparteitag am 9. November in Simbach, Landkreis Dingolfing-Landau, könnte allerdings einen Wendepunkt in der Zusammenarbeit von Neonazis und orthodoxen NPD-Mitgliedern in Bayern markieren. Bayerische NPD-Parteifunktionäre wie Matthias Fischer nahmen die Wahlniederlage von Uwe Meenen, der von den „Freien Kräften“ innerhalb der NPD als Landesvorsitzender favorisiert wurde, zum Anlass, den Austritt aus der Partei anzukündigen. Es bleibt abzuwarten, ob dies das dauerhafte Ende der engen Zusammenarbeit zwischen der Partei und neonazistisch geprägten Kameradschaften in Bayern bedeutet.

*Zusammenarbeit von Neonazis mit der NPD*

### 3.2 Neonazi-Kameradschaften

Nach wie vor organisieren sich Neonazis überwiegend in Kameradschaften, die ohne formelle Mitgliedschaften und Strukturen auskommen. Anführer ist meist ein aktiver Rechtsextremist, der es versteht, seinen Gefolgsleuten die den ideologischen Zusammenhalt stärkenden „Feindbilder“ zu vermitteln. Den Kameradschaften gehören aber nicht nur Neonazis an, vermehrt werden auch Rechtsextremisten aus subkulturellen Jugend-Szenen eingebunden, die sich - eigentlich szenen-untypisch -

*Strukturlose Zusammenschlüsse*

an politischen Aktivitäten beteiligen wollen. Daher gibt es immer mehr „Misch-Szenen“ wie beispielsweise den Kameradschaftsbund Hochfranken.

### Angebote für Jugendliche

Führende Neonazis sichern sich die Aufmerksamkeit Jugendlicher, indem für soziale Alltagsprobleme vermeintlich einfache Lösungen auf Grundlage eines „nationalen Sozialismus“ angeboten werden. Geködert werden Jugendliche im vorpolitischen öffentlichen Raum. Über das Internet, Aufkleber- und Flugblattaktionen, die Organisation von Rechtsrock-Konzerten oder die Herausgabe von Schulhof-CDs werden rechtsextremistische Inhalte in einem modernen Design verpackt und verbreitet.

### Bedeutung der Musik

Musik ist für die Szene von zentraler und gemeinschaftsfördernder Bedeutung. In Konzerten oder Liederabenden werden politische Botschaften vermittelt. Neonazis organisierten im Jahr 2004 ein so genanntes Schulhof-Projekt. Dazu produzierten sie 50.000 Stück einer CD „Anpassung ist Feigheit - Lieder aus dem Untergrund“ mit rechtsextremistischer Musik, die bundesweit kostenlos an Jugendliche verteilt werden sollte. Wegen rechtsextremistischer, systemfeindlicher und jugendgefährdender Inhalte ist die Verbreitung der CD verboten, es konnten lediglich einige wenige Exemplare verteilt werden. Dieses Projekt diente als Vorbild für weitere Projekte derselben Art.

In Bayern sind folgende neonazistische Kameradschaften erwähnenswert:

#### 3.2.1 Anti-Antifa Nürnberg (AAN)

### „Hausbesuche“ der AAN

Die Anti-Antifa Nürnberg (AAN) ist nach eigenen Angaben ein Zusammenschluss von Personen, der sich die „Aufklärung“ von „politischen Gegnern“ zum Ziel gesetzt hat. Über eine eigene Internet-Plattform informierte die AAN über Aktivitäten der vermeintlich linksextremistischen - vor allem autonomen - Szene im Großraum Nürnberg. Auch Anti-Antifa-Aktivitäten wurden thematisiert, z.B. unter der Überschrift „Hausbesuche bei Antifaschisten in Fürth“. Bei diesen „Hausbesuchen“ wurden Autoreifen zerstochen und eine Hausfassade mit dem Slogan „Good Night Left Side“ besprüht. Auf der Webseite wurden sowohl Bilder dieser Sachbeschädigungen als auch Fotos des vermeintlichen politischen Gegners veröffentlicht. Diese Internet-Präsenz der AAN wurde im Sommer 2008 abgeschaltet. Gleichwohl ist die Gruppe nach wie vor aktiv.

Schlagzeilen machte die „Anti-Antifa Nürnberg“ im Frühsommer, als Sebastian Schmaus, der die BIA-Nürnberg seit der Kommunalwahl im März neben dem NPD-Landesvorsitzenden Ralf Ollert im Nürnberger



Stadtrat vertritt, vorgehalten wurde, als Fotograf für die AAN tätig zu sein.

### 3.2.2 Kameradschaftsbund Hochfranken (KBH)

Der Anfang 2006 von Anhängern der Kameradschaften Wunsiedel und Hof gegründete Kameradschaftsbund Hochfranken (KBH) gehört nach wie vor zu den aktivsten Neonazi-Gruppierungen in Nordbayern. Er zählt etwa 20 Mitglieder und versteht sich als ein loser partei- und organisationsübergreifender Zusammenschluss von „Nationalisten und Patrioten“ aus dem gesamten ostoberfränkischen Raum.



Aufgrund der geographischen Nähe arbeiten die Anhänger des KBH eng mit Kameraden im sächsischen und thüringischen Vogtland zusammen und sind über das Internet untereinander vernetzt („Freies Netz“). Der KBH nimmt mit Delegationen an dortigen Veranstaltungen teil, bei denen vor allem der Kameradschaftsführer Tony Gentsch als Redner auftritt. Aber auch in Bayern ist eine zunehmende Vernetzung zu beobachten.

*Organisations-  
übergreifender  
Zusammenschluss*

So meldete einer der führenden Aktivisten des KBH am 14. Juni im unterfränkischen Markttheidenfeld eine Demonstration „Gegen Repression und Polizeigewalt“ an, an der 150 Personen aus dem überregionalen neonazistischen Spektrum teilnahmen.

Die Verbindungen des KBH reichen sogar über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. So nahmen mehrere Mitglieder des KBH an einem internationalen Treffen von Neonazis zum „Tag der Ehre“ am 9. Februar in Ungarn teil.

*Kontakte ins  
Ausland*

### 3.3 Autonomer Nationalismus

Seit einigen Jahren fallen auf rechtsextremistischen Demonstrationen Teilnehmer auf, die dem klassischen Erscheinungsbild der Neonazis widersprechen. In Kleidungsstil und Aktionsformen lehnen sich die „Autonomen Nationalisten“ (AN) u.a. an die „Autonomen“ der linksextremistischen Szene an. Ein modernes Outfit wie schwarze Kapuzen-Pullis, Sonnenbrillen, Basecaps oder HipHop-Hosen grenzt sie von den biedermännischen Parteien oder der klassischen Neonazi- und Skinhead-Szene ab. Selbst lange Haare und Musik „linker“ Bands oder Punk-Bands sind keine Tabus mehr. Neu sind auch Parolen, Slogans oder bunte Transparente mit Anglizismen, die mit veränderten Inhalten ebenfalls von „Linksautonomen“ kopiert wurden. So heißt es



Emblem der  
Autonomen  
Nationalisten



Emblem der Antifaschistischen Aktion

### Militantes Auftreten

bei den AN „Good night - left side“ statt „Good night - white pride“. Selbst Palästinenser-Tücher und in abgewandelter Form die Fahne der „Antifaschistischen Aktion“ wurden übernommen. Bei rechtsextremistischen Demonstrationen sind die AN daher schwer als Rechtsextremisten erkennbar, was bewusst auch als taktischer Vorteil gegenüber der Polizei oder dem politischen Gegner genutzt wird.

Anders als bei den „Freien Nationalisten“ (FN) oder rechtsextremistischen Parteien sind die Aktionsformen wesentlich provokanter. Ein militantes Auftreten und Vorgehen bei öffentlichen Demonstrationen ähnelt dem „Schwarzen Block“ der „Linksautonomen“. Hauptangriffsziele sind der deutsche Staat und seine Repräsentanten („Fight the system“) sowie der politische Gegner („Anti-Antifa“). Das Verhältnis zur NPD und der Mehrheit der „Freien Kräfte“, die auf ein positives Erscheinungsbild bedacht sind, ist deshalb nicht unkritisch. Allerdings wird Gewalt nur als Reaktion auf „Provokationen“ durch die Polizei oder Gegendemonstranten bei Versammlungen propagiert.

Inhaltlich basiert die Bewegung der AN vorgeblich auf der nationalrevolutionären Strömung der 1920er und 1930er Jahre - anders als bei den meisten klassischen FN, die sich am historischen Nationalsozialismus orientieren. Einzelne AN bezeichnen sich als „revolutionäre Linksnationalisten“ oder auch als „Nationalsozialisten“, die sich jedoch vom „Hitlerismus“ distanzieren und stattdessen auf „sozialrevolutionäre Aktivisten in der nationalsozialistischen Ursprungsbewegung“ Bezug nehmen. Eine tiefere ideologische Auseinandersetzung findet jedoch nicht statt. Die politischen Eigendarstellungen bleiben zumeist oberflächlich, als kleinster gemeinsamer Nenner genügt ein „nationales und sozialistisches“ Weltbild mit „revolutionärem“ Pathos.

### Übernahme „linker“ Symbole

Mit vormals „links“ besetzten Themen wie Anti-Globalisierung oder Antikapitalismus versuchen die AN, eine Klientel anzusprechen, die für rechtsextremistische Inhalte bisher nicht empfänglich war. Gegenüber Jugendgruppen, die eher dem alternativen „linken“ Politspektrum zuzurechnen sind, bestehen zumindest bei der Übernahme des Lebensstils keine Berührungängste. Auch das unterscheidet die AN von den traditionellen Neonazis, die den Vorwurf einer äußerlichen Verbrüderung der AN mit dem lange bekämpften politischen Gegner erheben. Ein bayerischer Anhänger der AN beschreibt sich folgendermaßen:

*„Also ich bin von ganzem Herzen nationaler Sozialist. Ich bin antikapitalistisch und antiamerikanisch. Wenn mich deswegen jemand als links bezeichnet ist es mir wirklich egal.“*

Bayerische AN forderten sogar auf einem Flugblatt „Freiheit für Christian Klar“, den zwischenzeitlich aus der Haft entlassenen früheren RAF-Terroristen.

In Bayern existiert derzeit keine Gruppierung, die alle Merkmale der AN erfüllt. Gleichwohl darf das Phänomen „Autonomer Nationalismus“ nicht unterschätzt werden. Durch die Öffnung gegenüber anderen Jugendkulturen steigt die Anhängerzahl bundesweit an. Auch in Bayern erkennen immer mehr Kameradschaften die Achtungserfolge der AN an und übernehmen zumindest Elemente wie Outfit oder Parolen.

*Steigende  
Anhängerschaft*

### 3.3.1 Freie Nationalisten München (FNM)

Die Gruppierung „Freie Nationalisten München“ (FNM) wurde im Oktober 2007 von den beiden Neonazis Mike Nwaiser und Philipp Hasselbach gegründet. Sie entstand aus der Gruppierung „Autonome Nationalisten München“, die sich zuvor aufgrund interner Streitigkeiten aufgelöst hatte. Die Anhänger der FNM treten öffentlich immer noch vorwiegend schwarz gekleidet auf und verwenden Erkennungszeichen der „Autonomen Nationalisten“ wie etwa schwarze Fahnen und Anglizismen wie „we will rock you“.

Die FNM sind in Südbayern die aktivste neonazistische Vereinigung. In regelmäßigen Abständen führt sie Mahnwachen, Flugblattverteilaktionen und Demonstrationen durch. Zielgruppe der öffentlichkeitswirksamen Aktionen sind vor allem Jugendliche, bei denen Sympathien für die Ziele der FNM geweckt werden sollen. Für diesen Zweck streben die FNM auch eine enge Vernetzung mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen an.

*Zahlreiche  
Aktivitäten  
in Südbayern*

„München wird deutsch!“ fordern die FNM auf einem ihrer Aufkleber, die im Münchener Stadtgebiet verbreitet werden. Dieselbe Gruppierung verteilte am 19. September vor dem Maria-Theresia-Gymnasium in München Flugblätter mit der Parole „Nationale Alternativen schaffen“ an Schüler. Ziel dieser Aktion war es, in einer „Schuloffensive ... den Bekanntheitsgrad unserer Gruppe bei der Münchner Jugend zu erhöhen“. Durch solche aktionsorientierte Handlungen wenden sich Neonazis gezielt an Jugendliche, um sie für ihre nationalistischen Ideen zu gewinnen.

*Schuloffensive  
der FNM*

Am 13. Juni veranstalteten die FNM in München eine Versammlung unter dem Motto „Linksextreme Strukturen erkennen - A.I.D.A.-Archiv verbieten!“ (vgl. auch Nummer 3.3.1 des 5. Abschnitts). An der Demonstration nahmen auch Mitglieder und Sympathisanten der NPD sowie der

BIA-München teil. Die Demonstrationsteilnehmer führten Transparente mit der Aufschrift „Autonome Nationalisten“ und „Linke Banden hier im Land - München leistet Widerstand“ mit. Als Redner traten das Stadtratsmitglied der BIA-München, Karl Richter, sowie die beiden NPD-Funktionäre Norman Bordin und Roland Wuttke auf. Auch der neonazistische „Heldengedenkmarsch“ mit 200 Teilnehmern am 15. November in München wurde von den FNM organisiert.

### 3.3.2 Kameradschaft Augsburg - Nationales Augsburg

Die seit 2004 aktive Kameradschaft besteht aktuell aus bis zu zehn Aktivisten und orientiert sich seit Mitte 2007 am Konzept der „Autonomen Nationalisten“. Dementsprechend treten die Angehörigen in der Öffentlichkeit schwarz gekleidet auf. Die Aktivisten beteiligen sich regelmäßig an rechtsextremistischen Demonstrationen und Mahnwachen in Bayern. Zuletzt mobilisierten sie auf Ihrer Homepage für eine von dem Neonazi und NPD-Funktionär Roland Wuttke angemeldete Versammlung mit dem Motto „Landsberg bekennt sich zu seiner Geschichte“ am 29. November in Landsberg am Lech. Hintergrund war die Entwidmung des Spöttinger-Friedhofs in Landsberg; dort wurden nach dem Zweiten Weltkrieg auch hingerichtete NS-Kriegsverbrecher bestattet. An der Kundgebung nahmen rund 80 Aktivisten der südbayerischen Neonazi-Szene teil.

*Kleidungsstil*

Die Kameradschaft Augsburg arbeitet eng mit den „Freien Nationalisten München“ unter der Führung von Philipp Hasselbach zusammen und koordiniert entsprechende Aktionen. Die Zusammenarbeit wird auch im Rahmen des Internet-Auftritts und auf Flugblättern deutlich. Als Verantwortlicher wird zumeist Mike Nwaiser genannt.

*Kontakte zu den FNM*

### 3.3.3 Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg

In Regensburg bestand seit Herbst 2004 die von einem NPD-Aktivisten gegründete und geleitete Kameradschaft Asgard Ratisbona. Die Gruppierung, die sich überwiegend aus Skinheads und Neonazis der rechtsextremistischen Szenen in Abensberg, Kelheim und Regensburg rekrutierte, zählte etwa 20 Personen. Sie trat in Regensburg und der näheren Umgebung mit Informationsständen, Flugblattaktionen und Mahnwachen in Erscheinung. Nach einer Phase der Umstrukturierung nennt sich die Gruppierung seit 2007 „Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg“. Die weiterhin rechtsextremistisch aktive Anhängerschaft hat sich auf bis zu zehn Personen verringert. Seit Oktober benutzt die Gruppie-

*Umstrukturierung*

rung zusätzlich den Namen „Autonome Nationalisten Regensburg“. Unter diesem Namen beteiligten sich die Anhänger auch am „Heldengedenkmarsch“ am 15. November in München.

*Teilnahme am  
Heldengedenk-  
marsch*

### 3.4 Sonstige neonazistische Organisationen

#### 3.4.1 Sache des Volkes (SdV)

Im Frühjahr entstand unter maßgeblicher Beteiligung von Jürgen Schwab, einem intellektuellen Vordenker der rechtsextremistischen Szene, eine „Gesinnungsgemeinschaft nationalrevolutionärer“ Organisationen und Aktivisten. Die SdV versteht sich als überregionales Netzwerk und Plattform für Anhänger eines „sozialrevolutionären Nationalismus“. Ziel ist es, theoretische Schulungen für Gleichgesinnte vor Ort anzubieten, aber auch Aktionen im öffentlichen Raum anzuregen. Die SdV ist bislang überwiegend publizistisch, durch Vortragsveranstaltungen und vereinzelte Flugblattaktionen aktiv geworden.

*Überregionales  
Netzwerk*

In der auf der Homepage der SdV veröffentlichten Grundsatzklärung wird betont, dass man keine neue Partei sei, sondern Bildungsarbeit leisten und die eigenen Ideen verbreiten möchte. In der zwölf Punkte umfassenden Grundsatzklärung wird z.B. die Position zum Islam dargestellt:

*„Die Sache des Volkes (SdV) sieht im Islam eine außereuropäische Religion, deren Gesellschaftsbild in vielen Bereichen unseren Traditionen widerspricht. Den Bau von Moscheen lehnen wir in unserer Heimat aber nicht deshalb ab, weil er von Muslimen betrieben wird, deren religiöses Bekenntnis wir akzeptieren, sondern weil er von Ausländern initiiert wird, die nach unserer Überzeugung in ihre Heimatländer zurückkehren sollten.“*

#### 3.4.2 Heimattreue Deutsche Jugend e.V. (HDJ)

Bei der HDJ handelt es sich um eine neonazistisch ausgerichtete Jugendorganisation mit bundesweit einigen hundert Mitgliedern. Sie präsentiert sich als jugendpflegerischer Verein, der Fahrten und Lager für Kinder und Jugendliche oder auch ganze Familien organisiert. Bei diesen vorgeblich unpolitischen Freizeitaktivitäten wird ein rechtsextremistisches Weltbild vermittelt, insbesondere eine am Ideal der „Volksgemeinschaft“ orientierte politische „Kultur“. Auf diese Weise sollen Kinder und Jugendliche rechtsextremistisches Gedankengut verinnerlichen.

*Orientierung  
an der „Volks-  
gemeinschaft“*

Die HDJ sieht sich selbst als aktive, volks- und heimattreue Jugendbewegung für alle deutschen Mädels und Jungen im Alter von 7 bis 29 Jah-

ren. Sie wurde 1990 im Zuge einer Abspaltung aus dem Bund Heimat-treuer Jugend e.V. gegründet. Die Bundesführung der HDJ ist im Großraum Berlin ansässig. Die HDJ verfügt über einen bundesweiten hierarchischen Aufbau mit regionalen Ortsgruppen. In Bayern ist von mindestens zehn HDJ-Aktivisten auszugehen, zu denen auch der bekannte rechtsextremistische Liedermacher Frank Rennicke gerechnet wird.

Sowohl bundesweit als auch in Bayern unterhalten Mitglieder der HDJ scene-übergreifende Kontakte zur NPD und auch zur neonazistischen Kameradschafts-Szene.

### Vereinsrechtliche Maßnahmen

Am 9. Oktober wurden im Rahmen eines vom Bundesministerium des Innern eingeleiteten vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens bundesweit die Wohnungen von rund 100 der HDJ zuzurechnenden Personen von der Polizei durchsucht. In Bayern waren dabei zehn Wohnungen betroffen.

### 3.5 Aktivitäten zum 21. Todestag von Rudolf Heß

Das konsequente Handeln der zuständigen Behörden wehrte erfolgreich den Versuch der rechtsextremistischen Szene ab, aus Anlass des 21. Gedenktags eine zentrale Ersatzveranstaltung für den verbotenen Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel oder Umgebung durchzuführen. Auch der erstmalige Versuch, durch eine nichtöffentliche Veranstaltung das Verbot zu umgehen, blieb erfolglos. Die (internationale) Mobilisierung für derartige Gedenkveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet war im Vergleich zu den Vorjahren mit nur 780 Teilnehmern (2007: 1.200) rückläufig.

### Rückläufige Mobilisierung

Der Neonazi und Rechtsanwalt Jürgen Rieger hatte ursprünglich für den 16. August eine zentrale Veranstaltung zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß in Wunsiedel angemeldet. Diese Veranstaltung wurde ebenso wie jede Form von Ersatzveranstaltungen vom Landratsamt Wunsiedel im Fichtelgebirge verboten.

### Erneutes Versammlungs- verbot

Auch der Versuch von Rieger, für den 16. und 17. August in der Gaststätte „Puchtler“ in Warmensteinach, Landkreis Bayreuth, eine „private“ Heß-Gedenkveranstaltung abzuhalten, scheiterte am entsprechenden Verbot durch das Landratsamt Bayreuth. Um den Anschein einer nicht-öffentlichen Veranstaltung zu wahren, sollten die Teilnehmer in einen „Rudolf-Heß-Gedenkverein“ aufgenommen werden.

Am 15. und 16. August gingen bei der Polizei Anmeldungen für Eilversammlungen in Erlangen, Herzogenaurach, Forchheim und Wiesent-

heid ein. Das Thema richtete sich jeweils gegen die Versammlungsverbote. Diese von Funktionären der NPD und JN angemeldeten Treffen wurden ebenfalls verboten. In Herzogenaurach erteilte die Polizei den bereits rund 50 versammelten Rechtsextremisten Platzverweise. Auch ein Treffen auf dem Privatgrundstück eines NPD-Funktionärs in Geschwand, Landkreis Forchheim, wurde von der Polizei verhindert. Unter den anwesenden Personen befanden sich auch der Rechtsextremist Norman Bordin sowie Jürgen Rieger.

Außerhalb Bayerns führte die rechtsextremistische Szene am 16. und 17. August in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen insgesamt neun dezentrale Gedenkveranstaltungen zum 21. Todestag des Hitler-Stellvertreters durch. Insgesamt beteiligten sich etwa 780 Personen (2007: 1.200) an den Demonstrationen. Größere Kundgebungen gab es nur in Altenburg/Thüringen mit etwa 230 Teilnehmern und Ueckermünde/Mecklenburg-Vorpommern mit rund 250 Teilnehmern. Der Aufzug in Ueckermünde wurde aufgelöst.

*Aktivitäten  
außerhalb Bayerns*

## 4. Rechtsextremistische Jugend-Szenen

### 4.1 Überblick

Die rechtsextremistische Jugend-Szene unterlag in den letzten Jahren einem deutlichen Umbruch. Lange Zeit prägten rechtsextremistische Skinheads die Szene und das Bild einer „rechten“ Subkultur in Deutschland. Daneben gab es eine Vielzahl anderer Jugendkulturen. Mittlerweile sind die Grenzen fließender. Klassische Identifizierungsmerkmale der Skinhead-Szene wie Tätowierungen oder der rasierte Schädel haben Eingang in die Jugendmode gefunden. Unpolitische Jugendliche haben aus Unkenntnis oder als Provokation gegenüber der Gesellschaft „rechte“ Symbolik übernommen.

Andererseits wurden Merkmale aus anderen Jugend-Szenen von Rechtsextremisten übernommen. Moderne Lifestyle-Elemente wie HipHop-Kleidung, lange Haare, Piercings oder Basecaps sowie Musikstile und Symbolik des linken Spektrums wurden von der rechtsextremistischen Szene kopiert und lassen auf den ersten Blick eine rechtsextremistische Gesinnung nicht erkennen. Der klassische Skinhead mit Glatze, Springerstiefeln und Bomberjacke ist zwar nicht verschwunden, dominiert aber die rechtsextremistische Szene nicht mehr. Die früher bewusst provokative stilistische Abgrenzung wird teilweise aufgegeben. Zum einen hat ein unauffälligeres Outfit den Vorteil, Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner oder Polizeikontrollen zu vermeiden. Zum

*Änderungen im  
Erscheinungsbild*

anderen können andere Jugend-Szenen so leichter beeinflusst werden, um sich neue Rekrutierungsfelder zu erschließen. Hinweise auf die Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Szene erschließen sich heute eher durch versteckte oder verschlüsselte Symbole, die für Gleichgesinnte erkennbar sind. Beliebt sind neben NS-Zahlen und „NS-Dresscodes“, auch Runen und Symbole der nordischen Mythologie, die allgemein nicht sofort mit der NS-Herrschaft in Verbindung gebracht werden.

#### 4.2 Rechtsextremistische Skinheads

Nach wie vor übt der so genannte Skinhead-Kult eine Faszination auf Jugendliche aus, auch wenn das klassische Skinhead-Outfit aus der Mode gerät. Für die häufig nur lose strukturierte Skinhead-Szene stehen Spaß, d.h. laute Skinhead-Musik, exzessiver Alkoholkonsum, Pogo-Tanzen und Randale im Vordergrund. Die politischen Ansichten der Skinhead-Subkultur reichen von den so genannten Redskins (links-extremistisch beeinflusste Skinheads) über die so genannten SHARPs (**S**kinheads **a**gainst **r**acial **p**rejudice - Skinheads gegen rassistische Vorurteile) und die Oi-Skinheads („unpolitische Skinheads“) bis hin zur Mehrheit der rechtsextremistischen Skinheads einschließlich der so genannten White-Power-Skinheads.

Skinheads sind zu einer rational bestimmten politischen Meinungsbildung oft kaum fähig und an einer fundierten politischen Auseinandersetzung nicht interessiert. Eine politische Überzeugung bildet sich allerdings je nach Einzelfall nicht selten nach Beitritt in die Szene stärker aus. In Skinhead-Kreisen hat sich eine vom organisierten Rechtsextremismus unabhängige diffuse rechtsextremistische Weltanschauung herausgebildet. Sie ist von rassistisch motivierter Fremdenfeindlichkeit sowie übersteigertem Nationalbewusstsein geprägt und knüpft insofern an wesentliche Elemente des Nationalsozialismus an. Diese Einstellung spiegelt sich in meist spontanen Gewalttaten wider. Opfer sind nach wie vor Ausländer, aber auch Personen aus sozialen Randgruppen sowie „Linke“, also alle zu ihren Feindbildern zählenden Menschen.

Die Skinhead-Bewegung entstand Ende der 1960er Jahre in Großbritannien und trat erstmals Ende der 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland in Erscheinung. Sie war ursprünglich eine jugendliche Subkultur, die durch ihr Auftreten eine extreme Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft signalisierte. Die Beachtung, die rechtsextremistischen Skinheads in der Öffentlichkeit und in den Medien zuteil wird, ist auf ihre brutalen und menschenverachtenden Gewalttaten zurück-

„Spaßfaktor“

Redskins

SHARPs

Oi-Skinheads

White-Power-Skinheads

Diffuse rechts-extremistische Weltanschauung



zuführen, die sich gegen Ausländer, Asylbewerber und soziale Randgruppen, aber auch gegen „Linke“ richten.

### 4.3 Rechtsextremistisch beeinflusste Subkulturen

Rechtsextremisten nutzen die verbindenden Elemente zu anderen Subkulturen um deren Anhänger für die NS-Ideologie zu gewinnen oder um rechtsextremistische Tendenzen in diese Subkulturen zu tragen. Insbesondere Teile der Black-Metal-Szene weisen eine historisch gewachsene Verbindung zum Rechtsextremismus auf. Gemeinsamkeiten bestehen in der Ablehnung des Christentums (Stichwort „Odin statt Jesus“), in der Berufung auf die nordische Göttermythologie mit ihrer Runen-Symbolik sowie einem elitären Sozial-Darwinismus. Allerdings ist die Black-Metal-Szene weitgehend unpolitisch. Daher hat sich für den rechtsextremistischen Teil dieser Szene der Begriff NS-Black-Metal eingebürgert. Gemeinsame Schnittmenge der NS-Black-Metal-Szene mit der rechtsextremistischen Szene sind dabei wiederum die Glorifizierung des Heldentums oder die Auferstehung eines germanischen Reichs. Beide Merkmale entsprechen dem Weltbild der Nationalsozialisten. Einige Vertreter des NS-Black-Metal sehen Adolf Hitler als die Wiedergeburt des Satans, der als Anti-Christ verehrt wird.

*Black-Metal-Szene*

*NS-Black-Metal-Szene*

Innerhalb der „Schwarzen Szene“ oder auch „Grufiti-Szene“ fällt vor allem die Strömung „Neofolk“ mit einem rechtsextremistischen Habitus auf. „Neofolk“-Anhänger zeichnen sich für ihre Vorliebe für Uniformen mit faschistischem oder nationalsozialistischem Hintergrund aus. Großen Raum nimmt auch die Hinwendung zu nordischer Mythologie und Mystik ein. So finden etwa durch das NS-Regime vereinnahmte Runen, wie die Lebensrunne oder die Wolfsangel, in dieser Szene weite Verbreitung. Auch werden vielfach andere vorbelastete Symbole von Neofolk-Bands und -Anhängern offen zur Schau gestellt. Zu nennen ist hier die für die Szene bedeutende Band „Death in June“ die einen SS-Totenkopf als Symbol verwendet und sich in ihrer Namensgebung auf den Tod von SA-Chef Ernst Röhm bezieht. Dies macht die Szene für Rechtsextremisten interessant und empfänglich. Beispielsweise nimmt auch der Aktivist der Münchener Neonazi-Szene Hajo Klettenhofer regelmäßig an Veranstaltungen der Neofolk-Szene teil.

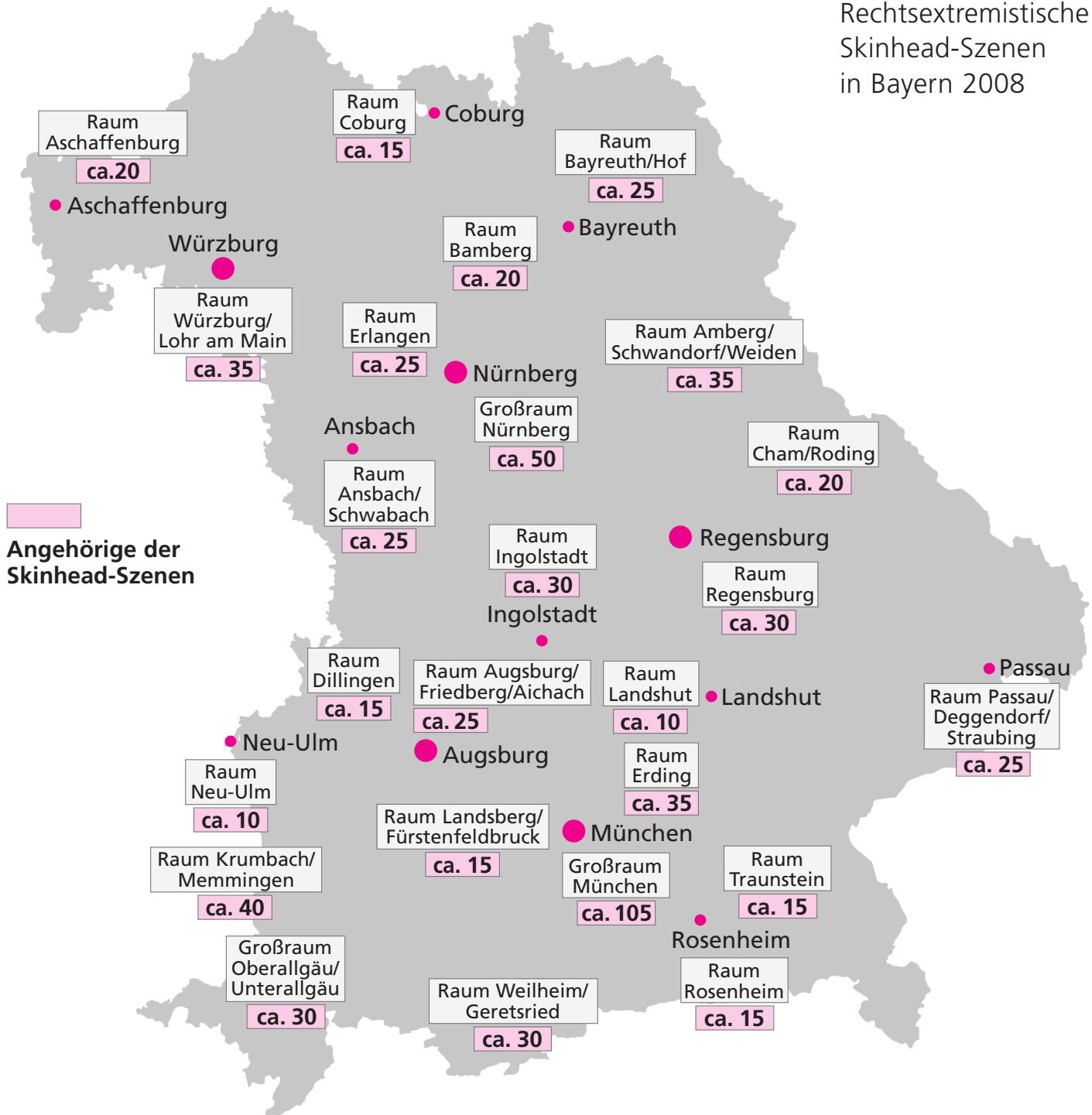
*Neofolk*

*Nordische  
Mythologie*

### 4.4 Strukturen

Rechtsextremistische Subkulturen unterliegen einer starken Fluktuation und kennen in der Regel weder feste Organisationsstrukturen noch for-

## Rechtsextremistische Skinhead-Szenen in Bayern 2008



melle Mitgliedschaften. Die Bindungen zur Gruppe reichen von losen gelegentlichen Kontakten über regelmäßige Beteiligung an Aktionen bis zur vollen sozialen Integration oder der Wahrnehmung von Führungsfunktionen. Diese informellen Führer wandern später zum Teil in andere rechtsextremistische Gruppierungen ab.

### Mobilisierungspotenzial

Rechtsextremistisch eingestellte Jugendliche und Skinheads dienen Neonazis und der NPD/JN als Mobilisierungspotenzial für öffentlich-

keitswirksame Aktionen. Frühere Vorbehalte gegenüber diesen Organisationen haben stark abgenommen. Ein Großteil der Besucher von NPD-Großkundgebungen gehört der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene an. Enge Kontakte bestehen nach wie vor - insbesondere in den Räumen Nürnberg, Ingolstadt und Hof - zwischen den dortigen Skinhead-Szenen und den JN bzw. der NPD.

Nach den rückläufigen Zahlen in den beiden Vorjahren ist in Bayern die Zahl der subkulturell orientierten Rechtsextremisten im Vergleich zum Vorjahr mit 700 gleich geblieben. Auch die Zahl derer, die sich Neonazi-Gruppierungen oder der NPD/JN anschließen, stagniert. Solche „Misch-Szenen“ gibt es vor allem in Nordbayern. Größere neue rechtsextremistische Szenen wurden in Bayern nicht bekannt. Aktuelle Schwerpunkte im Skinhead-Spektrum gibt es in den Regionen Augsburg und Memmingen mit den Skinhead-Gruppierungen „Hate Crew Schwaben“ und „Voice of Anger“. Skinheads sind sehr mobil und können aufgrund ihrer engen Vernetzungen in kürzester Zeit gemeinsam Aktionen bzw. Veranstaltungen planen und durchführen. Nach wie vor übt der Staat einen intensiven Überwachungsdruck auf die Szene aus.

*Personenpotenzial  
in Bayern*



#### 4.5 Anziehungskraft für Jugendliche

Die Anziehungskraft rechtsextremistischer subkultureller Szenen, wie der Skinhead-Szene, auf männliche Jugendliche, hält an. Die Beweggründe, die junge Menschen in diese Subkultur treiben, sind vielfältig: jugendliche Protesthaltung, Provokation und Tabubruch, sowie die gesamtgesellschaftliche Entwicklung mit den häufigen Folgen einer Entwurzelung und einer zunehmenden Entfremdung vom Elternhaus, Perspektivlosigkeit in Verbindung mit wirtschaftlichen Problemen und einem begonnenen oder befürchteten sozialen Abstieg. Hinzu kommt das durch die Szene vermittelte Gemeinschaftserlebnis und das daraus folgende Gefühl eigener Stärke und Anerkennung in einer sozialen Gruppe. Den Jugendlichen werden einfache Erklärungen und einfache Lösungen für komplexe Probleme angeboten.

*Mögliche  
Einstiegs motive*

Skinheads entstammen zu einem erheblichen Teil, aber nicht ausschließlich, den unteren sozialen Schichten. Die meisten Skinheads finden sich in der Altersgruppe von 16 bis 24 Jahren, ältere Szene-Angehörige sind die Ausnahme. Die so genannten Jungglätzen sind erst 12 bis 13 Jahre alt. Auch Mädchen, die Renees, gehören dieser Subkultur

*Altersstruktur*

*Renees*

an, sind jedoch zahlenmäßig in der Minderheit. Ihr Anteil beträgt je nach Szene bis zu 20 %.

*Skinhead-Musik  
als Rekrutierungs-  
mittel*

Die rechtsextremistische Skinhead-Szene rekrutiert sich vor allem aus Jugendlichen, die sich für Skinhead-Musik als Stilrichtung der Rockmusik interessieren. Dabei kommen zunächst eher unpolitische Jugendliche über Konzerte oder das gemeinsame Musikhören mit der Skinhead-Szene in Kontakt. Daneben finden manche Jugendliche Gefallen an dem in der Skinhead-Szene üblichen exzessiven Lebensgenuss einschließlich des enormen Alkoholkonsums unter dem Motto „Fun & Froide“.

#### 4.6 Rechtsextremistische Musik

Rechtsextremistische Musik vermittelt die subkulturellen Botschaften der Szene. In den Liedern werden Eigenverständnis und Abgrenzung der Szene gegenüber der Gesellschaft beschrieben, Kritik am Establishment formuliert und andere politische Themen aufgegriffen. Rechtsextremistische Bands verbreiten in ihren Liedtexten neonazistische Ideologiefragmente und rufen zum Hass gegen Feindbilder wie Ausländer, „Linke“ und Juden auf. Über die Musik werden auch rechtsextremistische Botschaften in andere Subkulturen getragen, wie z.B. in Teile der sonst unpolitischen „Schwarzen Szene“ oder der Black-Metal-Szene.



*Liedermacher*

Rechtsextremistische Musik lässt sich in die Bereiche Liedermacher, NS-Black-Metal und Rechtsrock untergliedern. Bekanntester deutscher Liedermacher der rechtsextremistischen Szene ist der in Bayern wohnhafte Frank Rennicke. Innerhalb des Musikstils Black-Metal etablierte sich der so genannte NS-Black-Metal. Die Texte enthalten kaum eindeutige extremistische Aussagen. Politische Botschaften werden vielmehr unverständlich gegrölt oder verschleiert und nur für „Insider“ verständlich dargeboten. Schwerpunkt der NS-Black-Metal-Szene in Bayern ist der Großraum Nürnberg. Eine Kultband der Black-Metal-Szene ist die Band ABSURD aus Thüringen. Der Sänger dieser Band, Henrik Möbus, beging am 29. April 1993 einen satanistisch motivierten Mord an einem 15-jährigen Mitschüler.

*NS-Black-Metal-  
Szene*

*Rechtsrock*

Unter Rechtsrock fallen Stilrichtungen wie die traditionelle Skinhead-Musik „RAC“ („Rock against Communism“) oder „White Noise“. Besonderer Beliebtheit unter jugendlichen Rechtsextremisten erfreut sich in jüngster Zeit der NS-Hatecore, eine aggressive Variante des „RAC“.

Rechtsextremistische Musik wird in Bayern von elf rechtsextremistischen Tonträgervertrieben angeboten. In Bayern sind zehn Musikgruppen aktiv, die teilweise bei Konzerten im In- und Ausland auftreten. Es handelt sich hierbei um die Gruppen

*Bayerische  
Musikgruppen*

- BURNING HATE (Raum Oberfranken)
- DAMAGE INCORPORATED (Aschaffenburg)
- EDELWEISS (München)
- FAUSTRECHT (Mindelheim)
- FELDHERREN (München)
- NATIONAL BORN HATERS (Raum Ulm)
- NOISE OF HATE (Amberg)
- STURMTRUPP (Neuburg a.d. Donau)
- UNTERGRUNDWEHR (Würzburg)
- WHITE REBEL BOYS (Raum Hof)

Die Veranstalter versuchen, die Konzerte als private Tanzabende bzw. Plattenpartys oder als Geburtstagsfeiern zu tarnen, um ein Einschreiten der Sicherheitsbehörden zu erschweren. Des Weiteren versuchen die Organisatoren, die Konzerte als geschlossene Veranstaltungen abzuhalten. Die Teilnehmer werden durch persönlich ausgehändigte oder per Post zugestellte Einladungskarten informiert oder vor Beginn des Konzerts ohne nähere Angaben zum eigentlichen Veranstaltungsort in eine bestimmte Region gelotst. Erst unmittelbar vor Beginn wird die konkrete Örtlichkeit z.B. per SMS bekannt gegeben.

In Bayern fanden im Jahr 2008 sieben rechtsextremistische Konzerte statt. Im Vorjahr waren im gleichen Zeitraum neun Konzerte begonnen bzw. durchgeführt worden. Die Teilnehmerzahl bei den Veranstaltungen lag zwischen 40 und 150 Personen. Obwohl die Organisation der Konzerte immer konspirativer erfolgt, ist zu erkennen, dass es den Veranstaltern bei weitem nicht mehr so oft gelingt, diese erfolgreich durchzuführen. Ursächlich ist der intensive Überwachungsdruck durch die zuständigen Sicherheitsbehörden. Die Veranstalter sind daher immer weniger bereit, das finanzielle Risiko eines Rechtsrock-Konzerts in Bayern zu tragen. Bayerische Rechtsextremisten weichen in der Folge als Konzertbesucher zunehmend ins europäische Ausland aus.



*Verhinderung von  
Veranstaltungen*

## 5. Revisionismus

### 5.1 Ziele

Der Revisionismus, der die Geschichtsschreibung über die Zeit des Dritten Reichs ändern will, ist zu einem Bindeglied zwischen den unterschiedlichsten rechtsextremistischen Strömungen geworden. Seinen Repräsentanten geht es allerdings nicht um die Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern gezielt um die mittelbare Rechtfertigung bzw. Aufwertung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft durch einseitige, relativierende oder verharmlosende Darstellung des NS-Regimes. Im Mittelpunkt der revisionistischen Agitation stehen die Leugnung des nationalsozialistischen Massenmords an europäischen Juden in Gaskammern deutscher Konzentrationslager während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust) sowie die Behauptung, Deutschland trage keine Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Auf diese Weise soll das auf seriöser Forschung beruhende Geschichtsbild propagandistisch untergraben werden, um die Deutschen von einem vermeintlich aufgezwungenen „Schuldkomplex“ zu befreien.

*Rechtfertigung  
der national-  
sozialistischen  
Gewaltherrschaft*

### 5.2 Entwicklung und Träger der Revisionismus-Kampagne

Revisionismus war von Anfang an eine internationale Erscheinung, wobei der Anstoß zunächst aus Frankreich und den USA kam. Seit Beginn der 1950er Jahre erschien eine große Anzahl von Büchern, die den historischen Nachweis führen wollten, dass es entgegen der Feststellung seriöser Forscher und Zeitzeugen keine Tötung von Juden in Gaskammern gegeben habe. Hervorzuheben ist hierbei das 1989 veröffentlichte „Gutachten“ des Amerikaners Fred A. Leuchter, wonach es in Auschwitz und einigen anderen Konzentrationslagern aufgrund der technischen Gegebenheiten nicht möglich gewesen sei, Menschen in Gaskammern zu töten.

*„Leuchter-Bericht“*

## 6. Exekutivmaßnahmen und Strafverfahren

### 6.1 Vereinsverbote

Der Bundesminister des Innern hat am 7. Mai die rechtsextremistischen Vereine „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV), „Internationales Studienwerk - Collegium Humanum e.V.“ (CH) und dessen Teilorganisation „Bauernhilfe e.V.“ verboten. Ferner wurden die entsprechenden Internet-Seiten der Vereine gesperrt.

*Verbot von  
VRBHV und CH*

Die Vereine wurden verboten, weil ihre Zwecke und Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwider liefen und sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und den Gedanken der Völkerverständigung richteten. Die Vereinstätigkeit bestand aus antisemitischer Propaganda, Leugnung des Holocausts und der Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Das rechtsextremistische Gedankengut wurde im Internet, in Druckerzeugnissen sowie in der vereinseigenen Liegenschaft des CH in Vlotho/Nordrhein-Westfalen verbreitet.

*Leugnung des  
Holocausts*

Das CH war 1963 vom früheren NS-Funktionär Werner Georg Haverbeck gegründet und zuletzt von dessen Witwe Ursula Haverbeck-Wetzel geleitet worden. Der Verein hatte als erklärtes Ziel die „Herbeiführung eines Volksaufstands“ und sah sich selbst „in einem Krieg gegen das bestehende System“.

Der „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten“ (VRBHV) war 2003 von Mitgliedern des CH unter Beteiligung international agierender Revisionisten gegründet worden. Der Verein verfolgte das Ziel, den wegen Verstößen gegen § 130 StGB und Leugnung des Holocausts Verurteilten Unterstützung im Rechtsstreit zu gewähren und wollte nach eigenem Bekunden die Wiederaufnahme aller Strafverfahren erreichen, die wegen der Leugnung des Holocausts zu Verurteilungen geführt haben.

In der Gründungserklärung des Vereins heißt es:

*„Es war der Beginn der großen Lüge, die endgültig zu Fall zu bringen Anliegen unseres Vereins sein wird: Der Auschwitz-Lüge.“*

## 6.2 Strafverfahren

Der Holocaust-Leugner Horst Mahler war einer der Aktivisten des VRBHV und des CH. Gegen Mahler fanden 2008 mehrere Gerichtsverfahren statt, die er erneut als Bühne zur Verbreitung seiner volksverhetzenden und mitunter holocaustleugnenden Thesen nutzte. Das Amtsgericht Erding hat ihn am 28. April wegen Volksverhetzung, Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten ohne Bewährung verurteilt. Gegenstand der Verurteilung war ein Interview Mahlers mit dem Magazin „Vanity Fair“ im Oktober 2007, das Michel Friedman, früherer Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, geführt hatte. Mahler hatte das Interview mit den Worten „Heil Hitler, Herr Friedman“ begonnen und im weiteren Verlauf den Holocaust

*Verfahren gegen  
Horst Mahler*

geleugnet. Im Verlauf des Prozesses nutzte Mahler seine Beweisanträge zur Holocaustleugnung und wurde daraufhin durch das Gericht zeitweilig von der Sitzung ausgeschlossen. Die Berufung Mahlers wurde durch das Landgericht Landshut am 11. Februar 2009 verworfen. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig.

Das Landgericht Cottbus/Brandenburg verurteilte Mahler am 22. Juli im Berufungsverfahren wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Freiheitsstrafe von elf Monaten, die - ebenso wie die im erstinstanzlichen Verfahren durch das Amtsgericht Cottbus ausgesprochene Strafe von sechs Monaten - nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde. Mahler hatte sich bei seinem Haftantritt am 15. November 2006 vor der Justizvollzugsanstalt Cottbus-Dissenchen von seinen Anhängern mit dem Ausruf „Heil Hitler“ verabschiedet und dabei den Hitlergruß gezeigt, als er wegen Volksverhetzung bis August 2007 eine neunmonatige Haftstrafe verbüßen musste. Das Urteil des Landgerichts Cottbus ist noch nicht rechtskräftig.

*Anklage wegen  
Volksverhetzung*

Am 8. Oktober wurde Mahler wegen Volksverhetzung vor dem Landgericht Potsdam angeklagt. Die Staatsanwaltschaft Cottbus wirft ihm vor, in diversen Internet-Veröffentlichungen aus den Jahren 2001 bis 2004 den Holocaust geleugnet zu haben. Mit Urteil vom 11. März 2009 wurde eine Gesamtfreiheitsstrafe von fünf Jahren und zwei Monaten verhängt; das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.



## 7. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Bayern	Ende 2008 Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
<b>1. Parteien einschließlich integrierter Vereinigungen</b>			
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 28.11.1964, Stuttgart	950	7.000	Deutsche Stimme (DS) monatlich, 35.000 (nach Eigenangaben)
Junge Nationaldemokraten (JN)	90	400	
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 1967, Nürnberg		Funktionärs- gruppe	
Deutsche Volksunion (DVU) 05.03.1987, München	800	6.000	(Publizistische Sprachrohre: siehe DSZ-Verlag)
Deutsche Volksunion e.V. einschließlich Aktionsgemeinschaften 16.01.1971, München			(siehe DVU)
<b>2. Neonazistische Organisationen und Zusammenschlüsse</b>			
Anti-Antifa Nürnberg 2006, Nürnberg	10		
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 02.07.1979, Frankfurt am Main	55	550	Nachrichten der HNG monatlich, 550
Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) 1989, Berlin	10		
Kameradschaft Augsburg 2004, Augsburg	10		
Kameradschaft München 2004, München	10		
Kameradschaft Main-Spessart 2006, Würzburg	5		
Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg 2006, Regensburg	10		
Kameradschaftsbund Hochfranken 2006, Hof/Wunsiedel	20		
Freie Nationalisten München 2005, München	15		
Sache des Volkes (SdV) 2008	5		
Freie Kameradschaft Erding 2008	5		

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Bayern	Ende 2008 Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
---	-------------------	-----------------------	---

### 3. Sonstige Organisationen

Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) 1960, München	40	500	Das Freie Forum vierteljährlich, 1.500
Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. Februar 1982, Starnberg	30	280	Huttenbriefe - für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht zweimonatlich, 4.000
Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV) September 1981, München		100	
Deutsches Kolleg (DK) 1994, Berlin/Würzburg		Funktionärs- gruppe	
„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) 2007, München	30		
„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) 2001, Nürnberg	Einzel- personen		
Augsburger Bündnis - Nationale Opposition e.V. 2001, Augsburg	Funktionärs- gruppe		Neues Schwaben unregelmäßig
Bürgerbewegung Pro München - patriotisch und sozial e.V. 2006, München	50		Bürgerbewegung Pro Mün- chen - patriotisch und sozial
Coburger Runde Coburg	loser Zusammenschluss		

### 4. Rechtsextremistische Jugend-Szenen

700

9.500

### 5. Verlage

Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag), München			National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ), wöchentlich, 32.000
Nation Europa Verlag GmbH 1953, Coburg			Nation & Europa - Deutsche Monatshefte monatlich, 18.000
Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg KG 1949, Pähl			Mensch und Maß zweimal monatlich, 2.000
VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH Stegen			Deutsche Geschichte

## 5. Abschnitt

# Linksextremismus

## 1. Allgemeines

### 1.1 Merkmale des Linksextremismus

Das ideologische Spektrum der Linksextremisten reicht von Anhängern des „wissenschaftlichen Sozialismus/Kommunismus“ in seiner klassischen Form über Sozialrevolutionäre mit unterschiedlichen diffusen Konzeptionen bis hin zu Anarchisten. Theoretische Grundlagen bilden im Wesentlichen die Werke von Marx und Lenin, aber auch von Trotzki, Stalin, Mao Tse-tung und anderen. Die Bestrebungen der Linksextremisten sind darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen, die sie als kapitalistisch, rassistisch und imperialistisch ansehen. An deren Stelle solle eine sozialistisch-kommunistische Diktatur oder die Anarchie, eine Gesellschaft frei von jeglicher Herrschaft, treten. Diese Bestrebungen sind verfassungsfeindlich, weil sie gegen die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen. Innerhalb des linksextremistischen Spektrums hat die Partei DIE LINKE. eine zunehmend exponierte Stellung; andere Gruppierungen veränderten sich in ihrer Relevanz nur geringfügig. Die Bedeutung der so genannten Antideutschen blieb gleich. Sie verbinden ein extremes Antifaschismusverständnis mit einer klaren pro-israelischen und pro-amerikanischen Haltung und stehen damit im Gegensatz zu Linksextremisten nach traditionellem Verständnis; gemeinsam ist allen jedoch das Thema Antifaschismus.

*Ideologisches  
Spektrum*

*Antideutsche*

Die Aktionsformen der Linksextremisten sind breit gestreut. Sie umfassen öffentliche Veranstaltungen, offene Agitation mittels Zeitungen, Flugblättern, elektronischen Kommunikationsmitteln, ferner Versuche der Einflussnahme in „bürgerlichen“ Institutionen bis hin zur Beteiligung an Wahlen. Darüber hinaus gibt es Linksextremisten, die politische Gewalt als ein legitimes und geeignetes Mittel sehen, ihre extremistischen Vorstellungen durchzusetzen.

*Aktionsformen  
der Linksextremisten*

In ihrer Propaganda stellen sich Linksextremisten als Vertreter einer hohen Moral, als Kämpfer gegen Unterdrückung und Verfechter von Frieden und sozialer Gerechtigkeit dar. Ihre politische Praxis zeigt

jedoch etwas anderes. Sie missachten demokratische Mehrheitsentscheidungen und das Gewaltmonopol des Staates.

Einige der linksextremistischen Gruppierungen bekennen offen, dass ihre Ziele nur unter Anwendung von Gewalt zu erreichen sind. Teilweise verüben sie Gewalttaten oder arbeiten zur Erreichung ihrer Ziele mit Gewalttätern zusammen.

### Agitationsthemen

Die wahren Ziele werden oftmals in Aktionsfelder und Themen eingebunden, die für sich betrachtet nicht extremistisch sind. Durch gewandte Agitation gelingt es Linksextremisten teilweise, den notwendigen Konsens aller Demokraten in der Ablehnung jeder Art politischen Extremismus zu durchbrechen. Für ihre Agitation und Mobilität bei Demonstrationen oder anderen Aktionen nutzen Linksextremisten auch die Vorteile der modernen Kommunikationsmöglichkeiten wie Handy und Internet. Zentrale Agitationsthemen der Linksextremisten waren Neonazismus/Faschismus, Globalisierung, Imperialismus, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Rassismus, Asyl- und Abschiebeproblematik, Arbeitslosigkeit und Sozialversorgung. Daneben unterstützten Linksextremisten weiterhin sozialrevolutionäre Bewegungen im Ausland.

## 1.2 Entwicklung der Organisationen

### Anstieg der Mitgliederzahlen

Die Gesamtzahl der Mitglieder linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Parteien und Gruppierungen in Bayern erhöhte sich auch im Jahr 2008 und setzte damit den Trend aus dem Jahr 2007 fort. Maßgeblich hierfür war erneut die steigende Zahl der Mitglieder der

Zahl und Mitgliederstärke linksextremistischer Organisationen in Bayern

	2006	2007	2008
Anzahl der Organisationen	38	38	40
<b>Organisierte linksextremistische Parteien und Gruppierungen</b>			
DIE LINKE., vormals: Die Linkspartei.PDS	600	2.200	3.000
DKP	400	400	340
Marxistische Gruppe (MG)	700	700	700
weitere Kernorganisationen	240	250	250
Nebenorganisationen	120	130	130
beeinflusste Organisationen	850	860	860
<b>Autonome, Anarchisten und Sozialrevolutionäre</b>			
	500	600	600
Linksextremisten insgesamt	3.410	5.140	5.880

Partei DIE LINKE. von etwa 2.200 auf 3.000. Die Mitgliederzahl der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) sank dagegen unter das Vorjahresniveau. Die Zahl der Anhänger autonomer Gruppen blieb gegenüber dem Vorjahr bei rund 600 konstant. Die Autonomen werden von anderen linksextremistischen Organisationen, auch der Partei DIE LINKE., als Bündnispartner für Aktionen akzeptiert.

*Konstante Anhängerschaft bei den autonomen Gruppen*

Die Entwicklung der Zahl linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Organisationen in Bayern und ihrer Mitgliederstärken ist aus der auf der Seite 156 abgedruckten Übersicht zu ersehen. Erkannte Mehrfachmitgliedschaften sind jeweils nur bei einer Organisation erfasst.

## 2. Organisierte linksextremistische Parteien und Gruppierungen

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen bemühen sich weiterhin, durch massive Kritik an den „herrschenden Verhältnissen“ und Forderungen nach „Fundamentalopposition“ ihren sozialistischen und kommunistischen Zielen näher zu kommen. Dabei gelingt es diesen nur begrenzt, die unterschiedlichen Ideologien und Strömungen zu bündeln. Die Partei DIE LINKE. erfährt Akzeptanz in Teilen der Gesellschaft und integriert als „Strömungspartei“ in ihren Reihen Linksextremisten verschiedener Richtungen.

*Versuch der Bündelung extremistischer Kräfte*

### 2.1 DIE LINKE.

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	76.100	3.000
Vorsitzende(r):	Prof. Dr. Lothar Bisky; Oskar Lafontaine	Eva Bulling-Schröter; Franc Zega
Umbenennung der SED:	16./17.12.1989	
Umbenennung der Linkspartei.PDS:	16.06.2007	
Gründung:		11.09.1990
Sitz:	Berlin	München
Publikationen:	„DISPUT“; „UTOPIE-kreativ“; „Mitteilungen der KPF“	

Eine Sonderstellung nimmt die Partei DIE LINKE. ein. Die ehemals in der DDR herrschende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hat sich nach der friedlichen Revolution und dem Zusammenbruch ihres Unrechtsregimes nicht aufgelöst. Sie beschloss am 16./17. Dezember

*Umbenannte SED**Erneute Umbenennungen**Extremismus-bezüge*

1989 in Berlin-Weißensee, sich in „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS)“ umzubenennen. Am 4. Februar 1990 wurde der Parteiname endgültig in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) geändert. Anlässlich einer außerordentlichen Tagung des 9. Parteitags am 17. Juli 2005 in Berlin wurde beschlossen, sich in „Die Linkspartei.PDS“ umzubenennen. Den Landesverbänden wurde es gleichzeitig freigestellt, die Zusatzbezeichnung „PDS“ zu führen. Im Parteistatut wurde als Kurzbezeichnung „Die Linke“ ebenfalls mit dem Zusatz „PDS“ festgelegt. Am 16. Juni 2007 trat die Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“ (WASG) der Linkspartei.PDS bei. Beide Parteien bildeten zusammen die Partei DIE LINKE.; mit der erneuten Namensänderung war kein neues Parteiprogramm verbunden. Auch wenn deren Führung bemüht ist, die Partei als linksdemokratische Alternative im Parteiensystem darzustellen, stellt sie nach wie vor die größte linksextremistische Organisation dar. Der Extremismusbezug ergibt sich dabei gerade aus der Gesamtschau getätigter Aussagen und ideologischer Positionen. Die Unvereinbarkeit der Ziele der Partei DIE LINKE. mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ergibt sich aus

- der Forderung der Überwindung der freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung,
- der Infragestellung der Volkssouveränität,
- dem Versuch der Delegitimation der rechtsstaatlichen Herrschaftsordnung,
- der Sympathiebekundungen gegenüber ausländischen terroristischen Vereinigungen sowie
- der Duldung und Unterstützung offen extremistischer Zusammenschlüsse und Gruppierungen innerhalb der Partei.

Die Partei DIE LINKE. beschränkt sich in ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen nicht auf eine Kritik an einzelnen Problemkreisen innerhalb der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, sondern fordert weitergehend die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und weitreichende Beschränkungen des Privateigentums. Hierdurch wird die verfassungsrechtlich geschützte Eigentumsgarantie in Frage gestellt. Die aktuelle Rückbesinnung auf Karl Marx und die Forderung nach Verankerung marxistischen Gedankenguts im neuen Parteiprogramm zeigt - im Gesamtkontext mit der ideologischen Herkunft der Partei - die mit dem Grundgesetz nicht vereinbare Zielvorstellung einer sozialistischen Staatsform.

*Rückbesinnung auf Karl Marx*

Die Partei DIE LINKE. betrachtet die Wertordnung des Grundgesetzes, nach der alle Macht vom Volk ausgeht, als ein systembedingtes Defizit und stellt damit das Prinzip der Volkssouveränität in Frage. Die Bildung von - an Entscheidungen zu beteiligenden - Wirtschafts- und Sozialbeiräten soll, wie es beispielsweise das Landtagswahlprogramm der Partei in Bayern fordert, korrigierend wirken. Dahinter stehen räte-demokratische Vorstellungen, die mit dem Prinzip der Volkssouveränität nicht in Einklang zu bringen sind.

*Räte-demokratische  
Vorstellungen*

Die Partei DIE LINKE. delegitimiert die rechtsstaatliche Herrschaftsordnung, indem sie „notwendige Alternativen“ zur Politik der Herrschenden - die gegen das Volk gerichtet sei - fordert. Wiederholt wurde der als „bürgerlich“ geschmähte Staat verbal angegriffen, dem es nach innen um Repression und nach außen um Militarismus oder Imperialismus ginge. Dabei werden auch Vorstellungen vertreten, wonach es eines Korrektivs des Parlamentarismus bedarf, der ungerechte und unsoziale Entscheidungen produziere.

Die Partei DIE LINKE. akzeptiert und unterstützt offen extremistische Zusammenschlüsse und Vereinigungen in der Partei, wie beispielweise die Kommunistische Plattform (KPF), das Marxistisches Forum (MF) und „marx21“. Diese Zusammenschlüsse sind auf verschiedenen Parteienebenen durch Angehörige in einschlägigen Funktionen (u.a. Bundes- und Landesvorstandsmitglieder, Mandatsträger) repräsentiert. Daneben arbeitet die Partei auf kommunaler Ebene weiterhin mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zusammen und bietet ihr auf Kommunalwahllisten ein Forum.

*Extremistische  
Zusammenschlüsse  
in der Partei*

Die Partei DIE LINKE. distanziert sich offiziell von Gewalt als Mittel der Politik. Tatsächlich arbeitet sie seit Jahren punktuell, aber kontinuierlich, mit gewaltbereiten Linksextremisten zusammen. Wiederholt wurden autonome Aufzüge und Kundgebungen von Angehörigen der Partei DIE LINKE. angemeldet; auch als Versammlungsleiter traten diese Personen für die autonome Szene in Erscheinung. Daneben gibt es Aktionsbündnisse einzelner Vertreter oder Gliederungen der Partei mit gewaltbereiten Autonomen bei Kundgebungen und Demonstrationen.

*Aktionsbündnisse  
mit gewaltbereiten  
Autonomen*

Die Partei DIE LINKE. sympathisiert seit Jahren mit der terroristischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und fordert in Deutschland die Aufhebung aller Verbotsmaßnahmen gegen diese Partei und ihre Nachfolgestrukturen.

Der parteinahe Studierendenverband DIE LINKE.SDS fordert die Anerkennung der terroristischen kolumbianischen Vereinigung Fuerzas

Armadas Revolucionarias de Columbia (FARC) als Kriegspartei und die Streichung dieser Guerillabewegung aus der Terrorliste der Europäischen Union.

### 2.1.1 Ideologische Ausrichtung

Der Vorsitzende der Linkspartei.PDS, Prof. Dr. Lothar Bisky betonte anlässlich des Zusammenschlusses beider Parteien im Juni 2007 ausdrücklich:

*„Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, ... (...) Wir stellen die Systemfrage! (...) Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE. - wir stellen die Systemfrage.“*

„Systemfrage“

Der am 16. Juni 2007 gewählte und am 25. Mai 2008 bestätigte Vorsitzende der Partei DIE LINKE. hielt damit für beide Fusionskandidaten, also Linkspartei.PDS und WASG, an der Zielvorstellung einer Systemveränderung fest. Diese Umgestaltung soll nach den Vorstellungen der Partei zuvorderst die Eigentumsfrage betreffen. Das im Oktober 2003 in Chemnitz verabschiedete - dritte und gegenwärtig noch nicht widerrufenes - Parteiprogramm stellt fest, dass die Linkspartei.PDS ein Zusammenschluss unterschiedlicher linker Kräfte sei, die - bei allen Meinungsverschiedenheiten - darin übereinstimmten, dass die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden müsse.



Der Partei DIE LINKE. ist es nach dem Redebeitrag ihres gleichberechtigten Bundesvorsitzenden Oskar Lafontaine auf dem 1. Bundesparteitag am 24. und 25. Mai in Cottbus wichtig, „die Erfahrungen der Arbeiterbewegung in kapitalistischen Gesellschaften aufzuarbeiten“. Das politische Vermächtnis von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verpflichtete die Partei „heute mehr denn je“. Gegenwärtig herrsche im Land ein „finanzmarktgetriebener Kapitalismus“. Wolle DIE LINKE. als demokratische und soziale Erneuerungsbewegung die Demokratie retten, so sei es unverzichtbar, „dem sich immer schneller drehenden Rad des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus in die Speichen“ zu greifen und seine zentralen Voraussetzungen in Frage zu stellen.

Gegen  
Kapitalismus

Lehrgebäude des  
Marxismus

Seine Rede spiegelt das Ideologieverständnis der Gesamtpartei wider. Er verteidigte das Lehrgebäude des Marxismus, unterstrich die zentrale



und herausragende Bedeutung der Arbeiterbewegung und forderte eine weitreichende gesamtgesellschaftliche Veränderung:

*„... und hat man ein Bild von einer neuen Gesellschaftsordnung, dann gilt es, die Veränderungsmöglichkeiten der Gesellschaft zu prüfen. Marx sagte dazu: ‚Eine Gesellschaftsordnung geht nie unter, bevor alle Produktionskräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.‘“*

Im Zeichen der von der Partei eingeforderten „Systemüberwindung“ plädierte er für elementare Eingriffe in Formen der privaten Eigentumsverfügung zugunsten einer Ausweitung öffentlicher Eigentumsformen. „Ebenso wichtig weil systemverändernd, ja systemüberwindend“ sei eine andere Verteilung des Zuwachses des Betriebsvermögens. Zu einer klaren Grenzziehung zum Kernbestand privaten Eigentums zeigen sich bislang weder Partei noch Funktionäre imstande.

*Eingriffe ins  
private Eigentum*

In dem Parteitagsbeschluss „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“ heißt es hinsichtlich der angestrebten Überwindung der Gesellschaftsordnung:

*Überwindung  
der bestehenden  
Gesellschafts-  
ordnung*

*„Die neue LINKE eint die Auffassung, dass die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse nicht das letzte Wort der Geschichte sind, dass demokratischer Sozialismus möglich und nötig ist, ... (...) Eine Gesellschaft, die sich in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehen immer stärker von wenigen großen wirtschaftlichen Machtzusammenballungen abhängig macht, ist für die Partei DIE LINKE. keine erstrebenswerte Gesellschaft, sondern die Aufforderung, die Frage nach den Regeln des Systems zu stellen und über das bestehende System hinauszugehen. (...) Die politische und die gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit der neuen LINKEN wird davon bestimmt, dass sie in Kenntnis der Geschichte sozialistischer, sozialdemokratischer, kommunistischer und anderer linker Parteien und ihrer Lehren die programmatischen Grundlagen für einen demokratischen Sozialismus entfaltet.“*

Im Zuge wiederkehrender Bekenntnisse zum „demokratischen Sozialismus“ wird immer auch Bezug auf das Chemnitzer Parteiprogramm vom Oktober 2003 und damit auf die Überwindung der kapitalistischen Eigentumsordnung genommen. So heißt es in den beim Zusammenschluss von der Linkspartei.PDS und der WASG im Jahr 2007 einbezogenen „Programmatischen Eckpunkten“:

*„Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten ein - niedergelegt in ihrem Chemnitzer Parteiprogramm.“*



*Festhalten am  
„Manifest der  
Kommunistischen  
Partei“*

Das gegenwärtig gültige Chemnitzer Grundsatzprogramm beschränkt sich in seiner ideologischen Zielsetzung für eine sozialistische Ordnung nicht auf die Eigentumsfrage. Es hält vielmehr am „Manifest der Kommunistischen Partei“, der Lehre von Marx und Engels sowie an Rosa Luxemburg fest. Die Partei stellt sich in die Tradition der revolutionären kommunistischen Arbeiterbewegung und wendet sich „aus historischer Erfahrung“ entschieden gegen jegliche Form von „Antikommunismus“. Sie ist in großen Teilen auch weiterhin vom gescheiterten Sozialismusversuch der früheren DDR überzeugt. Der Unrechtsgehalt des SED-Regimes wird zugleich durch die Betonung „sozialer Errungenschaften der DDR“ relativiert; es wird dabei hervorgehoben, dass der „Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung“ für den Osten keiner „Entschuldigung“ bedürfe und die „antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und das spätere Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten“ in „berechtigtem Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus in Westdeutschland“ gestanden hätten. Im Bestreben um das gesellschaftliche Endziel kämpft die Partei für die Überwindung der als „Kapitalismus“ diffamierten bestehenden Gesellschaftsordnung.

Der Bundesvorsitzende Oskar Lafontaine kündigte in einem Interview im April an, in das geplante neue Parteiprogramm Passagen des „Kommunistischen Manifests“ von Karl Marx aufnehmen zu wollen. Die Sätze dieser Kampfschrift seien nach seiner Meinung „doch hochaktuell“. In Frage käme dabei nach seiner Ansicht folgende Textpassage:

*„... die Bourgeoisie, das Kapital, hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohl erworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“*

*Ideologische  
Nähe zum Marxis-  
mus-Leninismus*

Auch die Verwendung marxistischer Kernbegriffe lässt erkennen, dass die Partei eine ideologische Nähe zum Marxismus-Leninismus sucht. Im Besonderen wird in den „Programmatischen Eckpunkten“ mehrfach Bezug auf die Klasse bzw. den „Klassenkampf“ genommen.

Das demokratische Verständnis der universellen, unteilbaren Gültigkeit der Grund- und Menschenrechte findet in der Partei DIE LINKE. nicht immer und uneingeschränkt Zustimmung. Verletzungen dieser Rechte in sozialistischen Staaten werden mitunter relativiert oder auch mit der besonderen Lage dieser Staaten in der globalisierten Welt des Kapita-

lismus begründet. Die Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí in der Partei beispielsweise bejaht den Sozialismus kubanischer Prägung und hebt dort eingeräumte soziale Rechte hervor. Die Repräsentantin der Kommunistischen Plattform (KPF) in der Partei Die LINKE., die Europaabgeordnete Sahra Wagenknecht, äußert sich zu diesem Thema wie folgt:

*Solidarität  
mit Kuba*

*„Ländern wie Kuba gehört unsere Solidarität. Die Menschenrechte dürfen nicht instrumentalisiert werden, um soziale Entwicklungen abzublocken.“*

Derartige Vorstellungen finden sich auch in dem Beschluss des Bundesausschusses der Partei „Zur Haltung der Partei DIE LINKE. zu Kuba und der aktuellen Entwicklung der Linken in Lateinamerika“ vom 21. September wieder. Dazu wird betont:

*„Die Partei DIE LINKE. erklärt sich solidarisch mit den Bewegungen gegen Neoliberalismus in Lateinamerika und dem Kampf des kubanischen Volkes zur Verteidigung seiner Revolution, seiner nationalen Souveränität und seines Rechtes auf eine selbstbestimmte Entwicklung. (...) Im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag wird die Partei DIE LINKE darauf hinwirken, dass ... die USA-Strategie, die auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas, Kubas und anderer Länder Lateinamerikas und auf den Sturz demokratisch legitimer Regierungen setzt, zurückgewiesen wird ... (...) Die solidarische Haltung der Partei DIE LINKE. gegenüber den fortschrittlichen Bewegungen in Lateinamerika findet ihren konkreten Ausdruck insbesondere in der Fortführung der politischen und materiellen Solidaritätskampagnen der AG Cuba Sí ‚Milch für Kubas Kinder‘ und ‚Kuba muss überleben‘.“*

Unvereinbar mit der verfassungsrechtlich geschützten parlamentarischen repräsentativen Demokratie ist außerdem das Bekenntnis der Partei zum außerparlamentarischen Kampf sowie zum Widerstand gegen die „Herrschenden“ und „gegebenen Verhältnisse“. Diese Positionen kommen auch in den „Programmatischen Eckpunkten“ zum Ausdruck. Das Eckpunktepapier stellt den Vorläufer des geplanten neuen Programms der Partei DIE LINKE. dar und spiegelt wesentliche Ziel- und Leitvorstellungen der Linkspartei.PDS wider. Dazu gehört auch die inhaltliche Wiedergabe des Prinzips des „strategischen Dreiecks“, das sich zusammensetzt aus parlamentarischer Opposition und außerparlamentarischem Widerstand sowie „über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen“. Es beinhaltet auch die Zusammenarbeit mit autonomen Gruppierungen.

*Eckpunktepapier*

*Prinzip des „strategischen Dreiecks“*

Die Beseitigung des Kapitalismus, die Überwindung des mit ihm verbundenen politischen Systems der Freiheit und der Demokratie im Sinn des Grundgesetzes sowie die Errichtung einer neuen „sozialistischen Gesellschaft“ gehören zu den Zielen der Partei, die vor allem außerparlamentarisch erreicht werden müssten. Eine Vielzahl von Mitgliedern

*Ziele der Partei*

und Funktionären der Partei sind in außerparlamentarische, auch extremistische Gruppen, eingebunden. Repräsentanten der Partei reihen sich als Redner und Demonstranten in Veranstaltungen außerparlamentarischer Bewegungen ein und vertreten dort auch linksextremistisches Gedankengut (vgl. auch Nummern 2.2.4.1, 2.4 und 3.3.1 dieses Abschnitts).

*Strömungspartei  
linker Kräfte*

Die Partei DIE LINKE. versteht sich konsequenterweise als linke „Strömungspartei“ für sozialistische Gruppen und Personen, die die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland kritisieren und ablehnen. Dies bedeutet, dass auch kommunistische bzw. trotzkistische Gruppen - wie beispielsweise die KPF, das MF oder die Gruppierung „marx21“ - unterstützt und der Vereinigung Sozialistische Alternative Voran (SAV) ein Forum geboten werden. Auf kommunaler Ebene gibt es zudem eine punktuelle Zusammenarbeit mit der DKP sowie anlassbezogen auch gemeinsame Aktivitäten mit gewaltbereiten Autonomen.

*Keine Neuausrichtung  
nach Beitritt  
der WASG*

Im Zuge des Zusammenschlusses von WASG und Linkspartei.PDS zur Partei DIE LINKE. war es der Linkspartei.PDS gelungen, wesentliche ideologische und programmatische Inhalte beizubehalten. Eine grundsätzliche programmatisch-inhaltliche Neuausrichtung war damit nicht verbunden und ist auch jetzt nicht im Gespräch. Zugleich lässt die personelle Besetzung entsprechender Funktionen innerhalb der Partei - schon bei der Wahl des ersten Parteivorstands der Partei DIE LINKE. im Juni 2007 brachte die Linkspartei.PDS nahezu geschlossen ihren letzten Parteivorstand ein - keine Neuausrichtung erwarten.

*Neuwahl des  
ParteiVorstands*

Auf der 1. Tagung des 1. Bundesparteitags der Partei DIE LINKE. am 24. und 25. Mai in Cottbus wurden bei der Wahl des Parteivorstands Prof. Dr. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine in ihren Ämtern als gleichberechtigte Parteivorsitzende bestätigt. Auch Bundesgeschäftsführer Dr. Dietmar Bartsch und Bundesschatzmeister Dr. Karl Holluba erhielten erneut das Vertrauen der Delegierten. Fast alle Personen, die bereits in der Vergangenheit in Führungspositionen der Linkspartei.PDS tätig waren, befinden sich auch weiterhin im 44 Mitglieder umfassenden Parteivorstand. Die erneute Wahl der Europaabgeordneten und Mitglied des Bundeskoordinierungsrats der KPF, Sahra Wagenknecht, in die Führungsspitze zeigt, dass die Partei noch immer nicht auf Kommunisten im Führungskader verzichten will. Als Vorstandsmitglieder wurden auch Christine Buchholz und Janine Wissler von der trotzkistischen Vereinigung „marx21“ sowie Thies Gleiss von der marxistischen Vereinigung „internationale sozialistische linke“ (isl) wiedergewählt. Als Beleg

für die enge Verzahnung mit der Gesamtpartei sind der parteinahe Jugendverband Linksjugend [‘solid] und der Sozialistisch-demokratische Studierendenverband DIE LINKE.SDS mit jeweils einem Mitglied vertreten. Mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Klaus Ernst und Anny Heike gehören nunmehr nur noch zwei bayerische Repräsentanten dem Parteivorstand an; Fritz Schmalzbauer gelang die Wiederwahl nicht.

Der Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky betonte in seiner Rede, dass DIE LINKE. eine internationalistische Partei bleibe und die Zusammenarbeit mit den Linken in Latein- und Südamerika intensivieren wolle. Innenpolitisch habe der Einzug seiner Partei in vier westliche Landtage die Republik verändert. Der innerparteiliche Umgang müsse verbessert werden. Er forderte eine offene politische Debatte in der Partei; einen Machtkampf zwischen ideologischen „Strömungen“ brauche man nicht.

*Innerparteilicher  
Umgang*

Im Parteitagsbeschluss „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“ wurde zusätzlich festgelegt, dass künftig Kandidaten der Partei DIE LINKE. bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen - nicht jedoch bei Wahlen auf kommunaler Ebene - keiner weiteren Partei mehr angehören dürfen. Damit trug man der Affäre um die niedersächsische Landtagsabgeordnete Christel Wegner und auch einer inzwischen geänderten Gesetzeslage Rechnung. Die niedersächsische Abgeordnete war als DKP-Mitglied auf der Liste der Partei DIE LINKE. gewählt worden. Weil sie in einem Interview den Bau der Berliner Mauer verteidigt und die Wiedereinführung eines Staatssicherheitsdienstes wie in der DDR befürwortet hatte, war sie aus der Fraktion der Partei DIE LINKE. im Niedersächsischen Landtag ausgeschlossen worden.

*Festlegungen  
hinsichtlich der  
Kandidaturen  
bei Wahlen*

### 2.1.2 Organisation

DIE LINKE. ist eine auf Bundesebene organisierte Partei mit Sitz in Berlin. Sie gliedert sich in Landes-, Kreis- und Ortsverbände. Bundesweit verfügt sie über rund 76.100 Mitglieder (2007: 69.200). Zahlreiche Mitglieder der Partei DIE LINKE. waren früher Mitglieder der ehemaligen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) der DDR, darunter auch Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

*Anstieg der  
Mitgliederzahl*

### 2.1.3 Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften

Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften sowie ähnliche innerparteiliche Zusammenschlüsse sind wesentlich für die Bündnis- und Integrationspolitik der Partei. Sie wirken im Rahmen des Statuts in der

### Integrale Bestandteile der Partei

Partei, können sich eigene Satzungen geben und können ihre politischen Ziele in der Partei offen vertreten. Sie sind integrale Bestandteile der Partei. Die Partei DIE LINKE. muss sich deshalb die Tätigkeit der Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften wie auch das Wirken der sonstigen innerparteilichen Zusammenschlüsse sowie die Äußerungen ihrer Mitglieder als Gesamtpartei zurechnen lassen. Plattformen sind in der Regel Zusammenschlüsse mit gemeinsamer Ideologie, während Arbeits- und Interessengemeinschaften themenbezogen auf wichtigen Aktionsfeldern tätig werden.

### Marxistisches Forum (MF)

Wichtige Zusammenschlüsse sind das 1995 in Berlin gegründete, orthodox-kommunistisch ausgerichtete Marxistische Forum (MF) sowie das Netzwerk „marx21“, das im September 2007 aus der bis dahin unabhängigen, trotzkistischen Organisation „Linksruck-Netzwerk“ hervorging und sich seitdem als eigene Gruppierung in der Partei versteht. Christine Buchholz, Mitglied von „marx21“ und des zwölf Personen umfassenden Geschäftsführenden Parteivorstands der Partei DIE LINKE., bezog im Vorfeld des Cottbuser Bundesparteitags Stellung im Hinblick auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. In dem auch im Internet publizierten Artikel vom 11. April, mit dem sie gleichzeitig auch „Orientierungshilfen“ für die künftige Arbeit der Partei DIE LINKE. verbreitete, heißt es:

*„Einen Politikwechsel schafft die LINKE nicht mit der strategischen Orientierung auf das Parlament, sondern auf soziale und politische Kämpfe. (...) Keine Fraktion ohne Aktion. Die Parlamentsfraktionen können einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung linker Politik leisten, wenn sie verwurzelt sind in den außerparlamentarischen Bewegungen und deren Stärkung zum Ziel haben.“*



### Bekanntnis zum Marxismus-Leninismus

Von den zahlreichen weiteren innerparteilichen Gruppierungen hebt sich insbesondere die Kommunistische Plattform (KPF) der Partei DIE LINKE. ab. Mitglied des Bundeskoordinierungsrats der KPF und Spitzenfunktionärin des Zusammenschlusses ist die Europaabgeordnete Sahra Wagenknecht, die anlässlich des Bundesparteitags am 24. und 25. Mai in Cottbus mit einer Zustimmung von 70,5 % der Delegiertenstimmen ihre Bestätigung als Vorstandsmitglied in der Parteiführung fand.

Die am 30. Dezember 1989 gegründete KPF der Partei DIE LINKE. - ihr sind nach eigenen Angaben etwa 900 Mitglieder zuzurechnen - ist eine marxistisch-leninistische Organisation. Sie betrachtet die DKP (vgl. auch Nummer 2.2 dieses Abschnitts) als natürliche Verbündete. Innerhalb der Partei DIE LINKE. ist die KPF die Gruppierung, die sich am deutlichsten zum Kommunismus bekennt. Sie strebt die Fortsetzung marxistischer und leninistischer

tischer Politik, also die Diktatur des Proletariats, an. In ihren Gründungs-thesen betonte sie:

*„Die revolutionäre Arbeiterbewegung mit dem Wissenschaftlichen Kommunismus, mit dem Marxismus-Leninismus, zu verbinden, aufgrund der marxistisch-leninistischen Analyse der realen Gesellschaftsentwicklung Strategie und Taktik zu bestimmen und Politik zu organisieren - ist vornehmste Aufgabe der Kommunisten und sie bleibt es.“*

Ziel der KPF ist nach ihrer programmatischen Erklärung die revolutionäre Transformation der alten, der Klassengesellschaft, in eine neue, klassenlose Gesellschaft.

*Ziel der KPF*

Die KPF strebt eine enge Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Parteien und Organisationen an und sucht die Beteiligung an außerparlamentarischen Initiativen, insbesondere in dem von ihr in kommunistischer Ideologie verstandenen Antifaschismus. Das in der Bundesrepublik Deutschland bestehende politische System wird nach wie vor abgelehnt; die KPF strebt nach einem anderen, sozialistischen Staatsgebilde.

In dem auf der 1. Tagung der 14. Bundeskonferenz der KPF am 26. April in Berlin verabschiedeten Beschluss „Schwerpunktaufgaben der Kommunistischen Plattform in den nächsten Monaten“ wird als wesentliche Aufgabe gesehen, im künftigen Programm der Partei DIE LINKE. die „eindeutige gesellschaftliche Alternative zum kapitalistischen Gesellschaftssystem“ zu verankern. Mit Blick auf den Bundesparteitag der Partei DIE LINKE. in Cottbus wurde in dem Beschluss zugleich gefordert, die im Leitantrag für den Parteitag enthaltene Formulierung zu streichen, dass auf Wahllisten der Partei DIE LINKE. neben eigenen Mitgliedern nur noch parteiungebundene Persönlichkeiten kandidieren dürfen, mithin keine Angehörigen anderer Parteien - also auch nicht Mitglieder der DKP - als Kandidaten zugelassen wären. Diese Forderung ist als Schulterschluss mit der DKP anzusehen. Neben einer Forcierung der Mitgliedergewinnung soll die Zusammenarbeit mit marxistisch-orientierten Kräften innerhalb und außerhalb der Partei, vor allem mit der DKP, intensiviert und ein verstärktes Engagement in antifaschistischen Bündnissen gezeigt werden.

*14. Bundeskonferenz der KPF*

In einem am Vortag, dem 25. April, veröffentlichten Interview zweifelt Sahra Wagenknecht an, dass die Bundesrepublik Deutschland demokratisch ist:

*„Aber wirkliche Demokratie gibt es im Kapitalismus so wenig wie in der DDR. Dafür ist die Macht der Wirtschaftslobbys viel zu groß. Viele Freiheitsrechte setzen voraus, dass man sie sich leisten kann.“*

*Interview mit Sahra Wagenknecht*

Auf die Zwischenfrage, ob sie die Bundesrepublik Deutschland nicht für demokratisch halte, antwortete sie:

*„Sie können heute das Parlament wählen, aber die Entscheidungen, die in den Zentralen der Dax-Konzerne fallen, sind von ungleich größerer Relevanz.“*

Ein in den Mitteilungen der KPF vom Mai veröffentlichter Bericht des Bundessprecherrats der KPF über die 1. Tagung der 14. Bundeskonferenz lässt eine klare Distanzierung von der ehemaligen DDR und des dort herrschenden Unrechtsregimes nicht erkennen. In Anspielung auf die Geschichte der DDR räumt die KPF zwar partiell „Fehler der DDR“ ein, bringt aber zugleich eine Verteidigungsstrategie ins Spiel:

*„Die Haltung zur Geschichte widerspiegelt immer auch die Einstellung zur Zukunft. Eben deshalb sollten wir uns zur Legitimität der Herausbildung sozialistischer Gesellschaftsformationen im 20. Jahrhundert bekennen, darunter auf deutschem Boden, so unvollkommen und mit Fehlern belastet die Entwicklung der DDR in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz bis zu ihrem Zusammenbruch auch war.“*

Dem Bericht des Bundessprecherrats zufolge sei zudem die Errichtung der Mauer „zu einer Existenzfrage für die DDR und für die Erhaltung des Friedens, zumindest in Europa,“ notwendig gewesen.

Auch in Bayern ist ein landesweiter Zusammenschluss der KPF bekannt.

#### 2.1.4 Linksjugend [‘solid]

Am 19. Juni 1999 wurde in Hannover der Jugendverband [‘solid] - die sozialistische Jugend gegründet. Der Name steht für „**sozialistisch, links und demokratisch**“. Vom Parteivorstand der seinerzeitigen PDS wurde der Jugendverband im Jahr 2002 als PDS-nah anerkannt und seitdem materiell wie auch ideell gefördert. Seit dem 20. Mai 2007 heißt die Vereinigung Linksjugend [‘solid]. Der Sitz ihrer Bundesgeschäftsstelle liegt in der Zentrale der Partei DIE LINKE. in Berlin.

*Umbenennung*



Eigenen Angaben zufolge definiert sich die Organisation als ein sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer und feministischer Jugendverband. Er greife in die gesellschaftlichen Verhältnisse ein und sei Plattform für kapitalismuskritische, selbstbestimmte und rebellische Politik. Als Teil emanzipatorischer Bewegungen suche er die Kooperation mit anderen BündnispartnerInnen. Der Jugendverband strebe eine enge Zusammenarbeit mit gleichgesinnten politischen Jugendstrukturen auf internationaler und insbesondere auf europäischer Ebene an. Im



Mittelpunkt der Tätigkeit des Jugendverbands würden politische Bildung, der Eintritt in eine politische und kulturelle Offensive und die politische Aktion stehen.

Der 1. Bundeskongress der Linksjugend [‘solid] vom 4. bis 6. April in Leipzig wählte einen neuen BundessprecherInnenrat (Vorstand). Unter den zehn Angehörigen dieses zwischen den Bundesdelegiertenkonferenzen höchsten Organs des Jugendverbands befinden sich überwiegend bisherige Funktionäre und Mitglieder von [‘solid] und der Linkspartei.PDS. Als bayerisches Vorstandsmitglied wurde Max Steininger, der auch als Aktivist der trotzkistischen Gruppierung „marx21“ in Erscheinung tritt, wiedergewählt.

1. Bundeskongress  
in Leipzig

In der Debatte um das am 5. April beschlossene neue Programm des Jugendverbands nahmen Überlegungen zur Transformation von Staat und Gesellschaft einen breiten Raum ein, die ein Delegierter wie folgt beschrieb:

Neues Programm

*„Die Linksjugend [‘solid] streitet für die Überwindung des Kapitalismus. Die Frage nach Reform oder Revolution ist dabei für den Jugendverband kein Widerspruch, sondern Grundlage für eine breite gesellschaftliche Bewegung. Die Linksjugend [‘solid] kämpft auf allen Ebenen für eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweisen und Eigentumsverhältnisse und für eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft, in der alle Menschen gemeinsam über den Einsatz von Produktionsmitteln entscheiden.“*

Im beschlossenen Programm des parteinahen Jugendverbands der Partei DIE LINKE. wird ein grundsätzlicher Systemwechsel unter Überwindung kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse gefordert:

Forderung nach  
„Systemwechsel“

*„Wir wollen nicht weniger als die Welt verändern! (...) Als SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen kämpfen wir für eine libertäre, klassenlose Gesellschaft jenseits von Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat. (...) Wir streiten für einen grundsätzlichen Systemwechsel - aber wir setzen auch mit radikalen Alternativen im Hier und Jetzt in der konkreten Lebenswelt junger Menschen an. (...) Linke Organisation ist für uns kein Hobby oder eine jugendliche Phase, sondern notwendiger Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse. (...) Natürlich wollen wir den Kapitalismus zerstören. Aber diesem Zerstörerischem ruht auch etwas Schöpferisches inne. Widerstand bedeutet, Alternativen zu schaffen.“*

Der Verband versteht sich als Teil eines politischen Blocks der Linken - einer Bewegung für Demokratie und Sozialismus. Kritik gegenüber der Partei DIE LINKE. sei genauso selbstverständlich wie eine solidarische Zusammenarbeit. Man arbeite für eine vernetzte, breite Linke, die die Kraft besitze, die Gesellschaft tatsächlich zu verändern.



In Bayern verfügt die Linksjugend [‘solid] über einen Landesverband mit zahlreichen Ortsgruppen. Am 2. April hat sich die Ortsgruppe Erlangen neu gegründet. Vom 6. bis 27. September unterstützte der Jugendverband mit einer Bustour aktiv den Landtagswahlkampf der Partei DIE LINKE.. Die Zahl der Mitglieder im Landesverband Bayern der Linksjugend [‘solid] beläuft sich auf rund 800 Personen.

### 2.1.5 Die Linke. Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband (DIE LINKE.SDS)

Vom 4. bis 6. Mai 2007 gründeten in Frankfurt am Main rund 100 Personen den Hochschulverband „Die Linke. Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband“ (DIE LINKE.SDS). Der Sitz des Verbands ist die Parteizentrale der Partei DIE LINKE. in Berlin. Als Organ erscheint die seit Mitte 2008 umbenannte Zeitung „critica“; zuvor war eine Hochschulzeitung unter dem Namen „die linke.campus“ herausgegeben worden.



In der Präambel der Satzung bekennt sich der Hochschulverband „zu den Grundsätzen der Partei DIE LINKE.“ und des Jugendverbands „Linksjugend [‘solid]“ (vgl. auch Nummer 2.1.4 dieses Abschnitts). Er versteht sich als parteinaher Richtungsverband der Partei DIE LINKE. und zugleich betrachtet er sich als eine Arbeitsgemeinschaft dieses Jugendverbands mit Sonderstatus. Im Programm - als „Selbstverständnis des Studierendenverbands DIE LINKE.SDS“ bezeichnet - heißt es:

*„Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte. Wir stehen für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und stellen ihr unsere handlungsbestimmende Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft entgegen.“*

Für die Einführung des allgemeinpolitischen Mandats der Studentenschaft werde man kämpfen. Andere linke Hochschulgruppen und Gewerkschaften seien „wichtige Akteure“, mit denen zusammengearbeitet werden soll. Auch mit antifaschistischen Gruppen sehe man sich verbunden. Ungeachtet der Nähe zur Partei DIE LINKE. werde man jedoch auf politischer und organisatorischer Autonomie beharren, eigene politische Positionen gegenüber der Partei offensiv vertreten, intellektuelle Freiräume bewahren und bildungspolitische Forderungen in die Partei einbringen. Auf dem Bundesparteitag der Partei DIE LINKE. am 24. und 25. Mai in Cottbus wurde eine Angehörige von DIE LINKE.SDS in den Parteivorstand gewählt.

Anlässlich des Bundeskongresses des Studierendenverbands vom 20. bis 22. Juni in Marburg/Hessen, an dem 46 Delegierte von 29 Hoch-

Zusammenarbeit  
mit „wichtigen  
Akteuren“

Bundeskongress  
in Marburg

schulgruppen teilnahmen, wurde ein neuer 10-köpfiger Bundesvorstand gewählt; ein Vorstandsmitglied ist zugleich Angehöriger der trotzkistischen Gruppierung „marx21“. Mit dem Beschluss „Marx an die Hochschule“ wird den Hochschulgruppen bundesweit eine Veranstaltungstour unter dem Motto „Marx neu entdecken“ zur Verfügung gestellt. Die Tour ist als Auftakt für bundesweite Lesekreise gedacht, die sich eingehend mit marxistischer Theorie beschäftigen sollen.



Der Bundeskongress vom 5. bis 7. Dezember in Bochum stand im Zeichen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Unter dem Tagungs-Motto „Die Systemfrage stellen! Alternativen zum Kapitalismus entwickeln.“ wurde auch ein „Appell an DIE LINKE.“ verabschiedet, der die ideologische Nähe zur Partei DIE LINKE. kennzeichnet. In dem Beschluss heißt es:

*Bundeskongress  
in Bochum*

*„Der Bundeskongress als höchstes Gremium des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS appelliert an die Partei DIE LINKE., die derzeitige weltweite Finanzkrise offensiver zu nutzen und deutlicher das bestehende Wirtschaftssystem dadurch infrage zu stellen, indem Systemalternativen intensiver von ihr angesprochen werden. Der Bundeskongress weist auf den gerade äußerst günstigen Moment hin, mit antikapitalistischen Positionen an die Öffentlichkeit zu treten.“*

DIE LINKE.SDS gibt sich offenkundig mit der bisher erhobenen Kapitalismuskritik der Partei DIE LINKE. nicht mehr zufrieden. Um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu bekämpfen, dürfe die Partei nicht bei Forderungen nach Stabilisierung stehen bleiben. Die „Systemfrage“ stellt der Studierendenverband auch weiterhin im Schulterschluss mit der Gesamtpartei.

*„Systemfrage“*

Einem Bericht der Zeitung „die linke.campus“, Ausgabe Nummer 4/2008, zufolge unterhält DIE LINKE.SDS Verbindungen zu Funktionären ausländischer sozialistischer und kommunistischer Parteien, so insbesondere zur „Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas“ (PSUV) und zur „Kommunistischen Partei Venezuelas“ (PCV). Anlässlich einer am 23. Februar gestarteten Reise einer 30-köpfigen Delegation des Studierendenverbands nach Venezuela wurde in einer Erklärung der Reiseteilnehmer vom 5. März unter der Überschrift „Der kolumbianische Präsident Uribe gehört auf die Terrorliste“ gefordert:



*„Der Studierendenverband DIE LINKE.SDS ruft die Bundesregierung auf, die verlogene Politik der USA zurückzuweisen. Zudem muss sie endlich die Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien kritisieren und sich für eine friedliche Lösung des Konflikts im Sinne der Bevölkerung einsetzen. Dazu gehört die*

*Ermordung von Raúl Reyes zu verurteilen, die FARC von der Liste der Terrororganisationen zu streichen, sie als Kriegspartei anzuerkennen und Kolumbien zu Verhandlungen zu drängen, die weitere Tote verhindern.“*

Raúl Reyes war bis zu seiner Tötung durch den Einsatz kolumbianischer Truppen auf ecuadorianischem Hoheitsgebiet am 1. März Sprecher des Oberkommandos der terroristischen Guerillaorganisation FARC. Die Guerilleros halten in Kolumbien mehr als 700 Geiseln in ihrer Gewalt. Vor Massakern, auch an der Zivilbevölkerung, schreckte die FARC in ihrem seit 1964 geführten bewaffneten Kampf nicht zurück.

### Organisationsstrukturen

In Bayern ist der Studierendenverband bislang in den Städten Augsburg, Bamberg, Eichstätt, Erlangen, Ingolstadt, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg organisiert.

### 2.1.6 DIE LINKE. Bayern

Die in Bayern seit dem 11. September 1990 bestehende Linkspartei.PDS setzte sich aus dem Landesverband, zahlreichen Kreisverbänden und Ortsgruppen zusammen. Am 15. September 2007 trat die bayerische WASG der Linkspartei.PDS zum Landesverband Bayern der Partei DIE LINKE. bei. Neben der Landesorganisation mit Sitz in München existiert eine Reihe von Kreis- und Ortsverbänden. In Bayern erhöhte sich die Zahl der Parteimitglieder von 2.200 auf etwa 3.000 Personen. Dies ist in erster Linie auf die gestiegene Akzeptanz der Bundespartei sowie das verstärkte öffentliche Auftreten der Partei in Wahlkämpfen zurückzuführen.

### Anstieg der Mitgliederzahl

### Politischer Aschermittwoch

Mit drei Veranstaltungen hielt DIE LINKE. Bayern am 6. Februar die traditionellen Aschermittwochstreifen ab. In Tiefenbach bei Passau sprach der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, zu den rund 350 Besuchern. Mit Blick auf die Wahlerfolge in Hessen und Niedersachsen im Januar führte er aus, dass es der Partei nun gelungen sei, sich auch im Westen zu etablieren. In Schweinfurt trat der Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Parteivorsitzende Klaus Ernst vor annähernd 100 Zuhörern als Redner auf. In Ingolstadt referierte der Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE., Dr. Dietmar Bartsch.

### Landesparteitage

Der Landesverband berief insgesamt drei Landesparteitage ein. Auf dem 1. Landesparteitag am 26. April in Gunzenhausen kritisierte Harald Weinberg, neben der Bundestagsabgeordneten Eva Bulling-Schröter seinerzeit gleichberechtigter Vorsitzender des Landesverbands Bayern, eine „wechselseitige Ausgrenzung“ innerhalb der Linken und verwies

auf ein akutes Identitätsproblem. Zwar sei die Partei nach der Fusion mit der WASG rasant angewachsen, doch es fehle an einer exakten Standortbestimmung. Die Verabschiedung des Entwurfs eines Wahlprogramms zur bayerischen Landtagswahl am 28. September wurde angesichts zahlreicher Änderungsanträge, langer Debatten und einem Streit um die Bildungs- und Beschäftigungspolitik auf den 26. Juli verschoben. Bei der Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl lehnte Klaus Ernst, Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Parteivorsitzender, eine Spitzenkandidatur ab. Als Kompromiss legte man sich auf Fritz Schmalzbauer fest, der bereits zu diesem Zeitpunkt die oberbayerische Landesliste anführte.

Anlässlich der Fortsetzung des 1. Landesparteitags am 26. Juli in Nürnberg verabschiedeten die 177 Delegierten nach langer Diskussion ein deutlich erweitertes Landtagswahlprogramm. Der eingeladene Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE., Dr. Gregor Gysi, wertete einen möglichen Einzug seiner Partei in den Bayerischen Landtag als „bundespolitischen Durchbruch der Linken“.

*Verabschiedetes  
Landtagswahl-  
programm*

Auf dem Landesparteitag am 6. und 7. Dezember in Regensburg, bei dem als Gastrednerin die Europaabgeordnete Gabi Zimmer sprach, standen die Auswertung der bayerischen Landtagswahl, die Neuwahl des 20-köpfigen Landesvorstands sowie der Europawahlkampf 2009 im Mittelpunkt. Bereits im Vorfeld hatte der bisherige, gleichberechtigte Landessprecher Harald Weinberg angekündigt, nicht mehr für dieses Amt kandidieren zu wollen. Die bisherige Landessprecherin und Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter wurde - allerdings mit nur knapp 55 % der Delegiertenstimmen - im Amt für weitere zwei Jahre bestätigt. Zum neuen weiteren gleichberechtigten Landessprecher wurde überraschend Franc Zega aus Aschaffenburg gewählt, der erst während der Delegiertenversammlung kurzfristig seine Kandidatur angekündigt hatte. Er sprach sich gegen Abgrenzungsversuche gegenüber der trotzkistischen Sozialistischen Alternative (SAV) aus und stellte sich damit gegen die Landesvorsitzende, die zuvor einschlägige Parteiausschlussverfahren initiiert hatte.

*Neuwahl des  
Landesvorstands*

Der weiterhin dem geschäftsführenden Landesvorstand angehörende, bisherige Landessprecher Harald Weinberg bezeichnete die Partei DIE LINKE. in seiner auch im Internet veröffentlichten Rede vom 6. Dezember als „eine politische Kraft, die sich aufmache in Richtung eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ und forderte in Anknüpfung an die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise eine Überwindung des bestehenden Systems. Dabei plädierte er unter ausdrücklichem Verweis auf Marx für

*Notwendigkeit  
eines „System-  
wechsels“*

*„Dimitroff-Theorie“*

die Vergesellschaftung finanzträchtiger Wirtschaftszweige und die „Einschränkung der Verfügungsrechte über Grund und Boden“. Im Übrigen griff er auf die kommunistische „Dimitroff-Theorie“ aus den 1930er Jahren zurück. Danach nutze der hochentwickelte Kapitalismus vorhandene faschistische Tendenzen in Staat und Gesellschaft für seine politischen Ziele; der bürgerliche Staat entwickle sich durch ökonomische Krisen zwangsläufig zum Faschismus. Zum Erreichen dieses Ziels könne für eine begrenzte Zeit auch noch ein bürgerlicher Staat bestehen bleiben. Bürgerliche Demokratie und faschistischer Staat sind nach diesem Verständnis zwei Ausprägungen des Kapitalismus; beide seien der „Diktatur des Finanzkapitals“ unterworfen. In Anlehnung an Dimitroff liest sich das in der publizierten Rede wie folgt:

*„Daher wird es gleichzeitig darum gehen, den Herrschenden den Weg in einen autoritären Ausweg zu versperren. Die Exit-Option einer ‚autoritären Kapitalismusvariante‘ wird ja seit längerem systematisch vorbereitet ... (...) Unsere These lautet: Es geht um die präventive (vorsorgliche) Absicherung des neoliberalen Projekts in einer Phase, in der die sozialen, kulturellen und politischen Widersprüche aufzubrechen beginnen, die diesem Projekt eingeschrieben sind. (...) Im herrschenden Block geht der harte Kern der Neoliberalen als Reaktion auf diese Erosions- und Krisenprozesse nach Rechts, in Richtung autoritärer Staat. (...) Spitzt sich die Krise zu, dann wird auch diese Tendenz zu einer autoritären Lösung stärker und zu einer wirklichen Gefahr für die Demokratie. Damit stellt sich als aktuelle Aufgabe die Verteidigung der Demokratie und der sozialen Lage der Arbeiterklasse. Dies wird jedoch nur erfolgreich möglich sein, wenn wir die bevorstehenden Abwehrkämpfe mit Forderungen verknüpfen, die über den Kapitalismus hinausweisen.“*

### 2.1.7 Teilnahme an Wahlen

*Außerbayerische Landtagswahlen*

Bei den Landtagswahlen am 27. Januar in Hessen und Niedersachsen gelang es der Partei DIE LINKE. erstmals, in die Landesparlamente zweier westdeutscher Flächenländer einzuziehen. In Hessen errang sie einen Zweitstimmenanteil von 5,1 %, in Niedersachsen von 7,1 %. Damit ist die Partei im Hessischen Landtag mit sechs, im Niedersächsischen Landtag mit elf Abgeordneten vertreten. Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 24. Februar erzielte die Partei einen Zweitstimmenanteil von 6,4 % und zog damit erstmals mit acht Abgeordneten in das Landesparlament ein.

*Kommunalwahlen in Bayern*

Bei den Kommunalwahlen in Bayern am 2. März konnte die Partei DIE LINKE. insgesamt 42 Mandate für sich gewinnen, davon 29 Stadtrats-, drei Gemeinderats- und zehn Kreistagssitze. Mit vier Mandaten (was 8,6 % der Wählerstimmen entspricht) errang die Partei in der

Stadt Schweinfurt die meisten Stadtratsitze auf Landesebene. In München erzielte die Partei statt bislang einen nunmehr drei Mandate, verfehlte jedoch das Wahlziel der Fraktionsstärke (fünf Mandate); der bisherigen Stadträtin der Partei DIE LINKE., Brigitte Wolf, gelang die Wiederwahl. Erfolglos dagegen blieben sowohl auf der Liste kandidierende Mitglieder der DKP, wie Claus Schreer, Sonja Schmid und Walter Listl, als auch Aktivisten der trotzkistischen SAV, wie Max Brym, Beate Jenkner und Oliver Stey. Anders als in München trat die Partei DIE LINKE. in Nürnberg nicht eigenständig zur Stadtratswahl an, sondern als Hauptakteur im Rahmen einer „Linken Liste Nürnberg“. In dieses Wahlbündnis waren neben der Partei DIE LINKE. unterschiedliche Organisationen wie die türkische linksextremistische Föderation der Demokratischen Arbeitervereine e.V. (DIDF), die DKP, die Linksjugend [‘solid] sowie die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) eingebunden. Die „Linke Liste Nürnberg“ errang drei Stadtratsmandate. Der Einzug der auf Platz vier kandidierenden DKP-Aktivistin Marion Padua scheiterte knapp. In den Städten Augsburg, Erlangen, Freising, Fürth, Hof, Ingolstadt, Regensburg und Würzburg konnte DIE LINKE. jeweils zwei Sitze erobern. In Freising gehört mit Dr. Guido Hoyer ein Landesvorstandsmitglied der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) dem Stadtrat an.



Bei der Wahl zum 16. Bayerischen Landtag am 28. September verfehlte die Partei DIE LINKE. mit einem Stimmenanteil von 4,4 % (461.755 Gesamtstimmen) den Einzug in das Parlament. Der Beschlusslage der 1. Tagung des 1. Bundesparteitags der Partei DIE LINKE. vom 24. und 25. Mai in Cottbus und einer Novellierung des Parteiengesetzes Rechnung tragend, kandidierten keine Mitglieder der DKP auf den bayerischen Wahllisten. Allerdings tolerierte der Landesverband DIE LINKE. Bayern Vertreter trotzkistischer Gruppierungen. So traten u.a. mit Max Brym, Norbert Stolle und Oliver Stey Aktivisten der SAV sowie mit Nicole Gohlke und Max Steininger Angehörige des parteiinternen Netzwerks „marx21“ zur Landtagswahl an.

*Wahl zum Bayerischen Landtag*

Das anlässlich des Landesparteitags am 26. Juli in Nürnberg beschlossene Landeswahlprogramm enthält Forderungen, die Zweifel an der Finanzierbarkeit aufwerfen. Es enthält keine aussagekräftigen Angaben darüber, wie die hierfür notwendige „Umverteilung von oben nach unten“ in einem demokratischen Rechtsstaat möglich sein soll. Die fundamentale Ablehnung anderer politischer Parteien sowie vermeintlich einfache Lösungen für komplexe politische, gesellschaftliche und wirt-

*Forderungen im Wahlprogramm*

schaftliche Sachverhalte sind Merkmale eines zielgerichteten Linkspopulismus im Wahlprogramm:

*„Seit mehr als 25 Jahren betreiben SPD und CDU/CSU zusammen mit FDP und GRÜNEN in trauter Eintracht und wechselnden Rollen dieselbe Politik: Sie schenken Jahr für Jahr den Reichen und Wohlhabenden, den Unternehmen und Konzernen mit immer neuen Steuererleichterungen immer mehr Geld. (...). DIE LINKE fordert eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft und will sie sozialen Maßstäben unterordnen. Wir treten ebenso wie die Gewerkschaften dafür ein, die Allmacht des Kapitals über wirtschaftliche Entscheidungen zu brechen, ...“*

*Bildung von  
Wirtschafts- und  
Sozialräten*

Zugleich werden in dem Wahlprogramm unter dem Titel „Die Wirtschaft muss den Menschen dienen“ die Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten gefordert, die nicht nur Initiativ- und Beratungs-, sondern auch Entscheidungsrechte haben sollen und bei denen Gewerkschaften und Unternehmerverbände sowie Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände vertreten sein sollen. Nach den programmatischen Vorstellungen sind diese Räte zwingend an der Erarbeitung und Beschlussfassung in Umweltfragen zu beteiligen. Zur Regelung von Konflikten zwischen Mehrheitsentscheidungen des Parlaments und davon abweichenden Vorstellungen der Wirtschafts- und Sozialräte äußert sich das Programm nicht. Gleichwohl werden Vorbehalte gegenüber der repräsentativen Demokratie unter der Überschrift „Für ein demokratisches Bayern“ geschürt:

*„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ So bestimmen es Artikel 20 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes und Artikel 2 der Bayerischen Verfassung. Nur noch eine Minderheit der Bevölkerung empfindet diese Rechtsnorm jedoch als Realität.“*

*„Menschenrechts-  
ausschuss“*

Das Misstrauen der Partei DIE LINKE. gegenüber den demokratischen Institutionen des Verfassungsstaats in Deutschland und Bayern wird in unterschiedlichen Forderungen deutlich. So soll beispielsweise ein „Menschenrechtsausschuss“ im Bayerischen Landtag eingerichtet werden, was auch im Zusammenhang mit folgender Aussage im Wahlprogramm steht:

*„Persönliche Freiheitsrechte, die den einzelnen Bürger vor staatlichen Übergriffen schützen, sollen unter dem völlig unbestimmten Begriff der ‚Gefahrenabwehr‘ massiv eingeschränkt werden. (...). Es ist nicht Aufgabe der Innenpolitik, die Bürgerinnen und Bürger zu bespitzeln und unter Generalverdacht zu stellen.“*

*Bezirkstagswahlen*

Bei den gleichzeitig mit der Landtagswahl am 28. September durchgeführten Wahlen zu den sieben Bezirkstagen errang DIE LINKE. insgesamt fünf Mandate. Sie entsendet in den Bezirkstag Oberbayern zwei



Vertreter und in die Bezirkstage Schwaben, Mittel- und Unterfranken jeweils einen Bezirksrat. Mit Beate Jenkner gehört eine Aktivistin der SAV dem Bezirkstag von Oberbayern an.

### 2.1.8 Kommunistischer Internationalismus

Im Rahmen der so genannten internationalen Solidarität unterhält die Partei DIE LINKE vielfältige Verbindungen und Kontakte zu ausländischen kommunistischen Parteien und anderen ausländischen Linksextremisten. Das in Chemnitz im Oktober 2003 verabschiedete und gegenwärtig noch gültige Parteiprogramm nennt dies „Internationalismus“ und orientiert sich damit an der Idee des Weltkommunismus.

*Internationalismus*

Seit dem 25. November 2007 ist der Vorsitzende der Partei DIE LINKE Prof. Dr. Lothar Bisky Vorsitzender der Partei der „Europäischen Linken“ (EL), einem Zusammenschluss von rund 30 Mitglieds- und Beobachterparteien kommunistischen Zuschnitts oder Ursprungs. Im September besuchte eine Delegation der EL auf Einladung der „Kommunistischen Partei Chinas“ (KPCh) die Volksrepublik China, um Fragen sozialistischer Entwicklung im 21. Jahrhundert zu diskutieren und um Möglichkeiten für einen Ausbau der Beziehungen zwischen der EL und der KPCh auszuloten. Neben Prof. Dr. Lothar Bisky nahmen auch Vertreterinnen und Vertreter der „Rifondazione Comunista“ (Italien), von „Synaspismos“ (Griechenland), dem „Linksblock“ (Portugal), der „Kommunistischen Partei Spaniens“ und der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ der Tschechischen Republik teil. Dabei wurden Gespräche mit einem Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees der KPCh, dem Vizeminister in der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPCh und des Kommunistischen Jugendverbands geführt. Man kam überein, den Meinungsaustausch fortzusetzen.

*Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken*

*Auslandskontakte*

### 2.1.9 Zusammenarbeit mit anderen Linksextremisten

Die Partei pflegt Kontakte zu vielen anderen inländischen und ausländischen linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen sowie zu gewaltbereiten Autonomen und arbeitet mit ihnen zusammen. Wiederholt traten in der Vergangenheit als Anmelder oder Veranstaltungsleiter von autonomen Aufzügen auch Aktivisten der Partei DIE LINKE in Erscheinung (vgl. auch Nummer 3.3.1 dieses Abschnitts).

Den Auftakt zu den traditionellen Gedenkfeiern aus Anlass des 89. Jahrestags der Ermordung der Mitbegründer der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, bildete am 12. Januar die XIII. Internationale Rosa-Lu-

*XIII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz*

*Podiumsdiskussion  
mit Sahra Wagen-  
knecht*

xemburg-Konferenz, die von der parteinahen Tageszeitung „junge Welt“ veranstaltet und zahlreichen anderen Organisationen wie der SDAJ, der autonomen Szene und dem Organ der DKP „Unsere Zeit“ unterstützt wurde. Unter den Gastreferenten befand sich auch die Generalsekretärin der „Kommunistischen Partei Griechenlands“ (KKE). Bei einer Podiumsdiskussion zu dem Thema „Partei für alle? Brauchen wir neben der ‚Linken‘ eine eigene marxistische Organisation?“ betonte die Europaabgeordnete und Mitglied des Bundeskoordinierungsrats der KPF, Sahra Wagenknecht, die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit anderen linksgerichteten Organisationen, wie der DKP, und plädierte für eine Stärkung des Außerparlamentarismus:

*„Wir müssen mit allen Kräften zusammenarbeiten, die sich in diesem Lande als links verstehen - ob sie sich nun in der Linkspartei oder separat organisieren. (...) Viel wichtiger ist es, dass wir gemeinsam daran arbeiten, dass in diesem Lande außerhalb der Parlamente endlich mehr Bewegung entsteht.“*

*„Stilles Gedenken“  
in Berlin*

Am „stillen Gedenken“ an Liebknecht und Luxemburg am 13. Januar in Berlin-Friedrichsfelde beteiligten sich ranghohe Funktionäre der Partei DIE LINKE., so die Parteivorsitzenden Prof. Dr. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag Dr. Gregor Gysi sowie dessen Stellvertreterin Petra Pau. An der traditionellen Demonstration vom Frankfurter Tor zur Gedenkstätte, zu der rund 50 Initiativen und Parteien aufgerufen hatten, nahmen etwa 10.000 Personen teil, darunter auch zahlreiche Angehörige kommunistischer, marxistischer und autonomer Gruppierungen, wie der DKP, MLPD, SDAJ und KPD.

*Forderung nach  
Aufhebung des  
Verbots der PKK*

Seit Jahren tritt die Partei DIE LINKE. für die Aufhebung des Verbots der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und verbotener Nachfolgestrukturen in Deutschland ein. Die Bundestagsabgeordnete und innenpolitische Sprecherin der Partei DIE LINKE., Ulla Jelpke, führte dazu beispielsweise in einem Kommentar für die parteinahe Tageszeitung „Neues Deutschland“ am 11. April aus:

*„Allein außenpolitische Interessen der EU-Staaten entscheiden darüber, ob eine Gruppierung als terroristische oder Befreiungsbewegung eingestuft wird. (...). Neben der Beschlagnahme von Geldern dient die Aufführung auf den Terrorlisten der Stigmatisierung von Konflikt- und Bürgerkriegsparteien. Dies erschwert Friedenslösungen etwa in Kurdistan und dem Nahen Osten, auf Sri Lanka oder in Kolumbien. (...) Zusätzlich zu den Terrorlisten besteht in Deutschland seit 1993 das PKK-Verbot. (...) Organisationen, die wie der Kongra-Gel für eine politische Lösung der kurdischen Frage im Rahmen einer demokratischen Föderation eintreten, werden verfolgt und kriminalisiert. (...) Ein Ende des PKK-Verbots in Deutschland ist notwendig, um hier lebenden kurdischstämmigen Bürgerinnen und Bürgern eine demokratische politische*

*Betätigung zu ermöglichen. Dies wäre ein Beitrag zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage auch in der Türkei.“*

Medienberichten zufolge beabsichtigte die Partei DIE LINKE. erneut, im Frühsommer die Aufhebung des PKK-Verbots im Deutschen Bundestag zu beantragen. Sie stellte dies zurück, als bewaffnete PKK-Kämpfer drei deutsche Bergsteiger entführten. In einem mit der Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ am 27. Juli geführten Gespräch antwortete der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag Dr. Gregor Gysi auf die Frage „Ist der militärische Kampf der PKK ein legitimer Freiheitskampf?“:

*„Wer es in einer Demokratie nicht schafft, Mehrheiten zu organisieren, hat kein Recht zum gewaltsamen Widerstand. Wer aber diktatorisch unterdrückt wird, hat notfalls das Recht, sich auch bewaffnet zu wehren.“*

Der zurückgezogene Antrag zur Aufhebung des PKK-Verbots sowie die Äußerungen der Repräsentanten der Partei DIE LINKE. zu diesem Themenkreis zeigen, dass die Partei nicht von ihrer Unterstützung des „kurdischen Befreiungskampfs“ abweicht und der PKK bzw. deren Nachfolgeorganisationen bei der Durchsetzung ihrer Ziele sogar das Mittel der Gewalt zubilligt.

*Unterstützung des „kurdischen Befreiungskampfs“*

An einer Kundgebung der Sozialistischen Alternative (SAV) am 18. April in München gegen das geplante neue Bayerische Versammlungsgesetz beteiligten sich Aktivisten der Partei DIE LINKE., der MLPD, des Revolutionär Sozialistischen Bunds (RSB), der SDAJ, des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD (AB) und der autonomen Szene.

*Kundgebung der SAV in München*

Einem Bericht im DKP-Rundbrief vom Juni zufolge äußerte sich die bayerische Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE., Kornelia Möller, anlässlich eines Empfangs der DKP München zum 1. Mai vor rund 60 Gästen zur Zusammenarbeit der Linken wie folgt:

*Empfang der DKP München*

*„Sie betonte die gerade in München sehr gute Tradition der Zusammenarbeit zwischen DKP, Linkspartei und der ‚Bewegungslinken‘, aus der sie selbst komme. Diese Zusammenarbeit müsse gegen den ‚Turbokapitalismus‘ unbedingt fortgesetzt werden; sie dankte der DKP München ausdrücklich für die bisherige und weitere gute Kooperation.“*

Der Kreisverband München der Partei DIE LINKE. führte am 13. Juni in München vor dem Hintergrund einer Parallelveranstaltung von Rechtsextremisten vor dem „Kafe Marat“ eine Versammlung unter der Leitung der beiden Aktivisten der Partei DIE LINKE., Nicole Fritsche und Jan Tepperies, durch, an der rund 200 Personen teilnahmen. Dabei konnten nicht nur Angehörige der Partei DIE LINKE., sondern auch der DKP, der

SDAJ, der SAV, der autonomen Szene und des Volkskongresses Kurdis (KONGRA GEL) festgestellt werden.

## 2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	4.250	340
Vorsitzender:	Heinz Stehr	
Gründung:	26.09.1968	
Sitz:	Essen	Nürnberg und München
Publikationen:	„Unsere Zeit“ (UZ); „Marxistische Blätter“	„Rundbrief“

### 2.2.1 Ideologische Ausrichtung

Die bis zur Wende von der SED der DDR ideologisch und materiell abhängige DKP hat durch das Parteiprogramm vom April 2006 ihre gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Zielsetzung und ihre unveränderte ideologische Ausrichtung bestätigt. Die DKP versteht sich weiterhin als revolutionäre Partei, die in der Arbeiterklasse jene Kraft sieht, die im Bündnis mit anderen Teilen der Bevölkerung die Eigentums- und Machtverhältnisse „revolutionär“ verändern und den „Sozialismus“ durchsetzen kann. In der Präambel des Parteiprogramms heißt es dazu:

*„Die DKP als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ist hervorgegangen aus dem Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Militarismus und Krieg. Sie steht in der Tradition der revolutionären deutschen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Deutschlands. (...) Fundament und politischer Kompass der Politik der DKP sind die von Marx, Engels und Lenin begründeten und von anderen Marxistinnen und Marxisten weitergeführten Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, der materialistischen Dialektik, des historischen Materialismus und der Politischen Ökonomie. Die DKP wendet diese Lehren des Marxismus auf die Bedingungen des Klassenkampfes in unserer Zeit an und trägt zu ihrer Weiterentwicklung bei. (...) Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus.“*

Die DKP beging mit einer Festveranstaltung am 27. September in Recklinghausen/Nordrhein-Westfalen ihr vierzigjähriges Bestehen. Die vom Parteivorstand und den Bezirken Rheinland-Westfalen sowie Ruhr-Westfalen organisierte Jubiläumsfeier wurde von rund 400, meist älteren Mitgliedern besucht, von denen viele zur Gründergeneration der DKP zu zählen sind. Der Leiter der Bonner Außenstelle der kubanischen Bot-

Unveränderte  
ideologische  
Ausrichtung

Bekanntnis zu  
Sozialismus und  
Klassenkampf

40-jähriges  
Bestehen

schaft, Jose Carlos Rodriguez Ruiz, würdigte in seinem Redebeitrag die Leistungen der DKP. Auf die Solidarität der deutschen Kommunisten habe sich Kuba in den letzten 40 Jahren immer verlassen können. Vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise und unter Anspielung auf die Privatisierung öffentlicher Unternehmen hielt der Parteivorsitzende Heinz Stehr in seiner Ansprache die „Eigentumsfrage“ für zukunftsweisend:

*„Wir müssen die Eigentumsfrage zum Thema machen, denn es ist das Kapital, das diese Frage jeden Tag stellt.“*

Nach seiner Ansicht würde es völlig ausreichen, statt vieler verschiedener Geldinstitute nur eine einzige Bank und eine einzige Versicherung zu betreiben. Diese müssten aber unter demokratische, öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Zentrale Agitationsthemen der DKP waren - und sind nach wie vor - der Antimilitarismus, der Sozialabbau, die eigene Bündnispolitik und die Konsolidierung der Partei. In ihrer Bündnispolitik sieht sich die DKP als Teil der sozialen Bewegung und fördert deshalb weiterhin die aktive Mitarbeit ihrer Genossen in verschiedenen Bündnissen, Organisationen und Initiativen, wie beispielsweise im Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus. Der Sprecher der DKP Südbayern, Walter Listl, ist als ein Hauptverantwortlicher dieses Bündnisses anzusehen. Was er unter Bündnispolitik versteht, zeigt sein im Internet veröffentlichter Diskussionsbeitrag anlässlich des 18. Bundesparteitags der DKP am 23. und 24. Februar in Mörfelden-Walldorf/Hessen:

*„Einer marxistischen Partei kommt in diesem Prozess die Aufgabe zu, Brücken zu bauen zwischen den Bewegungen und im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, den transnationalen Konzernen das gemeinsame Projekt eines Sozialismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Diese Gemeinsamkeiten ins Zentrum zu rücken, das ist heute wesentlicher Inhalt der Klassenfrage und des Klassenstandpunkts.“*

Die DKP ist weiterhin bestrebt, in Vorfeldorganisationen, wie der VVN-BdA und der SDAJ, maßgeblichen Einfluss auszuüben.

### 2.2.2 Organisation

Die DKP ist eine bundesweit organisierte Partei mit Sitz in Essen. Sie ist in Bezirksorganisationen gegliedert, die weiter in Kreis- und Grundorganisationen oder auch Betriebsgruppen unterteilt sind. Die Zahl der Mitglieder beträgt bei fortschreitender Überalterung rund 4.250. Der bislang 40 Personen umfassende Bundesvorstand wurde anlässlich der auf dem 18. Parteitag am 23. und 24. Februar durchgeführten Neu-

Agitations-  
schwerpunkte

Einfluss in Vorfeld-  
organisationen

Organisations-  
strukturen

### Neuwahl des Bundesvorstands

wahlen dieses Gremiums auf 34 Mitglieder verringert. Der Parteivorsitzende Heinz Stehr und seine Stellvertreterin Prof. Dr. Nina Hager wurden in ihren Ämtern bestätigt. Anstelle des bisherigen stellvertretenden Parteivorsitzenden Rolf Priemer wurde der Münchner Leo Mayer gewählt, der für einen traditionell marxistischen Kurs innerhalb der DKP steht. Neben ihm gehören mit Isa Paape, Renate Münder und August Ballin noch drei weitere Funktionäre aus Bayern dem Parteivorstand an. In einem Grußwort auf dem DKP-Parteitag warnte die Bundessprecherin der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE., Ellen Brombacher, ihre Partei davor, die DKP auszugrenzen und die marxistisch orientierten Kräfte sich gegeneinander aufhetzen zu lassen. Gegen einen „faktischen“ Unvereinbarkeitsbeschluss für DKP-Mitglieder als Kandidaten auf Listen der Partei DIE LINKE. werde sie in ihrer Partei kämpfen. Sie stellte dazu eindeutig fest:

*„Es gibt keinen linken Antikommunismus und - zumindest auf Dauer - auch keine antikommunistischen Linken.“*

### Organisation in Bayern

In Bayern bestehen zwei Bezirksorganisationen (Nord- und Südbayern), zwölf Kreisverbände, eine Betriebsgruppe sowie ein „Betriebsaktiv“. Die Mitgliederzahl in Bayern ist auf rund 340 gesunken.

### 2.2.3 Teilnahme an Wahlen



Zu den Kommunalwahlen in Bayern am 2. März kandidierten insgesamt 44 Mitglieder von DKP und SDAJ auf Listen der Partei DIE LINKE. bzw. auf von ihr initiierten und getragenen „Linken Listen“. Eigenständig trat die DKP nicht zur Wahl an. In München stellten sich die in verschiedenen Bündnissen aktiven DKP-Mitglieder Claus Schreer, Walter Listl und Sonja Schmid für den Stadtrat zur Wahl. Bereits am 27. Oktober 2007 hatte die Kreismitgliederversammlung der DKP München die Unterstützung der Partei DIE LINKE. im Kommunalwahlkampf beschlossen. In Nordbayern war die

DKP ebenfalls mit mehreren Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen der Partei DIE LINKE. vertreten. Keinem Bewerber der DKP gelang es, bei der Kommunalwahl ein Mandat zu erlangen (vgl. auch Nummer 2.1.7 dieses Abschnitts).

### Wahl zum Bayerischen Landtag

Den Wahlkampf der Partei DIE LINKE. zum 16. Bayerischen Landtag unterstützte die DKP mit Informationsveranstaltungen und dem Verteilen von Flugblättern. Der Beschlusslage des Bundesparteitags der Partei DIE LINKE. vom 24. und 25. Mai in Cottbus und einer Novellierung des

Parteiengesetzes folgend, kandidierten keine Mitglieder der DKP auf den bayerischen Wahllisten der Partei DIE LINKE..

## 2.2.4 Umfeld der DKP

### 2.2.4.1 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	7.500	700
Vorsitzende:	Prof. Dr. Heinrich Fink; Cornelia Kerth	
Gründung:	15.-17.03.1947	
Sitz:	Berlin (Bundesgeschäftsstelle)	
Publikation:	„antifa“	

Die VVN-BdA bleibt die bundesweit größte Organisation im linksextremistischen Spektrum des Antifaschismus. Als gleichberechtigte Vorsitzende der VVN-BdA fungieren Prof. Dr. Heinrich Fink und Cornelia Kerth, die anlässlich der auf dem 3. Bundeskongress der VVN-BdA am 24. und 25. Mai in Berlin durchgeführten Neuwahlen zu den Bundesgremien für den im Januar verstorbenen Werner Pfennig nachrückte. Die Verbandszeitschrift „antifa“ erscheint in zweimonatigem Rhythmus.

Die VVN-BdA versteht unter Antifaschismus nicht nur den Kampf gegen Rechtsextremismus; sie agiert auch gegen den demokratischen Staat und dessen Institutionen, denen unterstellt wird, rechtsextremistische Bestrebungen zu schützen und zu fördern. Daneben versucht die VVN-BdA unter dem Vorwand „Kampf gegen Rechtsextremismus“, Einfluss auf bürgerliche Kräfte zu nehmen und letztendlich Demokraten für ihre antidemokratischen Ziele zu vereinnahmen.

In einem in der Wochendausgabe der Tageszeitung „junge Welt“ (jW) vom 8./9. Dezember 2007 veröffentlichten Interview und ebenso in seiner Rede beim 3. Bundeskongress in Berlin lieferte der ehemalige SED-Funktionär Prof. Dr. Heinrich Fink wiederum Belege für die staats- und verfassungsfeindliche Grundposition seines Verbands, indem er den Beschluss der Innenministerkonferenz in Berlin, extremistische Stiftungen und Vereine über das Steuerrecht von staatlichen Geldern abzuschneiden, als Schritt in die falsche Richtung bezeichnete. Beim 3. Bundeskongress rief er die Mitglieder der VVN-BdA dazu auf, gegen den Ein-

*Neuwahlen zu den Bundesgremien*



*Verfassungsfeindliche Grundposition*

*Autonome Antifaschisten als Bündnispartner*

satz der Bundeswehr im In- und Ausland mobil zu machen und Forderungen, sich von Kommunisten und radikalen Linken zu distanzieren, eine klare Absage zu erteilen. Auch die als Delegierte des Kongresses anwesende Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE., Dorothee Menzner, sprach sich für eine verstärkte Zusammenarbeit mit autonomen Antifaschisten aus und forderte deren Anerkennung als engagierte Bündnispartner. Die praktische Bedeutung des „strategischen Dreiecks“ der Partei DIE LINKE. (vgl. auch Nummer 2.1.1 dieses Abschnitts) wird aufgrund dieser Äußerung sehr deutlich: Eigenes Engagement in Bündnissen - wie mit der VVN-BdA - ist verbunden mit Forderungen, in solchen Bündnissen auch gewaltbereiten außerparlamentarischen Gruppierungen ein Forum zu bieten. Prof. Dr. Fink und mit ihm die Vereinigung stellen sich nach wie vor gegen die antitotalitäre Konzeption des Grundgesetzes, indem zwar der Rechtsextremismus verurteilt, der Linksextremismus jedoch als gesellschaftlich notwendig erachtet wird.

*Agitations-schwerpunkte*

Im Landesverband Bayern der VVN-BdA ist auf Landes- wie auf Kreisebene der Einfluss von Linksextremisten, insbesondere aus der DKP, maßgeblich. Die Landesvereinigung unterstützte auch weiterhin aus dem linksextremistischen Spektrum initiierte Aktionen. Schwerpunkte der Agitation der VVN-BdA Bayern waren der als Neofaschismus bezeichnete Rechtsextremismus, der Antisemitismus, der Rassismus und der Sozialabbau.

*Brendten-Feier in Mittenwald*

In Mittenwald, Landkreis Garmisch-Partenkirchen, beteiligten sich Linksextremisten an Protesten gegen die traditionelle, alljährlich stattfindende so genannte Brendten-Feier des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V.“. Die Gegendemonstrationen fanden am 3. und 4. Mai unter dem Motto „ ... geben wir ihnen den Rest. Nie wieder Gebirgsjäger in Mittenwald! ... und tschüss!“ statt. Hauptinitiatoren dieser Veranstaltungen waren der „Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege“, hinter dem maßgeblich die VVN-BdA steht, und die VVN-BdA selbst. An den Veranstaltungen beteiligten sich mit insgesamt rund 220 Teilnehmern wiederum weniger Personen als im Jahr zuvor. Die Polizei nahm am zweiten Tag 45 Personen aus dem linken Spektrum in Gewahrsam.

Die VVN-BdA zeigt mit ihrer Unterstützung der Proteste aus dem linksextremistischen und dem autonomen Bereich, dass ihre Bündnisarbeit bis weit in das gewaltbereite Spektrum reicht.

*Antifaschistisches Jugendcamp*

In der Zeit vom 28. bis 31. August fand in Geretsried, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, das zweite bayernweite antifaschistische Jugendcamp statt, zu dem ein Bündnis aus der VVN-BdA Bayern und aus politischen Jugendorganisationen aufgerufen hatte. Organisiert wurde es



von den VVN-BdA Kreisverbänden Wolfratshausen und Landshut. Als Unterstützer traten sowohl linksextremistische Gruppen wie die Linksjugend [‘solid] Bayern und der SDAJ Bayern, als auch autonome Gruppierungen wie die „Antifaschistische Jugend München“ (AJM) und die „Antifa NT“ (München) auf. Gefördert wurde das Camp auch vom Verein der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE. und der - dieser Partei nahestehenden - Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie dem Kurt-Eisner-Verein. Ziel des viertägigen Jugendcamps mit rund 80 Teilnehmern war, „Jugendliche der verschiedenen antifaschistischen Spektren einen Treffpunkt zu geben, Kontakte zu knüpfen und weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter für ein antifaschistisches Engagement zu gewinnen“. Die Veranstaltung verlief störungsfrei.

Ziel des Jugendcamps

### 2.2.4.2 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	300	110
Vorsitzender:	Kollektiver Bundesvorstand mit 29 Personen	
Gründung:	04./05.05.1968	
Sitz:	Essen	
Publikationen:	„POSITION“	„KONTRA!“

Die mit der DKP eng verbundene SDAJ bezeichnet sich in ihrer Selbstdarstellung als „bundesweite Organisation von Jugendlichen, die sich mit den Zuständen in Schulen, Betrieben, in dieser Republik und der ‚Neuen Weltordnung‘ nicht abfinden“ und für eine andere Gesellschaft kämpfen will. Dazu heißt es:

Ideologischer Gleichklang mit der DKP

*„Alle unsere Forderungen richten sich gegen die Herrschenden in dieser Gesellschaft, gegen die Kapitalisten. Verwirklichen können wir sie nur in einer Gesellschaft ohne Kapitalisten - im Sozialismus.“*

Schwerpunkte der Agitation der SDAJ sind die Forderung nach Verbesserung der Bildungs- und Arbeitspolitik für die Jugend, die Bekämpfung des „Faschismus“ sowie der Widerstand gegen den Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.

Die sich aus dem auf dem 18. Bundeskongress am 17. und 18. März 2007 in Hannover verabschiedeten Programm mit dem Titel „Zeit sich zu wehren!“ und der ebenfalls beschlossenen „Kampagne gegen Zukunftskiller“ ergebenden Aktionen für Bildung und Ausbildung wurden fortgesetzt.



*Arbeits-  
schwerpunkt*

In Bayern legte die SDAJ den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit vor dem Hintergrund der Wahl zum 16. Bayerischen Landtag am 28. September auf die Kampagne „Beckstein stoppen“, wobei zu Demonstrationen, Kundgebungen und satirischen Aktionen zur Nichtwahl der CSU und des damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten aufgerufen wurde. Es wurden Flugblätter verteilt, Info-Stände durchgeführt, Straßentheatervorstellungen gegeben und Wahlkampfveranstaltungen der CSU gestört. Die SDAJ Bayern bewertete die Kampagne als „vollen Erfolg“.

Die SDAJ Bayern ist Herausgeber der zweimonatlich erscheinenden Jugendzeitung „KONTRA!“.

### 2.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	2.300	100
Vorsitzender:	Stefan Engel	
Gründung:	1982	
Sitz:	Gelsenkirchen	München, Nürnberg
Publikationen:	„Rote Fahne“ (Zentralorgan); „REVOLUTIONÄRER WEG“ (Theorieorgan); „REBELL“ (Jugendmagazin); „Galileo - streitbare Wissenschaft“ (Zeitung der MLPD-Hochschulgruppen)	

Die MLPD wurde am 20. Juni 1982 in Bochum gegründet. Der Präambel ihres Statuts zufolge versteht sich die Partei als „politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland“. Grundlegendes Ziel sei „der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“.

*Extremistische  
Grundhaltung*

Die maoistisch-stalinistisch ausgerichtete MLPD sieht sich selbst als „Teil der internationalen marxistisch-leninistischen und Arbeiterbewegung, Erbe der revolutionären Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), der deutschen Arbeiterklasse und ihrer großen Führer Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann“.

*Maoistisch-stalinis-  
tische Ausrichtung**Organisations-  
strukturen*

Die zentralistisch geführte Partei ist in Landesverbände, Betriebs-, Orts- und Kreisgruppen gegliedert. Sie hat ihre Zentrale und ihren Aktionsschwerpunkt in Nordrhein-Westfalen. Stefan Engel ist seit der Parteigründung im Jahre 1982 Vorsitzender; er gilt als Vordenker und Idol.

Im Zuge ihrer Reorganisation gründete die Partei Ende Mai sechs neue Landesverbände, darunter auch den Landesverband Bayern mit Sitz in Nürnberg. Die als „größte kaderpolitische Umwälzung seit der Gründung der MLPD“ bezeichnete Errichtung einer weiteren Leitungsebene sei „dringend notwendig, um künftige Klassenschlachten“ in wichtigen Metropolregionen verantwortungsvoll zu leiten und zu führen. In einem am 16. September geführten Interview betonte der Parteivorsitzende Stefan Engel im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Anfang September in Hamburg durchgeführten VIII. Parteitags der MLPD, dass eine „neue taktische Offensive für den echten Sozialismus“ die wichtigste Schlussfolgerung für die Arbeit der nächsten Zeit sei:

Neue Landesverbände



*„Es gibt keinen Weg zum Sozialismus ohne die Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmacht und die Errichtung der Diktatur des Proletariats!“.*

Laut eigener Aussage ist die Partei zusammen mit ihrem Jugendverband „REBELL“ in über 450 Orten in allen Bundesländern Deutschlands vertreten. Die Mehrzahl der Parteimitglieder seien Arbeiter und einfache Angestellte; der Frauenanteil liege bei 43 %. Die MLPD ist finanziell unabhängig; sie finanziert sich eigenen Angaben zufolge ausschließlich durch freiwillige, teils hohe Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Neben der Frauen- und Familienarbeit legt die MLPD besonderes Augenmerk auf die Rekrutierung von Nachwuchskadern im Kinder- und Jugendbereich. Hierzu bedient sie sich der Jugendorganisation „REBELL“ und deren Kinderorganisation „ROTFÜCHSE“, die mit altersgerechten Freizeitangeboten locken. Sommercamps mit Freizeit- und Bildungsangeboten vermitteln mit jugendnah konzipierten Schulungen eine „proletarische Denkweise“.

Nachwuchsorganisationen

Im linksextremistischen Spektrum ist die „sektenhaft führerzentrierte und autoritär beherrschte“ MLPD isoliert. Trotz massiver Bemühungen, auf aktuelle politische Entwicklungen adäquat zu reagieren, erfährt sie kaum gesellschaftlichen Zuspruch.

## 2.4 Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus

In dem seit Juni 2005 in dieser Form bestehenden linksextremistisch beeinflussten Bündnis sind sowohl demokratische als auch linksextremistische Parteien und Gruppierungen wie DIE LINKE., die DKP, die SDAJ, der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), die MLPD und Autonome

Bündnisbeteiligte

vertreten. Das Bündnis fungierte als Träger oder Unterstützer einer Vielzahl von Aktivitäten wie Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen und Informationsveranstaltungen, insbesondere zum Thema „Krieg“. Maßgebliche Aktivisten dieses Bündnisses sind Claus Schreer und Walter Listl, beide gleichzeitig Angehörige der Münchner DKP.

*Proteste gegen die 44. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik*

Das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, das vom Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus dominiert wird, mobilisierte auch im Berichtsjahr wieder gegen die Konferenz für Sicherheitspolitik, die vom 8. bis 10. Februar in München stattfand. An diesem speziell für Aktionen gegen die Münchner Konferenzen für Sicherheitspolitik gegründeten Bündnis sind die bereits beim Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus vertretenen Parteien und Gruppierungen beteiligt.



Wie in den Jahren zuvor kam es zu zahlreichen Protestaktionen. Begonnen hatten diese am 8. Februar mit einer satirischen „Jubeldemo“, organisiert von der SDAJ. An ihr beteiligten sich bis zu 180 Personen. Höhepunkt der Proteste war am 9. Februar eine Großkundgebung, bei der der Aktivist der Partei DIE LINKE., Jan Tepperies, als Versammlungsleiter auftrat. Zur Auftaktkundgebung auf dem Marienplatz waren anfangs nur ungefähr 70 Personen erschienen. Während der Veranstaltung wurden seitens der Redner wiederholt verbale Attacken gegen die Polizei geführt. Bis zum Ende der Kundgebung waren rund 1.500 Personen zu verzeichnen, unter denen sich auch rund 70 Kurden mit „Öcalan-Fahnen“ und ein etwa 400 gewaltbereite Autonome umfassender „Schwarzer Block“ befanden.

*Linksextrêmes Gedankengut*

Die Bundestagsabgeordnete und innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, trat auf dieser Protestkundgebung als Rednerin auf und ließ erkennen, wie linksextrêmes Gedankengut in Veranstaltungen linksextremistisch beeinflusster Bündnisse getragen wird. Unter dem von ihr gewählten Leitsatz „Krieg nach außen - Repression nach innen - das sind zwei Seiten der selben Medaille“ führte sie aus:

*„Man muss sich bei dieser ganzen Entwicklung fragen, was die Herrschenden eigentlich bezwecken. Es scheint ja im Moment überhaupt keine Notwendigkeit zu geben, die Opposition quasi unter Kriegsrechtsbedingungen zu stellen. Es gibt niemanden im Land, den die Herrschenden ernsthaft als ‚Gefährder‘ einstufen müssten, es gibt nicht die Spur einer ernsthaft systemüberwindenden Opposition. Aber gab es denn einen ‚richtigen‘ Grund für die Einführung der Notstandsgesetze in den 1960er Jahren? Die Regierenden zögern nicht, die Basis ihrer Herrschaft zu verbreitern, wenn sie die Gelegenheit dazu sehen. Das ist aus Herrschaftssicht, nur allzu verständlich. Wer will ausschließen, dass*

*es auch in Deutschland in Zukunft größere soziale Kämpfe geben wird, in denen Kapitalismus an sich in Frage gestellt wird? Die neoliberale Politik und die kommende Wirtschaftskrise erzwingen dies geradezu. Die Herrschenden denken bei der Vorbereitung der präventiven Konterrevolution weiter als viele der Beherrschten.“*

Nach der Kundgebung zogen schätzungsweise 2.500 Demonstranten vom Marienplatz zur Schlusskundgebung am Odeonsplatz. An der Spitze dieses Aufzugs schritten neben anderen die bayerische Bundestagsabgeordnete und Landessprecherin der Partei DIE LINKE., Eva Bulling-Schröter, sowie die Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen (DIE LINKE.).

Einem in den „Münchner Lokalberichten - antifaschistisch, antiimperialistisch, antikapitalistisch“ vom 12. November veröffentlichten Aufruf zufolge, der vom Bündnis zusammen mit linksextremistischen Gruppierungen wie SDAJ, SAV, RSB und Linksjugend [‘solid] unterzeichnet worden ist, wird im Zusammenhang mit dem Krieg in Kurdistan gefordert: „Weg mit dem PKK-Verbot und dem Verbot von Roj TV!“. Damit dokumentiert das Bündnis klar seine extremistischen Überzeugungen, insbesondere auch die Unterstützung einer terroristischen Organisation.

*Forderung nach Aufhebung des Verbots der PKK*

Am 13. November führte das Bündnis im EineWeltHaus in München eine Informationsveranstaltung zum Thema „60 Jahre NATO sind genug“ durch, bei der dem ehemaligen DDR-Spion im Nato-Hauptquartier und gegenwärtigen Stammautor der der Partei DIE LINKE. nahestehenden Tageszeitung „junge Welt“, Rainer Rupp, ein Forum geboten wurde. In der Einladung zur Veranstaltung wird ausgeführt, dass die NATO nach 1989 auf Konfrontationskurs gegen solche Staaten ging, „die sich dem kapitalistischen Weltmarkt nicht bedingungslos öffnen und preisgeben wollten“. Unter Verweis auf „völkerrechtswidrige Angriffskriege“, wird betont:

*„ ... , all das beweist, dass es der NATO nicht um Sicherheit, Stabilität und Frieden geht, sondern darum, die strategischen und Geschäftsinteressen ihrer Mitgliedsstaaten ohne Rücksicht auf Verluste unter der Zivilbevölkerung gewaltsam durchzusetzen.“*

## 2.5 Sonstige orthodoxe Kommunisten und andere revolutionäre Marxisten

Die teils bundesweit, teils regional tätigen sonstigen linksextremistischen Parteien, Organisationen und Bündnisse entfalteten in Bayern kaum Außenwirkung. Dies gilt insbesondere für die Marxistische Gruppe (MG), die trotz ihres bislang nicht widerrufenen Auflösungsbeschlusses

*Marxistische Gruppe (MG)*

„GEGENSTAND-  
PUNKT“-Ver-  
anstaltungen

vom Mai 1991 bundesweit mit rund 10.000 Anhängern fortbesteht. Sie verfügt in Bayern über etwa 4.200 Anhänger, von denen nahezu 700 aktiv sind. Öffentlich trat die MG nur bei regelmäßigen „GEGENSTAND-PUNKT“-Diskussionsveranstaltungen in München, Nürnberg, Augsburg und Regensburg in Erscheinung; die Bezeichnung dieser Veranstaltungen geht auf die seit 1992 von führenden MG-Funktionären herausgegebene Zeitschrift „GEGENSTANDPUNKT“ zurück. Die an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen aktive Sozialistische Gruppe ist ebenfalls der MG zuzurechnen.



Der 1973 aus „Arbeiter-Basisgruppen“ hervorgegangene Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) beteiligte sich in Bayern überwiegend an Demonstrationen und Veranstaltungen anderer Organisationen. Der AB zeigte, wie in den Jahren zuvor, nur geringe Aktivitäten. Am 7. Juni lud er in München - seinem Gründungsort - zu einer „Roten Revue“ aus 40 Jahren Arbeiterbewegung und 40 Jahren Wiederaufbau der KPD ein. Der AB habe sich als „Avantgarde der Arbeiterklasse bewährt“.

Weitere linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen werden in Nummer 4 dieses Abschnitts aufgeführt.

### 3. Gewaltorientierte Linksextremisten

#### 3.1 Autonome Gruppen

	Deutschland	Bayern
Angehörige:	5.800	600
erstmaliges Auftreten:	Ende der 1970er Jahre	
Struktur:	meist themenbezogene Gruppen, die überwiegend lokalen Charakter aufweisen	
Publikationen:	Szene-Blätter wie „INTERIM“ oder „Bahamas“ (beide Berlin); auf regionaler Ebene u. a. „barricada“ (Nürnberg)	

#### 3.1.1 Ideologische Ausrichtung und Aktionsformen

Gewaltbereite Autonome stellen nach wie vor eine Bedrohung für die Innere Sicherheit in Deutschland dar. Autonome haben kein einheitliches ideologisches Konzept, sie folgen vielmehr anarchistischen und anarcho-kommunistischen Vorstellungen. Die einzelnen Gruppen bilden sich meist über Aktionsthemen wie z.B. Antifaschismus, Antimilitarismus und Sozialabbau. Einig sind sich die Autonomen in ihrem Ziel der

Kein einheitliches  
ideologisches  
Konzept

gewaltsamen Zerschlagung des Staates und seiner Einrichtungen sowie der Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“. Um diesem Ziel näher zu kommen, nutzen sie aktuelle politische Fragen für ihre Zwecke. Durch geschickte Agitation versuchen sie, auch demokratische Protestbewegungen für ihren Kampf gegen den Staat zu mobilisieren. Das provozierende Auftreten der Autonomen in der Öffentlichkeit, ihre staatsfeindliche Haltung, die Ablehnung gesellschaftlicher Normen und Werte, aber auch das Bejahen von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Forderungen und Ziele kommen der Protesthaltung mancher junger Menschen entgegen, vor allem, wenn diese mit Problemen im Elternhaus, in der Schule oder der Ausbildung konfrontiert sind. Autonome unterscheiden sich soziologisch kaum von anderen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen. Sie sind in der Regel Schüler, Studenten oder Auszubildende.

*Anstreben einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“*

*Junge Anhänger*

Autonome machen den Ablauf ihrer Aktionen primär von der Einschätzung der Durchsetzbarkeit und ihrem Kräfteverhältnis gegenüber der Polizei abhängig. Rechtsextremistischen Versammlungen begegnen sie nach wie vor mit einer hohen Aggressivität und Gewaltbereitschaft. Autonome führen dabei oft keine eigenen öffentlichen Veranstaltungen durch, sondern mischen sich stattdessen unter die Teilnehmer anderer Gegenveranstaltungen. Die Formierung von so genannten „Schwarzen Blöcken“ bei Demonstrationen als Symbol militanten Politikverständnisses ist wieder vermehrt feststellbar.

*„Schwarze Blöcke“*

Die Differenzierung zwischen „Gewalt gegen Personen“ und „Gewalt gegen Sachen“ wird teilweise in Frage gestellt. Körperverletzungsdelikte von Linksextremisten gegen „Rechte“ oder vermeintliche „Rechte“ machen deutlich, dass Autonome Gewaltanwendung gegen politische Gegner als legitimes Mittel ansehen. Wie in den Vorjahren waren Autonome für die meisten der linksextremistisch motivierten Gewalttaten verantwortlich. Nach wie vor wird vor allem in Kreisen Berliner Autonome eine Strategiedebatte um terroristische Gewalt geführt. In Bayern sind linksextremistische Strukturen mit terroristischer Zielsetzung derzeit nicht feststellbar.

*Unverminderte Gewaltbereitschaft*

### 3.1.2 Strukturen und Publikationen

Insgesamt ist die Zahl der Angehörigen der autonomen Strukturen in Bayern im Vergleich zum letzten Jahr mit etwa 600 gleich geblieben. Im Jahr 2008 traten in Bayern besonders die autonomen Gruppierungen „Organisierte Autonomie“ (Nürnberg), „radikale Linke“ (Nürnberg), „Autonome Jugend Antifa“ (Nürnberg), „Antifa NT“ (München), „Antifa

*Personenpotenzial in Bayern*

*Autonome Gruppierungen*

Jugend München" (AJM), „Contra Real" (Augsburg) und „Zusammen Aktiv Kämpfen" (Sulzbach-Rosenberg) in Erscheinung.

### Örtliche Schwerpunkte

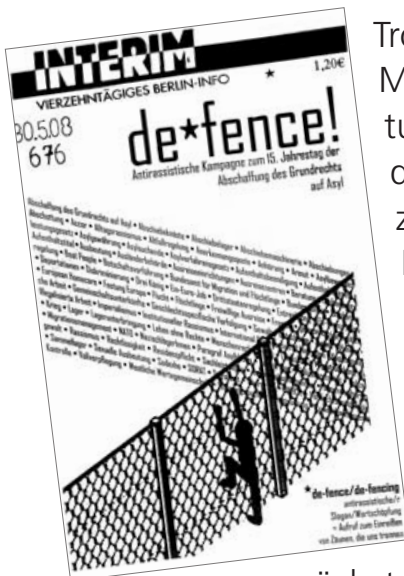


Örtliche Schwerpunkte der Autonomen in Bayern sind nach wie vor die Großräume Nürnberg/Erlangen/Fürth und München. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Autonomen in Nürnberg/Erlangen/ Fürth von etwa 170 und in der Landeshauptstadt München von etwa 140 Anhängern nicht verändert. Die autonome Szene in Nürnberg formiert sich um das „Stadtteilzentrum Schwarze Katze" und die Anlaufstelle „DESI". Für Münchner Autonome spielen der autonome „Info-Laden" und das „Kafe Marat" im ehemaligen „Tröpferlbad" in der Thalkirchner Straße eine wesentliche Rolle. Einen Überblick über in Erscheinung getretene autonome Gruppierungen - einschließlich Klein- und Kleinstgruppen - vermittelt die auf der Seite 193 dieses Berichts abgedruckte Karte.

### Informations- austausch

Für den lokalen, überregionalen und internationalen Informationsaustausch verwenden Autonome Szene-Publikationen, Info-Läden, Szene-Lokale sowie verdeckte informelle Strukturen wie Telefonketten. Info-Läden dienen dem autonomen Spektrum nicht nur als zentrale Informations-, Kommunikations- und Anlaufstellen, sondern tragen auch zur Verbreitung und Koordinierung autonomer Aktivitäten bei und haben wesentlichen Einfluss auf die Mobilisierungsfähigkeit der Szene. In Bayern bestehen Info-Läden u.a. in München, Nürnberg, Würzburg, Augsburg und Landshut.

### Info-Läden

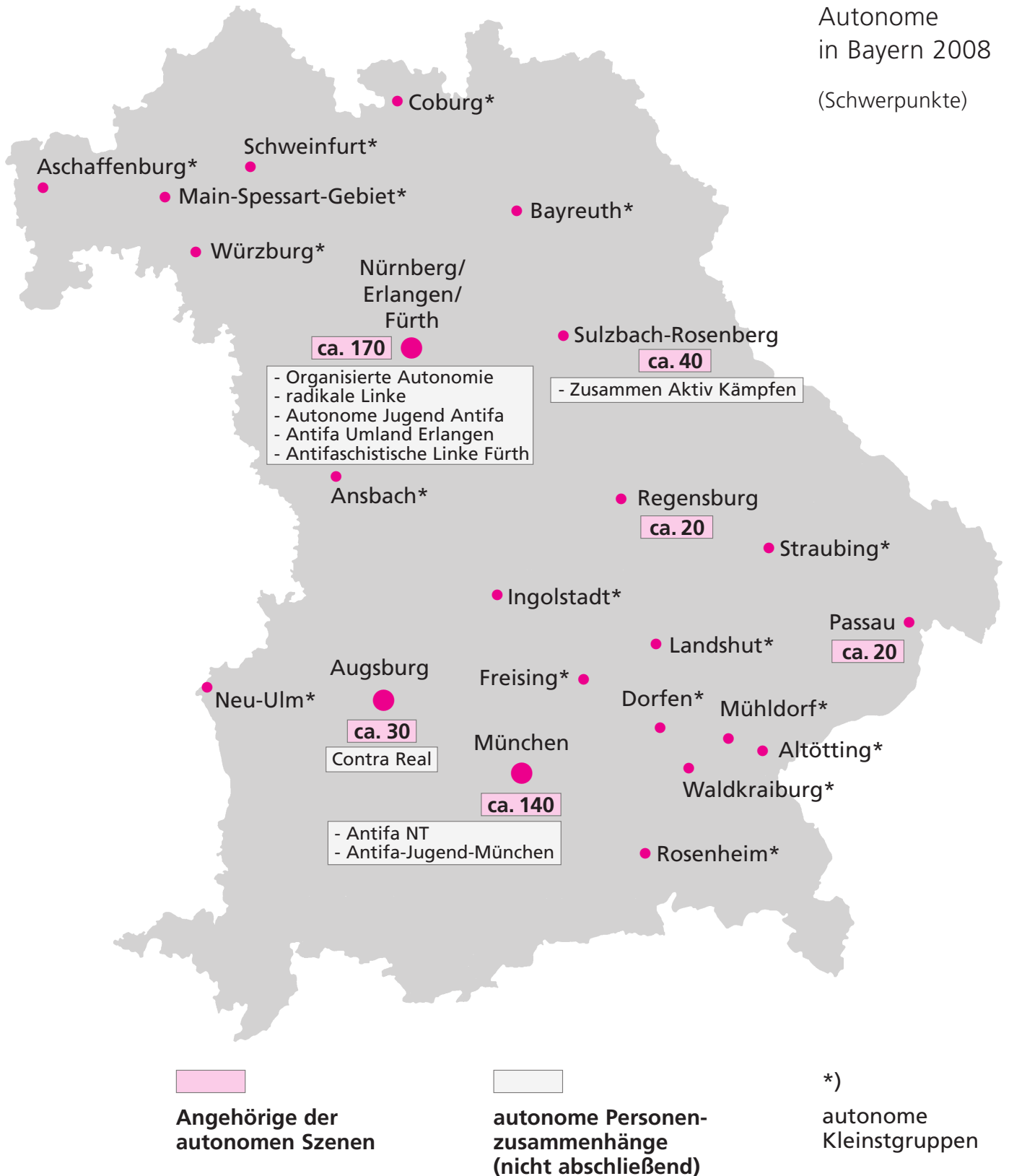


Trotz der steigenden Attraktivität der modernen elektronischen Medien haben die klassischen Publikationen nach wie vor Bedeutung für die autonome Szene. Im Bundesgebiet gibt es zahlreiche dieser Szene-Publikationen, in denen Diskussionspapiere, Aufrufe zu Veranstaltungen, Selbstbeichtigungsschreiben und andere Beiträge veröffentlicht werden. Bundesweite Bedeutung haben dabei nur wenige Schriften, vor allem die in Berlin erscheinende „INTERIM". Sie agiert insbesondere als „Knotenpunkt für die Bündelung des Widerstands" im Hinblick auf künftige Ereignisse, wie beispielsweise zu den Themenfeldern Antikapitalismus, Antirassismus oder Antiimperialismus. Die „INTERIM"-Redaktion ruft u.a. dazu auf, Kampagnenvorschläge „für die nächsten Tage, Monate, Jahre" einzusenden. Die Mehrzahl der Publikationen hat einen vorrangig regionalen Verbreitungskreis, so auch die in Bayern herausgegebenen Druckwerke, z.B. „barricada - zeitung für autonome politik und kultur" (Nürnberg). Die Publikationen werden oft

### Publikationen



Autonome  
in Bayern 2008  
(Schwerpunkte)



konspirativ hergestellt und verbreitet. Sie enthalten teilweise unverhohlene Aufforderungen und Anleitungen zu Gewalttaten u.a. gegen Rechtsextremisten und deren Einrichtungen. Die Aufklärung über Nazistrukturen im Großraum Nürnberg/Erlangen/Fürth wurde in der „barricada - zeitung für autonome Politik und kultur“ fortgesetzt.

### 3.1.3 Strategiedebatte - Fortsetzung der Gewaltdiskussion

*Nachlassen der „Militanzdebatte“*

In der gewaltbereiten Szene ließ die seit Jahren andauernde „Militanzdebatte“ deutlich nach. Der Grund wird in Exekutivmaßnahmen gegen mutmaßliche Aktivisten der „militanten Kampagne gegen den G8-Gipfel“ und der „militanten gruppe“ (mg) im Jahr 2007 gesehen. Die mg hatte sich bisher maßgeblich an der Debatte beteiligt. Seit Jahren diskutierten unterschiedliche autonome Gruppierungen mit dem Ziel, die bisher im autonomen Spektrum weitgehend vorherrschende Trennung zwischen der akzeptierten „Gewalt gegen Sachen“ und der außerhalb der antifaschistisch orientierten Gruppen eher abgelehnten „Gewalt gegen Personen“ zu überwinden. Hauptdiskussionsforum war und ist das autonome Szene-Blatt „INTERIM“ als „unkontrollierter, keiner Zensur durch Repressionsorgane unterliegenden Zeitung“ aus Berlin.



Die in dieser Zeitung fortgeführte Debatte hat, gemessen an den Beitragsveröffentlichungen der Vorjahre, quantitativ abgenommen. Eine Gruppe, die sich als „some militant activists“ bezeichnet und zur Solidarität mit der „militanten gruppe“ (mg) aufruft, fordert eine „Wiederbelebung der militanten Debatte“. Damit verbindet sie den Wunsch, dass „wieder mehr Gruppen und Einzelpersonen über militante Intervention nachdenken“. Eine weitere Gruppierung, die sich „AK Vermittlung“ nennt, stellt fest, dass die „Kriminalisierung militanter Praxis“ die Debatte erschwere und propagiert, dem politisch entgegnetreten zu wollen. Die Verfasser bringen dabei ihr Politikverständnis zum Ausdruck:

*„Die politische Praxis, den Weg den wir wählen, lassen wir uns nicht zensieren und reglementieren. Die Mittel diskutieren wir immer wieder neu, je nach politischer Situation und politischer Stärke. Unsere Aktionsformen sind vielfältig. Sie umfassen ... Blockaden, Sabotagen ... das Plündern (...) Aber uns ist eine gemeinsame Reflektion und Debatte um Militanz wichtig. (...) Es geht darum eine unvereinbare Haltung gegenüber dem herrschenden System einzunehmen (...) Wir müssen ... unsere Argumente verstärkt in den Diskurs einbringen. Mehr Aufmerksamkeit für linksradikale Politik!“*

Bei den bayerischen Autonomen blieb eine Reaktion auf die im Berichtszeitraum veröffentlichten Beiträge zur „Militanzdebatte“ aus.

### 3.1.4 Antifaschismus

*Wichtiges Dauerthema*

Der Antifaschismus blieb ein wichtiges Dauerthema für gewaltbereite Linksextremisten. Für Autonome, wie für andere Linksextremisten, be-

inhaltet der Antifaschismus jedoch nicht allein den Kampf gegen Rechtsextremismus, sondern auch gegen den demokratischen Staat. Nach linksextremistischer Auffassung ist der Rechtsextremismus Folge des Kapitalismus, den es deshalb als Ursache zu bekämpfen gilt. Dies kommt u.a. in einem Aufruf gegen einen am 15. November in der Münchener Innenstadt durchgeführten rechtsextremistischen Aufmarsch zum Ausdruck:



*„Wir sind uns bewusst, dass Nazis nicht einfach vom Himmel fallen. Sie können mit ihren rassistischen, antisemitischen, nationalistischen und geschichtsrevisionistischen Positionen an Ressentiments anknüpfen, die weit in der Gesellschaft verbreitet sind. Deshalb begreifen wir Antifa-Politik nicht bloß als reinen Kampf gegen Nazis, sondern immer auch als Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Emanzipatorische, antifaschistische Politik kann nur aus einer fundamentalen Kritik an Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen hervorgehen und muss so zwingend antikapitalistisch sein.“*

Für ihre Übergriffe auf Rechtsextremisten nutzen gewaltbereite Linksextremisten noch immer überwiegend Kundgebungen gegen rechtsextremistische Auftritte - oft auch des bürgerlichen Spektrums - als Forum für Gewalttaten. Rechtsextremistische Wahlkampfveranstaltungen im Vorfeld zu den bayerischen Kommunal- und Landtagswahlen boten ein Forum für vielfältige Proteste der autonomen Szene. Das Ziel der Autonomen, rechtsextremistische Veranstaltungen zu verhindern oder wenigstens zu stören, stand bei den teilweise äußerst aggressiv geführten Gegenprotesten im Vordergrund. Dies ist auch ursächlich für die sprunghaft angestiegenen linksextremistischen Straftaten. Die bis zum Tag der Landtagswahl am 28. September registrierten Delikte belegen, dass Autonome ihre Vorstellungen von Antifaschismus auch durch die Verletzung verfassungsmäßig garantierter Rechtsgüter durchzusetzen versuchen. Von den 109 in Bayern verübten linksextremistisch motivierten Gewalttaten entfallen 51 auf den Bereich Antifaschismus.

*Übergriffe auf  
Rechtsextremisten*

Neben Veranstaltungen und Aktionen gegen rechtsextremistische Kundgebungen und Demonstrationen setzen Autonome verstärkt auf eine ereignisunabhängige „Antifa-Recherche“. Dabei spähen sie ihre politischen Gegner gezielt aus und veröffentlichen deren „Steckbriefe“ in ihren Publikationen, auf Flugblättern und im Internet. Diese Informationen können der autonomen Szene zur Vorbereitung von militanten Aktionen dienen.

*Hauptmotiv der  
Gewalttaten*

*„Antifa-Recherche“*

Die seit Ende 2006 bekannte Kampagne „Nazis unplugged - Rechten Strukturen den Saft abdrehen“ trat durch Aktivitäten in Zusammenhang mit der Landtagswahl erneut an die Öffentlichkeit. In einem Internet-Auftritt stellt sich die Kampagne, die von einem Bündnis bayerischer

*Kampagne  
„Nazis unplugged“*

Gruppierungen mit linksextremistischer Zielsetzung getragen wird, selbst dar:



*„Wir wenden uns offensiv gegen die sich weiter verbreitende und personell stärker werdende Naziszene in Bayern. Der Schwerpunkt liegt auf der Zurückdrängung und Bekämpfung extrem rechter Infrastruktur. Darunter verstehen wir zum einen Rückzugsorte von Neonazis - wie Wohnprojekte, Kneipen und andere ‚private‘ Treffpunkte - natürlich aber auch die Orte des rechten Lifestyles, in denen versucht wird, neue AnhängerInnen zu gewinnen, also: Läden, die neonazistische Kleidung und Musik vertreiben, (Internet) Versände und politische Veranstaltungsorte, sowie auch ihre Organisations- und Parteistrukturen als solche.“*

Die Kampagne intervenierte gegen die NPD und formulierte ihre beabsichtigte Einflussnahme:

*„Anlässlich des anstehenden Landtagswahlkampfes wollen wir uns daher speziell auch mit der NPD auseinandersetzen. (...) Mittels Aufklärungsarbeit, politischen und kulturellen Aktionen sowie Demonstrationen wollen wir die Knotenpunkte und AktivistInnen der rechten Szene und insbesondere der NPD öffentlich machen und sie in ihrem Treiben stoppen. (...) NPD und anderen Strukturen den Saft abdrehen! Für die antifaschistische Offensive! Ein Leben ohne Nazis, Staat und Kapital erkämpfen!“*

### „Outingaktionen“

In diesem Zusammenhang steht eine am 19. Juli unter dem Motto „Keine Ruhe der NPD!“ durchgeführte „Outingaktion“. Die bayerische Kampagne veröffentlichte einen kurzen politischen Steckbrief von sieben NPD-Direktkandidaten im Internet. Darüber hinaus berichtete „Nazis unplugged - Nazistrukturen den Saft abdrehen“, dass an den jeweiligen Wohnorten der „NPD-Direktkandidaten“ Flugblätter verteilt worden seien, um „die BürgerInnen über deren Weltanschauung und Engagement in der rechten Szene zu informieren und zum entschlossenen Vorgehen gegen sie aufzufordern“.

### Flugblattaktionen

Die Kampagne veröffentlichte im Internet auch eine weitere „Aktion gegen Nazi-Läden in Bayern“. Am 22. September sei die Bevölkerung in zwei niederbayerischen Ortschaften mit einem Infotisch und der Verteilung von jeweils bis zu 1.000 Flugblättern an Haushalte und Passanten über „Neonazi-Aktivitäten“ informiert worden. Die Aktion habe sich gegen die Betreiber örtlicher Verkaufsstellen für rechtsextremistische Produkte gerichtet.

*„Ziel der Aktion war es, die Betreiber aus der Anonymität zu zerren und den öffentlichen Druck auf sie zu erhöhen.“*

Die Kampagne bewertete ihre Aktion als Erfolg und kündigte an, „dass weitere dieser Art folgen werden“.

Die von Linksextremisten Mitte 2005 gegründete Gruppierung „Antifaschistische Linke Fürth“ (ALF) hat sich verfestigt. In ihrem Kampf für die „soziale Revolution“ beschäftigte sich die Gruppierung zwar mit Themen wie z.B. „Sozialabbau“, „Antirepression“, „Antirassismus“ und „Antimilitarismus“. Der Schwerpunkt lag jedoch auf dem Themenfeld „Antifaschismus“. Die ALF veranstaltete oder beteiligte sich an mehreren, gegen rechts-extremistische Aktivitäten gerichtete Aktionen und Demonstrationen.

*Antifaschistische Linke Fürth (ALF)*



Im Rahmen des Antifaschismus betreiben Autonome eine nach wie vor rege Bündnispolitik. Neben kontinuierlich arbeitenden „Aktionsbündnissen“, die zumeist auf lokaler bzw. regionaler Ebene überwiegend mit linksextremistischen Gruppierungen und Parteien wie in Nürnberg kooperieren, gibt es auch anlassbezogene Bündnisse, in denen häufig auch demokratische Gruppen und Institutionen mitarbeiten. Diese anlassbezogenen Bündnisse dienen primär der Vorbereitung und Koordination von Demonstrationen, Versammlungen, Mahnwachen, Informationsständen und anderen Veranstaltungen gegen rechtsextremistische Aktivitäten. Der autonomen antifaschistischen Szene gelingt es jedoch weiterhin nur schwer, derartige Bündnisveranstaltungen für ihre eigenen, linksextremistischen Zwecke zu dominieren.

*Bündnispolitik*

### 3.1.5 Anti-Globalisierung - Klimadebatte

Die große räumliche Entfernung zu dem im Jahr 2008 in Japan veranstalteten G8-Gipfel, senkte das Interesse des linksextremistischen Spektrums an dieser Thematik. Linksextremisten unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung auf dem Gebiet der Anti-Globalisierung wandten sich der Thematik einer globalen Erderwärmung zu. Eine im Herbst 2007 von einer nicht extremistischen „Klima-Allianz“ gestartete „Klimakampagne“ führte in linksextremistischen Gruppierungen zu einer Debatte über die Möglichkeiten politischer Einflussnahme. Das vorläufige Ergebnis war die Organisation eines „Klimacamps“ im August. An dem als Doppelcamp konzipierten „Klimacamp“ und „Antirassistischen Sommercamp“ vom 15./16. bis 24. August in Hamburg beteiligen sich teilweise bis zu 700 Personen. Darunter befanden sich auch Linksextremisten. Bereits im Vorfeld und während der Dauer beider Camps kam es zu mehreren Gewalt- und Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund. So beteiligten sich bis zu 250 Angehörige eines „Schwarzen Blocks“ an einer

*„Klimakampagne“*



rund 600 Personen umfassenden und unter dem Motto „Kein Kohlekraftwerk in Moorburg“ stehenden Demonstration. Während des von dem Aktionsbündnis „Gegenstrom08“ organisierten Aufzugs versuchten etwa 400 Personen, in Kleingruppen auf die Baustelle des Kraftwerks zu gelangen. Dabei bewarfen sie eingesetzte Polizeibeamte mit Steinen und Flaschen.

Von den beteiligten Organisatoren des Doppelcamps, darunter auch Linksextremisten, wird das Thema „Klimawandel“ als eine Möglichkeit gesehen, an das Niveau der internationalen Mobilisierung der G8-Proteste in Heiligendamm/Mecklenburg-Vorpommern im Sommer 2007 anzuknüpfen. Linksextremisten stellen insbesondere systemüberwindende Ziele bei der „Klimadebatte“ heraus. Die „Ursache für Armut, Hunger, soziale Ausgrenzung und Unterdrückung“ sei „dieselbe wie für den Klimawandel“, nämlich der „Kapitalismus mit seiner Wachstums- und Verwertungslogik“. Insofern sollte dessen Abschaffung „von linksradikaler Seite gefordert ... werden, wenn es um das Thema Klima geht“, argumentieren Linksextremisten in einem Diskussionspapier. Abschließend wird in dem Schreiben propagiert:

*„Wir wollen die Zerschlagung von Kapital, Patriarchat, Staat.“*

Linksextremisten erwarten aufgrund des „Klimawandels“ Begleiterscheinungen, insbesondere in den armen Ländern und einer dort verstärkt einsetzenden Migration von „Klimaflüchtlingen“, die seitens der Staatenwelt mit einer „rassistischen Entrechtung“ bekämpft werden. Außerdem stellen sie die Hypothese auf, dass in der weiteren Zukunft ein sich gravierend zuspitzender Prozess zur Verschlechterung sozialer Verhältnisse eintritt. Insgesamt sei die Klimathematik als inhaltliche und thematische „Klammer“ für die Integration verschiedener politischer Felder anzusehen. Die neue Thematik könnte sich mit anderen links-extremistischen Aktionsfeldern zu einem verbindenden Element für Linksextremisten, nicht zuletzt für Autonome herausbilden. Die Folge könnte ein erhöhtes Mobilisierungspotenzial auch auf internationaler Ebene sein. Die geplante UN-Weltklimakonferenz in Kopenhagen Ende 2009 soll demnach in den Fokus einer internationalen Mobilisierung gestellt werden.

### 3.1.6 Antimilitarismus - Antiimperialismus

In den vergangenen Jahren war der Themenbereich „Antimilitarismus“ gegenüber dem Aktionsfeld „Antifaschismus“ und der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm in den Hintergrund getre-

*Systemüberwindende Ziele bei der Klimadebatte*

*Neue verbindende Thematik*

*Antimilitarismus*

ten. Durch einen für Anfang April 2009 in Baden-Baden und Straßburg anberaumten NATO-Gipfel erlangte diese Thematik erneut an Bedeutung. Im Mittelpunkt des linksextremistischen Interesses steht dabei die Mobilisierung gegen dieses Treffen, das anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Verteidigungsgemeinschaft stattfinden wird. Um eine breite, auch internationale Mobilisierung als Basis effektiver Proteste zu ermöglichen, bildete sich u.a. das Bündnis „By By NATO“, das von Linksextremisten dominiert wird. Die in das Bündnis integrierte anti-imperialistische Initiative „Libertad!“ drängt auf eine internationale „antimilitaristische Mobilisierung“ gegen den NATO-Gipfel. „Libertad!“, in der Angehörige des ehemaligen RAF-Umfelds - heute „Antiimperialistischer Widerstand“ - führend mitwirken, mobilisiert in einem auch im Internet unter dem Motto „Kein Friede mit der NATO! oder: Das Recht auf Revolution“ veröffentlichten mehrseitigen Aufruf:

*„Eine Kampagne gegen die NATO kann schon von der Sache her nur eine internationale sein, die weder mit dem Event beginnt, noch mit ihm endet. Auf dem Weg dahin gibt es jetzt schon Aktivitäten an die wir anknüpfen können.“*

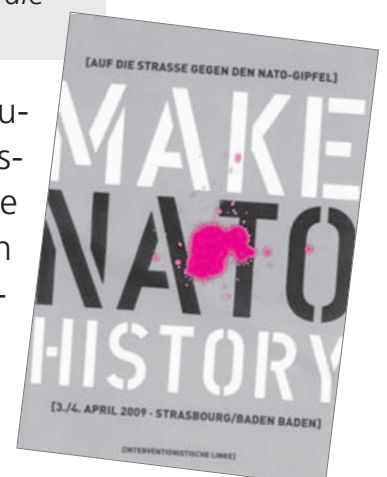
Die Absichten, die „Libertad!“ zu den Protesten gegen den NATO-Gipfel verfolgt, orientieren sich erkennbar an den Aktionen, die von Linksextremisten bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 durchgeführt wurden. Dabei war es zu Ausschreitungen mit einer bislang nicht gekannten Brutalität gekommen, bei denen mehr als 400 Polizeibeamte verletzt worden waren. In dem Aufruf führt „Libertad!“ weiter aus:

*„Den Gipfel in Kehl und Strasbourg sollten wir zu einer starken antimilitaristischen Gegenmobilisierung nutzen und versuchen die peinliche Verzagtheit am Thema Krieg aufzubrechen. Dabei können wir unmittelbar an die punktuellen Erfahrungen in Heiligendamm anknüpfen. Das Wesentliche dort war die Entschlossenheit im Handeln und eine kollektive Erfahrung von Gegenmacht. (...) Nutzen wir die nächsten Monate für die Organisation einer vielfältigen (in Bezug auf die Mittel) aber gemeinsamen (in Bezug auf die Ziele), antimilitaristischen, sozialrevolutionären und antiimperialistischen Praxis, die die Feierlichkeiten der NATO nicht glatt über die Bühne gehen lässt ...“*

Von den gegen die Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2009 gerichteten Protestkundgebungen erhofft sich das linksextremistische Spektrum einen „Auftakt für die internationale Mobilisierung gegen die NATO-Propaganda-Show Anfang April in Straßburg“. So bringt ein dem autonomen Spektrum zuzuordnender Internet-Aufruf die Münchner Sicherheitskonferenz 2009 mit dem darauffolgenden NATO-Gipfel im April in Verbindung. Unter dem Motto „Smash we can! Den herrschenden Kriegs-

*Mobilisierung  
gegen NATO-Gipfel  
im April 2009*

*Orientierung an  
Heiligendamm*







delte sich dort an diesem Tag insbesondere das bayerische autonome Spektrum zu Gegenprotesten. Bei weiteren in Bayern durchgeführten 1. Mai-Veranstaltungen kam es zu keinen Störungen.

### 3.1.8 Weitere Aktionen

Nach zahlreichen Blockadeaktionen auf der Schienen- und Straßenstrecke von La Hague/Frankreich nach Gorleben in Niedersachsen, erreichte ein Transportzug mit Atommüllbehältern am 11. November sein Ziel verspätet. Militante Kernkraftgegner hatten an der Strecke Lüneburg - Dannenberg einen Schienenabschnitt unterhöhlt, brennende Barrikaden errichtet und Pferde der Polizei mit Pyrotechnik beschossen. An den Protesten gegen den Castor-Transport, der teilweise über Stunden blockiert wurde, beteiligten sich bis zu 15.000 Personen, darunter zahlreiche Linksextremisten. Unter dem Eindruck der erreichten Teilnehmerzahlen werteten die Organisatoren den Protest als „vollen Erfolg für die Anti-Atomkraft-Bewegung“. Derzeit ist unklar, ob es der „Anti-Atomkraft-Bewegung“ gelingen wird, ihren Widerstand verstärkt in das linksextremistische Spektrum hineinzutragen. Bayerische Autonome zeigen sich an der Thematik bislang wenig interessiert.

*Proteste gegen  
Castor-Transport*

Ferner wurde die „Antirepression“ in der autonomen Szene erneut thematisiert. Am 8. November fand eine so genannte Doppeldemonstration in Fürth und Nürnberg unter dem Motto „Kriminell ist das System und nicht der Widerstand“ statt. Organisiert wurden die Demonstrationen als „Aktionstag gegen staatliche Repression“ u.a. von der „Antifaschistischen Linken Fürth“ (ALF) und der „Organisierten Autonomie“ (OA) Nürnberg. Hintergrund der Solidaritätsdemonstration, an der insgesamt bis zu 600 Personen teilnahmen, war ein Strafprozess gegen mehrere, dem linksextremistischen Spektrum zuzuordnende Personen, denen Farbschmierereien an Hauswänden zur Last gelegt wurden. Bereits im Vorfeld fanden aus diesem Anlass Kundgebungen in Fürth und Nürnberg statt. Diese Veranstaltungen wurden vom Bündnis „Autonome für Recht, Ordnung und Sicherheit“ durchgeführt. Das Bündnis ist eine Initiative der ALF und der OA.

*Antirepression*

An zahlreichen Veranstaltungen gegen das am 1. Oktober in Kraft getretene Bayerische Versammlungsgesetz beteiligten sich auch Autonome. So bildeten beispielsweise bis zu 200 Autonome einen „Schwarzen Block“ bei einer etwa 2.000 Personen umfassenden Demonstration am 31. Mai in der Münchner Innenstadt. Bei dem unter dem Motto „Für die Versammlungsfreiheit - Gegen das neue bayerische Versammlungsgesetz - Gegen Faschismus und jede andere Form von Gewaltherrschaft“

*Proteste gegen  
neues Bayerisches  
Versammlungs-  
gesetz*

stehenden Aufzug wurden auch Knallkörper abgebrannt und die Parole „BRD Bullenstaat - wir haben dich zum Kotzen satt.“ skandiert.

### 3.2 Antideutsche Strukturen

Innerhalb des bundesweiten linksextremistischen Spektrums sind die so genannten Antideutschen weiterhin von Bedeutung. Das besondere und verbindende Element des facettenreichen und vergleichsweise noch jungen Phänomens ist ein extremes Antifaschismusverständnis, das von einer klaren pro-israelischen und pro-amerikanischen Haltung geprägt ist. Die linksextremistische Strömung der Antideutschen steht somit im deutlichen Gegensatz zu Linksextremisten nach traditionellem Verständnis.

*Extremes  
Antifaschismus-  
verständnis*

Nach ersten scene-internen Denkansätzen trat die antideutsche Strömung ab Beginn der 1990er Jahre vereinzelt, zuletzt aber mit steigender Bedeutung innerhalb der linksextremistischen Szene auf. Kommunistische Kleingruppen entwickelten damals die Vorstellung, dass von einer besonderen Aggressivität eines spezifisch deutschen Faschismus auszugehen sei. Damit werde der nach marxistisch-kommunistischer Anschauung grundsätzlich aus dem Kapitalismus resultierende Faschismus hin zu einem spezifisch deutschen verstärkt. Dies werde durch die deutsche Vergangenheit, insbesondere durch den auf Vernichtung ausgerichteten Antisemitismus belegt. Der Beitritt der fünf neuen Bundesländer wurde daher als Gefahr der Entstehung eines „Vierten Reichs“ angesehen. Der im „Dritten Reich“ begangene Holocaust bewirkte nach linksextremistischer antideutscher Denkweise u.a., dass bis zur weltweiten Überwindung des Antisemitismus Israel als einziger Staat eine „Existenzberechtigung“ habe. Damit wird neben dem überhöhten „Antifaschismus“ eine kompromisslose pro-israelische Haltung eingenommen, die auch das außenpolitische Auftreten der USA zum Wohle Israels umfasst. Die Golfkriege und insbesondere die von Palästinensern im Jahr 2000 aufgenommene al-Aksa-Intifada ließen die Israel-Solidarität zum zentralen Thema der antideutschen Strömung werden.

*Israel-Solidarität  
als Thema*

Die herkömmlich linksextremistische Ansicht, wonach Israel als kapitalistische und imperialistische Besatzungsmacht zum Nachteil des palästinensischen Volks handelt, wird von der antideutschen Strömung als antizionistisch und antisemitisch verurteilt. Mit der zunehmenden Bedeutung der antideutschen Strömung innerhalb des linksextremistischen Spektrums verstärkte sich dieser Konflikt. Der Streit um damit verbundene fundamentale linksextremistische Prinzipien hat auch innerhalb der autonomen Szene zu einer inhaltlichen, organisatorischen



und aktionistischen Spaltung in pro-israelische und pro-palästinensische Strukturen geführt. Gemeinsame Aktivitäten zwischen „traditionellen“ Linksextremisten und Anhängern der antideutschen Strömung scheinen deshalb nur dann möglich, wenn sie gegen den gemeinsamen „Feind“, die Rechtsextremisten, gerichtet sind.

Aktuell ist eine Hinwendung der Szene zum Thema Islamismus erkennbar. Der Islamismus als „neuer Faschismus“ komme demnach in erster Linie aus dem Iran. Das Streben des Iran nach nuklearen Waffen wird als die derzeit größte Bedrohung für den Staat Israel angesehen. In Publikationen und Veranstaltungen wird diese Problematik verstärkt thematisiert.

*Islamismus als  
„neuer Faschismus“*

Das antideutsche Politikverständnis zieht zum einen Linksextremisten aus dem revolutionär-marxistischen Spektrum an, die sich an der Lehre von Karl Marx orientieren und Wert auf ideologische Ausbildung, z.B. in Form von Seminaren und Vortragsveranstaltungen, legen; zum anderen fühlen sich auch Teile der gewaltbereiten autonomen Szene vom extremen Antifaschismusverständnis der antideutschen Strömung und der Israel-solidarischen Haltung angesprochen. Vor allem handlungsorientierte junge autonome Antifa-Gruppen werden unter dem Minimalkonsens der Solidarität mit Israel im Rahmen ihrer „Antifaschismusarbeit“ in der Öffentlichkeit aktiv. Sie zeigen ihren Protest gegen die als faschistisch diffamierte Bundesrepublik Deutschland, gegen Rechtsextremisten sowie gegen jede Form von Kritik am Staat Israel bei Demonstrationen und Kundgebungen, beispielsweise bei einer Demonstration unter dem Motto „Alles Gute kommt von oben“ am 22. Februar in Augsburg, die sich gegen einen Gedenkmarsch des „Augsburger Bündnisses - Nationale Opposition“ (AB-NO) sowie das Gedenken anlässlich der Bombennacht vom 25. Februar 1944 richtete. Die bis zu 120 Teilnehmer führten u.a. Fahnen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs sowie des Staates Israel mit sich. Auf Transparenten und in Redebeiträgen wurden geschichtsrevisionistische Tendenzen kritisiert.

*Demonstration  
in Augsburg*

Die Mischung aus dogmatisch kommunistischen Theoretikern und zu meist jungen autonomen Aktivisten macht die antideutsche Erscheinungsform zu einer sehr dynamischen und um Vernetzung bemühten eigenständigen linksextremistischen Szene.

### 3.3 Linksextremistisch motivierte Straftaten

#### 3.3.1 Gewalttaten

Angehörige der autonomen Szene halten Gewaltanwendung zur Überwindung des kapitalistischen Systems für legitim. Sie rechtfertigen

Gewalt als angeblich erforderliches Mittel gegen die „strukturelle Gewalt“ eines „Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“. So wird in dem von Autonomen herausgegebenen Buch „Autonome in Bewegung“ zum Thema Gewalt ausgeführt:

*„Militanz ist in unseren Augen notwendiger Bestandteil linksradikaler Politik, sowohl im allgemeinen Sinn der konsequenten, kämpferischen Haltung an sich, als auch im engeren Sinn von politischer Gewalt. Dass dies ein höheres Maß an Verantwortung erfordert als das Bilden von Lichterketten ist selbstverständlich. Doch wer auf die Option der Militanz verzichtet, beraubt sich selbst der notwendigen Mittel gegen ein System der Herrschaft, dem allein mit den besseren Argumenten nicht beizukommen ist.“*

(aus: A.G. Grauwacke: „Autonome in Bewegung“, Berlin, Hamburg, Göttingen, o.J., Seiten 380/381)

Die Anwendung von Gewalt wird von den Autonomen aber auch als legitimes Mittel zur „Bekämpfung“ von Rechtsextremisten als politischem Gegner erachtet. Die in der Vergangenheit an „Rechten“ begangenen Körperverletzungsdelikte machen deutlich, dass Autonome diesen jedes Recht auf politische Betätigung absprechen.

#### Abnahme der Hemmschwelle

Die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung nimmt tendenziell ab. Im Vergleich zum Jahr 2007 mit 833 Gewalttaten gab es im Bundesgebiet im Jahr 2008 insgesamt 701 Gewalttaten. Den aktionistischen Höhepunkt für die gewaltbereite linksextremistische Szene Deutschlands stellten die Proteste gegen die parallel durchgeführten Aufzüge der NPD am 1. Mai in Hamburg und Nürnberg dar. Die von der NPD bundesweit gerichtete Werbung, sich diesen Veranstaltungen anzuschließen, führte insbesondere im autonomen Spektrum zu einem Mobilisierungsschub. Vor allem in Hamburg kam es zu den schwersten Ausschreitungen seit Jahren. Bis in die frühen Morgenstunden des folgenden Tages kam es dort zu Angriffen auf Polizeibeamte; Barrikaden, Abfallcontainer und Fahrzeuge wurden in Brand gesetzt.

#### Ausschreitungen am 1. Mai in Nürnberg

In Nürnberg gab es im Anschluss an die gegen den NPD-Aufmarsch gerichtete und unter der Beteiligung von rund 3.000 Linksextremisten durchgeführte „revolutionäre 1. Mai-Demonstration“ erhebliche Ausschreitungen. Im Anschluss an die Demonstration versuchten Autonome, die sich an der Spitze des Aufzugs formiert hatten, die zum Schutz vor Übergriffen errichteten Polizeiabsperungen zu überwinden. Angeheizt durch aggressive Lautsprecherdurchsagen von Linksextremisten, kam es zu massiven Durchbruchversuchen und Flaschenwürfen; außerdem wurden Feuerwerkskörper abgebrannt.

#### Erheblicher Anstieg in Bayern

In Bayern ist ein erheblicher Anstieg der Gewalttaten von 76 im Jahr 2007 auf 109 im Jahr 2008 festzustellen. Dabei ist mit 51 Gewalt-

delikten etwa die Hälfte dem Bereich Antifaschismus zuzurechnen, die andere Hälfte (57) war anarchistisch motiviert. Eine weitere Gewalttat steht im Zusammenhang mit Antimilitarismus. Die Taten aus dem Bereich Antifaschismus richteten sich wie in der Vergangenheit jedoch meist nicht unmittelbar gegen den politischen Gegner. Vielmehr ist die Polizei als staatliches „Repressionsorgan“ vermehrt das Ziel linksextremistisch aggressiven Verhaltens. Betroffen hiervon sind insbesondere die zur Gewährleistung des grundgesetzlich geschützten Versammlungsrechts eingesetzten Polizeibeamten, die durch ihre Präsenz Übergriffe verhindern sollen. Linksextremistische Gewalttäter sprechen insofern auch Polizeibeamten das Grundrecht auf Unversehrtheit der Person ab. Von den 109 Gewalttaten richteten sich allein 66 gegen Polizisten (2007: 49). Die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten steht insofern in Zusammenhang mit der Anzahl rechtsextremistischer Veranstaltungen, die die Gewalttäter als Anlass für ihre gewalttätigen Aktionen nehmen.

*Gewalt gegen  
Polizeibeamte*

Ein Vergleich mit den 68 rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in Bayern zeigt, dass die linksextremistisch motivierten Gewaltdelikte anders als im Vorjahr nun wieder den größten Teil der politisch motivierten Gewalttaten ausmachen.

**Beispiele** für die im Berichtszeitraum verübten Gewalttaten sind folgende Vorfälle:

Parallel zu Protesten des demokratischen Spektrums bündelten auch Linksextremisten ihre Gegenproteste anlässlich des NPD-Bundesparteitags am 24. und 25. Mai in Bamberg. In mehreren Kleingruppen einer bis zu 800 Linksextremisten umfassenden Demonstration versuchten sie, zum NPD-Bundesparteitag vorzudringen; aufgrund der polizeilichen Präsenz blieben diese Versuche erfolglos. Das Aggressionspotenzial der bis zu 600 Autonomen, die u.a. mit Bussen aus Berlin, Dresden, Jena und Nürnberg angereist waren, richtete sich infolgedessen gegen die Polizei. Aus dem Demonstrationszug wurden Flaschen in Richtung der eingesetzten Polizeibeamten geworfen und von dem mitgeführten Lautsprecherwagen Sprechchöre, wie „Kampf der Polizei“, skandiert.

*Bamberg*

Eine Vortragsveranstaltung über „den Stand der extrem rechten Szene in München“ der [REDACTED] „Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.“ (a.i.d.a.) im „Kafe Marat“, einem örtlichen Anlaufpunkt auch des autonomen Spektrums in München (vgl. auch Nummer 3.1.2 dieses Abschnitts), veranlasste Rechtsextremisten zu Gegenprotesten. Ein Aufzug der „Freien Nationalisten München“ am 13. Juni unter dem Motto „Linksextreme

*a.i.d.a. München*

Strukturen erkennen - a.i.d.a.-Archiv verbieten!“, der am „Kafe Marat“ vorbeiführen sollte, war dabei ein Höhepunkt linksautonomer Gewaltanwendung in München. Unter dem Slogan „Kein Mal und nie wieder - Keine Nazis vor dem Kafe Marat oder sonst wo!“ mobilisierten Autonome gegen die rechtsextremistische Versammlung. Repräsentanten der Partei DIE LINKE. meldeten unter dem Motto „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen - Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda; Die Linke. in den Bayerischen Landtag“ eine Gegenveranstaltung an. Trotz erheblicher Ausschreitungen kam es aufgrund des massiven Polizeiaufgebots zu keinem direkten Aufeinandertreffen der Versammlungsteilnehmer mit den Gegendemonstranten. Allerdings richtete sich die Aggression der bis zu 400 Teilnehmer umfassenden linksextremistischen bzw. autonomen Gegendemonstranten wie in der Szene häufig zu beobachten nicht nur gegen Rechtsextremisten. Vor allem die eingesetzten Polizeibeamten waren massiv den teilweise koordinierten Angriffen ausgesetzt. Neben Steinwürfen auf Polizeifahrzeuge, wurden Polizisten mehrfach mit Tritten und Schlägen sowie mit Flaschen, Steinen und anderen Gegenständen angegriffen. Linksextremisten beschrieben und bewerteten die Geschehnisse in einer im Internet veröffentlichten Analyse:

*„... ankommende Faschos ... wurden mit Flaschen und einem Zeitungsständer beworfen (...) In Seitenstrassen wurden kleine Barris (Barrikaden) errichtet, um die Bullen auf Trab zu halten. Eine Wanne (Polizeieinsatzfahrzeug) wurde im Vorbeigehen mit Steinen eingedeckt ... eine politisch richtige Antwort (...) Das militante Vorgehen gegen die Bullen war für viele eine neue subjektive Erfahrung, aber auch ganz objektiv gesehen hatten wir an dem Tag eine seltene Stärke - ein durchaus rosiger Ausblick (...) Bei kommenden Mobilisierungen wird es wichtig sein, Momente kollektiver Handlungsfähigkeit zu schaffen, z.B. durch ein Infotelefon oder transparentere Aktionspläne. (...) Für eine starke und handlungsfähige Linke!“*

### Aschaffenburg

Über ein rechtsextremistisches Treffen am 17. September in Aschaffenburg waren Linksextremisten offensichtlich über einen Terminhinweis im Internet informiert. Während sich die Rechtsextremisten in einer Gaststätte aufhielten, beschädigten bis zu 20 schwarz gekleidete und teilweise vermummte Personen den vor dem Lokal geparkten Pkw eines NPD-Aktivisten. Nachdem die Täter mit einem Gullydeckel die Karosserie und die Windschutzscheibe zerstört hatten, warfen sie das Fahrzeug um und flüchteten. An dem Fahrzeug entstand Totalschaden.

### München

In Anlehnung an den Volkstrauertag veranstalteten die rechtsextremistischen „Freien Nationalisten München“ am 15. November einen Aufzug in der Münchner Innenstadt. An einer von Repräsentanten der Partei DIE LINKE. angemeldeten Gegenkundgebung beteiligten sich bis zu

600 Personen, darunter Autonome. Sie bildeten einen bis zu 60 Personen umfassenden „Schwarzen Block“. Die Kundgebung stand an diesem Tag unter dem Motto „Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda, Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen, gegen Heldengedenken, gegen staatliche Repression, gegen das neue bayerische Versammlungsgesetz“. Nachdem die linksextremistische Kundgebung von der Veranstalterin vorzeitig aufgelöst worden war, versuchten die Teilnehmer in geschlossenen Gruppen zur Aufzugsstrecke der Rechtsextremisten zu gelangen. Dabei formierte sich eine Gruppe aus etwa 100 Personen, die zweimal versuchten, die zum Schutz vor Übergriffen eingesetzten Polizeiketten zu durchbrechen.

### 3.3.2 Sonstige Straftaten

Die Gesamtzahl der in Bayern bekannt gewordenen sonstigen linksextremistisch motivierten Straftaten betrug 252 und hat damit gegenüber dem Jahr 2007 (95) massiv zugenommen. Einen erheblichen Anstieg gab es vor allem bei den Sachbeschädigungen. Zu den sonstigen Straftaten gehören aber auch Delikte wie Beleidigung oder Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole. Die hohe Zahl der Straftaten steht im Zusammenhang mit den von Rechtsextremisten durchgeführten Wahlkampfveranstaltungen und Werbeaktionen für die Kommunal- und Landtagswahl im Jahr 2008.

*Erheblicher  
Anstieg in  
Bayern*

Beispielsweise begingen im Mai bislang unbekannte Täter an zwei Gebäuden, in denen der SPD-Bezirksverband-Mittelfranken und die bayerische Beamtenversicherung ihren Sitz haben, Farbanschläge mit gefüllten Glasflaschen. An dem Gebäude der Bayerischen Versicherungskammer brachten die unbekanntesten Täter den Schriftzug „1. Mai: NAZIS LAUFEN DANK STADT & BULLEN“ an. In einem auch von Linksextremisten genutzten Internet-Portal setzten unbekannte Verfasser in einem Bekenner schreiben die Tat in Bezug zu den 1. Mai-Demonstrationen in Nürnberg (vgl. auch Nummer 3.1.7 dieses Abschnitts).

In Sulzbach-Rosenberg beschmierten im März unbekannte Täter ein Mehrfamilienhaus mit dem Schriftzug „NAZIS MORDEN - DER STAAT SCHIEBT AB - DAS IST DAS GLEICHE RASSISTEN-PACK“ in schwarzer Farbe.

#### 4. Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Bayern	Ende 2008 Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
<b>1. Organisierte linksextremistische Parteien und Gruppierungen</b>			
<b>1.1 Kernorganisationen:</b>			
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 18 Bezirksorganisationen, aufgeteilt in Kreis- und Grundorganisationen sowie Betriebsgruppen, 26.09.1968, Essen	340	4.250	Unsere Zeit (UZ) wöchentlich, 6.000  Marxistische Blätter zweimonatlich, 2.500  Rundbrief monatlich
DIE LINKE. 16 Landesverbände mit Kreisverbänden und Basisorganisationen, Berlin		76.100	Neues Deutschland (ND) - parteinahe Zeitung - werktätlich, 41.824  DISPUT monatlich, 11.000  UTOPIE-kreativ-Diskussion sozialistischer Alternativen monatlich, 800  Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE. monatlich, 1.500  marx21 - Magazin für internationalen Sozialismus
DIE LINKE Bayern mit 40 Kreisverbänden 11.09.1990, München		3.000	
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 1973, München	100	150	Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) vierteljährlich
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 7 Landesverbände, über 100 Ortsgruppen und Stützpunkte, 17./18.06.1982, Gelsenkirchen	100	2.300	Rote Fahne wöchentlich, 7.500  REVOLUTIONÄRER WEG unregelmäßig
Marxistische Gruppe (MG) München 1969/70 AK Rote Zellen, München („aufgelöst“ zum 01.06.1991)	700 (Aktive)	10.000	GEGENSTANDPUNKT Herausgeber: Funktionäre der MG vierteljährlich, 7.000



Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Bayern	Ende 2008 Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
Sozialistische Alternative (SAV)	20	400	Solidarität - Sozialistische Zeitung monatlich

**1.2 Nebenorganisationen:**

**Nebenorganisation der DKP:**

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Landesverbände, Kreisverbände und Ortsgruppen, 04./05.05.1968, Essen	110	300	POSITION zweimonatlich, 1.500 KONTRA! zweimonatlich, 4.000
--	-----	-----	---

**Nebenorganisationen der MLPD:**

Jugendverband REBELL	20	150	REBELL - Beilage zur Roten Fahne -
MLPD-Hochschulgruppen			Galileo - streitbare Wissenschaft

**1.3 Beeinflusste Organisationen:**

**DKP-beeinflusst:**

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Landesvereinigungen mit Kreis- und Ortsvereinigungen, 15.-17.03.1947, Berlin	700	7.500	antifa zweimonatlich, 9.000
---	-----	-------	-----------------------------

**2. Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten**

Autonome	etwa 600	rund 5.800	zum Teil unregelmäßig erscheinende Szene-Blätter wie: radikal, INTERIM, BAHAMAS; auf regionaler Ebene u.a. barricada
----------	----------	------------	--



**4. Von mehreren Strömungen des Linksextremismus beeinflusst**

Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus München	30		
Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg	20		

## 6. Abschnitt

# Scientology-Organisation (SO)

	International	Deutschland	Bayern
Mitglieder:	125.000 bis 150.000*	5.000 bis 6.000	etwa 2.600
Vorsitzender:	David Miscavige	Helmuth Blöbaum	Gerhard Böhm
Gründung:	Los Angeles 1952 (Church of Scientology International - CSI -)	München 1972 (Scientology Kirche Deutschland e.V.)	Nürnberg 1982 (Scientology Kirche Bayern e.V.)
Sitz:	Los Angeles, USA	München (in Deutschland unselbständige Teilorganisationen)	München/Nürnberg
Publikationen:	„Freiheit“; „Impact“; „Ursprung“; „Source“ u. a.		

\* geschätzte bzw. hochgerechnete Zahlenangabe

### 1. Zur Geschichte der SO

Im Jahr 1950 veröffentlichte der amerikanische Science-Fiction-Autor L. Ron Hubbard (1911 bis 1986) in den USA das Buch „Dianetik - Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit“ und stellte darin seine „Technologie“ zur „Heilung psychosomatischer Krankheiten und geistiger Störungen“ vor. In den folgenden Jahren wurden so genannte Dianetik-Zentren eingerichtet und schließlich die SO gegründet und aufgebaut. 1952 gründete Hubbard die Hubbard Association of Scientologists International (HASI), die noch nicht den Anspruch erhob, eine Kirche oder angewandte religiöse Philosophie zu sein. Hubbard erkannte jedoch bald die wirtschaftlichen und steuerlichen Vorteile einer Umwandlung seiner Organisation in eine Kirche. Deshalb erklärte er sein von ihm erdachtes Verfahren der Psychomanipulation zur Religion und gründete 1954 die erste „Kirche“. Mitte der 1980er Jahre, nach dem Tode Hubbards und intrigenreichen Machtkämpfen innerhalb der Organisation, übernahm David Miscavige die Führung der SO.

#### Dianetik



### 2. Ideologie und Ziele der SO

#### Die „drei Säulen“ der SO

Der ideologische Überbau der SO beruht auf drei Säulen: der Dianetik, der Lehre Scientology und der scientologischen Ethik. Dianetik richtet sich quasi als Methode zur psychologischen Einzelanalyse vordergründig an den Einzelmenschen, dogmatisiert aber tatsächlich gesellschaft-

liche sowie politische Grundsätze und Forderungen. In der Lehre Scientology, die sich an das „Geistwesen“ des Menschen, den so genannten Thetan, mit seinen verschiedenen Stufen der Befreiung richtet, prophezeit Hubbard, er kehre auf die Erde nicht als religiöser, sondern als politischer Führer des Universums zurück. Die scientologische Ethik beschreibt die Disziplinierungstechnologie für Mitglieder, Mitarbeiter und die gesamte Gesellschaft.

„Thetan“

Die Ideologie der SO stützt sich ausschließlich auf die Schriften von L. Ron Hubbard. Vor allem seine programmatischen Äußerungen werden in den so genannten Richtlinienbriefen („policy letters“) den Mitgliedern und Mitarbeitern als verbindliche Orientierung vorgegeben. Die Analyse zahlreicher Schriften der SO zeigt den generellen Anspruch auf absolute Gültigkeit der scientologischen Ideologie. Den Mitgliedern wird suggeriert, dass die SO das Universal-Instrument sei, mit dem alle politischen und gesellschaftlichen Probleme gelöst werden könnten. Darüber hinaus erfasst die SO den Menschen in all seinen persönlichen, zwischenmenschlichen und gesellschaftlich-politischen Lebensbereichen, sobald er in das Kontrollsystem der Organisation eingebunden ist. Die SO propagiert nicht nur eine verfassungsfeindliche Wertordnung, sondern will sie als verbindlichen Ordnungsfaktor für Staat und Gesellschaft etablieren. Sie gibt sich dabei als eine totalitäre Zwangslehre zu erkennen.

policy letters



Durch effiziente Techniken der Verhaltenskontrolle und -steuerung, der „Technologie“, werden die Mitarbeiter, aber auch die einfachen aktiven Mitglieder, in manipulativer Weise unter ständigen Verhaltenszwang gesetzt, damit sie nach dem internen Sprachgebrauch des Managements wie „Maschinen“ neue Kunden werben und zu Anhängern des Systems machen. Der Leistungsdruck des Systems auf die Mitarbeiter und Mitglieder ist groß.

Technologie

Ziel der SO ist eine ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierende Welt. Eine neue „wahre Demokratie“ soll an die Stelle der bisherigen Demokratien treten, die Scientologen als Produkt einer „aberrierten“, d.h. von der Vernunft abweichenden, geisteskranken Gesellschaft ansehen. Dabei sollen zunächst 10 bis 15 % der politischen Meinungsführer, dann 80 bis 98 % der Bevölkerung „geklärt“ werden und die Gesellschaft schließlich nur noch aus den so genannten Nicht-aberrierten, den „Clears“, bestehen, wobei die „Unfähigen“ oder „Unwilligen“ nach Hubbard „abseits der Gesellschaft in Quarantäne“ geschafft werden können.

Veränderung der Gesellschaft mit SO-Techniken

„Clears“

### Scientologisches Rechtssystem

Die SO lehnt die bestehenden Rechtsordnungen ab. Im bereits 1959 erschienenen „Handbuch des Rechts“ äußert sich L. Ron Hubbard zur Funktion des scientologischen Rechtssystems. Danach wird es im scientologischen Gesellschaftssystem keine Menschen- und Grundrechte mehr geben, wie sie im Grundgesetz definiert sind. Im scientologischen Rechtssystem sind auch keine unabhängigen Gerichte vorgesehen. Vielmehr erforscht ein nicht an Recht und Gesetz gebundener eigener Nachrichtendienst Sachverhalte und ergreift Maßnahmen.

### Abwehr von „Feinden“

In seinem Grundlagenwerk „Einführung in die Ethik der Scientology“ fordert Hubbard „totale Disziplin“. Um die Macht zu behalten, müsse man kaltblütig, skrupellos, hemmungslos, gegebenenfalls auch heimtückisch, hinterlistig und mit Gewalt gegen die eigenen Feinde vorgehen, ansonsten werde man die Macht verlieren. Verschiedene Aussagen der SO deuten darauf hin, dass sie ihre Ziele aggressiv-kämpferisch verwirklichen will. Alle Aktivitäten der SO sind auf die Expansion der Organisation ausgelegt. In diesem Zusammenhang sind auch Maßnahmen gegen Kritiker zu sehen. Kritiker, die auch als „unterdrückerische Personen“ bezeichnet werden, sind alle Personen und Institutionen, die den Zielen der SO nicht zustimmen und ihrer Verwirklichung entgegenstehen. Für deren „Handhabung“ gibt es detaillierte Anweisungen, wie zu verfahren ist. In einer nach wie vor gültigen Führungsanweisung Hubbards von 1966 heißt es dazu:

### Aggressiv- kämpferisches Verhalten

*„Leute, die Scientology angreifen sind Verbrecher.“*

*„Wenn man Scientology angreift, wird man auf Verbrechen hin untersucht.“*

*„Man ist sicher, wenn man Scientology nicht angreift, auch wenn man nicht auf ihrer Seite ist.“*

## 3. Organisations- und Kommandostruktur der SO

### 3.1 Weltweite Kommandostruktur der SO

Die Einrichtungen der SO in Deutschland erscheinen zwar nach außen als rechtlich selbständig, sind jedoch der strikten Befehls- und Disziplinargewalt des Internationalen Managements in den USA unterworfen und daher unselbständige Teile. Die SO in Deutschland bekennt sich auch in ihren aktuellen Veröffentlichungen ausdrücklich zu ihrem Gründer und seiner unveränderbaren politischen Programmatik.

### RTC: Befehls- zentrale der SO

Das Religious Technology Center (RTC) unter David Miscavige hat die oberste Befehlsgewalt in der SO. Unterhalb des RTC ist das Internationale Management der SO angesiedelt. Dieses hat die Aufgabe, für

jeden Sektor der SO Strategien und taktische Pläne zu entwickeln. Hier wird auch die Führung der verschiedenen Sektoren koordiniert. Derartige Sektoren sind u.a. die Bereiche „Church“, WISE, ABLE und OSA. Das Internationale Management besteht demzufolge aus mehreren Gruppen, von denen jede eine ganz bestimmte Verantwortung trägt. Die oberste Stufe dieser Führungsebene ist das Watchdog Committee (WDC). Hierbei handelt es sich um eine „Inspektions- und Überwachungsorganisation“, welche die eigentlichen Management-Gruppen inspiziert und für deren Funktionieren sorgen soll.

*Watchdog  
Committee (WDC)*

## 3.2 Organisation der SO in Deutschland

### 3.2.1 „Church“-Sektor

Im Bundesgebiet existieren zehn „Kirchen“ (Orgs) und „Celebrity Centres“ (CC), und zwar jeweils eine Org und ein CC in München, Düsseldorf und Hamburg sowie jeweils eine Org in Berlin, Stuttgart, Frankfurt am Main und Hannover. Außerdem gibt es in Deutschland insgesamt 14 „Missionen“, davon neun in Baden-Württemberg, je eine in Bremen und Hessen sowie drei in Bayern, nämlich in München, Nürnberg und Augsburg, wobei die beiden letztgenannten Missionen inaktiv sind. Daneben sind noch einige so genannte Feldauditorengruppen aktiv.

*„Orgs“ und  
„Celebrity Centres“*

Die genannten Einrichtungen der SO sind in Deutschland überwiegend als eingetragene Vereine organisiert. Als Dachverband fungiert die „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ (SKD) mit Sitz in München. Die Vereine sind jedoch nur scheinbar selbständig; sie haben im weltweiten, aus den USA gesteuerten System kaum eigenständige Funktionen. Faktisch werden die SO-Einrichtungen nicht durch die jeweiligen Vereinsvorstände geleitet, sondern durch so genannte Executive Directors und durch Funktionsinhaber in den USA über die jeweiligen Verbindungsstellen. Dies ist in den Lizenzverträgen über die Nutzung der Dianetik- und SO-Warenzeichen zwischen der Konzernspitze in den USA und den örtlichen „Kirchen“, „Missionen“ usw. weltweit geregelt. In den vergangenen Jahren wurden beispielsweise Mitglieder der Eliteorganisation Sea-Org aus den USA und dem Kontinentalen Verbindungsbüro in Kopenhagen in deutsche Einrichtungen der SO abgeordnet, um dort Befehle zu erteilen und für die richtige „Handhabung“ der scientologischen Technologie zu sorgen.

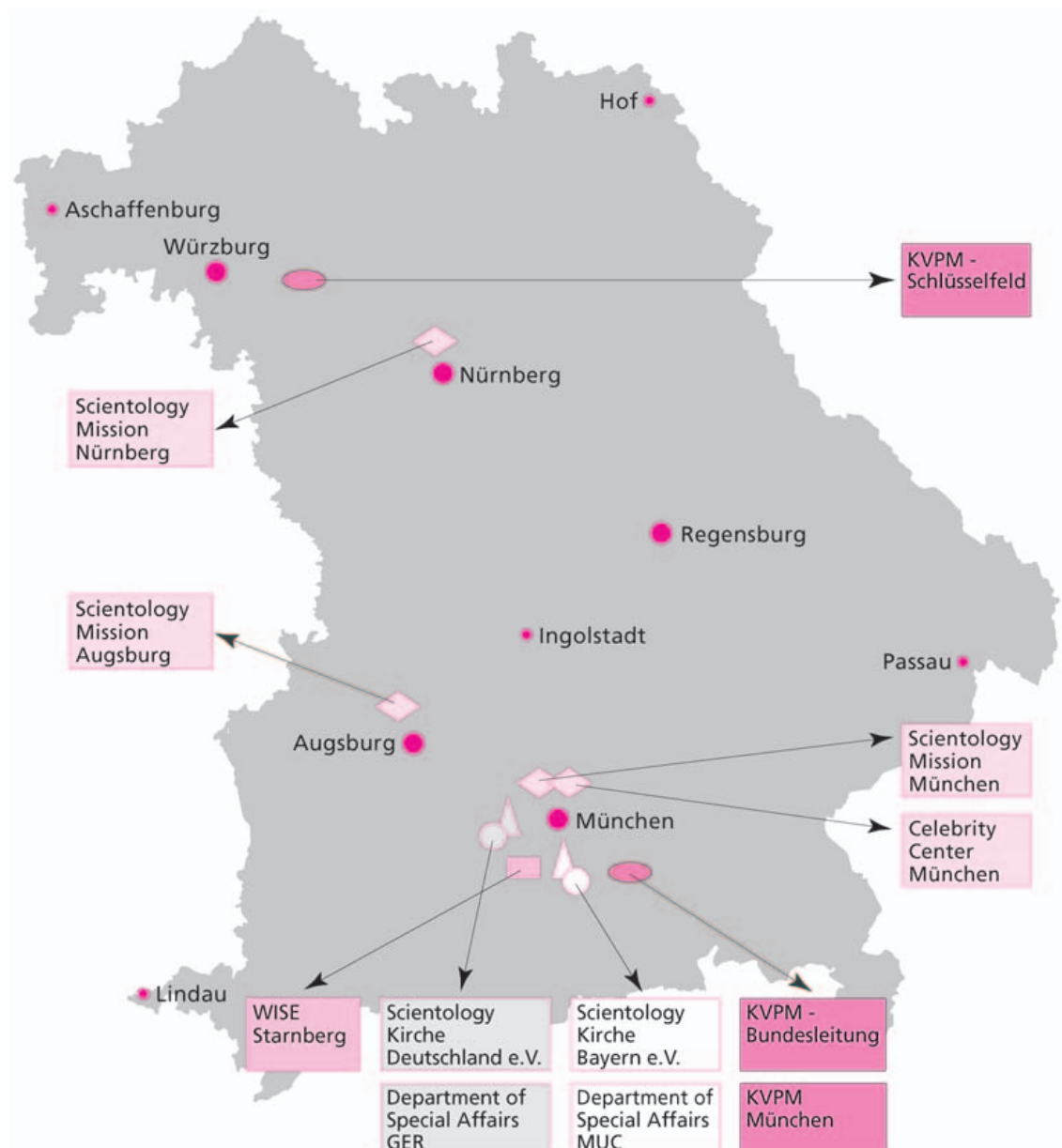
*Scientology Kirche  
Deutschland e.V.  
(SKD)*

*Sea-Org*

Schwerpunkt der derzeitigen Expansionsbemühungen der SO ist u.a. die weltweite Schaffung von „Idealen Orgs“. Dies gab der Vorsitzende des Religious Technology Center (RTC), David Miscavige, höchste Auto-

*„Ideale Orgs“*

## Organisationen der SO in Bayern



rität der SO, anlässlich seiner Neujahresansprache 2003 in Los Angeles bekannt. Diese sollen in der Nähe nationaler Regierungen errichtet werden, um politischen Einfluss auszuüben. Im Januar 2007 wurde in Berlin-Charlottenburg die erste deutsche „Ideale Org“ eröffnet. Bei der Eröffnungsfeier rief die Vizepräsidentin der SKD, Sabine Weber, dazu auf, den Kampf gegen die „Unterdrückerstaaten“ wie Deutschland nicht aufzugeben. Auch in anderen deutschen Städten wie München, Stuttgart und Hamburg sollen „Ideale Orgs“ gegründet werden. „Ideale Orgs“ gibt es bereits in den europäischen Hauptstädten Brüssel, London und Madrid.

### „Ideale Org“ Berlin

Zwar wird Deutschland von der SO immer wieder als wichtigstes Expansionsgebiet in Europa bezeichnet, doch sind ihre Verbreitungsbemühungen auch in vielen anderen europäischen Staaten nicht uner-

heblich. Zahlreiche Verfahren gegen Scientologen in Frankreich, Belgien, Spanien und Italien zeigen, dass die SO Verstöße gegen die Rechtsordnungen dieser Länder in Kauf nimmt. Zudem werden - wie in Deutschland - in den genannten Staaten, insbesondere in Frankreich, Kampagnen gegen die angebliche religiöse Diffamierung der SO durchgeführt.

Deutsche Scientologen beteiligen sich auch am Aufbau neuer Organisationsstrukturen im Ausland. Besonders bei der Expansion der SO in Osteuropa spielt die Münchner Niederlassung der SO, die Org München, seit Jahren eine bedeutende Rolle. In Kursen der Org München werden zahlreiche Osteuropäer ausgebildet.

*Expansions-  
bestrebungen*

Die SO startete im Februar eine bundesweite Informationskampagne über die weltweite Anerkennung der SO als Religionsgemeinschaft. In den Flugblättern behauptet die SO, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) habe sie mit bindender Wirkung für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention als Religionsgemeinschaft anerkannt. Dabei wird das entsprechende Urteil vom 5. April 2007 von der SO bewusst falsch interpretiert. Entgegen der Darstellung der SO hat dieses Urteil keine Auswirkung auf die Rechtslage in Deutschland. Laut einer PR-Aktion sollten bundesweit rund eine halbe Millionen Flugblätter verteilt werden; in Bayern wurden entsprechende Flugblätter auch an private Haushalte versandt.

*Informations-  
kampagne*

Allgemein gilt, dass die Frage, ob die SO als Religionsgemeinschaft anerkannt ist, vom Religionsverfassungsrecht des jeweiligen Staates abhängt. Teils verlangen Staaten besondere Anforderungen an die Struktur oder den inhaltlichen Charakter einer Organisation, teils führen Staaten Religionsregister, die mehr oder weniger nur dem deutschen Vereinsregister entsprechen und selbst bei einer Registereintragung keine Schlüsse über den tatsächlichen Charakter als Religionsgemeinschaft erlauben. Die ausländische Praxis, die SO als Religionsgemeinschaft anzuerkennen oder nicht, ist wegen der unterschiedlichen religionsverfassungsrechtlichen Verständnisse und Voraussetzungen für die Frage einer Anerkennung in Deutschland nicht relevant. Nach deutschem Religionsverfassungsrecht muss sich eine Organisation im Schwerpunkt mit religiösen oder weltanschaulichen Fragen befassen. Überwiegen dagegen kommerzielle Interessen oder wendet eine Organisation nur geistige oder psychologische Techniken an, kann sich die Organisation nicht auf die Grundrechte der Religionsfreiheit nach Art. 4 und Art. 140 des Grundgesetzes berufen. Dementsprechend hat bisher kein deutsches Gericht die SO als Religionsgemeinschaft angesehen.

*Keine Anerken-  
nung als Religions-  
gemeinschaft  
in Deutschland*

Die Aktivitäten der SO waren - wie in den Vorjahren - im Wesentlichen geprägt von der Agitation gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz und ihre Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten (vgl. auch Nummer 5 dieses Abschnitts).

### Informationsstände

Die SO führte in Bayern mehr als 400 öffentliche Veranstaltungen durch. Dabei handelte es sich größtenteils um Informationsstände, vor allem in München, vereinzelt auch im Raum Oberbayern, Nürnberg und Augsburg.

### Scientology Kirche Bayern e.V. (SKB)

Die SKD und die „Scientology Kirche Bayern e.V.“ (SKB) werben nach wie vor mit dem Thema „Für den Frieden auf der Welt - Dianetik führt zum Frieden“ bzw. „Für den Frieden auf der Welt - die ehrenamtlichen Scientology-Geistlichen sagen, man kann immer etwas tun“. Bei diesen Veranstaltungen wurden regelmäßig die SO-Broschüren zu den Themen „Die Wahrheit über den Joint“, „Was sind Menschenrechte“, „Der Weg zum Glücklichein“ sowie andere Werbeartikel der SO verteilt, um angebliche Missstände in der Gesellschaft anzuprangern und damit Interessenten und gegebenenfalls neue Mitglieder zu werben.

### 3.2.2 WISE-Sektor



WISE-Logo

### Geldbeschaffung

Dem 1979 von der SO gegründeten World Institute of Scientology Enterprises (WISE) gehören Geschäftsleute und Unternehmen aus allen Bereichen der Wirtschaft an, die SO-Verwaltungstechnologien anwenden und weitervermitteln. Zweck von WISE ist es, Geld für die SO zu beschaffen und durch die Verbreitung der auf Hubbard beruhenden „Technologie“ Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen. Über „Hubbard Colleges of Administration“ wird versucht, Hubbards Verwaltungstechnologie als angeblich erfolgreiches westliches Know-how in Unternehmen und in der Verwaltung zu etablieren.

Schwerpunkte in Deutschland und Bayern sind die Immobilienbranche sowie die Unternehmens-, Führungs- und Personalberatung. Darüber hinaus ist die IT-Branche aufgrund ihrer globalen Vernetzung und ihrer technischen Möglichkeiten ins Blickfeld von Scientologen geraten, da sie den Zugang in sensibelste Unternehmensbereiche eröffnen kann.

### Maßnahmen der IHK

Im Januar hatte ein bayerisches Unternehmen, das sich offen zur SO bekannte, die Anerkennung als Ausbildungsbetrieb bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) beantragt. Die IHK untersagte der medizintechnischen Firma jedoch, unterstützt durch die Erkenntnisse des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, aufgrund fehlender persön-



licher Eignung das Einstellen und Ausbilden von Auszubildenden. In einem vergleichbaren Fall trat die zuständige IHK aufgrund von Erkenntnissen des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz an eine Firma aus der Computer-Branche heran. Da die Firma von zwei aktiven und langjährigen Mitgliedern der SO geleitet wird, sollte die Anerkennung als Ausbildungsbetrieb widerrufen werden. Im Rahmen des Verfahrens erklärte die Firma, dass sie künftig auf die Ausbildung verzichten würde, die bestehenden Ausbildungsverhältnisse wurden zum Ende des Jahres beendet.

### 3.2.3 ABLE-Sektor

Die Association for Better Living and Education (ABLE) versucht, für die SO den sozialen Bereich der Gesellschaft zu durchdringen und scientologische Lösungsansätze zu realisieren. Zu den dem ABLE-Bereich zuzuordnenden Organisationen gehören vor allem

- das Zentrum für individuelles und effektives Lernen (ZIEL),
- Applied Scholastics (Ausbildungsprogramm; u.a. Englisch-Fernkurse),
- NARCONON, ein angebliches Drogenrehabilitationsprogramm,
- CRIMINON, angeblich ein Programm zur Rehabilitation von Strafgefangenen (derzeit inaktiv).

ZIEL

Applied Scholastics

NARCONON

CRIMINON

Mit diesen Organisationen versucht die SO, sich als humanitäre und sozial verantwortliche Organisation darzustellen. Die Wahl von Ausbildung, Gefangenen- und Drogenrehabilitation als weitere Schwerpunkte lässt den Schluss zu, dass die gerade bei diesen Personengruppen gegebene Möglichkeit der leichteren Einflussnahme benutzt wird, um diese für die SO zu werben.

### 3.2.4 Besonders aktive Tarnorganisationen der SO

#### 3.2.4.1 Applied Scholastics

Einer der Schwerpunkte der Expansionsstrategie der SO ist ihr Bestreben, in ihrem Kampf gegen die angebliche Bildungsmisere und den Analphabetismus die Studiertechnologie Hubbards in der Gesellschaft zu etablieren. Die derzeitigen Bildungs- und Schulsysteme werden von der SO als unfähig deklariert, den Schülern „wahre Fertigkeiten und geistige Fähigkeiten“ beizubringen. In diesem Zusammenhang heißt es bereits im Klappentext aus dem Jahr 1992 zum „Grundlegenden Studierleitfaden“ von Hubbard:

„Studierleitfaden“

*„Erlangen Sie die Fertigkeiten, die Ihnen das Schulsystem niemals beibrachte - und beginnen Sie wirklich anzuwenden, was Sie lernen!“*

Anlässlich der Feier zum 10. Jahrestag der International Association of Scientologists (IAS) Ende 2003 forderte der Vorsitzende des Religious Technology Center (RTC) David Miscavige in seiner Rede:

*„Die Studiertechnologie muss überall sein. (...) So schaffen wir die Mittel, um die Tech in jede Schule einzuführen und das Problem auf globaler Ebene zu lösen.“*

### *Studiertechnologie als Rekrutierungsmittel*

Mit der Studiertechnologie, die beispielsweise über Nachhilfegruppen verbreitet werden soll, will die SO zunächst unerkannt die Lehren Hubbards verbreiten, um letztendlich neue Mitglieder zu rekrutieren. Sowohl das Werbematerial der von Scientologen geführten Lernstudios als auch deren Namen enthalten dabei keine Hinweise auf die Organisation. So tragen die Anbieter neutrale Namen, wie z.B. Lernstudio, Lerncenter oder Tutoring.

### *Informationen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus*

Derzeit sind deutschlandweit rund 30 von Scientologen betriebene „Lerncenter“ bekannt. In Bayern gibt es 13 Nachhilfeeinrichtungen, wobei eine steigende Tendenz festzustellen ist. Die Dunkelziffer dürfte noch höher liegen, da Scientology-Institute weitere „Lerncenter“ ohne Bezug zur SO und deren Unterorganisationen gründen. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus gibt auf seiner Internet-Seite entsprechende Warnmeldungen heraus, die unter

<http://www.km.bayern.de>

abrufbar sind.

### *Internet-Seite Applied Scholastics*

Darüber hinaus können sich besorgte Eltern auf der Internet-Seite der SO

<http://www.appliedscholastics.org>

auf dem dortigen Global-Locator-Germany über SO-Nachhilfeanbieter informieren. Diese Liste von Anbietern ist allerdings nicht vollständig.

### *Schließung der Kindertagesstätte Kinderhäusl e.V. in München*

Die Landeshauptstadt München hat am 25. Februar dem Verein „Kinderhäusl e.V.“ mit sofortiger Wirkung die Betriebserlaubnis für die gleichnamige Kindertagesstätte entzogen. Die Schließung wurde aufgrund einer Gefährdung des Wohls der Kinder in dieser Einrichtung angeordnet, da der Bildungs- und Erziehungsarbeit die Vorgaben der SO zugrunde lagen. Sowohl bei dem Vorstand als auch bei den Erzieherinnen handelte es sich um hochrangige und langjährige Mitglieder von Scientology. Bei der Betreuung der Zwei- bis Zwölfjährigen wie auch bei der Schülernachhilfe wurde die Lerntechnologie von Hubbard verwendet. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat am 17. Dezember in einer Eilentscheidung zum vorläufigen Rechtsschutz ein Urteil des Verwal-

tungsgerichts München bestätigt und eine vorläufige Betriebserlaubnis abgelehnt. In einer Interessenabwägung habe der Schutz des Kindeswohls überwogen.

Aus Protest gegen die bevorstehende Schließung der Kindertagesstätte hatten etwa 80 Personen am 4. Januar in München vor dem Bayerischen Staatsministerium des Innern demonstriert und dem Verfassungsschutz Diskriminierung vorgeworfen.

In Pliening, Landkreis Ebersberg, wurden im Sommer Flugblätter mit Werbung für ein Nachhilfestudio verteilt. Unter der angegebenen Adresse der „Lernakademie“ wohnt eine ranghohe Scientologin, die seit Jahren für die SO im Bereich Kinder- und Jugendarbeit tätig ist. Das Copyright des Flugblatts wiederum unterliegt dem Professionellen Lerncenter Stuttgart, einem Applied Scholastics Lerncenter.

*Lernakademie in Pliening*

Auch in Nordbayern wurden Flugblätter für eine Nachhilfe- und Sprachenschule in Zirndorf, Landkreis Fürth, verteilt. Sowohl auf dem Flyer als auch auf der entsprechenden Internet-Seite wird auf Applied Scholastics Bezug genommen und offen mit den auf L. Ron Hubbard basierenden Lernmaterialien geworben. Die beiden Nachhilfelehrer sind aktive Mitglieder der SO.

*Schulungsangebote in Zirndorf*

Im Hinblick auf die Zielgruppe „Jugendliche“ lud eine SO-Initiative für den 10. März zu einer Veranstaltung „Jugend für Menschenrechte“ in ein Münchener Hotel ein. Die Einladungen wurden an Jugendgruppen im Stadtgebiet verteilt. Der Kreisjugendring in München nahm dies zum Anlass, einen Warnhinweis zu veröffentlichen. Aufgrund dieser Warnung nahmen an dem Treffen keine Jugendlichen der Verbände teil, sondern lediglich Kinder von Scientologen.

*SO-Initiative „Jugend für Menschenrechte“*

Die SO-Aktion „Jugend für Menschenrechte“ meldete darüber hinaus mehrere Versammlungen in der Münchner Innenstadt an. Daran nahmen jedoch nur wenige Personen teil, die Bevölkerung zeigte kein Interesse.

### 3.2.4.2 NARCONON

Bei NARCONON handelt es sich um ein angebliches Drogenentzugsprojekt der SO. Die Teilnehmer des Entzugs durchlaufen u.a. ein „Reinigungsprogramm“, das einem „kalten Drogenentzug“ entspricht und auch in den „Kirchen“ als Vorbereitungsprogramm für die Ausbildung zum Auditor gehört.



Logo von NARCONON

Der Sitz des Vereins „NARCONON Bayern e.V.“ befindet sich in München.

### 3.2.4.3 Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM)



KVPM-Logo

Die 1972 von Scientologen gegründete KVPM ist eine Teilorganisation der SO. Als ihr Ziel bezeichnet sie, Missbräuche und Menschenrechtsverletzungen der Psychiatrie zu untersuchen und aufzudecken. Nach internen, nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Publikationen, soll die KVPM jedoch dazu beitragen, eine neue Zivilisation, d.h. eine scientologische Gesellschaft zu schaffen. Angesiedelt ist die KVPM im Office of Special Affairs (OSA) der SO (vgl. auch Nummer 3.2.5 dieses Abschnitts).

SO und insbesondere die KVPM üben insbesondere durch Flugblattaktionen, Demonstrationen oder auf ihrer Internet-Seite Kritik an der Psychiatrie und ihren Behandlungsmethoden. Die Kritik richtet sich sowohl gegen die Psychiatrie im Allgemeinen als auch gegen einzelne psychiatrische Kliniken und deren ärztlichen Leiter. Die Angriffe der SO gegen die Psychiatrie dürften in deren Alleinvertretungsanspruch begründet sein. Die SO beansprucht den einzig wahren Weg zur Heilung von psychischen Krankheiten und geistigen Störungen zu besitzen; allein die Technik der SO helfe, eine „gesunde Gesellschaft“ zu schaffen.

#### Ausstellung in München

Die KVPM veranstaltete vom 12. bis 29. April eine Ausstellung in München zum Thema „Missstände und Menschenrechtsverletzungen in der Psychiatrie“. In der Ausstellung wurde auch ein Foto eines bayerischen Schauspielers gezeigt, der - ohne sein Wissen - als „Opfer“ der Psychiatrie dargestellt wurde. Nach seinem Protest wurde das Bild entfernt. Die Ausstellung stieß in der Bevölkerung auf wenig Resonanz.

Mitarbeiter der Psychiatrischen Universitätsklinik in München fanden im Januar in der klinikeigenen Bibliothek die Geldbörse des Leiters der KVPM Deutschland. Entsprechende Recherchen ergaben, dass er sich als Kursteilnehmer eingeschlichen hatte. Des Weiteren wurde bekannt, dass auch seine Mitarbeiter des Öfteren in der Klinik an Kursen teilgenommen hatten, möglicherweise um Anhaltspunkte für weitere Verleumdungsaktionen gegenüber der Klinik zu finden. Dem Leiter der KVPM Deutschland und seinen Mitarbeitern wurde ein Hausverbot erteilt.

### 3.2.5 Office of Special Affairs (OSA)

OSA ist die Nachfolgeorganisation einer bereits in den 1960er Jahren unter dem Namen Guardian Office (GO) aufgebauten Abteilung, die nach eigenem Selbstverständnis auch Nachrichtendienst- und Spionagefunktionen hatte. Zahlreiche Grundlagenpapiere für das GO, z.B. für nach-

#### Geheimdienst der SO

richtendienstliche Schulung, wurden für den neuen Dienst als OSA-Network Orders übernommen. Im Gegensatz zur rigiden und direkten Vorgehensweise des GO, die in der Vergangenheit international zu einem Ansehensverlust der SO geführt hatte, operiert das OSA heute erkennbar vorsichtiger, ohne seine Ziele im Wesentlichen geändert zu haben.

Die für Deutschland zuständige OSA-Einheit hat ihren Sitz in München. Nach außen tritt sie unter der Bezeichnung „Scientology Kirche Deutschland, Beichstraße 12, 80802 München“ auf; der inoffizielle Sitz befindet sich in München in der Nordendstraße 3. Dem OSA-Deutschland nachgeordnet sind lokale Büros, die so genannten Departments of Special Affairs (DSA). In München ist ein DSA-Büro bei der „Scientology Kirche Bayern e.V.“ (SKB), Beichstraße 12, 80802 München, angesiedelt.

*Sitz in München*

*Departments of  
Special Affairs  
(DSA)*

Gemäß der Hubbard-Anweisung (HCO-PL) vom 13. März 1961 soll in den OSA-Akten die jeweilige Ausgangslage für Maßnahmen gegen „Feinde“, d.h. der SO kritisch begegnende Personen, gesammelt werden. Der HCO-PL beschreibt als Ziel der Abteilung:

*„... Behörden und ihnen entgegen gesetzte Denkmodelle oder Gesellschaften in einen Zustand völliger Übereinstimmung mit den Zielen der SO zu bringen. (...) Dies geschieht durch die hochrangige Fähigkeit zur Steuerung und - falls sie nicht gegeben ist - durch die weiter unten angesiedelte Fähigkeit zur Überwältigung.“*

Es ist davon auszugehen, dass OSA-Deutschland weiterhin versucht, diese Anweisung umzusetzen. So sollen Informationen über Kritiker, Behördenangehörige und andere Gegner gesammelt, ausgewertet und als Druckmittel verwendet werden. Durch Recherchen unter Falschnamen wird versucht, Informationen zu beschaffen (vgl. auch Nummer 3.2.4.3 dieses Abschnitts).

### 3.2.6 Sonstige öffentlichkeitswirksame Aktivitäten

Seit Jahren verschickt die „New Era Publications International, Kopenhagen“, der Buchverlag der SO, Werbebroschüren und die DVD „Eine Einführung in die Scientology“ an öffentliche Bibliotheken sowie an Schulen. Dabei wird angeboten, kostenlos weitere Publikationen über die SO erhalten zu können, wenn ein beigefügter Fragenkatalog ausgefüllt an New Era zurückgesandt würde. Zweck dieser Aktion ist offensichtlich das Bemühen, in kommunalen und in Schulbibliotheken präsent zu sein. Nach Aussage des Leiters von Theta Books, Emil Kauer, „ist es von äußerster Wichtigkeit, dass wir alle Bibliotheken mit dem Grundlagen-Buchpaket bestücken“. Daneben wird diese Werbe-DVD

*New Era  
Publications*

*Theta Books*

bundes- und bayernweit auch an Politiker und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes verschickt, zum Teil auch an deren Privatadresse.

*Way to Happiness  
Foundation*

Die SO-Einrichtung „The Way to Happiness Foundation International“ aus Glendale/USA versendet die SO-Werbebrochure „Der Weg zum Glücklichein“ an zahlreiche Behörden, Unternehmen und Banken. Die Brochure beschäftigt sich u.a. mit Drogenmissbrauch und Jugendkriminalität. Adressaten waren in Bayern auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Bürgermeister und Mandatsträger. Die Titelseite der Brochure erscheint mit den persönlichen Daten des Adressaten, so dass der Eindruck entsteht, die Person würde selbst hinter der Aktion stehen. In dem Begleitschreiben zur Brochure wird das Angebot unterbreitet, kostengünstig in höherer Auflage personalisierte Exemplare des Hefts zu bestellen.

#### 4. Mitglieder der SO

Die SO hat in Deutschland zwischen 5.000 und 6.000 Mitglieder, wobei die Mitgliederzahlen in den letzten Jahren stagnieren. Die Organisation selbst gibt eine deutlich höhere Zahl an. Früher behauptete die SO, dass die „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ (SKD) über 30.000 Mitglieder habe; in einem Rechtsstreit der SO gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz gab der Präsident der SKD im Jahr 2004 an, die SKD habe etwa 12.000 Mitglieder.

Der Mitgliederstand in Bayern ist mit etwa 2.600 konstant geblieben. Als Mitglieder werden solche Personen verstanden, die ihre Mitgliedschaft in einem SO-Verein oder einer sonstigen SO-Gliederung, z.B. im WISE- oder ABLE-Bereich, schriftlich erklärt haben oder durch die Belegung von Kursen in einem SO-Verein verdeutlichen.

*Stagnierende  
Mitgliederzahlen*

Ein Grund für die seit Jahren stagnierende Entwicklung der Mitgliederzahlen in Deutschland und Bayern dürfte in der verstärkten Aufklärung über die wahren Ziele der SO zu sehen sind.

#### 5. Beobachtung durch den Verfassungsschutz

*Entscheidung des  
OVG Münster*

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hat am 12. Februar die Berufung der „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ und der „Scientology Kirche Berlin e.V.“ gegen ein erstinstanzliches Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 11. November 2004 zurückgewiesen. Mit ihrer im März 2003 eingereichten Klage hatte sich die SO gegen die Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz gewandt, da sie eine

Religionsgemeinschaft sei und keine verfassungsfeindlichen Ziele verfolge. Das OVG Münster hat die Frage ausdrücklich offen gelassen, ob die SO eine Religionsgemeinschaft ist, da dies für die Entscheidung nicht relevant sei.

Das OVG Münster urteilte, dass die Beobachtung der SO durch den Verfassungsschutz sowohl mit offenen als auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln rechtmäßig sei. Die SO verfolge Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet seien. Aus einer Vielzahl von - teilweise auch nicht öffentlich zugänglichen - scientologischen Schriften sowie den Aktivitäten der SO bzw. deren Mitgliedern ergäben sich zahlreiche Hinweise, dass die SO eine Gesellschaftsordnung anstrebe, in der zentrale Verfassungswerte wie die Menschenwürde und der allgemeine Gleichheitsgrundsatz außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt werden. Insbesondere bestehe der Verdacht, dass in einer scientologischen Gesellschaft nur Scientologen staatsbürgerliche Rechte zustehen sollten. Es gebe aktuelle Erkenntnisse über Aktivitäten der SO, mit denen versucht werde, das scientologische Programm in Deutschland umzusetzen.

*Beobachtung auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln*

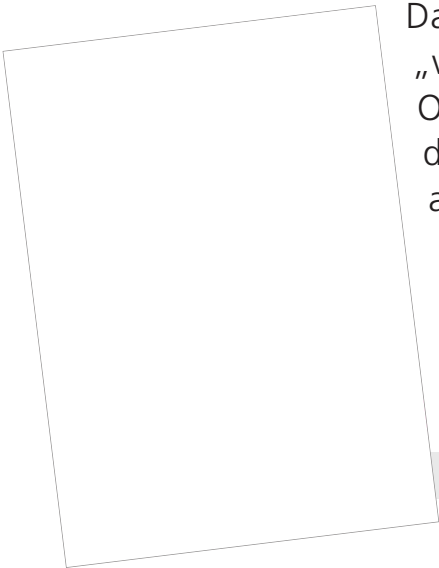
## 6. Bewertung

Trotz der Zunahme an Veranstaltungen und Info-Ständen in der Öffentlichkeit, kann in Bayern nicht von einer Expansion der Organisation gesprochen werden. Auch die Schaffung „Idealer Orgs“ in Deutschland, einer der Schwerpunkte ihrer Expansionsbemühungen, stagniert. Deutlich erkennbar ist der Ausbau der Aktivitäten im Bereich Kinder und Jugendliche, hier insbesondere im Bereich Nachhilfe.

Nach dem Urteil des OVG Münster zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz (vgl. auch Nummer 5 dieses Abschnitts) ließ die SO verlauten, dass sie keine Rechtsmittel mehr gegen die nachrichtendienstliche Beobachtung einlegen werde. Als Konsequenz sei eine „Grundsatzklärung über Menschenrechte und Demokratie“ verabschiedet worden, die die Verfassungsmäßigkeit der SO auf allen Ebenen festschreiben soll. Die Organisation erhoffe sich, dass dieses Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie in Deutschland von den staatlichen Stellen gewürdigt werde. Eine entsprechende bundesweite Grundsatzklärung gibt es bislang nicht. Lediglich die SKB hat die Aufnahme der „Grundsatzklärung über Menschenrechte und Demokratie“ in die Satzung beschlossen. Insgesamt können die Aktionen der SO jedoch als anhaltendes Bemühen gewertet werden, die wahren Ziele zu verschleiern.

*Grundsatzklärung über Menschenrechte und Demokratie*

## 7. Vertrauliches Telefon und Informationsangebot im Internet



Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz unterhält ein „vertrauliches Telefon“ unter der Nummer 0 89 / 31 20 12 96. Opfer, Aussteiger und Angehörige von SO-Mitgliedern können dort Hinweise über die SO geben. Für Beratungen stehen die anerkannten Beratungsstellen zur Verfügung.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern informiert im Internet über die Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung, über Pressemitteilungen und Gerichtsentscheidungen unter folgender Adresse:

<http://www.innenministerium.bayern.de/scientology>



## 7. Abschnitt

# Spionageabwehr

### 1. Ausgangslage

Die Notwendigkeit für die internationale Staatengemeinschaft, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bei Krisenländern und terroristischen Organisationen (Proliferation) zu verhindern, sowie die Beobachtung der Wirtschaftsspionage stehen - neben der Abwehr von Spionageaktivitäten vor allem durch Nachrichtendienste Chinas und Russlands - weiter im Mittelpunkt des Auftrags der Spionageabwehr im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz.

*Proliferation*

Das anhaltende Interesse von hoch technisierten deutschen - insbesondere auch mittelständischen - Unternehmen, sich auf den Wirtschaftsmärkten in Russland und Fernost zu etablieren, ist für den Schutz von Know-how nicht ohne Gefahren. Aktivitäten fremder Nachrichtendienste zur Erlangung von Spezialwissen belegen das nach wie vor bestehende Interesse an deutschen Produkten.

Die Volksrepublik China verfolgt mit Nachdruck das Ziel, als Wirtschaftsmacht eine führende Rolle einzunehmen. Mit einer staatlichen Innovationsoffensive ist es dort in einigen Bereichen bereits gelungen, wichtige Spitzentechnologien selbst herzustellen. Mit offensivem Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel werden weiterhin vor allem Informationen zu den Bereichen Militär, Wirtschaft und Forschung gesammelt.

*Ziele der  
VR China*

Im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking kam es in Tibet zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit chinesischen Sicherheitskräften; dies hat auch in Deutschland zu Protestdemonstrationen geführt. Derartige Aktivitäten von im Ausland lebenden Chinesen werden vom chinesischen Nachrichtendienst beobachtet. Vor allem die in Deutschland lebenden Tibeter, die organisierten Angehörigen der uigurischen Minderheit, aber auch die in China verbotene buddhistisch-taoistische Falun-Gong-Bewegung sowie die Anhänger der taiwanesischen Souveränität stehen im Blickfeld der chinesischen Nachrichtendienste.

Auch die russischen Nachrichtendienste betreiben unvermindert Spionage gegen Deutschland. Während sich der Auslandsnachrichtendienst SWR in erster Linie um Informationen aus Politik und Wirtschaft

*Aktivitäten  
russischer Nach-  
richtendienste*

bemüht, ist der militärische Nachrichtendienst GRU primär an klassischen Militärobjecten und -technologien interessiert. Zu den Aufgaben des russischen Inlandsnachrichtendienstes FSB gehört es ausdrücklich, Niederlassungen ausländischer Firmen in Russland auszuforschen.

Zentrale Themen russischer Aufklärungsbemühungen betreffen die Erweiterung von NATO und Europäischer Union, die Handelsbeziehungen zu Russland sowie den angestrebten schnelleren Zugang zu westlichem Know-how für die Modernisierung der Wirtschaft und der Rüstung Russlands. Dabei werden zur Gewinnung von Informationen alle nachrichtendienstlichen Mittel, auch der Einsatz von Agenten, genutzt.

*Einsatz von Agenten*

Ein **Fall**, der dies belegt, fand im Sommer 2008 seinen gerichtlichen Abschluss:

Ein ehemaliger Mitarbeiter eines bayerischen Rüstungskonzerns, der über Jahre an einen GRU-Angehörigen Informationen weitergegeben hatte, wurde vom Oberlandesgericht München zu einer Haftstrafe von elf Monaten auf Bewährung und zur Rückzahlung des Agentenlohns in fünfstelliger Höhe verurteilt.

Die Nachrichtendienste der Länder Syrien, Libyen, Tunesien und Iran legen den Schwerpunkt ihrer Auslandsaufklärung auf die Ausspähung regimiekritischer Organisationen und Personen, vor allem islamischer Extremisten und Terroristen. So wurde ein Syrer, der mehrere Jahre lang im Auftrag des syrischen Nachrichtendienstes Landsleute in Deutschland ausspioniert hat, wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung, verurteilt.

## 2. Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage

Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage geht von fremden Nachrichtendiensten aus. Die Konkurrenzspionage hingegen geht vom „Wettbewerber“ als Angreifer aus; in diesen Fällen liegt - anders als bei der Wirtschaftsspionage - keine gesetzliche Zuständigkeit des Verfassungsschutzes vor.

*Bedeutungsgewinn bei Krisen*

Die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage gewinnt vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und dem damit einhergehenden Wettbewerbsdruck an Bedeutung. So besteht einerseits die Gefahr, dass aus Kostengründen im Bereich der Unternehmenssicherheit gespart wird und dadurch das Firmen-Know-how nicht ausreichend geschützt ist. Andererseits dürften Krisen zu verstärkter Wirtschaftsspionage führen.

Nicht nur Großunternehmen, sondern auch kleine und mittelständische Firmen sowie Hochschulen verfügen vielfach über technisches Know-how, das für die Nachrichtendienste anderer Länder von Interesse ist. In Russland und China sind deren Nachrichtendienste gesetzlich verpflichtet, die Wirtschaft ihres Landes zu unterstützen. Auch in einigen westlichen Staaten kann die Wirtschaft auf die Unterstützung der Nachrichtendienste zählen.

*Unterstützung der Wirtschaft durch Nachrichtendienste*

Die Verlagerung von Entwicklungs- und Produktionsstätten in diese Staaten sowie Kooperationen im Hochschulbereich mit diesen Ländern bergen ein erhöhtes Gefahrenpotenzial für Ausspäh-Aktivitäten in sich. Besonders in China bestehen speziell für Investoren der ausländischen Wirtschaft Vorschriften, die darauf abzielen, an das Know-how der Firma zu gelangen. So ist für bestimmte Schlüsseltechnologien, die für die chinesische Wirtschaft besonders wichtig sind, ein Joint Venture mit einem chinesischen Geschäftspartner gesetzlich vorgeschrieben. Das dadurch gewonnene Know-how kann anderen chinesischen Firmen zum preisgünstigen Nachbau zur Verfügung gestellt werden. Auch durch den Kauf deutscher Firmen gelangen fremde Staaten an westliche Technologie.

Wirtschaftsspionage hat unterschiedliche Zielrichtungen. Diese sind auf den jeweiligen technologischen Stand der handelnden Staaten ausgerichtet.

*Zielrichtungen der Wirtschaftsspionage*

<b>Interesse fremder Nachrichtendienste</b>		<b>Interessen bei der Kokurrenz-ausspähung</b>
<b>Technisch und wirtschaftlich hoch entwickelte Staaten</b>	<b>Staaten mit Technologierückstand</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• wirtschaftspolitische Strategien</li> <li>• sozialökonomische und politische Trends</li> <li>• Unternehmens-, Markt- und Absatzstrategien, Zielrichtungen und Methoden der Forschung</li> <li>• Wettbewerbsstrategien, Preisgestaltung und Konditionen</li> <li>• Zusammenschlüsse und Absprachen von Unternehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beschaffung von technischem Know-how, um Kosten für eigene Entwicklungen und Lizenzgebühren zu sparen</li> <li>• Beschaffung von Informationen über Fertigungstechniken, um auf dem Markt kostengünstiger gefertigter Nachbauten wettbewerbsfähig zu sein</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationen über Wettbewerb, Märkte, Technologien und Kunden</li> <li>• aktuelles Know-how zur Produktentwicklung und Produktionstechnik</li> <li>• Preisinformationen</li> <li>• Kalkulationen</li> <li>• Designstudien</li> </ul>

Folgendes **Beispiel** zeigt den Versuch, das Know-how einer deutschen Firma zu erlangen:

Ein oberbayerisches international tätiges Beratungsunternehmen für den Bereich Technologie beabsichtigte, in China tätig zu werden. Zu diesem Zweck reiste ein Mitarbeiter nach China, um firmenbezogene Daten zu präsentieren. Die chinesische Firma bestand - mit dem vorgeschobenen Hinweis eigener Sicherheitsvorschriften - auf die Nutzung firmeninterner PCs. Dazu mussten die Daten vom Laptop des Mitarbeiters auf den fremden PC kopiert werden. Hierfür wurde ihm vom chinesischen Gesprächspartner ein USB-Stick zur Verfügung gestellt. Später stellte der Mitarbeiter der deutschen Firma fest, dass auf dem Notebook ein Trojaner installiert worden war. Der Trojaner diente dazu, eine Hintertür des Systems zu öffnen, um den Rechner zum Ziel der Informationsgewinnung fremd steuern zu können.

*Trojanerattacken  
durch die VR China*

### 3. Informations- und Kommunikationstechnik als Mittel der Spionage

Parallel zur wachsenden Bedeutung der Informationstechnik (IT) für die öffentliche Verwaltung und die Wirtschaft hat sich auch die Technik zu deren Ausforschung rasch weiterentwickelt. Im Zeitalter der globalen Vernetzung ist eine räumliche Nähe zum Spionageobjekt nicht mehr erforderlich. Das Ausspähen von geheimen Daten und Informationen kann mit geringem Aufwand von jedem Ort der Welt betrieben werden.

*Technische Weiterentwicklung*

Zielobjekt dieser Form von Spionage ist vor allem die Wirtschaft, aber auch die öffentliche Verwaltung kann betroffen sein. So hat China erneut die elektronische Spionage durch Trojaner-Attacken gegen mehrere Bundesbehörden und Wirtschaftsunternehmen fortgeführt. Hinweise, dass auch bayerische Behörden betroffen sind, liegen derzeit nicht vor. Die Angriffe werden überwiegend über zuvor recherchierte E-Mail-Adressen („social engineering“) initiiert. Die Schadsoftware (Trojaner) der - ganz gezielt an bestimmte Personen - versandten E-Mails befindet sich im Dateianhang und installiert sich nach Öffnen des Dokuments unbemerkt.

*Gefahren für kleinere Unternehmen*

Insbesondere kleine und mittelständische Firmen sowie Hochschulen verfügen vielfach über Know-how, das für die Nachrichtendienste anderer Länder von Interesse ist. Gerade dort fehlen oftmals die Mittel für geeignete IT-Schutzmaßnahmen oder das entsprechende Gefahrenbewusstsein. Daraus resultiert ein unzureichender Schutz der IT-Systeme, der dem Angreifer die Ausspähung erleichtert. Die rasante technische Entwicklung erfordert eine kontinuierliche Anpassung der Schutzmechanismen.

Auch die Nutzung moderner Kommunikationsmittel ist mit Risiken für die Informationssicherheit verbunden. Beispielsweise können Handys und Laptops durch Manipulation zu „Wanzen“ umfunktioniert werden, um damit alle Gespräche in einem Raum zu belauschen. Vor dem „Abhören“ der Kommunikationsverbindungen sind weder Telefon, SMS oder Fax noch Datenübertragungen sicher. Der Einsatz von Techniken zur drahtlosen Daten- bzw. Sprachübertragung, wie WLAN oder Bluetooth, sollte in sicherheitsempfindlichen Bereichen ganz unterbleiben und die Funktionen generell nur dann aktiviert werden, wenn sie tatsächlich benötigt werden.

*Manipulation von Kommunikationsmitteln*

#### 4. Proliferation

Unter Proliferation versteht man die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte einschließlich der dazu erforderlichen Kenntnisse sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen. Auch im Jahr 2008 wurden Beschaffungsaktivitäten verschiedener Krisenländer festgestellt, um in den Besitz proliferationsrelevanter Technologie zu gelangen. Der Schwerpunkt lag hier im Bereich der atomaren Rüstung der Staaten Iran, Pakistan und Nordkorea.

*Proliferation durch Krisenländer*

Ein Weg, an proliferationsrelevante Technologien zu gelangen, stellt die Entsendung von Gastwissenschaftlern dar. In einer vom Auswärtigen Amt und deutschen Sicherheitsbehörden initiierten „Arbeitsgemeinschaft Gastwissenschaftler“ werden Deutschlandaufenthalte von Wissenschaftlern aus bestimmten Staaten auf eine mögliche Proliferationsgefahr hin geprüft und im Bedarfsfall auch die aufnehmende Universität in Deutschland zu einem Sensibilisierungsgespräch kontaktiert.

So wurden im Jahr 2008 in über 20 Fällen Wissenschaftler aus dem Iran, aus Pakistan und aus Nordkorea überprüft und in einigen Fällen mit den jeweiligen bayerischen Universitäten Sensibilisierungsgespräche geführt. Der Visumantrag eines pakistanischen Wissenschaftlers, der einen zweijährigen Forschungsaufenthalt in Bayern antreten wollte, wurde wegen der Gefahr eines Know-how-Abflusses abgelehnt.

*Möglicher Know-how-Verlust durch Gastwissenschaftler*

Folgendes **Beispiel** belegt den Versuch des Iran, für den Ausfuhrbeschränkungen gelten, in den Besitz proliferationsrelevanter Technologie zu gelangen:

Ein bayerischer Hersteller von Elektronikbauteilen bekam seit Ende 2007 verstärkt Anfragen und Aufträge einer Import-/Exportfirma aus

den Vereinigten Arabischen Emiraten. Der bayerischen Firma wurde eine zivile Nutzung der bestellten Waren zugesagt und unkritische industrielle Endempfänger benannt. Den Verfassungsschutzbehörden lagen allerdings zur beteiligten Im- und Exportfirma in den Emiraten Hinweise vor, wonach diese als Beschaffer des iranischen Atomwaffenprogramms anzusehen ist und eine Weiterleitung der Waren aus Bayern in den Iran denkbar war. Die bayerische Firma wurde daraufhin durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz im Rahmen eines Sensibilisierungsgesprächs auf die möglichen Gefahren hingewiesen.

### 5. **Wirtschaftsschutz - Beratung durch den Verfassungsschutz**

Das Sensibilisierungsprogramm des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz soll präventiv zur Verhinderung der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage beitragen. Hierbei wird allen in Bayern ansässigen Unternehmen ein breites Spektrum an Informations- und Beratungsmöglichkeiten angeboten. Dies reicht von der Bereitstellung von Informationsmaterial, über die Entsendung von Experten zu Fachvorträgen bis zu persönlichen Beratungsgesprächen in Firmen. Insbesondere innovative mittelständische Unternehmen werden dabei für Gefahren sensibilisiert und ein Sicherheitsbewusstsein für notwendige Schutzmaßnahmen gegen die Ausspähung von Firmengeheimnissen geweckt. Die angesprochenen Firmenverantwortlichen werden so in die Lage versetzt, die Schwachstellen im Know-how-Schutz selbst zu erkennen und Sicherheitskonzepte zu entwickeln. Auch im Berichtsjahr gab es wieder positive Reaktionen bei den beratenen Unternehmen. Darüber hinaus wird im Bereich der Hochschulen auf die Gefahren der Wissenschaftsspionage hingewiesen und Empfehlungen bei der Erarbeitung oder Analyse von IT-Schutzkonzepten gegeben.

Firmen, die als Lieferanten sensibler Güter mit Einsatzmöglichkeiten bei ABC-Waffensystemen infrage kommen (Proliferation), haben eine besondere Verantwortung, dies zu verhindern. Diese Firmen können sich im Verdachtsfall, wie z.B. bei einer Anfrage zu einem sensiblen Produkt durch einen Interessenten aus einem Krisenland, an das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz wenden.

In allen Fragen des Wirtschaftsschutzes - insbesondere bei Verdacht des Informationsverlusts - können sich Firmen an das Landesamt wenden. Hinweise werden vertraulich behandelt.

Verbände und Organisationen, wie der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSU) oder die Industrie- und Handelskammern

*Sensibilisierung  
von Unternehmen*

*Zusammenarbeit  
mit dem  
Verfassungsschutz*

arbeiten sehr eng mit dem Landesamt zusammen. Bei gemeinsamen Informationsveranstaltungen für mittelständische Firmen, die speziell für die Gefahren der Wirtschaftsspionage sensibilisiert werden sollen, geht es vorrangig auch um den Erkenntnisaustausch unter dem Motto:

Informationen aus der Wirtschaft für die Wirtschaft.

Alle Maßnahmen dienen dem Ziel, die Führung und Mitarbeiter mittelständischer Unternehmen auf die Risiken durch Wirtschaftsspionage aufmerksam zu machen und Lösungsansätze aufzuzeigen. Hierzu werden kompetente Ansprechpartner benannt. Diese Sicherheitspartnerschaft mit dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz wird von vielen Firmen und Hochschuleinrichtungen angenommen.

Die Forderung der Wirtschaft an den Staat, stärkere Anstrengungen zu deren Schutz zu unternehmen, wird durch das Landesamt durch vielfältige Aktivitäten aufgegriffen. Ziel ist es dabei, die Wirtschaft in Bayern möglichst flächendeckend und nachhaltig mit Informationen zum Know-how-Schutz zu versorgen. Im Internet werden unter der Adresse

<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>

neben allgemeinen Informationen zur Wirtschaftsspionage und Proliferation auch aktuelle sicherheitsrelevante Hinweise bereitgestellt sowie themenspezifische Broschüren angeboten.

Unter der eigens eingerichteten Telefonnummer 0 89 / 31 20 15 00 (Info-Telefon Wirtschaftsschutz) können Firmen - beispielweise zur Vereinbarung von Beratungsgesprächen - Kontakt mit dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz aufnehmen.

*Info-Telefon  
Wirtschaftsschutz*

## 6. Ausblick

Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste halten auch in Bayern unvermindert an. Die Schwerpunkte ihrer jeweiligen Beschaffungsbemühungen orientieren sich an den aktuellen politischen Vorgaben oder wirtschaftlichen Prioritäten in den jeweiligen Heimatstaaten. Die besondere Wachsamkeit gilt dabei der Verhinderung der Proliferation, da in Bayern Bemühungen, insbesondere von iranischer Seite, zur Beschaffung proliferationsrelevanter Technik und Know-how aus den Bereichen Forschung und Technik zu verzeichnen sind.

*Orientierung  
an politischen  
Vorgaben*

Bayern ist zudem als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie mit Weltmarktführung besonders attraktiv. So ist eine Zunahme der Spionage im Bereich Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung insbesondere durch chinesische Nachrichtendienste zu ver-

zeichnen. Neben dem Einsatz menschlicher Quellen gewinnen die neuen Technologien zur Informationsbeschaffung erkennbar an Bedeutung. Die aktuell gefährlichste Bedrohung stellen internet-gebundene Angriffe auf Computersysteme von Wirtschaftsunternehmen, so genannte Trojaner-Attacken, dar.

Aufgrund der vorhandenen Gefahren sind für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ganzheitliche Schutzmaßnahmen des betrieblichen Know-how unabdingbar. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe, dies bewusst zu machen und vor diesen Gefahren zu schützen.



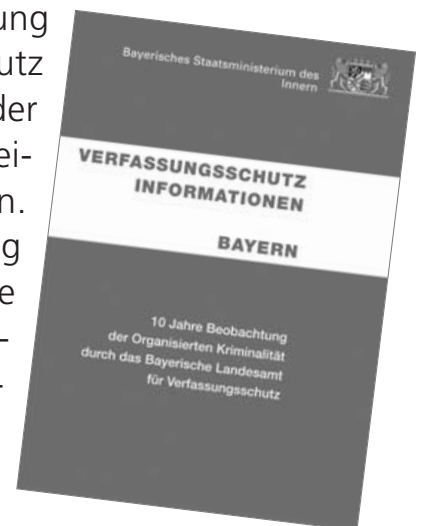


## 8. Abschnitt

# Organisierte Kriminalität

## 1. Ausgangslage

Im Jahr 2008 abgeschlossene Strafverfahren in Ingolstadt und München gegen Angehörige der russischen Organisierten Kriminalität (OK) haben beispielhaft deutlich gemacht, dass Strukturen der OK in Bayern nach wie vor aktiv sind. Die russischstämmigen Täter verübten in mehreren bayerischen Städten Straftaten, so etwa in den Deliktsbereichen Rauschgifthandel und Schutzgelderpressung. Die Beobachtung der OK durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz stellt eine wichtige Ergänzung der polizeilichen Arbeit bei der Bekämpfung der OK dar. So kann der Verfassungsschutz beispielsweise bereits im Vorfeld konkreter Straftaten tätig werden. Zur Optimierung der Zusammenarbeit sollte die Beobachtung der OK durch den Verfassungsschutz bundesweit auf eine breite Basis gestellt werden. Neben Bayern bestehen auch in den Ländern Hessen, Saarland und Thüringen die gesetzlichen Grundlagen für diese Aufgabe des Verfassungsschutzes.



In der Broschüre „10 Jahre Beobachtung der Organisierten Kriminalität durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz“ wird umfassend über die Tätigkeit in diesem Bereich berichtet. Die Broschüre ist unter folgenden Internet-Adressen abrufbar:

<http://www.innenministerium.bayern.de/service/publikationen>

<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>

## 2. Methodik und Beobachtungsschwerpunkte

Viele OK-Gruppierungen setzen sich homogen aus Mitgliedern einer Ethnie zusammen, die in der Regel abgeschottet und konspirativ agieren. Deshalb bearbeitet das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz das jeweilige Informationsaufkommen nach der Herkunft der jeweiligen Zielpersonen. Mit diesem Ethnienansatz können Zusammenhänge genauer analysiert und verdächtige Personen besser identifiziert werden. Dabei profitiert das Landesamt vor allem von seinen langjähri-

*Ethnienansatz*

gen Erfahrungen bei der Werbung und Führung von V-Leuten in diesen Organisationsstrukturen.

*Erkenntnismittel  
des Verfassungsschutzes*

Die Erkenntnisse zur OK werden darüber hinaus aus der Anwendung anderer nachrichtendienstlicher Mittel zur verdeckten Informationsgewinnung sowie aus der Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten, die in Europa fast ausnahmslos mit der Bekämpfung der OK beauftragt sind, gewonnen. Weitere Informationen ergeben sich aus der Zusammenarbeit mit den polizeilichen Dienststellen zur Bekämpfung der OK und erschließen sich aus der Analyse von offen zugänglichem Material sowie aus dem Berichtsaufkommen anderer Aufgabenbereiche des Verfassungsschutzes, insbesondere aus der Spionageabwehr und der Beobachtung ausländischer extremistischer Organisationen. Ziel der Strukturermittlungen des Verfassungsschutzes im Bereich der OK ist es, polizeiliche Ermittlungen zu ermöglichen bzw. zu unterstützen und zu ergänzen.

*Aufklärungsschwerpunkte*

Ein Schwerpunkt der Bearbeitung liegt weiterhin bei der Beobachtung der OK aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), insbesondere aus der Russischen Föderation. Hier kann der Verfassungsschutz seine Erfahrungen aus dem Bereich der Spionageabwehr im Erkennen abgeschotteter und konspirativ tätiger Personen einbringen. Ähnliche Bedeutung kommt der spezifischen Arbeit des Verfassungsschutzes im Bereich asiatischer Tätergruppen zu, die sich ebenfalls durch eine weitgehende Abschottung in allen Bereichen des Lebens auszeichnen. Straftaten, die untereinander begangen werden, gelangen regelmäßig nicht an die Öffentlichkeit. Dies gilt insbesondere für vietnamesische Gruppierungen. OK-Strukturen aus dem Balkan und der Türkei stellen statistisch gesehen die größte Gruppe der Strafverdächtigen dar und erfordern deshalb besondere Beachtung.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt stellt das Beobachten der Aktivitäten der italienischen Mafia dar. Außer der Nutzung Bayerns als Rückzugsgebiet etabliert sich die Mafia hier immer mehr im Betäubungsmittelhandel.

Neben OK-Strukturen fremder Ethnien liegt der Beobachtungsschwerpunkt bei Rockergruppierungen wie etwa dem Hells Angels MC (Motorcycle Club) oder dem Bandidos MC mit den Deliktsschwerpunkten im Rotlichtmilieu sowie beim Drogen- und Waffenhandel.

*Organisierte  
Täterstrukturen*

Organisierte Täterstrukturen zeigen sich vor allem in den Deliktsbereichen der illegalen Prostitution und Zuhälterei, des Waffen- und internationalen Drogenhandels, beim Menschenhandel und bei Schleusungen, bei Fälschungsdelikten sowie beim illegalen Handel mit Medikamenten

bzw. Surrogaten und der im Zusammenhang mit diesen Straftaten stehenden Geldwäsche. Dabei wird deutlich, dass bestimmte Ethnien typische Deliktsfelder besetzen und auch in der Art des Handelns spezifische Eigenheiten aufweisen. Diese sollen im Rahmen der nach Ethnien dargestellten OK-Strukturen im Folgenden näher beleuchtet werden (vgl. auch Nummern 4.1 bis 4.4 dieses Abschnitts).

### 3. **Zusätzlicher Erkenntnisgewinn durch die Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Bereich der OK**

Da die OK häufig Merkmale geheimdienstlicher Tätigkeit (z.B. Abschottung) aufweist, liegt es nahe, sich bei ihrer Bekämpfung auch nachrichtendienstlicher Mittel zu bedienen. Dazu ist gerade der Verfassungsschutz durch seine langjährige Erfahrung und den - dem Verfassungsschutz spezifisch zustehenden - Eingriffsbefugnissen in diesem Bereich besonders geeignet.

Personen, die einer kriminellen Gruppierung angehören, arbeiten konspirativ und im Verborgenen. Sie geben sich anderen gegenüber häufig als „normale“ Bürger aus, erzählen von legalen Geschäften oder Berufen und verhalten sich meist unauffällig. Ihr Ziel ist es, nicht in das Blickfeld von Polizei und von anderen Sicherheitsbehörden zu geraten.

Ein Zugang zu diesen verdeckt operierenden Kreisen ist alleine durch systematische und langfristig angelegte Informationsbeschaffung erreichbar. Das entscheidende „Insiderwissen“ kann meist nur durch den Einsatz menschlicher Quellen erlangt werden. Nur so ist es möglich, die Hintermänner ausfindig zu machen, andere Mitglieder der Gruppe und deren Kommunikationsnetze zu erkennen sowie strafbare Aktivitäten festzustellen, um dadurch Strukturen aufzuklären. Hierbei können durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz Ermittlungen bereits im Vorfeld konkreter strafbarer Sachverhalte vorgenommen werden. Die beschriebenen Strukturermittlungen erfolgen regelmäßig im Vorfeld polizeilicher Aufgabeneröffnung. Die hieraus erlangten Erkenntnisse sind oftmals gerade Voraussetzung dafür, dass die Polizei und Strafverfolgungsbehörden tätig werden können.

*Langfristig angelegte Informationsbeschaffung*

Mit dem Ziel, langfristige Strukturermittlungen zu ermöglichen, hat der Gesetzgeber das „Legalitätsprinzip“ zugunsten des Verfassungsschutzes gelockert. Hierfür hat der Gesetzgeber dem Verfassungsschutz in engen Grenzen den Spielraum eingeräumt, eine sofortige Strafverfolgung im Interesse des tieferen Eindringens in OK-Strukturen zunächst zurückzustellen.

*„Legalitätsprinzip“*

*„Quellenschutz“*

Das Landesamt bietet einen wirkungsvollen Schutz von Informanten und Quellen. Diese Personen kommen in der Regel aus dem Bereich der OK oder dessen direktem Umfeld und unterliegen bei Bekanntwerden ihrer Informantentätigkeit einem sehr hohen Gefährdungspotenzial. An Strafverfolgungsbehörden übermittelte Erkenntnisse von Informanten oder Quellen werden durch den Verfassungsschutz so aufbereitet und verdichtet, dass diese Personen nicht mehr als Informationsgeber erkennbar sind. Im Bereich der Führung von Quellen, von jeher Schwerpunkt nachrichtendienstlicher Tätigkeit, kann gerade, wenn diese in fremden Ethnien eingesetzt werden, auf Jahrzehnte lange Erfahrungen aus dem Bereich des Ausländerextremismus und der Spionageabwehr zurückgegriffen werden.

#### 4. Ergebnisse der OK-Beobachtung

##### 4.1. Italienische Mafia

*Verbreitung  
in Bayern*

Die Vorfeldbeobachtung im Bereich der OK durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz zeigt, dass auch in Bayern kriminelle italienische Gruppierungen aktiv sind. Dies sind Mitglieder und Kontaktpersonen der drei großen Mafiaorganisationen Cosa Nostra, `Ndrangheta und Camorra. Die Clans dieser Organisationen entsenden Großfamilien nach Bayern, die hier gastronomische Betriebe übernehmen.

Die Deliktsschwerpunkte liegen im Handel mit Drogen, in der illegalen Beschäftigung und im Betrug. Bei der Bekämpfung der italienischen OK-Strukturen baut das Landesamt auf sehr gute Kontakte und eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem italienischen Nachrichtendienst AISE. Die enge und vertrauensvolle Kooperation macht es möglich, Hintergründe, Normen und Werte der Clanmitglieder aller drei großen italienischen kriminellen Syndikate kennenzulernen.

*„Clan-Regeln“*

Der italienische Nachrichtendienst bestätigte, dass die strengen Regeln und Hierarchien der `Ndrangheta auch über die Grenzen Italiens hinaus weiterhin ihre Gültigkeit behalten. Demzufolge führen die von den Bossen ausgewählten Vertrauten, die nicht zwingend Familienmitglieder sein müssen, die geforderten Befehle aus. Bei den Mitgliedern herrscht allgemein das Bewusstsein, dass die Strafe bei Nichterfüllung nur der Tod sein kann. Einen neuen wichtigen Gesichtspunkt stellt die Bewertung der Einbindung von Frauen innerhalb der `Ndrangheta dar. Sie sind nicht mehr nur die schweigenden und von Rache erfüllten Mütter und Ehefrauen, sondern vollwertige Mitglieder der Clans. Mit ihren Aktivitäten unterwerfen sie sich allen Regeln und Ritualen der Familien.

In den vergangenen Monaten wurden große Ermittlungserfolge der italienischen Strafverfolgungsbehörden gegen die drei mächtigsten kriminellen Organisationen Italiens bekannt. Innerhalb weniger Stunden wurden 30 Mitglieder des Casalesi-Clans, der zur neapolitanischen Camorra gehört, verhaftet und Vermögenswerte von mehreren Millionen Euro beschlagnahmt. Die sizilianische Cosa Nostra galt nach den Festnahmen der Bosse Bernardo Provenzano und Salvatore Lo Piccolo im Jahre 2007 bereits als geschwächt, als im Januar 2008 dessen Sohn, Calogero Lo Piccolo, und 36 weitere Mitglieder festgenommen werden konnten. Noch im Februar wurden bei der Cosa Nostra mehrere Millionen Euro beschlagnahmt. Auch im Rahmen der Bekämpfung der kalabrischen Mafia-Organisation `Ndrangheta wurden Erfolge verzeichnet. Gerade in San Luca, dem „Herz“ dieser kriminellen Vereinigung, konnten einige hochrangige Mitglieder verhaftet werden, die auch im Zusammenhang mit den Aufsehen erregenden Morden in einem Duisburger Lokal vom August 2007 zu sehen sind.

*Ermittlungserfolge in Italien*



„Das Herz der `Ndrangheta“

Doch weder die Camorra, die Schlagzeilen im Zuge der Müllproblematik in Neapel machte, noch die sizilianische Mafia haben dadurch ihre kriminellen Geschäftsaktivitäten vermindert. Die Anhänger der Cosa Nostra verehren bereits wieder einen mutmaßlichen neuen „Boss der Bosse“: Matteo Messina Denaro. An verschiedenen Orten Siziliens tauchten Pop-Art-Gemälde des extrovertierten Denaro nach dem Muster von Andy Warhol auf. Ob die Werke nun eine Provokation oder eine Mystifizierung darstellen sollten, ist bisher noch ungeklärt. Die Krakenarme der kriminellen Syndikate breiten sich weiter in Europa aus.



Wandbilder („Murales“) von Denaro

Durch gezielte Beobachtungen konnte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz Strukturen eines in Bayern agierenden kriminellen Netzwerks einer der großen italienischen mafiösen Organisationen feststellen. Die italienischen Verdachtspersonen sind u.a. Söhne, Neffen und andere Verwandte der in Italien sitzenden Bosse. Von dort aus werden Aufträge erteilt, Gebietsansprüche erklärt und Personalentscheidungen getroffen sowie Konflikte und Ungereimtheiten innerhalb der Familie geregelt. In Bayern ist diese nächste Generation vorwiegend im Deliktsbereich des Rauschgifthandels tätig. Außerdem bietet sie italienischen Straftätern, die ihr Heimatland verlassen müssen, in ihren Lokalen und Wohnungen Unterschlupf. Jede Familie handelt eigenverantwortlich. Viele Verhaltensweisen und das Geschäftsgebaren der Clans aus Italien werden in Deutschland übernommen. Typisch sind die Neueröffnung oder die spontane Schließung eines Restaurants und

dessen Wiedereröffnung nach kurzer Zeit. Hierdurch werden kriminelle Machenschaften verschleiert und die Geldwäsche illegaler Gewinne vor allem aus dem Drogenhandel erleichtert.

#### 4.2 **Beobachtung der OK aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten**

Das Erkennen und gezielte Beobachten der Aktivitäten von Strukturen der russischen OK stellt seit Mitte der 1990er Jahre einen Schwerpunkt für das Bayerische Landesamts für Verfassungsschutz dar.

Mittlerweile kann das Landesamt auf einen langjährigen Erfahrungsschatz - verbunden mit einem gut ausgebauten Netz von V-Leuten - zurückgreifen. Ziel der Beobachtung ist es, Hintermänner der OK-Gruppierungen ausfindig zu machen, Gruppenmitglieder zu identifizieren und begangene bzw. geplante strafbare Handlungen festzustellen.

Die deliktischen Schwerpunkte der festgestellten Gruppierungen liegen im Bereich der Rauschgift- und Eigentumskriminalität sowie der Erpressung, vorwiegend von Schutzgeldern.

#### *Gruppenmerkmale*

Die herausragenden Gruppenmerkmale sind

- der hierarchische Aufbau mit arbeitsteiliger Vorgehensweise,
- das Einsetzen von „Statthaltern“ in Bayern, die nach Festnahmeaktionen sofort nachersetzt werden,
- die Anwendung von Gewalt zur Tatausführung auch gegenüber Mittätern,
- die Steuerung durch in Russland und Tschechien ansässige Rädelführer und
- die Schaffung von kriminellen Kassen zur Unterstützung von Gruppenmitgliedern in Haft.

Folgende Erkenntnisse konnten aus der Vorfeldbeobachtung gewonnen werden:

#### *Geographische Schwerpunkte*

Im Jahr 2008 konnten neben den bekannten geographischen Schwerpunkten Regensburg, Augsburg und Nürnberg weitere Regionen erkannt werden, in denen russische OK-Gruppierungen Aktivitäten entfalteten. Diese befinden sich in kleineren Städten Frankens und Niederbayerns. Der deliktische Schwerpunkt liegt hier eindeutig beim Betäubungsmittelhandel. Im Mittelpunkt steht dabei der Handel mit Kokain, Haschisch und der Kunstdroge Crystal.

In Unterfranken konnte eine Bande festgestellt werden, die unter ihren Landsleuten den Heroinhandel organisierte. Deren Vorgehen ist sympto-

matisch für den Tathergang entsprechender Täter aus Russland: Die Gruppe wird von einer Führungsperson geleitet; die weiteren Bandenmitglieder scharen sich als „Soldaten“ um den Boss und führen dessen kriminelle Anweisungen aus. Das Rauschgift wird aus den Niederlanden beschafft und ist für den weiteren Vertrieb in Unterfranken vorgesehen. Die Bande beschränkt sich dabei nicht auf den Handel von Betäubungsmitteln, sondern wird auch im Zusammenhang mit Kreditbetrügereien und Zigarettenschmuggel tätig.

Gerade auch jüngste Erfolge bei der Verfolgung der russischen OK verdeutlichen das erfolgreiche Zusammenwirken von Verfassungsschutz und Polizei sowie der Strafverfolgungsbehörden. Exemplarisch werden in diesem Zusammenhang zwei Ermittlungsverfahren dargestellt, die durch den Verfassungsschutz initiiert oder verdichtet und durch Fachdienststellen des Polizeipräsidiums Schwaben und des Bayerischen Landeskriminalamts geführt wurden.

*Ermittlungsverfahren*

Bandenmitglieder einer entsprechenden Gruppierung standen im Verdacht, im gesamten bayerischen Raum Drogenhändler und Diskothekenbetreiber zu erpressen. Von den Rauschgiftdealern wurde gefordert, die Einnahmen aus ihren kriminell erzielten Gewinnen entweder abzugeben oder nur noch Rauschgift im Auftrag der Gruppierung zu verkaufen. Die Diskothekenbetreiber wurden zur Zahlung von Schutzgeldern für eine kriminelle Kasse aufgefordert. Durch den „Abschtschjak“, die „Sozialkasse“ der Kriminellen, werden in Not geratene Bandenmitglieder finanziell unterstützt, um die strafbaren Aktivitäten der Gruppe aufrecht erhalten zu können. Als sich Hinweise auf eine unmittelbar bevorstehende Tat mit erheblicher Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzeichneten, wurden die zuständigen Polizeidienststellen in Kenntnis gesetzt, so dass weitergehende Ermittlungen anlaufen konnten.

*Schutzgeld-  
erpressung*

Im Rahmen der eingeleiteten Strafverfahren kam es in mehreren bayerischen Städten zu Festnahmen, die teilweise bereits zu Verurteilungen führten. Beispielsweise wurde einer der Täter wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung im Juli 2008 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Weitere Strafverfahren gegen Mittäter sind noch nicht abgeschlossen.

Im zweiten Verfahren fielen Erkenntnisse zu Personen im Raum Niederbayern/Oberpfalz an. Durch fortgesetzte Strukturermittlungen konnte eine Rauschgiftgruppierung lokalisiert werden, welche hierarchisch strukturiert war und im mehrstelligen Kilogramm Bereich Handel mit Haschisch betrieb. Sie wurde von zwei Bandenchefs geleitet. Die Mitglieder standen aufgrund ihres Rauschgiftkonsums in einem Abhängig-

*Rauschgifthandel*

keitsverhältnis zu diesen und wurden für die Verteilung von Betäubungsmitteln bzw. zur Geschäftsanbahnung genutzt.

Es ist es gelungen, die hierüber anfallenden Informationen zu verdichten und an eine Polizeidienststelle abzugeben. In enger Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft führte die Polizei nach langwierigen Ermittlungen einen beachtlichen Schlag gegen die im großen Stil agierende Rauschgiftbande. Im Ergebnis wurden mehrere Personen festgenommen und eine bedeutende Menge Haschisch sichergestellt. Unter den Festgenommenen befanden sich zwei Gewaltverbrecher, die noch mehrjährige Haftstrafen wegen eines zurückliegenden, versuchten Tötungsdelikts zu verbüßen haben.

Trotz der Erfolge bei der Beobachtung der russischen OK lässt sich feststellen, dass sich die einzelnen Gruppierungen durch polizeiliche Maßnahmen nicht von weiteren kriminellen Taten abhalten lassen, sondern vielmehr sogleich Nachersatz im Heimatland oder in Deutschland rekrutieren. Ziel des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz ist es, in den Strukturen derart verankert zu sein, dass die durch polizeiliche und Strafverfolgungsmaßnahmen ausgelösten organisatorischen und personellen Änderungen frühzeitig erkannt und damit der Verfolgungsdruck auf entsprechende Organisationen aufrecht erhalten werden kann.

*Rekrutierung  
von Nachersatz*

#### 4.3 OK-Gruppierungen aus den Balkanstaaten und der Türkei

In Bayern sind mehrere kriminelle Netzwerke von Personen aus Serbien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Mazedonien, Albanien sowie aus der Türkei präsent. Die kriminellen Gruppierungen aus Südosteuropa sind in ihren Strukturen oftmals in sich geschlossen; Personen anderer Nationalitäten werden in der Regel nicht akzeptiert. Die Gruppierungen haben meist neben der homogenen Ethnie noch eine weitere Gemeinsamkeit, wie z.B. Religion, Geburtsort oder eine gemeinsame militärische Ausbildung.

*Gruppenmerkmale*

Weitere Merkmale der Gruppierungen aus dem Balkan und der Türkei sind:

- Nutzung modernster Technik zur Kommunikation und bei Begehung der Straftaten, beispielsweise bei der Manipulation von Geldspielautomaten,
- Weitergabe von „Insiderwissen“ zur Begehung von Straftaten,
- keine über Jahre festgefügt organisierten Strukturen,



- Steuerung der Gruppierungen durch deren Hintermänner aus den jeweiligen Heimatländern.

In folgenden Straftatenbereichen war die OK aus Südosteuropa besonders aktiv:

*Straftatenbereiche*

- Drogenhandel, vor allem mit Heroin,
- Eigentums- und Betrugsdelikte,
- Fälschungsdelikte im Zusammenhang mit Ausweispapieren,
- Produktpiraterie,
- Illegale Beschäftigung und Sozialbetrug,
- Geldwäsche sowie
- Glücksspiel und illegale Wetten.

Durch die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel konnten Informationen über mehrere Heroinlieferungen im hohen zweistelligen Kilogramm-Bereich aus dem Balkan nach Bayern gewonnen werden. In Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden kam es zu mehreren Festnahmen und langjährigen Verurteilungen.

Einige kriminelle Gruppierungen haben sich auf Betrugsdelikte, insbesondere zum Nachteil von Banken, Warenhäusern und Telekommunikationsanbietern, spezialisiert. Diese Straftaten ermöglichen bei geringem Risiko ansehnliche Gewinne. Dabei passen die Straftäter ihre Vorgehensweise ständig den aktuellen Möglichkeiten des Wirtschaftslebens an und tauschen erfolgversprechende Tipps mit anderen Gruppierungen aus. So werden Personen aus Rumänien angeworben und nach Deutschland verbracht, wo sie ausschließlich, unter dirigistischer Anleitung der Drahtzieher, Bankkonten eröffnen und Kaufverträge abschließen müssen. Dazu gebrauchen sie gefälschte Lohnbescheinigungen und Kontoauszüge. Sobald die Gruppierungen im Besitz von EC-/Kreditkarten und Bankkrediten sind, werden im großen Stil Folgestraftaten wie EC-/Kreditkartenbetrug, Warenkreditbetrug, betrügerische Erlangung von Handyverträgen und Anmietung von hochwertigen Pkws, die anschließend in das Ausland verschoben werden, begangen. Danach werden die geworbenen Personen zurück in ihr Heimatland verbracht und durch neu angeworbene Landsleute ausgetauscht.

*Betrugsdelikte*

Da das Entdeckungsrisiko für die Hintermänner relativ gering ist, die Beteiligten aber einen großen finanziellen Gewinn erzielen können, wird dieses Phänomen in Zukunft nach Einschätzungen des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz weiterhin an Bedeutung gewinnen.

### Türkische OK

Als typische Erscheinungsform der OK türkischer Gruppierungen waren 2008 vor allem Kreditbetrügereien im Zusammenhang mit Immobilienhandel feststellbar. Bei dieser Betrugsart, bezeichnet als „Kick-Back-Immobilienbetrug“ oder „Überfinanzierungsbetrug“, werden völlig überbewertete und überfinanzierte Objekte verkauft. Käufer sind meist Personen, denen „das Wasser bis zum Hals steht“ und die schlicht die Möglichkeit sehen, schnell „Cash“ zu machen. Insoweit wird ein Teil der Kreditsumme dem Käufer in bar ausgezahlt.

### Kreditbetrug

Zur Krediterlangung werden den türkischen Kunden, die bei Banken unter normalen Umständen keinen Kredit mehr bekommen, falsche Lohnbescheinigungen erstellt oder auf das Konto des Kunden wird aus Bonitätsgründen vom Vermittler kurzfristig ein hoher Betrag in bar einbezahlt, der nach positivem Kreditbescheid wieder zurückgezahlt wird. Als Sicherheit für die jeweilige Bank dient die erworbene Immobilie. Dabei handelt es sich um minderwertige Objekte, die durch falsche Gutachten überbewertet sind, um bei der Bank einen höheren Kredit zu erzielen. Die Krediterlangung wird durch Kontakte zu teilweise tatbeteiligten Bankangestellten abgesichert. Gewinner sind die als Vermittler und Immobilienverkäufer auftretenden Personen, die völlig überhöhte Provisionen vom realisierten Kredit einziehen. Oftmals werden Strohmänner vorgeschoben, um selbst im Hintergrund zu bleiben und strafrechtlichen Folgen aus dem Weg zu gehen. Geschädigte sind sowohl die Banken, die für die Kreditvergabe keine hinreichende Sicherheit erhalten und der Käufer der „Schrottimmobilien“, der zudem durch die überhöhte Provision nur ein Teil der Kreditsumme erhält.

Obwohl die Banken angehalten sind, die Beleihungswerte für die zu finanzierenden Objekte selbst zu ermitteln und bei eigener marktgerechter Einschätzung des jeweiligen Objekts Täuschungen vorgebeugt werden soll, stellt diese Form des Kreditbetrugs ein ständig wiederkehrendes Phänomen dar.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz stellte in diesem Deliktsbereich verschiedene türkische Tätergruppierungen im süddeutschen Raum fest, die zueinander geschäftliche Kontakte unterhalten und regelmäßig im Zuge ihrer kriminellen Machenschaften zusammenwirken.

#### 4.4 OK-Gruppierungen aus Asien

OK-Gruppierungen aus dem asiatischen Raum sind in Bayern vorrangig in den Ballungsräumen München und Nürnberg tätig. Sie sind grundsätzlich gegenüber Personen aus anderen Kulturkreisen extrem abge-

schottet. Die Tätigkeiten der Gruppierungen beschränken sich nicht nur auf das Gebiet Bayerns. Gerade die Nähe zur Republik Tschechien, in der eine große Anzahl Vietnamesen lebt, wird durch in Bayern wohnende Vietnamesen für kriminelle Zwecke genutzt.

*Abschottung*

Der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem tschechischen Nachrichtendienst kommt insoweit maßgebliche Bedeutung zu. Asiatische Tätergruppierungen nutzen vor allem ihre gewerblichen Möglichkeiten, wie die Gastronomie und den Dienstleistungssektor, um illegale Aktivitäten besser verschleiern zu können. Bei den Straftaten handelt es sich hauptsächlich um den Anbau von und den Handel mit Betäubungsmitteln, insbesondere Cannabis-Produkte, Heroin und Kokain. Hinzu kommen Steuerhinterziehungen, Geldwäsche, Zigarettenschmuggel sowie Schleusungen und damit in Zusammenhang stehende Delikte wie die professionelle Vermittlung von „Scheinehen“ zur Beschaffung von legalen Aufenthaltstiteln.

Der Handel mit harten Drogen, insbesondere mit Heroin und Kokain, wird in Bayern innerhalb vorhandener vietnamesischer Strukturen betrieben. Wie in den vergangenen Jahren beobachtet werden konnte, werden die Betäubungsmittel in der Regel durch Landsleute in den neuen Bundesländern beschafft und auf unterschiedlichen Wegen nach Bayern transportiert. Die Verteilung an die Konsumenten erfolgt in Südbayern meist über verschiedene, durch Vietnamesen betriebene Speiselokale. Des Weiteren werden zwischen den hier beobachteten etablierten vietnamesischen Geschäftsleuten junge vietnamesische Frauen zum Zweck der Prostitution weitergegeben.

*Drogenhandel*

Der Transport von illegal produzierten und unversteuert eingeführten Zigaretten aus dem Grenzgebiet zwischen dem Freistaat Bayern und der Tschechischen Republik ist nicht zuletzt auf Grund verschiedener Fahndungserfolge deutlich zurückgegangen. Bei den vietnamesischen Tätern konnte die Tendenz beobachtet werden, den Handel von Zigaretten durch den Anbau und Vertrieb von Cannabis-Produkten zu ersetzen.

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes haben „Indoor-Plantagen“ auf dem Gebiet der tschechischen Republik einen hohen Marktanteil am Cannabisanbau innerhalb der Europäischen Union. Die Anlagen werden innerhalb kürzester Zeit in Betrieb genommen und bei drohender Gefahr einer Entdeckung auch sehr rasch wieder abgebaut. Da für die Abnahme des Rauschgifts ein großer Markt vorhanden ist, nutzen immer mehr vietnamesische Gruppierungen diesen Trend, um Geld zu verdienen. Zu den organisierten Tätergruppen kommt noch eine unbekannte Anzahl von Personen hinzu, die kleinere Anlagen in Wohnun-

gen unterhalten. Dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz liegen Erkenntnisse vor, dass innerhalb Bayerns mehrere Vietnamesen planen, den Cannabisanbau über angemietete Wohnungen zu betreiben. Diese werden zentral von einer Organisation außerhalb Bayerns gesteuert. Die Ermittlungen werden durch die Tatsache erschwert, dass viele Wohnungen vor allem durch die professionell agierenden Banden oft nur für die Zeit einer Ernte angemietet werden.

Im gesamten bayerischen Raum ist zudem als neues Phänomen die Eröffnung von Nagelstudios unter vietnamesischer Leitung feststellbar. Die Studios werden in Großstädten vor allem in Einkaufszentren eingerichtet. Innerhalb der Szene wird die Verschleierung der Herkunft von Geldern des Öfteren als eigentlicher Zweck dieser neu eröffneten Nagelstudios genannt.

### Vernetzung

Die grenzüberschreitende Vernetzung zwischen vietnamesischen und chinesischen Organisationen hat sich insbesondere bei Schleusungsaktivitäten „bewährt“. Die tschechische Republik nimmt dabei eine Schlüsselposition ein. Sie ist für Personen aus dem asiatischen Raum nach wie vor erste Anlaufadresse innerhalb Europas. Über die vorhandene Infrastruktur der ansässigen Gruppierungen gelangen die Geschleusten so am sichersten in die westlichen EU-Staaten, ohne im Besitz eines gültigen Aufenthaltstitels zu sein.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz war bei einem Großverfahren mehrerer Bundes- und Landespolizeibehörden beteiligt. Durch seine Erkenntnisse gelang es, mehrere Straftäter bei einer Schleusung festzunehmen.

### Hohes „Dunkelfeld“

Da die Straftaten meist innerhalb der Ethnien begangen und wegen der internen Abschottung nicht an die Strafverfolgungsbehörden gemeldet werden, herrscht hier ein überproportional hohes „Dunkelfeld“. Aufgrund der wenigen bekannten Straftaten erschließen sich diese Ethnien nicht in so großem Maße dem Verfolgungsdruck anderer staatlicher Stellen. Das Landesamt versucht daher, in die Strukturen der Ethnien langfristig einzudringen. Wegen der erwähnten hohen Abschottung asiatischer Täterkreise, die zudem ethnisch geschlossen bleiben, kommt dabei der Quellenführung besondere Bedeutung zu. Zu deren Gewinnung bedarf es langjährig angelegter Werbemaßnahmen und großer Erfahrung im Umgang mit diesen Ethnien. Die Erfolge des Verfassungsschutzes bei der Aufklärung der Strukturen asiatischer OK-Tätergruppen beruhen gerade auf den beschriebenen Möglichkeiten nachrichtendienstlichen Vorgehens.

## 4.5 Rockerkriminalität in Bayern

Das Phänomen der Rockerkriminalität war lange Zeit nur aus den USA bekannt, wo einzelne Rockerclubs und -gruppierungen bereits seit 50 Jahren bestehen. Vor 35 Jahren kam es dann in Deutschland zur Gründung der ersten Clubs. Beispielsweise etablierte sich zu dieser Zeit die wohl bekannteste Rockergruppierung, der Hells Angels MC (Motorcycle Club), von Hamburg aus mit mittlerweile über 30 Chartern („Ortsgruppen“) in ganz Deutschland. Die Hamburger Gruppierung selbst wurde 1983 als kriminelle Vereinigung verboten.

Inzwischen beobachtet das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz seit mehreren Jahren die kriminellen und gewaltbereiten Rocker. Im Fokus stehen vor allem die so genannten „1-Prozenter“-Gruppierungen, die sich selbst als Gesetzlose sehen und das bestehende Rechtssystem ablehnen. Zu diesen gehören bundesweit der Hells Angels MC, der Bandidos MC, der Gremium MC, der Outlaws MC und - fast ausschließlich regional auf Bayern beschränkt - der Trust MC. In Bayern sind auch alle übrigen genannten Gruppierungen mit Chartern vertreten.

*„One-Percenters“*

Aufgrund der Abschottung nach außen, der absoluten Verschwiegenheit nach dem geltenden Ehrenkodex gegenüber Dritten, insbesondere auch gegenüber den Sicherheitsbehörden, gestaltet sich die Beobachtung dieser Gruppierungen als sehr komplex und schwierig. Trotzdem ist es dem Verfassungsschutz mit seiner langen Erfahrung beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel gelungen, auch in diesem speziellen OK-Phänomen Zugänge zu schaffen, die eine aktuelle Beobachtung zulassen. So konnten umfangreiche Strukturkenntnisse und „Insiderinformationen“ aus dem inneren Zirkel der Rockergruppen gewonnen werden.

Typische Merkmale dieser kriminellen Rocker sind:

*Gruppenmerkmale*

- absolute Abschottung nach außen,
- interner Ehrenkodex,
- Macht- und Gewinnstreben,
- streng hierarchischer innerer Aufbau sowie
- mit massivem Druck und Gewalt durchgesetzte Gebietsansprüche.

Unter den Delikten bilden Drogenhandel mit allen Stoffen, Waffendelikte und Rotlichtkriminalität die Schwerpunkte.

Bundesweit begann das Jahr 2008 für die Rocker-Szene äußerst spektakulär. Mitglieder des größten deutschen Motorradclubs, dem Gremium

### Veränderung der Kräfteverhältnisse

MC Germany, traten dem Hells Angels MC bei. Es gab zwar im Vorfeld des Übertritts mehrfach Hinweise aus der Rocker-Szene auf eine solche Aktion, diese konnten aber im Detail nie bestätigt werden. Mitte Januar wurden die Wechsel ganzer Clubs als auch einzelner Mitglieder von polizeilicher Seite bestätigt. Bis Ende 2008 traten etwa 80 Personen des Gremium MC zum Hells Angels MC über.

Auch Bayern war von diesen Entwicklungen betroffen. Das bisherige Chapter des Gremium MC München-Westside schloss sich dem Hells Angels MC an. Somit gibt es erstmalig zwei Charter, so genannte Ortsgruppen, des Hells Angels MC in Bayern. Wie alle Neumitglieder mussten die Angehörigen des Gremium MC eine „Probezeit“ bei dem ortsansässigen Hells Angels MC München in Allershausen, Landkreis Freising, ablegen. Im Oktober wurden die neuen Mitglieder als Vollmitglieder beim Hells Angels MC übernommen und bestätigt.

Dass die neue Konstellation sowie die Veränderung der Kräfteverhältnisse auch zukünftig Reibungspunkte und Anlass für Auseinandersetzungen sind, ist nicht auszuschließen, obwohl Spontanaktionen zwischen den Gruppierungen bislang ausblieben. Konfrontationen rivalisierender Rockergruppen finden bundesweit jedoch schon seit langem statt. Den Konflikten liegen meist massive Expansionsbestrebungen der verschiedenen Motorradgruppen zugrunde. Die Feindschaft unter den Gruppierungen ist zum Teil historisch gewachsen. Dies gilt in besonderem Maße für die rivalisierenden MCs der Hells Angels und der Bandidos bzw. ihrer „Supporterclubs“.

### Gewalttätige Übergriffe

Die folgenden Beispielfälle aus Bayern oder mit Beteiligung bayerischer Charter verdeutlichen, dass nicht nur an den momentanen Brennpunkten, wie Berlin und den neuen Bundesländern, Rivalität und gewalttätige Übergriffe zwischen den Gruppierungen immer häufiger werden, sondern diese mittlerweile auch in Bayern angekommen sind.

Einem im Jahr 2008 begonnenen und noch nicht abgeschlossenen Prozess beim Landgericht Erfurt liegt ein Überfall im Juni 2006 durch Angehörige der Rockergruppierung Gremium MC aus Hof und aus Sachsen auf ein Clubhaus eines anderen Motorradclubs zugrunde. Die Angreifer sollen dabei mit Schlagstöcken, Baseballschlägern und Messern auf andere Motorradfahrer losgegangen sein. Bei dem Überfall wurden mehrere Personen verletzt.

Ein zwischenzeitlich abgeschlossener Prozess beim Landgericht München richtete sich gegen Angehörige des Trust MC. Bei einem Biker-treffen in Anzing, Landkreis Ebersberg, im Jahr 2005 wurde eine Person

durch Fußtritte und Schläge ins Gesicht erheblich verletzt. Trotz zahlreicher Zeugen konnte die Anklage erst 2008 erhoben werden, da die Zeugen sich an den Vorfall nicht mehr erinnern wollten bzw. konnten. Auch die Aussagebereitschaft des Opfers war gering. Dennoch wurden beide Angeklagten zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Beide Prozesse haben verdeutlicht, dass aufgrund des „Ehrenkodex“ innerhalb der Bikerclubs mit Zeugenaussagen aus den Reihen der Mitglieder nicht zu rechnen ist.

Bei einer Motorradmesse in München waren im Frühjahr Mitglieder der beiden verfeindeten Motorradclubs Hells Angels und Bandidos aufeinander getroffen. Eine größere Auseinandersetzung konnte nur durch das rasche Eingreifen der Polizei verhindert werden.

Die Auseinandersetzungen der beiden MCs führten vermutlich auch zu einem Brandanschlag auf das neue Clubhaus des Hells Angels MC München in Allershausen, Landkreis Freising, im Februar. Bislang unbekannte Täter versuchten, mit Hilfe von Molotowcocktails das Gebäude in Brand zu setzen; es entstand jedoch nur ein leichter Brandschaden an der Außenwand. Ob die Täter tatsächlich aus dem Bereich einer rivalisierenden Rockergruppierung kommen, ist noch ungeklärt.

*Brandanschlag*

Weiterhin konnten auch 2008 keine konkreten und verfestigten Verbindungen aus dem Rockerbereich zur rechtsextremistischen Szene festgestellt werden. Allerdings bestehen nach wie vor lose Kontakte einzelner Personen untereinander.

## 5. **Ausblick**

Der Wegfall der Grenzkontrollen zum 21. Dezember 2007 - an den Flughäfen ab März 2008 - aufgrund des Schengener Abkommens zu den Ländern Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn hat bereits heute neue Möglichkeiten für die OK ergeben. Die europaweit agierenden kriminellen Strukturen nutzen die neuen Markt- und Machtchancen sowie die neuerworbene Reisefreiheit, um ihre bereits bestehenden Netzwerke weiter auszubauen. Zur Bewältigung dieses Problems bedarf es einer weiteren, engen Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden.

*Nutzung der Reisefreiheit*

Ein neuer Schwerpunkt der OK zeichnet sich im Bereich der Fälschung von Führerscheinen ab. In Deutschland benutzen beispielsweise vermehrt Kraftfahrzeugführer gefälschte oder verfälschte bulgarische Führerscheine. Die Papiere werden hier durch eine Vielzahl von Personen aller Nationalitäten auf Bestellung angeboten. Der Auftraggeber kann

### *Fälschung von Führerscheinen*

wahlweise eigene oder falsche Personalien angeben und erhält daraufhin zumeist echte Dokumente. Es ist davon auszugehen, dass diese in Bulgarien von korrupsionsbereiten Beamten beschafft werden. Ab 2009 ist mit einer weiteren Zunahme von gefälschten Führerscheinen zu rechnen, da der Gesetzgeber den Führerscheintourismus nach entzogener Fahrerlaubnis weiter einschränken wird. Hier arbeitet das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz bereits im Vorfeld konkreter Straftaten, um Strukturen und Vertriebswege bis hin zu den Hintermännern und Fälscherwerkstätten aufzudecken.

### *Schleusungen*

Im Bereich der Schleusungen ist weiter mit einer hohen Zahl von illegal eingereisten Irakern zu rechnen. Neben der Nutzung Deutschlands als Transitland auf dem Weg nach Skandinavien dient die Bundesrepublik immer mehr auch als Zielland für irakische Flüchtlinge. Als Schleuser fungieren hauptsächlich irakische Tätergruppen, deren Zahl sich in den letzten Jahren fast verdoppelt hat. Hier versucht das Landesamt gezielt, weitere V-Leute zu gewinnen, um rechtzeitig und effektiv gegen die Schleuserorganisationen vorgehen zu können

Aufgrund der beschriebenen Strukturen und Arbeitsweisen der OK sind Forderungen nach einer Wiedereinführung der „Kronzeugenregelung“ - ergänzend zur Arbeit der Polizei und des Verfassungsschutzes - ein wichtiges Instrument bei der Bekämpfung dieses Phänomens.



# Bayerisches Verfassungsschutzgesetz

## (BayVSG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1997 (GVBl S. 70, BayRS 12-1-I)

Geändert durch § 2 des Gesetzes zur Anpassung des Bayerischen Landesrechts an Art. 13 des Grundgesetzes vom 10. Juli 1998 (GVBl S. 383), Art. 4 Abs. 1 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom 10. Februar 2000 (GVBl S. 40), § 1 des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes, des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz, des Bayerischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 969) sowie § 1 des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes, des Ausführungsgesetzes Art. 10-Gesetz und des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom 8. Juli 2008 (GVBl S. 357)

### I. Abschnitt

#### Organisation und Aufgaben des Verfassungsschutzes

#### Art. 1

##### Organisation des Verfassungsschutzes, Verhältnis zur Polizei

(1) <sup>1</sup>Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder besteht in Bayern ein Landesamt für Verfassungsschutz. <sup>2</sup>Es dient auch dem Schutz vor Organisierter Kriminalität.

(2) <sup>1</sup>Freiheitliche demokratische Grundordnung nach Absatz 1 ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. <sup>2</sup>Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung gehören mindestens: Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

(3) Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von

erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

- unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
- unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
- unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

(4) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Behörde. <sup>2</sup>Das Landesamt und Dienststellen der Polizei dürfen einander nicht angegliedert werden. <sup>3</sup>Dem Landesamt für Verfassungsschutz steht ein Weisungsrecht gegenüber Dienststellen der Polizei oder die Befugnis zu polizeilichen Maßnahmen nicht zu.

#### Art. 2

##### Zuständigkeit

(1) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die gesetzlich festgelegten Aufgaben zu erfüllen. <sup>2</sup>Dazu gehört auch die Zusammenarbeit Bayerns mit dem Bund und den anderen Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

(2) Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder dürfen in Bayern nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Maßgabe dieses Gesetzes tätig werden.

### Art. 3 Aufgaben

(1) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe,

1. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 Grundgesetz), gerichtet sind,
5. Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität im Geltungsbereich des Grundgesetzes

zu beobachten; solche Bestrebungen und Tätigkeiten können von Gruppierungen oder Einzelpersonen ausgehen. <sup>2</sup>Das Landesamt hat in Erfüllung dieser Aufgabe Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über solche Bestrebungen oder Tätigkeiten zu sammeln und auszuwerten. <sup>3</sup>Die notwendige Koordinierung mit den anderen Sicherheitsbehörden und den Strafverfolgungsbehörden wird in Richtlinien des Staatsministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz geregelt. <sup>4</sup>Über diese Richtlinien wird das Parlamentarische Kontrollgremium gemäß Art. 3 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes sowie der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz (Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz - PKGG) vom 10. Februar 2000 (GVBl S. 40) unterrichtet.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe,

1. nach Maßgabe des Bayerischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes an der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheim-

haltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. an der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen,
3. an technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen, die im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftig sind, gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte mitzuwirken.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe, amtliche Auskünfte zu erteilen

1. im Rahmen der Überprüfung der Verfassungstreue von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben,
2. nach Maßgabe des Art. 14, insbesondere in Einbürgerungs- und Ordensverfahren zur Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland - mit Ausnahme der Verdienstmedaille - und des Bayerischen Verdienstordens, sowie nach Art. 15.

## II. Abschnitt

### Allgemeine Befugnisse und Datenverarbeitung

#### Art. 4

#### Allgemeine Befugnisse

(1) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz die dazu erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten auch ohne Kenntnis der betroffenen Gruppierung oder Person erheben und in Akten und Dateien verarbeiten, diese Informationen nutzen sowie aus Akten und Dateien übermitteln, soweit nicht nachfolgend besondere Bestimmungen gelten. <sup>2</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten auch für die Vorgangsverwaltung nutzen und verarbeiten. <sup>3</sup>Ist zum Zweck der Datenerhebung die Übermittlung personenbezogener Daten erforderlich, so darf ein entsprechendes Ersuchen des Landesamts für Verfassungsschutz nur diejenigen personenbezogenen Daten enthalten, die für die Erteilung der Auskunft unerlässlich sind. <sup>4</sup>Schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nur in unvermeidbarem Umfang beeinträchtigt werden.

(2) <sup>1</sup>Die Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach Art. 3 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 sind im Bayerischen Sicherheitsüberprü-

fungsgesetz vom 27. Dezember 1996 (GVBl S. 509, BayRS 12-3-I)), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes vom 24. April 2001 (GVBl S. 140), in der jeweils geltenden Fassung geregelt, soweit sie nicht in besonderen Gesetzen geregelt sind; Art. 6 Abs. 1 Satz 4 bleibt unberührt. <sup>2</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, an einer Überprüfung nach Art. 3 Abs. 2 Nr. 2 nur mitwirken und nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 nur Auskunft erteilen, wenn die betroffene Person der Durchführung der Überprüfung zugestimmt hat; werden der Ehegatte oder die Person, mit der die betroffene Person in eheähnlicher oder gleichgeschlechtlicher Gemeinschaft lebt, in die Überprüfung mit einbezogen, so ist auch deren Zustimmung erforderlich.

(3) <sup>1</sup>Sind für die Erfüllung einer Aufgabe verschiedene Maßnahmen geeignet, so hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die die betroffene Gruppierung oder Person voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. <sup>2</sup>Eine Maßnahme unterbleibt, wenn sie einen Nachteil herbeiführt, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

### Art. 5

#### Erhebung personenbezogener Daten

<sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten erheben, soweit das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist. <sup>2</sup>Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 darf das Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Daten jedoch nur im Rahmen von Nachermittlungen erheben, soweit das zur Überprüfung von Informationen erforderlich ist, die bei den Verfassungsschutzbehörden bereits vorliegen.

### Art. 6

#### Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) <sup>1</sup>Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz darf das Landesamt für Verfassungsschutz auch nachrichtendienstliche Mittel anwenden; besondere gesetzliche Regelungen bleiben unberührt. <sup>2</sup>Sie dienen der verdeckten Informationsgewinnung und der Sicherheit des Landesamts für Verfassungsschutz und seiner Mitarbeiter. <sup>3</sup>Nachrichtendienstliche Mittel sind Maßnahmen zur Tarnung, der Einsatz geheimer Mitarbeiter und andere Maßnahmen, die verbergen sollen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen erhebt. <sup>4</sup>Die nachrichtendienstlichen Mittel sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, in der auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen zu regeln ist. <sup>5</sup>Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung

des Staatsministeriums des Innern, das das Parlamentarische Kontrollgremium unterrichtet. <sup>6</sup>Bei Sicherheitsüberprüfungen (Art. 3 Abs. 2 Nrn. 1 und 2) darf das Landesamt für Verfassungsschutz nur das nachrichtendienstliche Mittel der Tarnung von Mitarbeitern anwenden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten nach Art. 5 durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel erheben, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen oder auf diese Weise Erkenntnisse über Nachrichtenzugänge gewonnen werden können oder
2. das zur Abschirmung der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Nachrichtenzugänge des Landesamts für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(3) <sup>1</sup>Personenbezogene Daten dürfen durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel nur erhoben werden, wenn die Daten nicht auf eine andere geeignete Weise gewonnen werden können, die die betroffene Person weniger beeinträchtigt. <sup>2</sup>Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. <sup>3</sup>Sie ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich ergibt, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

### Art. 6 a

#### Einsatz technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 Grundgesetz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf technische Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes als nachrichtendienstliche Mittel im Sinn des Art. 6 Abs. 1 unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit nach Art. 6 Abs. 3 nur unter den nachfolgenden Voraussetzungen einsetzen.

(2) <sup>1</sup>Maßnahmen nach Abs. 1 sind nur zulässig, sofern tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, dass jemand Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 durch die Planung oder Begehung von Straftaten verfolgt, die im Einzelfall geeignet sind, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder in erheblichem Maße Leib, Leben oder Freiheit von Personen zu gefährden. <sup>2</sup>Solche Straftaten sind:

1. Straftaten des Friedensverrats, Hochverrats und Landesverrats (§§ 80, 81, 82, 94 Strafgesetzbuch - StGB),

2. Straftaten gegen die öffentliche Ordnung (§§ 129a, 129b StGB),
3. Straftaten gegen das Leben (§§ 211, 212 StGB, § 6 Völkerstrafgesetzbuch),
4. Straftaten gegen die persönliche Freiheit (§§ 232, 233, 233a Abs. 2, §§ 234, 234a Abs. 1, §§ 239a, 239b StGB),
5. Gemeingefährliche Straftaten in den Fällen der §§ 306a, 306b, 307 Abs. 1 und 2, § 308 Abs. 1, § 309 Abs. 1, § 310 Abs. 1, § 313 Abs. 1, § 314 Abs. 1, § 315 Abs. 3, § 315b Abs. 3, § 316c StGB und
6. Straftaten nach dem Waffengesetz (WaffG) und dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (§ 51 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2, § 52 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit Abs. 5 WaffG; § 19 Abs. 2, § 20 Abs. 1, jeweils auch in Verbindung mit § 21 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen; § 22a Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen).

(3) <sup>1</sup>Maßnahmen nach Abs. 1 sind nur zulässig, wenn und soweit

1. die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre und
2. für den Fall, dass zu privaten Wohnzwecken genutzte Räumlichkeiten betroffen sind, in denen sich die Person, gegen die sich die Maßnahme richtet, allein oder ausschließlich mit engsten Familienangehörigen, mit in gleicher Weise Vertrauten oder mit Berufsheimlichkeitsgeheimnisträgern nach §§ 53, 53a der Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl I S. 1074, 1319) in der jeweils geltenden Fassung aufhält,
  - a) tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass Gespräche geführt werden, die einen unmittelbaren Bezug zu den im Abs. 2 genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten haben, ohne dass ein Gesprächsteilnehmer über ihren Inhalt das Zeugnis als Geistlicher, Verteidiger, Rechtsanwalt, Arzt, Berater für Fragen der Betäubungsmittelabhängigkeit, Psychologischer Psychotherapeut oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut nach §§ 53, 53a StPO verweigern könnte, oder
  - b) die Maßnahme sich auch gegen die Familienangehörigen, Vertrauten oder Berufsheimlichkeitsgeheimnisträger richtet, und
3. für den Fall, dass sich die Maßnahme gegen einen Berufsheimlichkeitsgeheimnisträger nach §§ 53, 53a StPO selbst

richtet und die zu seiner Berufsausübung bestimmten Räumlichkeiten betroffen sind, die Voraussetzungen der Nr. 2 Buchst. a vorliegen.

<sup>2</sup>In den Fällen des Satzes 1 Nrn. 2 und 3 ist eine nur automatische Aufzeichnung zulässig, wenn bei Anordnung der Maßnahme abzusehen ist, dass keine Gespräche geführt werden, die dem Kernbereich der privaten Lebensgestaltung zuzurechnen sind; wird bei einer Maßnahme nach Abs. 1 erkennbar, dass solche Gespräche geführt werden und bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass sie dem Zweck der Herbeiführung eines Erhebungsverbots dienen sollen, ist die Datenerhebung unverzüglich und so lange erforderlich zu unterbrechen.

(4) <sup>1</sup>Maßnahmen nach Abs. 1 dürfen im Fall des Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 nur in Wohnungen des in der Anordnung bezeichneten Adressaten durchgeführt werden. <sup>2</sup>In Wohnungen anderer Personen sind die Maßnahmen zulässig, wenn es nicht Wohnungen von Berufsheimlichkeitsgeheimnisträgern nach §§ 53, 53a StPO sind und auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass

1. der Adressat sich dort aufhält und
2. die Maßnahme in Wohnungen des Adressaten allein zur Erforschung des Sachverhalts nicht möglich oder nicht ausreichend ist.

<sup>3</sup>Die Erhebung personenbezogener Daten über andere als die in Satz 1 genannten Personen ist zulässig, soweit sie unvermeidliche Folge einer Maßnahme nach Abs. 1 ist.

## Art. 6 b

### Verfahrensregelungen für Maßnahmen nach Art. 6a

(1) <sup>1</sup>Der Einsatz technischer Mittel nach Art. 6a bedarf einer richterlichen Anordnung auf Antrag des Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz oder dessen Stellvertreters. <sup>2</sup>Bei Gefahr im Verzug kann der Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz oder dessen Vertreter die Anordnung treffen; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. <sup>3</sup>In der schriftlichen Anordnung sind Adressat, Art, Umfang und Dauer der Maßnahme zu bestimmen und die wesentlichen Gründe zu benennen. <sup>4</sup>Die Anordnung ist auf längstens einen Monat zu befristen; Verlängerungen um jeweils nicht mehr als einen Monat sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen. <sup>5</sup>Liegen die Voraussetzungen nicht mehr vor oder ist der verdeckte Einsatz technischer Mittel nicht mehr erforderlich, so ist die Maßnahme ungeachtet des in der Anordnung genannten Zeitraums unverzüglich zu beenden. <sup>6</sup>Die Beendigung ist dem Richter mitzuteilen.

<sup>7</sup>Ein Bediensteter des Landesamts für Verfassungsschutz mit Befähigung zum Richteramt beaufsichtigt den Vollzug der Anordnung und eventuelle Datenübermittlungen.

(2) <sup>1</sup>Die durch Maßnahmen nach Art. 6a erhobenen Daten sind als solche zu kennzeichnen. <sup>2</sup>Nach einer Übermittlung hat der Empfänger die Kennzeichnung aufrecht zu erhalten; darauf ist dieser hinzuweisen. <sup>3</sup>Daten aus Maßnahmen nach Art. 6a dürfen nur verwendet werden

1. zur Abwehr und Aufklärung der in Art. 6a Abs. 2 genannten Gefahren,
2. zur Verfolgung von Straftaten, wenn die Voraussetzungen der Strafprozessordnung für die Datenerhebung bei der Erhebung vorgelegen haben und bei der Übermittlung noch vorliegen,
3. zur Abwehr dringender Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit von Menschen.

<sup>4</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft unverzüglich und dann in Abständen von sechs Monaten, ob die durch Maßnahmen nach Art. 6a erhobenen personenbezogenen Daten allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten für die Zwecke des Satzes 3 erforderlich sind. <sup>5</sup>Daten, bei denen sich nach Auswertung herausstellt, dass

1. die Voraussetzungen für ihre Erhebung nicht vorgelegen haben oder
2. sie Inhalte betreffen, über die das Zeugnis als Geistlicher, Verteidiger, Rechtsanwalt, Arzt, Berater für Fragen der Betäubungsmittelabhängigkeit, Psychologischer Psychotherapeut oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut nach §§ 53, 53a StPO verweigert werden könnte, oder
3. sie dem Kernbereich privater Lebensgestaltung oder einem Vertrauensverhältnis mit anderen Berufsheimlichkeitsgeheimnisträgern zuzuordnen sind und keinen unmittelbaren Bezug zu den in Art. 6a Abs. 2 genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten haben,

dürfen nicht verwendet werden, es sei denn, ihre Verwendung ist zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person erforderlich und Daten im Sinn der Nr. 2 oder 3 sind nicht betroffen.

<sup>6</sup>Über eine Übermittlung von Daten aus einer Maßnahme nach Art. 6a an Stellen außerhalb des Verbunds der Verfassungsschutzbehörden entscheidet der Richter.

<sup>7</sup>Bei Gefahr im Verzug kann die Entscheidung auch der Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz oder dessen Vertreter treffen; in diesem Fall ist eine richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(3) <sup>1</sup>Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind und nicht verwendet werden dürfen, sind unverzüglich zu löschen. <sup>2</sup>Die durch eine Maßnahme nach Art. 6a Abs. 1 erlangten personenbezogenen Daten, deren Verwendung zu den in Abs. 2 Satz 3 genannten Zwecken nicht erforderlich ist oder für die ein Verwendungsverbot besteht, sind unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen; soweit die Daten für eine Mitteilung an den Betroffenen oder für eine gerichtliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme von Bedeutung sein können, sind sie zu sperren. <sup>3</sup>Die gesperrten Daten dürfen nur zu den in Satz 2 Halbsatz 2 genannten Zwecken verwendet werden. <sup>4</sup>Im Fall der Mitteilung an den Betroffenen sind die Daten erst zu löschen, wenn der Betroffene nach Ablauf eines Monats nach seiner Benachrichtigung keine Klage erhebt; auf diese Frist ist in der Mitteilung hinzuweisen. <sup>5</sup>Im Fall einer gerichtlichen Überprüfung sind die Daten nach deren Abschluss zu löschen. <sup>6</sup>Die Löschung von Daten ist zu protokollieren.

(4) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz teilt den in der Anordnung bezeichneten Personen sowie denjenigen, deren personenbezogene Daten erhoben und zu den Zwecken des Abs. 2 Satz 3 verwendet wurden, Maßnahmen nach Art. 6a Abs. 1 nach ihrer Einstellung, frühestens jedoch dann mit, wenn eine Gefährdung des Zwecks der Maßnahme ausgeschlossen werden kann. <sup>2</sup>Erfolgt die Mitteilung nicht binnen sechs Monaten nach Einstellung der Maßnahmen, bedarf ihre weitere Zurückstellung der richterlichen Zustimmung. <sup>3</sup>Dem Gericht sind die Gründe mitzuteilen, die einer Mitteilung an den Betroffenen entgegenstehen. <sup>4</sup>Die richterliche Entscheidung ist jeweils nach einem Jahr erneut einzuholen, wenn das Gericht keine andere Frist bestimmt. <sup>5</sup>Eine Mitteilung kann mit richterlicher Zustimmung auf Dauer unterbleiben, wenn

1. überwiegende Interessen eines Betroffenen entgegenstehen,
2. die Identität oder der Aufenthaltsort eines Betroffenen nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden kann oder
3. die Voraussetzungen für eine Mitteilung auch nach fünf Jahren nach Beendigung der Maßnahme nicht eingetreten sind, sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht eintreten werden und die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden Stelle als auch beim Empfänger der Daten vorliegen.

(5) <sup>1</sup>Der verdeckte Einsatz technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes ausschließ-

lich zum Schutz der für den Verfassungsschutz in diesem Bereich tätigen Personen bedarf der Anordnung des Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz oder eines von ihm bestellten Beauftragten. <sup>2</sup>Eine anderweitige Verwendung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zulässig, wenn zuvor der Richter festgestellt hat, dass die Maßnahme rechtmäßig ist und die Voraussetzungen des Art. 6a Abs. 2 vorliegen; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. <sup>3</sup>Soweit Erkenntnisse verwendet werden, gelten für die Datenverarbeitung, die Löschung der Daten und die Mitteilung an den Betroffenen Abs. 2 bis 4 entsprechend. <sup>4</sup>Im Übrigen sind die Daten unverzüglich zu löschen.

(6) <sup>1</sup>Zuständiges Gericht zur Entscheidung nach den Abs. 1, 2, 4 und 5 ist das Amtsgericht am Sitz des Landesamts für Verfassungsschutz. <sup>2</sup>Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (BGBl III 315-1), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl I S. 441), entsprechend.

(7) <sup>1</sup>Die Staatsregierung unterrichtet den Landtag jährlich über die gemäß Art. 6a und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Abs. 5 angeordneten Maßnahmen. <sup>2</sup>Das Parlamentarische Kontrollgremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus.

### Art. 6 c

#### Besondere Auskunftersuchen und Einsatz technischer Mittel zur Ortung von Mobilfunkendgeräten

(1) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei denjenigen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen oder Telemedien anbieten oder daran mitwirken, Auskunft über Daten einholen, die für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung, Änderung oder Beendigung eines Vertragsverhältnisses über Postdienstleistungen oder Telemedien gespeichert worden sind, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 erforderlich ist. <sup>2</sup>Die Verpflichteten haben die Auskunft unentgeltlich zu erteilen.

(2) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall auch im Rahmen des § 113a des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vom 22. Juni 2004 (BGBl I S. 1190) in der jeweils geltenden Fassung Auskunft einholen bei

1. Luftfahrtunternehmen zu Namen und Anschriften von Kunden sowie zu Inanspruchnahme und Um-

ständen von Transportleistungen, insbesondere zum Zeitpunkt von Abfertigung und Abflug und zum Buchungsweg,

2. Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen zu Konten, Konteninhaber und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und über Geldbewegungen und Geldanlagen, insbesondere über Kontostand und Zahlungsein- und -ausgänge,
3. denjenigen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen und daran mitwirken, zu den Umständen des Postverkehrs,
4. denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringen oder daran mitwirken, zu Verkehrsdaten nach § 96 Abs. 1 Nrn. 1 bis 4 TKG und sonstigen zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung der Telekommunikation notwendigen Verkehrsdaten und
5. denjenigen, die geschäftsmäßig Telemedien anbieten oder daran mitwirken, über
  - a) Merkmale zur Identifikation des Nutzers von Telemedien,
  - b) Angaben über Beginn und Ende sowie über den Umfang der jeweiligen Nutzung und
  - c) Angaben über die vom Nutzer in Anspruch genommenen Telemedien,

soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Gefahr für die in Art. 3 Abs. 1 genannten Schutzgüter vorliegen. <sup>2</sup>Im Fall des Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 gilt dies nur für Bestrebungen, die bezwecken oder auf Grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind,

1. zu Hass- oder Willkürmaßnahmen gegen Teile der Bevölkerung aufzustacheln oder deren Menschenwürde durch Beschimpfen, böswilliges Verächtlichmachen oder Verleumden anzugreifen und dadurch die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt zu fördern und den öffentlichen Frieden zu stören oder
2. Gewalt anzuwenden oder vorzubereiten, einschließlich dem Befürworten, Hervorrufen oder Unterstützen von Gewaltanwendung, auch durch Unterstützen von Vereinigungen, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen, befürworten oder androhen.

<sup>3</sup>Die Verpflichteten haben die Auskunft unentgeltlich zu erteilen.

(3) Auskünfte nach Abs. 2 dürfen nur über Personen eingeholt werden, bei denen

1. tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie die schwerwiegenden Gefahren nach Abs. 2 fördern, oder
2. auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist
  - a) bei Auskünften nach Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1, 2 und 5, dass sie die Leistung für eine Person nach Nr. 1 in Anspruch nehmen oder
  - b) bei Auskünften nach Abs. 2 Satz 1 Nrn. 3 und 4, dass sie für eine Person nach Nr. 1 bestimmte oder von ihr herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder im Fall des Abs. 2 Satz 1 Nr. 4, dass eine Person nach Nr. 1 ihre Kommunikationseinrichtung benutzt.

(4) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall unter den Voraussetzungen des Abs. 2 auch technische Mittel zur Ermittlung des Standorts eines aktiv geschalteten Mobilfunkendgeräts oder zur Ermittlung der Geräte- und Kartennummern einsetzen. <sup>2</sup>Die Maßnahme ist nur zulässig, wenn ohne die Ermittlung die Erreichung des Zwecks der Überwachungsmaßnahme aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. <sup>3</sup>Sie darf sich nur gegen die in Abs. 3 Nrn. 1 und 2 Buchst. b bezeichneten Personen richten. <sup>4</sup>Personenbezogene Daten eines Dritten dürfen anlässlich solcher Maßnahmen nur erhoben werden, wenn dies aus technischen Gründen zur Erreichung des Zwecks nach Satz 1 unvermeidbar ist. <sup>5</sup>Sie unterliegen einem absoluten Verwendungsverbot und sind nach Beendigung der Maßnahme unverzüglich zu löschen.

#### Art. 6 d

##### Abhören und Aufzeichnen des nichtöffentlich gesprochenen Wortes

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf außerhalb von Wohnungen und außerhalb des Anwendungsbereichs des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz - G 10) vom 26. Juni 2001 (BGBl I S. 1254, 2298) in der jeweils geltenden Fassung das nichtöffentlich gesprochene Wort unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit nach Art. 6 Abs. 3 mit dem verdeckten Einsatz technischer Mittel abhören und aufzeichnen.

#### Art. 6 e

##### Verdeckte Online-Datenerhebung

(1) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz kann bei Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte einer konkreten

Gefahr für ein überragend wichtiges Rechtsgut unter den Voraussetzungen des Art. 6a Abs. 2 im Einzelfall mit technischen Mitteln verdeckt auf informationstechnische Systeme zugreifen, um Zugangsdaten und gespeicherte Daten zu erheben. <sup>2</sup>Die Anordnung ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. <sup>3</sup>Sie darf sich nur gegen Verdächtige und ihre Nachrichtenmittler richten. <sup>4</sup>Gegen Nachrichtenmittler darf sich die Maßnahme nur insoweit richten, als sie kein Recht zur Verweigerung des Zeugnisses nach den §§ 53, 53a StPO haben. <sup>5</sup>Wird erkennbar, dass in ein durch ein Berufsgeheimnis geschütztes Vertrauensverhältnis im Sinn der §§ 53, 53a StPO eingegriffen wird, ist die Maßnahme insoweit unzulässig, es sei denn, sie richtet sich gegen den Berufsgeheimnisträger selbst. <sup>6</sup>Soweit informationstechnisch und ermittlungstechnisch möglich, sind alle Maßnahmen zu ergreifen, mit denen die Erhebung von Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, vermieden werden kann. <sup>7</sup>Wird erkennbar, dass solche Daten betroffen sind und bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass diese Daten dem Zweck der Herbeiführung eines Erhebungsverbots dienen sollen, ist die weitere Datenerhebung insoweit unzulässig.

(2) <sup>1</sup>Zur Vorbereitung einer Maßnahme nach Abs. 1 dürfen auch technische Mittel eingesetzt werden, um spezifische Kennungen sowie den Standort eines informationstechnischen Systems zu ermitteln. <sup>2</sup>Personenbezogene Daten Dritter dürfen dabei nur erhoben werden, soweit dies aus technischen Gründen unvermeidbar ist. <sup>3</sup>Nach Beendigung der Maßnahme sind diese unverzüglich zu löschen.

#### Art. 6 f

##### Verfahrensvorschriften

(1) <sup>1</sup>Maßnahmen nach Art. 6c Abs. 4 sowie Auskünfte nach Art. 6c Abs. 2 bedürfen eines Antrags, der durch den Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz oder seinen Vertreter schriftlich zu stellen und zu begründen ist. <sup>2</sup>Über den Antrag entscheidet das Staatsministerium des Innern.

(2) <sup>1</sup>Die Anordnung einer Maßnahme nach Art. 6c Abs. 4 sowie eines Auskunftersuchens nach Art. 6c Abs. 2 über künftig anfallende Daten ist auf höchstens drei Monate zu befristen. <sup>2</sup>Eine Verlängerung um jeweils nicht mehr als drei Monate ist auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen. <sup>3</sup>Anordnungen über Auskunftersuchen nach Art. 6c Abs. 2 sind dem Verpflichteten insoweit schrift-

lich mitzuteilen, als dies erforderlich ist, um ihm die Erfüllung seiner Verpflichtung zu ermöglichen. <sup>4</sup>Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten darf der Verpflichtete dem Betroffenen oder Dritten nicht mitteilen.

(3) <sup>1</sup>Im Fall der Anordnung eines Auskunftersuchens nach Art. 6c Abs. 2 Satz 1 Nrn. 3 bis 5 sowie bei Maßnahmen nach Art. 6c Abs. 4 unterrichtet das Staatsministerium des Innern monatlich die nach Art. 2 des Ausführungsgesetzes Artikel 10-Gesetz (AGG 10) gebildete Kommission über die Anordnungen vor deren Vollzug. <sup>2</sup>Bei Gefahr im Verzug kann es den Vollzug der Anordnung auch bereits vor der Unterrichtung der Kommission anordnen. <sup>3</sup>Die Kommission prüft von Amts wegen oder auf Grund von Beschwerden, ob die Anordnung zulässig und notwendig ist. <sup>4</sup>§ 15 Abs. 5 G 10 ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach Art. 6c Abs. 2 Satz 1 Nrn. 3 bis 5 und Abs. 4 erlangten personenbezogenen Daten erstreckt. <sup>5</sup>Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt hat, hat das Staatsministerium des Innern unverzüglich aufzuheben. <sup>6</sup>Die Daten unterliegen in diesem Fall einem absoluten Verwendungsverbot und sind unverzüglich zu löschen. <sup>7</sup>Für die Verarbeitung der erhobenen Daten ist § 4 G 10 entsprechend anzuwenden. <sup>8</sup>Für die Mitteilung an den Betroffenen finden § 12 Abs. 1 und 3 G 10 entsprechende Anwendung.

(4) <sup>1</sup>Die Erhebung und Verwendung von Daten nach Art. 6d bedarf der Genehmigung des Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz oder seines Stellvertreters. <sup>2</sup>Soweit bei Maßnahmen nach Art. 6d Daten erhoben wurden, bei denen sich nach Auswertung herausstellt, dass

1. die Voraussetzungen für ihre Erhebung nicht vorliegen haben oder
2. sie Inhalte betreffen, über die das Zeugnis als Geistlicher, Verteidiger, Rechtsanwalt, Arzt, Berater für Fragen der Betäubungsmittelabhängigkeit, Psychologischer Psychotherapeut oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut nach §§ 53, 53a StPO verweigert werden könnte, oder
3. sie dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzuordnen sind und keinen unmittelbaren Bezug zu den in Art. 6a Abs. 2 genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten haben,

dürfen sie nicht verwendet werden, es sei denn, ihre Verwendung ist zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr

für Leib, Leben oder Freiheit einer Person erforderlich und Daten im Sinn der Nr. 2 oder 3 sind nicht betroffen. <sup>3</sup>Daten, die nicht verwendet werden dürfen, sind unverzüglich zu löschen.

(5) <sup>1</sup>Bei Maßnahmen nach Art. 6e gelten Art. 6b Abs. 1 bis 4 und 6 entsprechend. <sup>2</sup>Die schriftliche Anordnung der Maßnahme muss soweit möglich Namen und Anschrift des Betroffenen, gegen den sich die Maßnahme richtet, sowie die Bezeichnung des informationstechnischen Systems, auf das zugegriffen werden soll, enthalten und ist bei der erstmaligen Anordnung abweichend von Art. 6b Abs. 1 Satz 4 auf höchstens drei Monate zu befristen. <sup>3</sup>Bestehen bei der Durchsicht der Daten Anhaltspunkte dafür, dass Daten

1. dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzuordnen sind oder
2. Inhalte betreffen, über die das Zeugnis als Geistlicher, Verteidiger, Rechtsanwalt, Arzt, Berater für Fragen der Betäubungsmittelabhängigkeit, Psychologischer Psychotherapeut oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut nach §§ 53, 53a StPO verweigert werden könnte, oder
3. einem Vertrauensverhältnis mit anderen Berufsgeheimnisträgern zuzuordnen sind,

sind diese unverzüglich zu löschen oder dem zuständigen Richter zur Entscheidung über die weitere Verwendung vorzulegen. <sup>4</sup>Art. 6b Abs. 2 Satz 7 und Art. 6b Abs. 6 gelten im Fall des Satzes 3 entsprechend.

## Art. 6 g

### Notwendige Begleitmaßnahmen

<sup>1</sup>Zur Durchführung von Maßnahmen nach Art. 6a und 6e Abs. 1 und 2 kann das Landesamt für Verfassungsschutz verdeckt Sachen durchsuchen sowie die Wohnung des Betroffenen ohne Einwilligung betreten und durchsuchen. <sup>2</sup>Für die Anordnung dieser Begleitmaßnahmen und die Unterrichtung der Betroffenen finden die für die Maßnahmen nach Art. 6a und 6e Abs. 1 und 2 jeweils geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. <sup>3</sup>Zur Durchführung von Maßnahmen nach dem Artikel 10-Gesetz kann das Landesamt für Verfassungsschutz verdeckt Sachen durchsuchen sowie bei Vorliegen einer dringenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung die Wohnung des Betroffenen ohne Einwilligung betreten und durchsuchen. <sup>4</sup>Für die Anordnung dieser Begleitmaßnahme und die Unterrichtung der Betroffenen finden die für Maßnahmen nach Art. 6e geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.



**Art. 6 h**  
**Information des**  
**Parlamentarischen Kontrollgremiums**

(1) <sup>1</sup>Das Staatsministerium des Innern unterrichtet im Abstand von höchstens sechs Monaten das Parlamentarische Kontrollgremium nach dem Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetz über die Durchführung von Auskunftsersuchen und Maßnahmen nach Art. 6c Abs. 2 und 4 sowie in jährlichem Abstand über die Datenerhebung nach Art. 6e und, sofern diese Daten länger als sechs Monate gespeichert wurden, nach Art. 6d; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen nach Art. 6c Abs. 2 zu geben. <sup>2</sup>Das Gremium erstattet dem Landtag jährlich einen Bericht über die Durchführung sowie Art, Umfang und Anordnungsgründe der Auskunftsersuchen und Maßnahmen nach Art. 6c Abs. 2, 4 und Art. 6e. <sup>3</sup>Die Grundsätze des Art. 2 Abs. 1 PKGG sind zu beachten.

(2) Das Staatsministerium des Innern erstattet dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundes jährlich einen Bericht nach § 8a Abs. 8 des Bundesverfassungsschutzgesetzes über die Durchführung des Art. 6c Abs. 2 Satz 1 Nrn. 3 bis 5; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen nach Art. 6c Abs. 2 Satz 1 Nrn. 3 bis 5 zu geben.

**Art. 7**  
**Speicherung und Veränderung**  
**personenbezogener Daten**

(1) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz personenbezogene Daten in Dateien speichern und verändern, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen oder
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach Art. 3 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 an Überprüfungen mitwirkt.

<sup>2</sup>In den Fällen des Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 dürfen personenbezogene Daten in Dateien nur gespeichert werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen. <sup>3</sup>Das Recht der Nutzung und Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 4 Abs. 1 Satz 2 zur Vorgangsverwaltung bleibt unberührt.

(2) <sup>1</sup>Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht in Dateien gespeichert werden. <sup>2</sup>Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinn des Art. 3 Abs. 1 angefallen sind. <sup>3</sup>Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinn des Art. 3 Abs. 1 angefallen sind über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit. <sup>4</sup>Für Akten, die zu einer minderjährigen Person geführt werden, gelten die vorstehenden Prüfungs- und Lösungsfristen entsprechend.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Dauer der Speicherung in Dateien und in Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, auf das Maß festzulegen, das zur Erfüllung seiner Aufgabe nach diesem Gesetz erforderlich ist.

(4) Werden Bewertungen über Betroffene gespeichert, muss erkennbar sein, wer die Bewertung vorgenommen hat und wo die Informationen gespeichert sind, die der Bewertung zugrunde liegen.

**Art. 8**  
**Berichtigung und Löschen von Daten**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, ist dies zu vermerken.

(2) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung nach Art. 7 unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Erfüllung seiner gesetzlich festgelegten Aufgaben nicht mehr erforderlich ist; Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, sind unter diesen Voraussetzungen zu vernichten. <sup>2</sup>Ob die Voraussetzungen der Löschung und Vernichtung nach Satz 1 vorliegen, ist bei jeder Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen zu entscheiden. <sup>3</sup>Die Löschung oder Vernichtung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt würden. <sup>4</sup>In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur noch mit Einwilligung der betroffenen Person übermittelt werden.

(3) <sup>1</sup>Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Bayerischen Archivgesetzes. <sup>2</sup>Die Anbieterspflicht bestimmt sich nach Maßgabe der nach Art. 6 Abs. 2 BayArchivG abzuschließenden Vereinbarung.

### Art. 9 Errichtungsanordnung

(1) <sup>1</sup>Für den erstmaligen Einsatz einer automatisierten Datei, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, hat das Landesamt für Verfassungsschutz in einer Errichtungsanordnung, die der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern bedarf, festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. betroffener Personenkreis,
4. Art der zu speichernden Daten,
5. Eingabeberechtigung,
6. Zugangsberechtigung,
7. regelmäßige Übermittlungen,
8. Überprüfungsfristen, Speicherdauer,
9. Protokollierung des Abrufs.

<sup>2</sup>Nach der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern ist die Errichtungsanordnung dem Landesbeauftragten für den Datenschutz unverzüglich mitzuteilen.

<sup>3</sup>Werden in der automatisierten Datei personenbezogene Daten verarbeitet, die der Kontrolle der nach Art. 2 AGG 10 gebildeten Kommission unterliegen, ist die Errichtungsanordnung auch der Kommission mitzuteilen. <sup>4</sup>Entsprechendes gilt für wesentliche Änderungen des Verfahrens.

(2) Die Zustimmung des Staatsministeriums des Innern darf nur erteilt werden, wenn die Speicherung personenbezogener Daten auf das erforderliche Maß beschränkt ist.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung seiner Dateien zu prüfen.

### Art. 10 Geltung des Bayerischen Datenschutzgesetzes

Bei der Erfüllung der gesetzlich festgelegten Aufgaben durch das Landesamt für Verfassungsschutz finden die Art. 10 bis 13, 15 bis 23 und 26 bis 28 des Bayerischen Datenschutzgesetzes keine Anwendung.

### Art. 11 Auskunftserteilung

(1) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt dem Betroffenen auf Antrag kostenfrei Auskunft über die zu seiner Person in Dateien oder Akten gespeicherten Daten. <sup>2</sup>Die Auskunftspflicht besteht nur, soweit der Betroffene ein besonderes Interesse an einer Auskunft darlegt. <sup>3</sup>Sie erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen. <sup>4</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz bestimmt das Verfahren, insbesondere die Form der Auskunftserteilung, nach pflichtgemäßem Ermessen.

(2) Soweit eine Person einer Sicherheitsüberprüfung nach Art. 3 Abs. 2 unterzogen wird oder zu einer Person Auskunft nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 erteilt wird, hat diese Person abweichend von Absatz 1 einen Anspruch auf Auskunft über die Daten des Landesamts für Verfassungsschutz, die es im Rahmen der Erfüllung dieser Aufgaben übermittelt hat.

(3) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Erfüllung der Aufgaben nach Art. 3 durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamts für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Information oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden muss.

(4) <sup>1</sup>Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung. <sup>2</sup>Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist der Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass er sich hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten an den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann. <sup>3</sup>Dem Landesbeauftragten für den Datenschutz ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. <sup>4</sup>Mitteilungen des Landesbeauftragten an den Betroffenen dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landes-

amts für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

### III. Abschnitt Übermittlungsregelungen

#### Art. 12 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

(1) Die Behörden, Gerichte hinsichtlich ihrer Register, Gebietskörperschaften und andere der staatlichen Aufsicht unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie sonstige öffentliche Stellen des Freistaats Bayern haben von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach Art. 3 Abs. 1 oder entsprechender Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes erforderlich sein kann.

(2) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die übermittelten Informationen nach ihrem Eingang unverzüglich darauf zu überprüfen, ob sie für die Erfüllung seiner in Absatz 1 genannten Aufgaben erforderlich sind. <sup>2</sup>Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, sind die Unterlagen unverzüglich zu vernichten. <sup>3</sup>Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand erfolgen kann; in diesem Fall dürfen die nicht erforderlichen Informationen nicht verwendet werden.

#### Art. 13 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) <sup>1</sup>Die in Art. 12 Abs. 1 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen Informationen zu übermitteln, soweit das zur Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach diesem Gesetz erforderlich ist. <sup>2</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Ersuchen nach Satz 1 nur stellen, wenn die Information auf andere Weise nur mit übermäßigem Auf-

wand oder nur durch eine die betroffene Gruppierung oder Person stärker belastende Maßnahme gewonnen werden kann. <sup>3</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz hat Ersuchen zu begründen, es sei denn, dass eine Begründung dem Schutz der betroffenen Gruppierung oder Person zuwiderläuft oder den Zweck der Maßnahme gefährden würde. <sup>4</sup>Es hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtlich geführte Dateien unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 einsehen, soweit das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Dateien den Zweck der Maßnahme gefährden, einen übermäßigen Aufwand erfordern oder das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen unnötig beeinträchtigen würde. <sup>2</sup>Über die Einsichtnahme in amtlich geführte Dateien hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die eingesehene Datei hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(3) <sup>1</sup>Hält eine in Art. 12 Abs. 1 genannte öffentliche Stelle das Ersuchen nach Absatz 1 oder die Einsichtnahme nach Absatz 2 für unzulässig, so teilt sie das dem Landesamt für Verfassungsschutz mit. <sup>2</sup>Besteht dieses auf dem Ersuchen oder der Einsichtnahme, so entscheidet darüber die oberste fachliche Aufsichtsbehörde, die für die ersuchte Stelle zuständig ist.

(4) Art. 12 Abs. 2 gilt entsprechend.

#### Art. 14 Personenbezogene Datenübermittlung durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen übermitteln, wenn das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist oder wenn die öffentliche Stelle die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit einschließlich der Strafverfolgung benötigt; das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. <sup>2</sup>Gleiches gilt, wenn der Empfänger die personenbezogenen Daten zur Erfüllung anderer ihm zugewiesener Aufgaben benötigt, sofern er dabei auch zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beizutragen oder Gesichtspunkte der

öffentlichen Sicherheit oder auswärtige Belange zu würdigen hat.<sup>3</sup> Der Empfänger darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden, es sei denn, dass das Landesamt für Verfassungsschutz einer anderen Verwendung für Zwecke nach den Sätzen 1 und 2 zugestimmt hat.<sup>4</sup> Satz 1 gilt auch für die Weitergabe personenbezogener Daten innerhalb des Landesamts für Verfassungsschutz.

(2) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte im Rahmen von Art. 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte vom 3. August 1959 (BGBl II 1961 S. 1183) personenbezogene Daten übermitteln; das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen.<sup>2</sup> Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(3) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes sowie an über- oder zwischenstaatliche öffentliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist; das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen.<sup>2</sup> Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen der betroffenen Person entgegenstehen.<sup>3</sup> Sie ist aktenkundig zu machen.<sup>4</sup> Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(4) <sup>1</sup>Personenbezogene Daten dürfen außer in den Fällen des Art. 4 Abs. 1 Satz 3 an andere Empfänger als öffentliche Stellen nur übermittelt werden, wenn dies zum Schutz vor den in Art. 3 Abs. 1 Satz 1 bezeichneten Bestrebungen, Gefahren und Tätigkeiten erforderlich ist.<sup>2</sup> Die Übermittlung nach Satz 1 bedarf der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums des Innern; die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl von gleichartigen Fällen vorweg erteilt werden.<sup>3</sup> Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen.<sup>4</sup> Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden.<sup>5</sup> Das Landesamt

für Verfassungsschutz hat den Empfänger darauf hinzuweisen.

(5) <sup>1</sup>Übermittlungspflichten nach bundesrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.<sup>2</sup> Das Landesamt für Verfassungsschutz kann andere Verfassungsschutzbehörden auch dadurch unterrichten, dass es diesen den Abruf von Daten im automatisierten Verfahren ermöglicht, soweit deren gesetzliche Aufgaben identisch sind.

(6) Zur Übermittlung personenbezogener Daten nach Abs. 1 bis 4 ist unter den dort genannten Voraussetzungen auch das Staatsministerium des Innern befugt.

## Art. 15

### Unterrichtung der Öffentlichkeit

<sup>1</sup>Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen und Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1.<sup>2</sup> Dabei dürfen der Öffentlichkeit personenbezogene Daten bekanntgegeben werden, wenn das Interesse der Öffentlichkeit an der Unterrichtung das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person an der Wahrung ihrer Anonymität überwiegt.

## Art. 16

### Nachberichtspflicht

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung durch das Landesamt für Verfassungsschutz als unvollständig oder unrichtig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen, wenn das zur Wahrung schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person erforderlich ist.

## Art. 17

### Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen durch das Landesamt für Verfassungsschutz nach den Art. 4 und 14 hat zu unterbleiben, wenn

1. erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung das schutzwürdige Interesse der Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegt, oder
2. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern.

(2) Besondere Rechtsvorschriften, die Informationsübermittlungen zulassen oder verbieten, bleiben unberührt.

#### IV. Abschnitt Parlamentarische Kontrolle

##### Art. 18 Parlamentarisches Kontrollgremium

Die parlamentarische Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz erfolgt nach den Bestimmungen des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes sowie der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz - Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz - vom 10. Februar 2000 (GVBl S. 40, BayRS 12-4-I) in der jeweils geltenden Fassung.

##### Art. 19 und 20 (aufgehoben)

#### V. Abschnitt Schlussvorschriften

##### Art. 21 Erfüllung bundesrechtlicher Aufgaben

Zur Erfüllung von Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz die Befugnisse zu, die es zur Erfüllung der entsprechenden Aufgaben nach diesem Landesgesetz hat.

##### Art. 22 Einschränkung von Grundrechten

Auf Grund dieses Gesetzes kann das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 des Grundgesetzes und Art. 106 Abs. 3 der Verfassung und das

Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Art. 10 des Grundgesetzes und Art. 112 der Verfassung eingeschränkt werden.

##### Art. 23 Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz

Das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522, BayRS 12-2-I) wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 Abs. 3 Satz 6 erhält folgende Fassung:  
„Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes bedarf.“
2. In Art. 3 werden die Worte „den für Sicherheitsfragen zuständigen Ausschuss des Landtags“ durch die Worte „die Parlamentarische Kontrollkommission für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes“ ersetzt.

##### Art. 24 Inkrafttreten

<sup>1</sup>Dieses Gesetz tritt am 1. November 1990 in Kraft.\*  
<sup>2</sup>Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. Das Gesetz über die Errichtung eines Landesamts für Verfassungsschutz (BayRS 12-1-I),
2. Art. 8 Abs. 2 Nr. 5 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayRS 204-1-I).

\* Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 24. August 1990 (GVBl S. 323). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

# Gesetz zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes sowie der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz

## (Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz - PKGG)

Vom 10. Februar 2000 (GVBl S. 40, BayRS 12-4-I)

Geändert durch § 4 des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes, des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz, des Bayerischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 969), § 1 Nr. 6 des Dritten Gesetzes zur Aufhebung von Rechtsvorschriften vom 7. August 2003 (GVBl S. 497), § 2 des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom 24. Dezember 2005 (GVBl S. 641), § 3 des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes, des Ausführungsgesetzes Art. 10-Gesetz und des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom 8. Juli 2008 (GVBl S. 357) sowie § 1 des Gesetzes zur Änderung des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (GVBl S. 972)

### Art. 1

#### Parlamentarisches Kontrollgremium

(1) <sup>1</sup>Das Parlamentarische Kontrollgremium übt die parlamentarische Kontrolle gemäß Art. 13 Abs. 6 Satz 3 des Grundgesetzes zum Vollzug der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes nach Maßgabe der Art. 48 a des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (AGGVG), Art. 34 Abs. 9 des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) und Art. 6b Abs. 7 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) aus. <sup>2</sup>Dem Parlamentarischen Kontrollgremium obliegt ferner die Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz; die Rechte des Landtags und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) <sup>1</sup>Das Parlamentarische Kontrollgremium besteht aus sieben Mitgliedern. <sup>2</sup>Die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums werden zu Beginn jeder neuen Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte gewählt. <sup>3</sup>Das Vorschlagsrecht steht den Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke zu. <sup>4</sup>Das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers findet Anwendung. <sup>5</sup>In gleicher

Weise wird für jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied gewählt. <sup>6</sup>Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

(3) <sup>1</sup>Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so verliert es seine Mitgliedschaft im Parlamentarischen Kontrollgremium; Absatz 4 bleibt unberührt. <sup>2</sup>Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das Gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus dem Parlamentarischen Kontrollgremium ausscheidet. <sup>3</sup>Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die stellvertretenden Mitglieder.

(4) Das Parlamentarische Kontrollgremium übt seine Tätigkeit auch über das Ende der Wahlperiode des Landtags hinaus solange aus, bis der nachfolgende Landtag ein neues Parlamentarisches Kontrollgremium gewählt hat.

### Art. 2

#### Geheimhaltung

(1) <sup>1</sup>Die Beratungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums sind geheim. <sup>2</sup>Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angele-

genheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit im Parlamentarisches Kontrollgremium bekannt geworden sind.<sup>3</sup>Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlamentarisches Kontrollgremium.

(2) <sup>1</sup>Das Parlamentarische Kontrollgremium tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. <sup>2</sup>Jedes Mitglied kann die Einberufung des Parlamentarischen Kontrollgremiums verlangen. <sup>3</sup>Das Parlamentarische Kontrollgremium gibt sich eine Geschäftsordnung. <sup>4</sup>Ferner obliegt ihm die Wahl seiner bzw. seines Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden.

### Art. 3

#### Rechte des Parlamentarischen Kontrollgremiums und Berichtspflichten der Staatsregierung

(1) Das Staatsministerium der Justiz erstattet dem Parlamentarischen Kontrollgremium jährlich Bericht nach Art. 48 a AGGVG.

(2) <sup>1</sup>Das Staatsministerium des Innern erstattet dem Parlamentarischen Kontrollgremium jährlich Bericht nach Art. 34 Abs. 9 PAG und Art. 6b Abs. 7 BayVSG. <sup>2</sup>Die Berichterstattung nach diesen Vorschriften kann gesondert erfolgen.

(3) <sup>1</sup>Das Staatsministerium des Innern unterrichtet das Parlamentarische Kontrollgremium ferner regelmäßig umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. <sup>2</sup>Darüber hinaus berichtet es zu einem konkreten Thema aus dem Aufgabenbereich des Landesamts für Verfassungsschutz, sofern das Parlamentarische Kontrollgremium dies verlangt. <sup>3</sup>Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung des Parlamentarischen Kontrollgremiums werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Staatsregierung bestimmt.

(4) <sup>1</sup>Das Staatsministerium des Innern erstattet dem Parlamentarischen Kontrollgremium ferner Bericht nach Maßgabe des Art. 3 des Gesetzes über die Aufgaben der G 10-Kommission im Bayerischen Landtag und zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes (G 10), nach Maßgabe des Art. 6 Abs. 1 BayVSG und nach Maßgabe des Art. 6h BayVSG. <sup>2</sup>Art. 2 AGG 10 bleibt unberührt.

### Art. 4

#### Änderung von Gesetzen

(1) Das Bayerische Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1997 (GVBl S. 70, BayRS 12-1-I), geändert durch § 2 des Gesetzes vom 10. Juli 1998 (GVBl S. 383), wird wie folgt geändert:

1. Art. 18 erhält folgende Fassung:

„Art. 18  
Parlamentarisches Kontrollgremium

Die parlamentarische Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz erfolgt nach den Bestimmungen des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 bis 5 des Grundgesetzes sowie der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz - Parlamentarisches Kontrollgremium-Gesetz - vom 10. Februar 2000 (BayRS 12-4-I).“

2. Art. 19 und 20 werden aufgehoben.

(2) In Art. 3 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522, BayRS 12-2-I), geändert durch Art. 23 des Gesetzes vom 24. August 1990 (GVBl S. 323), werden die Worte „die Parlamentarische Kontrollkommission für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes“ durch die Worte „das Parlamentarische Kontrollgremium“ ersetzt.

### Art. 5

#### Inkrafttreten, Übergangsvorschrift

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. April 2000 in Kraft.\*

(2) (*aufgehoben*).

\* Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

## Sachwortregister

ABLE	217	Bahamas	190
ABSURD	148	barricada - zeitung für autonome politik und kultur	192
ADÜTDF	91	Bauernhilfe e.V.	150
Al-Aqsa e.V.	65	Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten (FESK)	100
Al-Ekhlaas	38	Black-Metal	145
Al-Jihad al-Elektruni	39	Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei (BP-KK/T)	100
Al-Manar	60	Bürgerbewegung Pro München - patriotisch und sozial e.V.	132
Al-Mujahid al-Tiqani	39	Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)	125
Al-Qaida	71	„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ Nürnberg	125
Al-Tauhid	97	„Bürgerinitiative Ausländerstopp“ München	126
Ansar al-Islam	73	BURNING HATE	149
Anti-Antifa Nürnberg (AAN)	136	Celebrity Centres (CC)	213
Antideutsche	202	Church of Scientology International (CSI)	210
Antifa-Jugend-München	193	„Church“-Sektor	213
Antifa NT	191	CIWANEN AZAD (Freie Jugendliche)	84
Antifaschismus	194	Clears	211
		Coburger Runde	154
Antifaschistische Linke Fürth (ALF)	197	Collegium Humanum e.V.	150
Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg	209	Contra Real	192
Antifa Umland Erlangen	193	CRIMINON	217
Anti-Globalisierung	197	critica	170
Antiimperialismus	198	Cyber Jihad	40
Antimilitarismus	198	DAMAGE INCORPORATED	149
Antirepression	201	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)	97
Applied Scholastics	217	Demokratische Jugend (Demokratik Gencilik - DEM-GENC)	84
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	190	Department of Special Affairs (DSA)	221
Arbeiterkommunistische Partei Iran (API)	97	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	180
Asiatische Organisierte Kriminalität	242	Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	134
Augsburger Bündnis - Nationale Opposition e.V.	154		
Autonome	190		
Autonome Jugend Antifa	191		
Autonome Nationalisten München (ANM)	139		
Autonomer Nationalismus	137		



Deutsche Stimme (DS)	113	Freundeskreis Ulrich von Hutten	134
Deutsche Volksunion (DVU)	127	FSB (russischer Inlandsnachrichtendienst)	226
Deutsches Kolleg (DK)	134		
„Deutschland-Pakt“	118	Galileo - streitbare Wissenschaft	186
Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	88	GEGENSTANDPUNKT	190
Dianetik nach L. Ron Hubbard	210	Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)	134
Die Republikaner (REP)	27	Global Islamic Media Front (GIMF)	38
DIE LINKE.	157	Glückseligkeitspartei (SP)	45
DIE LINKE. Bayern	172	GRU (russischer militärischer Nachrichten-	
die linke.campus	170	dienst)	226
Die Linke. Sozialistischer-demokratischer Studierendenverband (DIE LINKE.SDS)	170	HAMAS	64
Die Linkspartei.PDS	158	Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ)	141
DISPUT	208	Hezb-i Islami (HIA)	96
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)	128	Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)	54
		Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	153
EDELWEISS	149	Hizb Allah (Partei Gottes)	58
En Nahda	66	Hizb ut-Tahrir	55
		„home grown“-Terrorismus	70
FAUSTRECHT	149	Huttenbriefe	154
FELDHERRN	149		
FIS	96	Ideale Org	213
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)	90	Immobilien-geschäfte mit rechtsextremis-	
Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF)	91	tischem Hintergrund	121
Föderation der Islamischen Organisationen in Europa (FIOE)	61	Impact	210
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)	91	Info-Läden der Autonomen	192
Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF)	90	INTERIM	192
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)	81	International Association of Scientologists (IAS)	218
Freie Nationalisten München	139	internationale sozialistische linke (isl)	164
Freie Kameradschaft Erding	153	Internationaler Kurdischer Arbeitgeber-	
Freiheit	210	verband (KARSAZ)	82
Freiheitsfalken Kurdistan (TAK)	84	Internationales Studienwerk – Collegium Humanum e.V.	150
		Islamische Bewaffnete Gruppen (GIA)	61
		Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)	62

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)	47	KONTRA!	209
Islamische Heilsfront (FIS)	96	Konvertiten	38
Islamische Jihad Union (IJU)	75	Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK)	80
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)	64	Kurdischer Nationalkongress (KNK)	81
Islamischer Bund Palästina (IBP)	61		
Islamisches Zentrum München (IZM)	62	Leuchter-Bericht	150
Italienische Mafia	236	Libyan Islamic Fighting Group	96
		Liedermacher	148
Jihad	32	Linksjugend [‘solid]	168
Jihadismus	71	Linksruck-Netzwerk	166
Jihad Islami (JI)	61		
Jugendverband Linksjugend [‘solid]	168	Maoistische Kommunistische Partei (MKP)	90
Jugendverband REBELL	187	marx21	166
Jugendverband [‘solid]	168	marx21 – Magazin für internationalen Sozialismus	208
Junge Nationaldemokraten (JN)	124	Marxistische Blätter	208
		Marxistische Gruppe (MG)	189
Kalifatsstaat	54	Marxistisches Forum (MF)	166
Kameradschaft Asgard Ratisbona	140	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	91
Kameradschaft Augsburg	140	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	186
Kameradschaft Main-Spessart	153	Mensch und Maß	154
Kameradschaft München	153	militante gruppe (mg)	194
Kameradschaften	135	Militanzdebatte	194
Kameradschaftsbund Hochfranken (KBH)	137	Milli Gazete	52
Kinderorganisation ROTFÜCHSE	187	Milli-Görüs-Bewegung	43
Klimadebatte	197	Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE.	208
Koma Civaken Kurdistan (KCK)	85	Mudjahidin	71
Koma Komalen Kurdistan (KKK)	85	Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus	187
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM)	220	Multi-Kultur-Haus Ulm e.V. (MKH)	66
Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)	208	Muslimbruderschaft (MB)	60
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	186	Muslim Aid	65
Kommunistische Plattform (KPF)	166	Muslime helfen e.V.	65
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)	90		
Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa (AvEG-Kon)	91	NARCONON	219
Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK)	99	NATIONAL BORN HATERS	149
KONGRA GEL (Volkskongress Kurdistans)	80		

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	107	radikale Linke	191
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)	153	REBELL	187
Nationaler Block (NB)	113	Rechtsrock	148
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	93	Redskins	144
National Liberation Army (NLA)	94	Religious Technology Center (RTC)	212
National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ)	128	Renees	147
Nation-Europa-Freunde e.V.	133	Revisionismus	150
Nation Europa Verlag GmbH	133	REVOLUTIONÄRER WEG	208
Nation & Europa - Deutsche Monatshefte	133	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)	88
Nazis unplugged	195	Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB)	179
Neofolk	145	Rockerkriminalität	245
Neonazismus	130	ROJ TV	82
Neue PKK	83	Rote Fahne	208
Neues Schwaben	154	ROTFÜCHSE	187
Newroz	81	Rudolf Heß	142
NOISE OF HATE	149	Russische Organisierte Kriminalität	238
NS-Black-Metal	145	Sache des Volkes (SdV)	141
Office of Special Affairs (OSA)	220	Salafismus	33
Oi-Skinheads	144	Salafiyya-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC)	73
Org	213	Scharia	31
Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb	73	Schulhof-CD	126
Organisierte Autonomie	191	Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV)	154
Organisierte Kriminalität (OK)	233	Schwarzer Block	191
Partei der Europäischen Linken (EL)	177	Scientology Kirche Bayern e.V. (SKB)	216
Partei der Nationalen Bewegung (MHP)	92	Scientology Kirche Deutschland e.V. (SKD)	222
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	158	Scientology-Organisation (SO)	210
Partizan-Flügel (TKP/ML)	90	Sea Org	213
PKK (Arbeiterpartei Kurdistans; nunmehr KONGRA GEL)	80	SHARPs	144
policy letters	211	Skinheads	143
POSITION	209	[‘solid]	168
Proliferation	229	Source	210
Pro München	132	Sozialabbau	200
		Sozialistische Alternative (SAV)	209
		Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	185

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	157	Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV)	150
Sozialistische Gruppe	190		
Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg	140	Vereinigung der demokratischen Jugendlichen Kurdistans (KOMALEN-CIWAN)	84
STURMTRUPP	149	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)	183
SWR (russischer Auslandsnachrichtendienst)	225		
Tablighi Jamaat (TJ)	56	Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg KG	154
Technologie	211	VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH	154
Terrornetzwerk	71	Volksbefreiungsarmee (HKO)	90
Thetan	211	Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando - (PFLP-GC)	97
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)	90	Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)	97
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	90	Volkskongress Kurdistan (KONGRA GEL); ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan (KADEK) bzw. Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)	80
Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C Devrimci Sol)	88	Volksmudjahidin Iran-Organisation (MEK)	93
Tugendpartei (FP)	45	Volksverteidigungskräfte (HPG)	82
Ülkücü-Bewegung	91	Watchdog Committee (WDC)	213
Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)	97	White Power-Skinheads	144
Unsere Zeit (UZ)	208	WHITE REBEL BOYS	149
UNTERGRUNDWEHR	149	Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage	226
Ursprung	210	WISE	216
UTOPIE - kreativ - Diskussion sozialistischer Alternativen	208	Yatim Kinderhilfe e.V.	65
		Yeni Özgür Politika	83
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)	100	Zentrum für individuelles und effektives Lernen (ZIEL)	217
Verband der stolzen Frauen (KJB; umfasst PAJK, YJA und YJA-STAR)	98	Zusammen Aktiv Kämpfen	192

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, Odeonsplatz 3, 80539 München

Druck: Joh. Walch GmbH & Co. KG, Augsburg

### **Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier**

Hinweis: Der Verfassungsschutzbericht Bayern 2008 ist auch über das Internet abrufbar:  
<http://www.innenministerium.bayern.de/sicherheit/verfassungsschutz>  
<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>